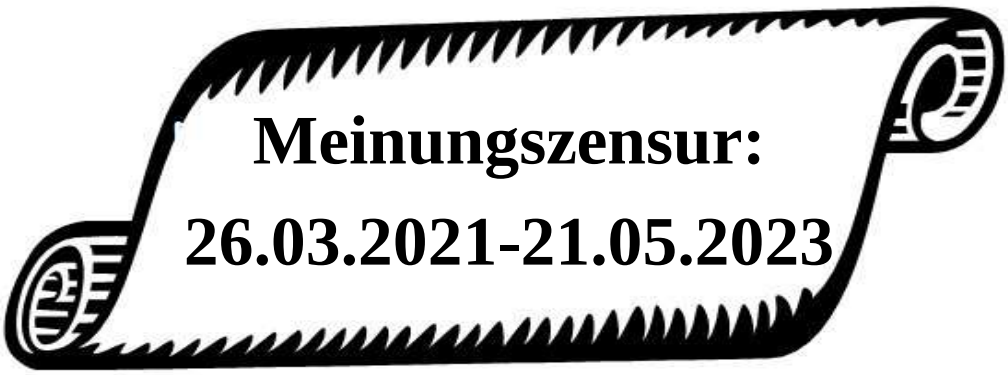
Willy Klages

Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten

Der
planmäßige Untergang
der US-Kolonie
BRD

Sonderheft Nr. 79



Der
planmäßige Untergang
der US-Kolonie
BRD

Sonderheft Nr. 79

Meinungszensur vom 26.03.2021-21.05.2023

Inhaltsverzeichnis	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Meinungszensur vom 26.03.2021-21.05.2023	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Meinungszensur vom 26.03.2021-21.05.2023

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 13/21" berichtete am 26. März 2021 (x1.387/…): >>**Tim Kellner. Der hemdsärmelige Youtuber führt die rechte Internet-Opposition an.**

Hohepriester der Liebe

Tobias Dahlbrügge

Tim Kellner hat Oberarme wie andere Oberschenkel. Der langmähnige Bodybuilding-Hüne krault sich gemütlich seinen grauen Nikolaus-Bart, rückt die getönte Brille in neckischer Herzchenform zurecht, dann legt er los: Leidenschaftlich kommentiert der 47jährige auf seinem Youtube-Kanal täglich in Gestalt seines satirischen Alter egos "Love Priest", dem "Hohepriester der Liebe, Toleranz und Weltoffenheit", mit Ironie, Sarkasmus, aber auch Häme das Politikgeschehen. Seiner gleichermaßen doppelbödigen wie hemdsärmligen Art verdankt er eine erstaunliche Reichweite: Über 300.000 Abos, Tendenz steigend, machen Kellner zur unangefochtenen Nummer eins unter den rechten Youtubern.

2020 jedoch landete er vor Gericht. Dort saß er in Jogginghose, wie die Presse vermerkte, der bürgerlich-adrett gekleideten Berliner SPD-Staatssekretärin Sawsan Chebli gegenüber. Die scheiterte damit, ihm den Mund zu verbieten, nachdem er sie als "islamische Sprechpuppe" geschmäht hatte. Seitdem ist es Teil seiner Show, regelmäßig ihre Egozentrik in der persiflierten Gestalt eines hörigen Verehrers "dieser zartesten Blume des Islam" zu spiegeln.

Auch wenn ihm gelungen ist, die Qualität seines Programms durch geschickte Wendung ins Ironische stark zu steigern, bleibt es allerdings rein kommentierend - analytisch ist der rechte Youtube-König nicht. Und auch Habitus und Lebenslauf sind alles andere als gehoben. Schließlich ist der bärtige Biker Mitglied eines "1 %-Motorradclubs". Die Zahl gilt Rockern als stolzes Bekenntnis, 'Outlaw' zu sein - gegenüber den übrigen 99 Prozent, die für den Rest der Gesellschaft stehen.

Dennoch tritt Kellner ordnungsliebend und gesetzestreu auf. Der Widerspruch ist typisch für den Ostwestfalen: Nach dem Wehrdienst scheitert er damit, American-Football-Profi zu werden. Es folgten eine Banklehre und 26 Jahre als Polizist in Lippe. Auf Übernahme ins SEK verzichtet der Muskelmann, obwohl er die Prüfung mühelos bestand.

Doch dann der Bruch: Fasziniert vom Rockermilieu, wurde er selbst kriminell. In neun Monaten Haft wegen gefährlicher Körperverletzung schrieb er eine Autobiographie, in der er sich als Opfer von Intrigen sieht, und organisierte eine Spendenaktion für ein Kinderhospiz. Sein Buch "Treibjagd. Vom Cop zum Outlaw" (2015) bewarb er auf Facebook: Start seiner Internet-Karriere. Er veröffentlichte "Briefe an Merkel", die sich rasant verbreiteten. Als 2018 Afghanen einen Köthener erschlugen, überrundeten Kellners Kommentar-Klickzahlen selbst die großer Medien wie der Welt.
Da Youtube aber willkürlich löscht, hat er sein Medienportal "Profortis Deutschland" geschaffen, sicher vor Zensur und Sperrung. Doch anders als auf Youtube sind die Klickzahlen bescheiden. Dennoch hat Kellner klug vorgesorgt, in Zeiten da schon ironische Kritik als "Haß" gilt.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/18851" berichtete am 25. Mai 2021 (x1.049/…): >>**Klaus Schwab: Über den Great Reset in die globale Total-Diktatur**

Ist die Total-Diktatur unter krankhafte, eigennützige Interessen wie die von Klaus Schwab unausweichliches Schicksal? Nur durch eine Volksbewegung, die sich nicht spalten läßt, kann das Schlimmste noch verhindert werden. …
Der Gründer und geschäftsführende Vorsitzende des Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, ist treibende Kraft des geplanten Great Reset. Daß dies für die Menschen weltweit bedeutet, daß die persönliche Freiheit vollständig verloren gehen wird, gibt er offen zu: "Die Werkzeuge der Vierten Industriellen Revolution ermöglichen neue Formen der Überwachung und andere Kontrollmittel, die gesunden, offenen Gesellschaften zuwiderlaufen."
Er schwärmt davon, daß die neuen Technologien "in den bisher privaten Raum unseres Geistes eindringen, unsere Gedanken lesen und unser Verhalten beeinflussen können". Im Klartext: Das Ende jeglicher Privatsphäre wird aktuell von diesen Finanzoligarchen konkret in Angriff genommen. Nach Schwabs Auffassung stellt er sich die ideale Nah-Zukunft des Menschen unter Einsatz von "intelligenten Tätowierungen", "biologischem Computing", "maßgeschneiderten Organismen", "Nanobots" (Erklärung: Roboter oder molekulare Maschinen in Kleinstformat) und "aktiven, implantierbaren Mikrochips, die die Hautbarriere unseres Körpers durchbrechen" vor.
Um diese völlige Vernetzung, Überwachung und lückenlose Herrschaft zu verwirklichen, braucht es die 5. Mobilfunkgeneration 5G. Was brisant ist: Schwab und sein Team vertrauen bei der schnellen Umsetzung auf die linientreue und bedingungslose Mitarbeit aller globalen Führungskräfte. Schwab wörtlich: "Sie werden die Pandemie tatsächlich gut nutzen, indem sie die Krise nicht unnütz verstreichen lassen." Im Klartext: Die Pandemie wird zur Umsetzung selbstherrlicher Ziele einiger weniger Finanz-Feudal-Herren mißbraucht!
Dies sollte uns die Augen darüber öffnen, daß unsere politischen und wirtschaftlichen Führungskräfte als Handlanger in diese Pläne mit einbezogen sind - also Linientreue, ganz offensichtlich um des persönlichen Vorteils willen. Fest abgemachter Plan ist, unsere offene Gesellschaft, unsere Gesundheit, ja sogar unsere intimsten Gedanken unter die Kontrolle einiger weniger selbsternannter, von krankhaftestem Eigennutz und Selbstverwirklichungsdrang besessener Weltfinanzdiktatoren zu bringen.
Handelt es sich hiermit um das unausweichliche Schicksal der gesamten Menschheit? Weit gefehlt! Der gewaltfreie Widerstand und Sieg der Inder unter Gandhi über die britische Kolonialvorherrschaft, sowie der Fall der Deutschland in einen Ost- und Westsektor teilenden Mauer zeigen auf, daß die Bevölkerung durchaus fähig ist, einen Schulterschluß gegen despotische Bevormundung zu bilden. …<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 27/21" berichtete am 2. Juli 2021 (x1.387/…): >>**Die Öffentlich-Rechtlichen zwischen Markt und Gemeinwohl**

Mehr Klimaerziehung im Fernsehen

Realisieren sich die Visionen des Spitzenpersonals von ARD und ZDF, verwandeln sich beide Säulen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) bis 2030 in digitale Plattformen. Und da alle bisherigen Aussagen, die Programmverantwortliche zu diesem "Reformprozeß" treffen, primär die Organisation und kaum Inhalte thematisieren, dürfe niemand hoffen, in zehn Jahren noch ein "gemeinwohlorientiertes Kommunikationsnetzwerk" vorzufinden, das die MDR-Intendantin Karola Wille ihren Zwangsgebührenzahlern verspricht.

Statt dessen, so fürchtet Robert Krieg, Soziologe und Mitglied des WDR-Rundfunkrats, erwarte sie ein Angebot, das sich an der "marktradikalen Logik von Unternehmensberatern" orientiere, die mediale Inhalte letztlich als beliebige Produkte begreifen, die auf dem medialen Markt um die Zeit und Aufmerksamkeit der Nutzer buhlen (Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2021). Dieser längst eingeschlagene Kurs führe zu weiterer Verflachung des Programms, beschleunige die "Fragmentierung der Gesellschaft" und widerspreche dem volkspädagogischen Auftrag des ÖRR.

Um den Bildungsanspruch an den ÖRR zu erfüllen, seien Nutzer nicht auf dem Niveau "abzuholen", auf dem sie sich gerade befinden. Vielmehr sollte man sie "ins Unbekannte mitnehmen", um sie aus der Vereinzelung zu befreien. Für Robert Krieg bedeutet diese gegen den "Markt" und für das "Gemeinwohl" optierende Entscheidung noch mehr Erziehungs- und Haltungs-TV, da die "wohl wichtigste gesellschaftspolitische Debatte unserer Zeit, die Klimafrage", im "Live-Programm täglicher Klimasendungen" Stetigkeit erfahren soll.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. August 2021: >>**Dreieinigkeit im Staatsdienst**

Erhöhung der Rundfunkgebühren: Karlsruhe entscheidet im Sinne der Öffentlich-Rechtlichen

Ronald Berthold

Daß das Bundesverfassungsgericht die Erhöhung des Rundfunkbeitrages durchgesetzt hat, ist ein Fanal, das weit über die öffentlich-rechtlichen Sender hinausgeht. Wir blicken auf ein politisches System, in dem sich unterschiedliche Gewalten zum Wohl des Volkes kontrollieren sollen. Und wir entdecken, daß sie dabei zunehmend versagen - ja, versagen müssen.

Nicht nur das Urteil und dessen groteske Begründung, sondern auch das Umfeld, in dem es gesprochen wurde, haben Potential. Leider ein fatales. Es zerstört das Vertrauen in den Staat. Denn im Zusammenhang gesehen ist es ein Musterbeispiel dafür, wie die einst klare Trennschärfe zwischen Regierung, Parlament, höchster Rechtsprechung und öffentlich-rechtlichen Medien verschwimmt.

Man fragt sich: Befindet sich in dem undifferenzierten Vorwurf, alle steckten unter einer Decke, mehr als ein Körnchen Wahrheit? Bleibt die praktizierte Gewaltenteilung, auf der ein demokratischer Rechtsstaat basiert, auf der Strecke?

Wir leben inzwischen in einem Land, in dem es die Kanzlerin nicht mal mehr als Instinktlosigkeit begreift, alle Richter des Verfassungsgerichts, die ohnehin von den Parteien ausgesucht werden, kurz vor wichtigen Entscheidungen zum Dinner einzuladen. Und die Geladenen - die höchsten Vertreter der Judikative - zeigen bei dieser Kumpanei mit der Spitze der Exekutive auch keinerlei Hemmung. Jedem kleinen Amtsgerichtsvorsitzenden würde das eine knallende Befangenheits-Backpfeife einbringen.

Es ist aber auch niemand mehr da, der diese Fraternisierung einen Skandal nennt. Niemand, der Angela Merkel und die Richter durchrüttelt und sie fragt: Wollt ihr das Ansehen des Staates völlig demolieren? Das müßte in einem funktionierenden System die vierte Gewalt, der öffentlich-rechtliche Rundfunk, tun. Doch der fällt aus, holte sich lieber Merkels Regierungs-

sprecher als ARD-Vorsitzenden.
Ob in der geselligen Runde über anstehende Verhandlungen, wie die gegen Kanzlerin Merkel selbst oder über den Rundfunkbeitrag, gesprochen wurde, spielt keine Rolle. Es ist das Klima insgesamt, das rechtstaatszersetzend wirkt.
Wenn der Verfassungsgerichtspräsident, der das Urteil zum Rundfunkbeitrag verkündete, vorher als Fraktions-Vize der CDU/CSU im Bundestag amtierte, müßte das die Öffentlichkeit bestürzen. Stephan Harbarth, den die Bild-Zeitung zu Recht als "Merkels Mann in Karlsruhe" bezeichnet, hat nie zuvor ein Richteramt ausgeübt. Nun brachte er es mit seinem Senat fertig, eine Begründung hinzulegen, die die Blase verdeutlicht, in der sich alle drei Gewalten und die Medien eingerichtet haben.
Mit ins Lächerliche abgleitender Wirklichkeitsverweigerung heißt es darin, daß in Zeiten "von einseitigen Darstellungen, Filterblasen, Fake News, Deep Fakes" die Bedeutung des beitragsfinanzierten Rundfunks wachse. Als ob sich nicht insbesondere ARD, ZDF und Deutschlandradio den Vorwurf der Einseitigkeit hart erarbeitet hätten. Und als wenn sie nicht auch bei der Verbreitung von "Fake News" dabei wären.
Es waren diese Sender, die bei der "Flüchtlings-Welle" die Lüge von massenhaft zu uns fliehenden Frauen und Kindern verbreiteten, während in Wirklichkeit vorwiegend junge muslimische Männer kamen. Und die von hochqualifizierten Akademikern sprachen, die den Fachkräftemangel beseitigen würden. Tatsächlich fand eine Einwanderung in die Sozialsysteme statt. Es waren diese Sender, die jeden, der die Fakten aussprach, aus dem Diskurs ausschlossen. Die von ARD und ZDF angerührte toxische Mischung aus bösartiger Einseitigkeit und "Fake News" hat zur Spaltung des Landes beigetragen.
Es waren diese Sender, die von einer nie stattgefundenen, aber von Bundeskanzlerin Merkel und ihrem Sprecher, Ex-ZDF-Mann Steffen Seibert, erfundenen "Hetzjagd" in Chemnitz berichteten. Sie haben es geschafft, daß die sächsische Stadt heute mit Ausländerfeindlichkeit in Verbindung gebracht wird und nicht mit dem Mordanschlag mehrerer Flüchtlinge auf Stadtfest-Besucher.
Es sind diese Sender, die zu Corona fast nur die der Regierung genehmen Experten zu Wort kommen lassen und maßnahmenkritische Wissenschaftler als Verschwörungstheoretiker abstempeln. Es sind diese Sender, die die Abschaffung der Grundrechte verteidigen und auch bei der Diskussion über den Klimawandel aus der im Rundfunkstaatsvertrag festgeschriebenen Ausgewogenheit eine Einseitigkeit fabriziert haben, die nicht mehr weit von der im Staatsfernsehen Rußlands oder Chinas entfernt ist.
Erschüttern muß auch, daß Karlsruhe die Entscheidung frei gewählter Volksvertreter aus Sachsen-Anhalt, die Beitragserhöhung abzulehnen, für verfassungswidrig erklärt. Dies bedeutet nichts anderes, als daß diese Abstimmungen in den Länderparlamenten das Prädikat "scheindemokratisch" verdienen. Die Abgeordneten dürfen laut höchstem Gericht nichts anderes als zustimmen.
Und es heißt auch, daß der Beschluß der demokratisch viel weniger legitimierten "Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten" (KEF) für das Verfassungsgericht einen höheren Stellenwert genießt als die Entscheidung eines Landtags. Und weiter gedacht zeigt es, daß die KEF mehr Bedeutung erhält als die Grundrechte. Diese konnte die Regierung im Namen der Gesundheit einschränken und zum Teil abschaffen, ohne daß die Richter ihr in den Arm gefallen wären.
Vom Bundestag, der Legislative, haben die Deutschen ohnehin nicht mehr viel zu erwarten. Der hat sich per Beschluß in der existentiellen Frage der Gewährung von Freiheitsrechten demonstrativ und ausdrücklich selbst entmachtet.
Zusätzliche 381 Millionen Euro fließen nun dank Verfassungsgericht in die Kassen des bisher schon mit jährlich 8,1 Milliarden Euro teuersten Rundfunks der Welt. Bezahlen muß jeder.

Egal, ob er die Propaganda über sich ergehen läßt oder nicht. Wer sich weigert, kommt in Deutschland sogar ins Gefängnis. Niemand aus dem gewaltengeteilten Land setzt sich für jene Menschen ein, die behandelt werden wie Schwerverbrecher. Niemand wirft die Frage der Verhältnismäßigkeit auf. Nicht die Regierung, nicht das Parlament. Die Sender schon gar nicht. Und auch das höchste deutsche Gericht nicht.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/20651" berichtete am 21. November 2021 (x1.251/…): >>**Gekaufte Medien - Gift für die Demokratie**

Zu den Aufgaben der Medien als vierte Macht im Staat gehört es, die Politik zu kontrollieren und Korruption im Staat aufzudecken. Nun kam in Österreich ans Licht, daß ein bedeutendes Medienhaus unheilvoll in Korruption mit der Politik verwickelt sein soll. Die Folge davon war eine Regierungskrise und der Rücktritt von Sebastian Kurz als Bundeskanzler. Diese Sendung enthüllt eine enorme Verflechtung zwischen Politik, den Chefredakteuren, Herausgebern und Redakteuren der größten österreichischen Medienhäuser. Sehen Sie, wie Einfluß auf Berichterstattung genommen wird und was mit Medien geschieht, die regierungskritisch berichten.

Damit der Rechtsstaat nicht durch Politiker ausgehebelt werden kann, gibt es zwei entscheidende Organe: erstens die Justiz und zweitens die Medien. Die Medien als sogenannte vierte Macht im Staat haben eine besondere Wächterrolle. Ihre Aufgabe ist es, die Politik zu kontrollieren und Korruption im Staat aufzudecken.

Doch in Österreich kam kürzlich ans Licht, daß die Medien selbst unheilvoll in Korruption verwickelt sein sollen. Der engste Beraterstab von Sebastian Kurz soll in Absprache mit ihm Umfragen manipuliert und positive Medienberichterstattung "erkauft" haben - auf Kosten der Steuerzahler. Das Bekanntwerden dieser Vorwürfe löste in Österreich eine Regierungskrise aus. Um die Fortführung der Regierungs-Koalition zu retten, gab Kurz am 9. Oktober 2021 schließlich seinen Rücktritt als Bundeskanzler bekannt.

ZUFALLSFUND BRINGT KORRUPTION ANS LICHT

Die gesamten Enthüllungen, die zu den aktuellen Ereignissen führten, wurden nur durch Zufall von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft - kurz WKStA - entdeckt. Denn das Handy von Thomas Schmid, einem engen Vertrauten von Sebastian Kurz, wurde bei Ermittlungen in einem anderen Fall beschlagnahmt. Die Auswertung der Chatverläufe, also der Textnachrichten auf seinem Handy, brachte weitreichende Absprachen zwischen Politikern, Staatsdienern und Medienunternehmern zutage.

Im Jahr 2016 plante Kurz, damals Österreichs Außenminister, mit seinen engsten Vertrauten den amtierenden Vorsitzenden der ÖVP, Reinhold Mitterlehner, zu stürzen und schließlich Bundeskanzler zu werden. Gemäß den der Justiz vorliegenden Fakten, soll die Veröffentlichung von verfälschten Umfragen in einem bedeutenden österreichischen Massenmedium der Zielerreichung dienen.

Die Koordination übernahm der Kurz-Vertraute Thomas Schmid. Dieser stand in engem Kontakt mit der Meinungsforscherin Sabine Beinschab, die er instruierte, welche Umfragen sie durchführen und was dabei herauskommen sollte. Andererseits wurde mit den Herausgebern Wolfgang und Helmut Fellner vereinbart, über diese Umfragen öffentlichkeitswirksam zu berichten.

Als Gegenleistung soll die Mediengruppe Österreich die Zusage für Werbeeinschaltungen im Wert von 1,1 Millionen Euro erhalten haben. Die Fellner-Brüder (Chefs von oe24 und Österreich) werden daher von der WKStA der Bestechung und Untreue verdächtigt. Es geht um Korruption und Meinungsmanipulation im großen Stil.

Ab Juni 2016 erschienen die ersten manipulierten Umfragen in der Zeitung Österreich, die der ÖVP einen desaströsen Absturz prognostizieren - außer, wenn sie auf Kurz als Spitzenkandidaten setzen. Frau Beinschab durfte in der Österreich-Zeitung ihre zugunsten von Kurz mani-

pulierten Umfragen auch noch als "unabhängige Expertin" für die ahnungslose Bevölkerung kommentieren.
Diese Enthüllungen sorgten für Entsetzen in Österreich. Der breiten Bevölkerung ist nämlich noch nicht bewußt, daß die Verflechtungen zwischen Politik und Medien weite Teile der österreichischen Medienlandschaft betreffen. Nachfolgend gibt Kla.TV Einblick in besorgniserregende Verfilzungen, finanzielle Abhängigkeiten und darüber, welche Dimension die Verflechtung zwischen Politik und Medien bereits angenommen hat.

1. GEKAUFTE MEDIEN IN ÖSTERREICH - INSERATENKORRUPTION IM GROSSEN STIL

Mainstream-Medien werden großzügig gekauft, einerseits durch die staatliche Medienförderung, andererseits durch Inserate. Bei den Gratiszeitungen Österreich und Heute machen öffentliche Inserate bereits 40 Prozent des Jahresumsatzes (!) aus.
Schon unter den Vorgängern von Sebastian Kurz stieg die Anzahl von Inseraten beträchtlich. Doch unter Kurz "explodierten" die Zahlungen an die Medien. 3 Mio. Euro im Monat oder 33,5 Millionen Euro im Jahr - so viel gab das Kabinett Kurz 2020 nur für Werbung in Zeitungen und Zeitschriften aus. Natürlich handelt es sich dabei um Steuergeld.
Allein die Kronen Zeitung erhielt 2020 für Inserate 8,4 Millionen Euro von der Regierung. Die gesetzliche jährliche Presseförderung in Höhe von 8,7 Millionen Euro, die auf alle Medien aufgeteilt wird, spielt nur noch eine vergleichsweise kleine Rolle. Für die nächsten vier Jahre plant die derzeitige Regierung bereits eine weitere Erhöhung der Inseratengelder ein: Insgesamt sind 180 Mio. Euro für Österreichs Mainstream-Medien vorgesehen, das sind jährlich 45 Mio. Euro.
Ein paar Tage vor seinem Rücktritt als Kanzler erläuterte Kurz, was man durch die Bezahlung eines Inserats erwarte: "Ich hoffe sehr, daß es eine Gegenleistung dazu gab. Nämlich Berichterstattung und ein Inserat. Das ist nämlich der Preis, den man bezahlt." Also nicht nur ein Inserat, sondern ein Inserat und Berichterstattung! In solch einem Zusammenhang spricht man von Inseratenkorruption, d.h. daß Politiker oder Ministerien durch Zeitungsinserate wohlwollende Berichterstattung kaufen.
Wenn Sie, verehrte Zuseher, künftig in Ihrer Zeitung ein Regierungsinserat sehen, erkennen Sie daran, daß diese Zeitung von der Politik "gesponsert" wurde.
Was geschieht mit Medien, die regierungskritisch berichten?
Im Juni 2021 veröffentlichte das Wochenmagazin NEWS einen kritischen Bericht über die Führung der ÖVP. Der Herausgeber - Horst Pirker - informierte dabei seine Leserschaft darüber, daß seinem Medienverlag vom Bundeskanzleramt und Finanzministerium ein totaler Inseratenstopp angedroht wurde. Inserate werden als Druckmittel und Werkzeug benutzt, um Medien zu steuern und angenehme Berichterstattung zu kaufen.
Umgekehrt üben auch die Medien bei einer Kürzung ihrer Inseratengelder seitens der Politik Druck auf diese aus. Karin Kneißl, bis 2019 Außenministerin von Österreich, entschloß sich dazu, das Inseraten-Budget ihres Ministeriums um 80 Prozent zu kürzen. Kneißl mußte feststellen, daß die Reaktion auf diese Entscheidung aus fast allen Redaktionen heftig ausfiel. Von der Österreich-Zeitung wurde sie z.B. als "schräg, wirr, teilweise ahnungslos" bezeichnet.

2. EINFLUß AUF BERICHTERSTATTUNG

Helmut Brandstätter war von 2010 bis 2018 Herausgeber und Chefredakteur der Tageszeitung Kurier. Brandstätter berichtete in seinem im Jahr 2019 veröffentlichten Buch "Kurz & Kickl" von Versuchen Kurz-Vertrauter, bis in "Zwischenüberschriften" hinein zu intervenieren. Kurz-Pressesprecher Gerald Fleischmann sei besonders berüchtigt in den Redaktionen des Landes. Er sei aber keineswegs der einzige aus dem Team Kurz, der kritische Journalisten anruft, um sie lautstark für lästige Fragen oder kritische Artikel maßzuregeln.

Helmut Brandstätter äußerte sich dazu in einem Interview: "Herr Kurz hat gesagt, im Kurier muß so geschrieben werden oder will ich, daß so geschrieben wird, wie ich mir das wünsche. Das hat er gesagt, daß hat er auch den Eigentümern vermittelt. Und dann hat er auch Vorschläge gemacht, ob da nicht andere Leute an der Spitze stehen könnten. Und darum hat er sich sehr intensiv bemüht."
Am 1. Oktober 2018 mußte Helmut Brandstätter ein Jahr vor Auslaufen seines Vertrages als Chefredakteur gehen.
Auch aus den nun öffentlich geworden Chats ist deutlich ersichtlich, daß die Absprachen weit über die Veröffentlichung von Umfragen hinausgingen. Es wurde offensichtlich auf die Berichterstattung weitreichender Einfluß genommen und sogar Veröffentlichungspläne wurden gemeinsam festgelegt. Bei Nichteinhaltung eines solchen Plans schrieb Thomas Schmid einmal an den verantwortlichen Herausgeber Wolfgang Fellner: "Liebe Fellners, ausgemacht war: Do: Brexit, Sa: Maschinensteuer, So: Wirtschaftskompetenz ... Wir sind echt sauer!!!" Wolfgang Fellner antwortet: "Verstehe ich voll ... Mache jetzt volle Doppelseite über Umfrage am Mittwoch."
Selbst der Chefredakteur der Tageszeitung Die Presse - Rainer Nowak - taucht in den nun veröffentlichten Chatnachrichten auf. Er stand ebenfalls in regem Kontakt mit Thomas Schmid. Dabei ging es neben Umfragen auch um günstige Berichterstattung für die ÖVP.
Um die gesamten Mainstream-Medien in Österreich zu koordinieren beziehungsweise zu steuern, wurde unter Kurz im Bundeskanzleramt eine riesige Medien-Steuerungszentrale eingerichtet. Dazu die österreichische Nationalratsabgeordnete Julia Herr im Jahr 2020: "Hinter Sebastian Kurz steht ein riesiger Apparat, der für gute Berichterstattung sorgt. 60 Mitarbeiter hat er dafür im Bundeskanzleramt abgestellt. Das ist ein unglaublich großer Apparat." Im Jahr 2021 ist diese Abteilung bereits auf über 80 Mitarbeiter angewachsen.
Apropos Sebastian Kurz: Wer nun denkt, daß sich jetzt an den Verfilzungen nach dem Rücktritt von Kurz etwas ändert, der irrt. Die Geschichte lehrt, daß es immer schon so war und sich nichts ändern wird, solange das Volk mitspielt. Politik und Medien, die beide davon profitieren, werden das von sich aus nicht ändern. Politiker kommen und gehen, aber das Problem bleibt - und zwar weltweit.

3. REDAKTEURE UND HERAUSGEBER WERDEN AN DIE LEINE GENOMMEN

Der ehemalige Redakteur der Kronen Zeitung Thomas Schrems berichtete im Juni 2021 in einem öffentlichen Schreiben davon, wie auf ihn und wichtige Redakteure von Seiten des Kurz-Teams mit Reisen und Einladungen in die teuersten Restaurants für eine angenehme Berichterstattung Einfluß genommen wurde. Daß so etwas offensichtlich gängige Praxis ist, belegen auch die Chat-Protokolle. Darin erscheint auch Krone-Chef Christoph Dichand im Zusammenhang mit einer Äthiopien-Reise im März 2019. Die Chats lassen darauf schließen, daß das Finanzministerium die Reise des Krone-Herausgebers bezahlt hat.
Es ist eine Tatsache, daß Kurz regelmäßig leitende Redakteure aus diversen Medien quer durch Österreich zu einem Treffen in das Springer-Schlössl in Wien Meidling einlädt. Bei diesen Treffen sind Vertreter so gut wie aller österreichischen Tageszeitungen, von Wochenmagazinen und des ORF anwesend. Es ist ausdrücklich vereinbart, daß die Themen und Inhalte dieser Treffen nicht an die Öffentlichkeit gelangen dürfen. Welche Themen müssen vor der Öffentlichkeit verborgen werden und warum?
Die ans Licht gekommenen Chat-Protokolle und die in dieser Sendung aufgezeigten Verflechtungen machen eines deutlich: Medien lassen sich von der Politik großzügig bezahlen und "an die Leine nehmen"! Dadurch können sie ihre wichtige Funktion als "Vierte Gewalt" im Staat nicht mehr ausüben. Die Medien können so keine nüchterne und unabhängige Wächterfunktion gegenüber Politik und Verwaltung ausüben und verlieren auch noch den Rest an Glaubwürdigkeit.

Jeder weiß doch: "Wes Brot ich eß" des Lied ich sing." Dennoch stellen sich Medien als unabhängig dar, auch der ORF, dessen Stiftungsrat und Generaldirektor ebenfalls politisch besetzt sind.
Der beschriebene Gefälligkeitsjournalismus führt nicht nur dazu, daß nicht mehr unabhängig berichtet wird. Es werden auch Themen völlig einseitig dargestellt und wichtige Informationen der österreichischen Bevölkerung bewußt vorenthalten, wie z.B. aktuell zum Thema Impfen und Corona-Politik.
Offensichtlich verweigern die österreichischen Medien einen öffentlichen Diskurs unter Einbeziehung aller Fach- und Expertenstimmen. Zum Beispiel erschien im Jänner 2021 in den Tageszeitungen Österreich und Kurier ausnahmsweise ein kritisches Inserat zu den Coronamaßnahmen, verfaßt und bezahlt vom "Außerparlamentarischen Corona Untersuchungsausschuß" (ACU).
Alle anderen Tageszeitungen hatten dessen Veröffentlichung abgelehnt. Im Inserat wird vor der Gesundheitsschädlichkeit der Masken, vor den nicht verantwortungsvoll geprüften COVID-19-Impfstoffen und einer Impfpflicht gewarnt und die österreichische Regierung zu einem wissenschaftlichen Diskurs aufgerufen. Die beiden Tageszeitungen wurden sofort von den anderen Medien wegen dieser Veröffentlichung heftig kritisiert und gemaßregelt.
Auch den Lesern der Niederösterreichischen Nachrichten wird ein offener Diskurs zur aktuellen Corona-Politik zukünftig verwehrt. Dessen Herausgeberin Gudula Walterskirchen wurde im Oktober 2021 von Zeitungseigentümern kurzerhand abgesetzt, weil sie sich in ihrer Tageszeitung und bei TV-Sendungen immer wieder zur Corona-Impfung kritisch äußerte und diese in Frage stellte.
Wer die öffentlich-rechtliche Berichterstattung verfolgt, wird außerdem feststellen, daß wenn immer Experten eine vom Mainstream abweichende Meinung zu wichtigen Themen äußern, diese in Verbindung mit gefährlichen Verschwörungstheorien, Fake News, Rechtsextremismus, Staatsfeindlichkeit bis hin zum Antisemitismus gebracht werden.
Wie unabhängig sind Mainstream-Medien, die sämtliche Gegenstimmen verunglimpfen und einen öffentlichen Diskurs verweigern? In Anbetracht dessen täuschen sie eine sogenannte Meinungsfreiheit lediglich vor - ein Betrug also! Die Unabhängigkeit entblößt sich als große Täuschung! Die Bevölkerung merkt dies bereits intuitiv und verliert zunehmend das Vertrauen in die Medien. 45 % der Bevölkerung hielten bei einer Umfrage im Oktober 2020 sogar das Wort "Lügenpresse" für die österreichischen Medien für angebracht.
Fazit: Die Ermittlungen der letzten Wochen haben die korrupte Verflechtung von Politik und Medien aufgezeigt. Es besteht von Seiten der WKStA der große Verdacht, daß eine umfangreiche Manipulation der Öffentlichkeit vorliegt. Wie groß die tatsächlichen Verflechtungen sind, kann gar nicht richtig abgeschätzt werden. Mit Presseförderung und Regierungsinseraten hat die Politik die wichtigsten Medien im Land bereits sehr gut im Griff. Staatlich finanzierte Medien sind jedoch bares Gift für jede Demokratie und gesunde Staaten. Dies verhindert nämlich eine öffentliche Debatte und zerstört die Medien- und Meinungsvielfalt.
Tatsächlich dürften die Medien von Seiten der Politik keinen Cent erhalten, um wieder ihrem Auftrag einer wahrheitsgetreuen Berichterstattung nachkommen zu können. Nur so kann gewährleistet werden, daß sie wirklich unabhängig und kritisch über Politik berichten und Mißstände aufgedeckt werden. Medien müssen wie jedes andere Unternehmen auch ordentliche Arbeit leisten, um dafür von ihren Lesern honoriert zu werden. So wie es freie Medien bereits trotz Verfolgung und Verunglimpfung durch Mainstream-Medien tun.
Das Volk muß sich bewußt sein, daß der Verlust von echter Meinungsfreiheit eindeutig Meinungsdiktatur mit sich bringt! Ohne freie und unabhängige Mainstream-Medien kann es keine mündig differenzierende Öffentlichkeit geben. Und ohne mündig differenzierende Öffentlichkeit kann es keine Demokratie geben.

Wechseln Sie, verehrte Zuseher, daher zu freien Medien wie Kla.TV, Wochenblick, Auf1.TV, Wegwarte, Servus.TV, ZackZack.at und viele mehr. Verbreiten Sie diese Sendung, denn in der Verbreitung liegt unser einziger Lohn. Dankeschön!<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 50/21" berichtete am 10. Dezember 2021 (x1.387/…): >>**"Ich hätte dich abgestochen ohne Gnade!"**

Sexuelle Gewalt gegen Frauen in linksextremen Strukturen: Die Opfer sitzen in der Schweigefalle. Der Mainstream nimmt es nicht wahr

Martina Meckelein / Zita Tipold

Gibt es sexuelle Gewalt im linksextremistischen Milieu? Tummeln sich unter der heiligen Fahne der Antifaschistischen Aktion sadistische Vergewaltiger, brutale Schläger und perverse Spanner? Wer intensiver "Indymedia", ein zentrales linksextremes Portal, verfolgt, dem fallen in letzter Zeit immer öfter Berichte auf, die an Fahndungsaufrufe erinnern.

Linke Frauen warnen hier vor linken Männern. Mit Namen, bekannten Wohnorten und sogar Fotos. Doch die Beschuldigten stört das nicht, sie laufen weiter frei herum. In der linken Blase sind sie sicher, denn die Frauen zeigen ihre Peiniger nicht an. Eine Betrachtung über sexualisierte Gewalt, die eben kein Parteibuch und keine Ideologie kennt.

Der Vergewaltigungsfall war der Polizei gar nicht bekannt

"Update zu einem Vergewaltiger", lautet die Überschrift eines Artikels, der am 13. Januar 2021 auf Indymedia erscheint, als Region wird Berlin angegeben. "Vor fast zwei Jahren, Ende Januar 2019, gab es eine Auseinandersetzung bei einer Party in der Köpi, bei der F. (Name von der Redaktion gekürzt) mit verschiedenen Vorwürfen konfrontiert wurde, die er direkt abgestritten hat", steht dort als Eingangssatz. "Er hat über mehrere Jahre hinweg Frauen sexuell belästigt, war übergriffig und hat vergewaltigt.

Unter anderem nutzte er den Umstand aus, daß mehrere Frauen unter dem Einfluß von Drogen (auch K.-o.-Tropfen) standen, welche sie nicht wissentlich konsumierten. Ob er sie selbst verabreichte, können wir nicht beweisen und sehen auch keine Notwendigkeit, dies zu tun." Der Mann wird in dem Text folgendermaßen beschrieben: Er habe viele technische Kompetenzen, weshalb er häufig für Events angefragt wurde. Er sei Tätowierer, mache Karate ("Sporträume sollten auch Freiräume sein") und studiere Architektur. Dazu gibt es ein Foto.

Bei solchen detaillierten Tat- und Täterbeschreibungen, sogenannten Outcalls, sollte die Polizei doch eingeschaltet sein und ermitteln. Zwei Tage später, am 15. Januar, stellte die JUNGE FREIHEIT bei der Berliner Polizei eine Presseanfrage: "Ist Ihnen der Fall bekannt? Haben vielleicht einige Geschädigte Anzeige erstattet? Werden Sie Ermittlungen einleiten? Wenn ja, gegen wen?"

Die Antwort kam postwendend. "Der von Ihnen übersandte Sachverhalt war der Polizei Berlin bislang nicht bekannt. Das für Sexualstraftaten zuständige Fachkommissariat des Landeskriminalamtes hat nunmehr von Amts wegen Ermittlungen gegen Unbekannt eingeleitet."

Also erfolgte keine Anzeige. Ist sexuelle Gewalt ausgehend von der linken Szene denn überhaupt ein Thema für die Behörden? Während die Diskurse über extrem rechte Kreise ganze Regalmeter von Literatur füllen und zumeist linke Politikwissenschaftler jeden Stein in der Szene umdrehen und gerade die Rolle der Frau oder Männlichkeitsbilder in Wissenschaft und Öffentlichkeit immer wieder diskutiert werden, beispielsweise vor dem Hintergrund des Innenlebens des NSU, scheint sexualisierte Gewalt unter extremen Linken für Ministerien und Ämter unter dem Radar zu fliegen.

Wir fragten das Bundesamt für Verfassungsschutz. Die Antwort: "Der von Ihnen geschilderte Sachverhalt fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich des BfV", und empfiehlt, das Bundeskriminalamt zu kontaktieren. Das Familienministerium schreibt: "Bitte wenden Sie sich in diesem Anliegen an das zuständige Bundesinnenministerium bzw. Bundeskriminalamt."

Das Bundeskriminalamt antwortete: "Der Bereich der Politisch motivierten Kriminalität -

links - in all seinen Ausprägungen wird im Bundeskriminalamt bearbeitet. Zuständig ist die Abteilung ST (Polizeilicher Staatsschutz)." Der Meldeweg sei folgender: Sofern die Länder den Straftaten eine politische Motivation zuordneten, würden diese über den "Kriminalpolizeilichen Meldedienst PMK" dem Bundeskriminalamt gemeldet und dort im Rahmen der Zentralstellentätigkeit innerhalb der Abteilung ST begleitend bearbeitet.
Weiter heißt es in der Antwort, die Ermittlungszuständigkeit für diese Straftaten verbleibe dabei grundsätzlich in der jeweiligen Länderdienststelle. Sexualstraftaten, so sieht es das BKA, dürften überwiegend bei den zuständigen Behörden im Bereich der Allgemeinkriminalität verortet sein und dort bearbeitet werden. "Grundsätzlich gilt, daß nur Ereignisse, die der Polizei bekannt werden, auch polizeilich verfolgt werden können und die Polizei an alle Opfer sexualisierter Gewalt appelliert, sich an die für sie zuständige Polizeidienststelle oder die zuständige Kriminalpolizeiliche Fachdienststelle für Sexualdelikte zu wenden."
Damit entledigen sich die Bundesbehörden ihrer Verantwortung. Denn zum einen verweisen sie auf das Meldeverhalten der Opfer sexueller Gewalt und zum anderen schieben sie die Verantwortung auf die untersten Polizeidienststellen ab - nämlich die Reviere und Inspektionen in den einzelnen Ländern.
Wenn es schon den Opfern sexueller Gewalt außerhalb eingeschworener politischer Milieus schwerfällt, die Täter anzuzeigen, wie muß es dann erst Frauen innerhalb des linken bis linksradikalen Spektrums gehen? Kämpfen sie doch mit jedem Atemzug gegen ein System, in dem "Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen in Zwangsanstalten, Diskriminierung und Ausbeutung" verankert sind. Sollte "frau" sich dann des verhaßten Repressionsapparates Polizei bedienen? Genau das tun die Opfer nicht. Und genau das ermöglicht den Tätern, trotz eines Outings weiterhin ihr Treiben fortzusetzen.

"Das alles ging monatelang so", berichtet uns ein Opfer

Wie rauh der Ton im linken Milieu sein kann, zeigt auch der Fall von Magdalen (Name geändert). "Ich hätte dich schon lange abgestochen, ohne Gnade" oder "Wenn du der Welt etwas Gutes tun willst, dann wach morgen früh nicht mehr auf", schreiben ihr Männer, die sich als Feministen bezeichnen. Der Grund für die Gewaltandrohung: Die junge Frau wagt es, die Glaubenssätze der eigenen Szene in Frage zu stellen.
Auf Twitter beschreibt sich Magdalen, die aus einer Arbeiterfamilie stammt, als "Marxistin und Radikalfeministin". Doch Feminismus ist nicht gleich Feminismus. Alles steht und fällt mit dem Geschlechterbegriff. Während Magdalen für die Rechte und den Schutz von Frauen kämpft, erweitern ihre Kritiker die Kategorie um "Transfrauen" und "Nonbinäre", also Männer, die sich als Frauen identifizieren und Menschen, die sich nicht ausschließlich als männlich oder weiblich betrachten.
Weil die junge Frau sich der Doktrin des vom amerikanischen Diskurs geprägten "Queerfeminismus" nicht beugt, gilt sie als Feind in den eigenen Reihen. "Mich überrascht es immer wieder, wieviel Haß ich als feministische Frau von anderen Linken kriege, während der politische Gegner (Liberale, Rechte etc.) verschont bleibt", schreibt sie auf Twitter. Seit sie sich im März erstmals offen gegen diese Gender-Theorie ausgesprochen habe, werde sie als "Transfeind, Menschenfeind, rechts und Nazi" diffamiert, erzählt Magdalen der JF.
"Davor war ich in der 'woken' Blase sehr beliebt." In der Debatte liege der Fokus nicht mehr auf Frauen, sondern auf "queeren" Menschen. Ihre Kritik an dieser Entwicklung übertraf einen gewöhnlichen Shitstorm. "Ich bekam Hunderte Haßnachrichten und Drohungen. Es wurden gefälschte Nacktbilder von mir auf diversen Plattformen zusammen mit meinem Instagram-Namen verbreitet", schildert die Politikstudentin.
Auf Twitter teilt sie regelmäßig Screenshots von den Drohbotschaften, die sie erhält. So schrieb ein Nutzer Anfang November: "Bei Gott, ich habe schon lange nicht mehr so das Bedürfnis gehabt, einer Person die Fresse einzutreten", und man müsse seine "Schuhsohle be-

herzt auf ihrem Gesicht plazieren". Magdalens Namen wolle er nur noch auf ihrer Beerdigung hören. "Das alles ging monatelang so, unter anderem weil ich mich nicht unterkriegen lasse und mit meiner Kritik weitergemacht habe", führt sie aus.
Eine mögliche Ursache für die Vielzahl haßerfüllter Nachrichten, die sie von Männern erhält, sieht die junge Frau in deren vermeintlichem Geltungsbedürfnis. "Ich habe das Gefühl, es sind viele Männer, die nicht akzeptieren können, daß es im Feminismus nicht um sie geht. Gleichzeitig scheinen sie ein starkes Problem mit Frauen zu haben, die ihre Meinung nicht unterdrücken lassen." Über dieses Phänomen fehle in der feministischen Debatte aber jeglicher Diskurs.
Dabei mangelt es nicht an Betroffenheitsfloskeln und Solidaritätsbekundungen in der linken Szene, wenn Frauen über sexuelle Übergriffe berichten. Aber darin scheint es sich dann auch zu erschöpfen. Wobei nach Angaben des Berliner Verfassungsschutzes im linksextremen Milieu jeder dritte Anhänger weiblich ist. Die Behörde schätzt, daß etwa 35 Prozent der Berliner Linksextremisten Frauen seien, berichtete Die Welt im Juni.
Zum Vergleich: In der rechtsextremen Szene beträgt der Frauenanteil 20 Prozent, in der islamistischen Szene zehn Prozent. Gleichheit sei ein klassisches Thema der Linken, und das gelte auch für die Gleichheit der Geschlechter, begründete Behördenleiter Michael Fischer den hohen Frauenanteil bei Linksextremen.
Offensichtlich ein Trugschluß. Die Linke unterliege einem historischen Paradigmenwechsel, insbesondere das marxistische Denken sei außer Kurs geraten, meinte der Extremismusforscher Rudolf van Hüllen in einer Stellungnahme für den Innenausschuß des Hessischen Landtags zum Thema "Linksextremismus - aktueller Status und mögliche Entwicklungen".
Weiter schrieb der Politikwissenschaftler, daß nicht nur das "Proletariat" als Identifikationsobjekt erledigt sei: "Die früher traditionell linke Idee des Kampfes um die Selbstbestimmung der Frau teilt fast zeitgleich dieses Schicksal: Die bekannten Vorfälle auf der Domplatte in Köln werden aus autonomer Sicht zu 'Vergewaltigungsgerüchten über männliche Flüchtende',"; sie folgten "dem chauvinistischen Klassiker, den hiesigen Frauenkörper als nationalen zu denken, der von den selbsternannten VerteidigerInnen der Ordnung beschützt werden müsse".
Diese absurde Einschätzung spitzt die trotzkistische Gruppe "Marx 21" weiter zu: "Weder Religion noch Herkunft können Sexismus erklären. Hilfreicher ist es, die strukturelle Unterdrückung der Frau im Kapitalismus in den Blick zu nehmen."
Die Ortsgliederung der Linken-Nachwuchsorganisation Linksjugend Solid in Nürnberg-Fürth gibt vor, das Problem erkannt zu haben. Auf Twitter schrieb sie in schönstem Politikerdeutsch: "Wir müssen die Tabuisierung dieses Themas endlich brechen", und: "Wir müssen Sexismus bekämpfen, immer und überall. Auch in linken Strukturen. Wie wollen wir eine ideale Gesellschaft aufbauen, wenn wir es nicht einmal schaffen, solche Probleme in unseren eigenen Reihen zu bekämpfen?" Ja, wie?

Verhaltene Zeichen des Widerstands in der Szene

Der NDR berichtete im vergangenen Jahr über sexuelle Übergriffe mittels versteckter Spanner-Kameras in Toiletten auf einem linken Festival. Mindestens noch auf einem weiteren Festival mißbrauchte ein Täter ebenfalls Frauen derart. Konsequenzen? Keine.
"Es muß endlich klar sein: Wer in unseren Strukturen vergewaltigt, wird entfernt und dauerhaft in einen Zustand versetzt, in dem er (oder sie, fairerweise) nicht mehr in der Lage dazu ist, weiterhin zu vergewaltigen. Und ja, das schließt irreparable Gewalt gegen den Körper des Vergewaltigers ein", schreibt eine empörte Kommentatorin auf Indymedia.
Vielleicht schimmert darin ein Umdenken hervor, wenigstens bei einem kleinen Teil der Frauen in der Szene. "Wenn unsere Strukturen das nicht selbst leisten können, dann müssen wir deren Grenzen anerkennen und (so traurig das ist) dem Staat die Verantwortung dafür abtreten. Jemand, der eine von uns vergewaltigt hat, darf unter keinen Umständen in die Lage

dazu versetzt werden, sein Tun zu wiederholen, das verlangt wirksamer feministischer Selbstschutz."
In dem eingangs erwähnten Berliner Fall mußte das Verfahren von der Staatsanwaltschaft eingestellt werden: "Die Geschädigten konnten nicht ermittelt werden."<<
Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 2. Januar 2022 (x1.127/…):
>>**Wie die Propaganda das Bewußtsein herabdämpft und Demokratie zur Farce macht**
Durch die Massenmedien wird nahezu flächendeckend das Bewußtsein der Menschen beeinflußt und geprägt. Gedanken, Vorstellungen und Urteile anderer fließen täglich in sie ein und bestimmen - weitgehend unreflektiert übernommen - ihre gesellschaftlichen Einstellungen und Handlungen. Es entsteht so ein allgemeines Gruppenbewußtsein der öffentlichen Meinung, das mangels eigener Erkenntnis herabgedämpft und dadurch lenkbar ist. Sind die Medienberichte zudem noch einseitig, verzerrt und lügenhaft manipuliert, wird das Bewußtsein des Menschen in Bezug auf die Wirklichkeit noch stärker abgelähmt und sein für eine freiheitliche Demokratie grundlegendes Urteilvermögen aufgehoben. Demokratie wird zur Farce.
Zunächst: Wie kommt es, daß die Inhalte der Medien kaum gefiltert in das Bewußtsein vieler Menschen eindringen und solche Lenkungswirkung haben? Warum lassen sich diese von ihnen so stark beeinflussen? Dazu müssen wir uns genauer ansehen, welcher Prozeß da im Bewußtsein stattfindet.
Unbegriffene Wahrnehmungen
Alle Wahrnehmungen, die uns von außen durch unsere Sinne entgegenkommen, müssen wir von innen mit unserem Denken durchdringen, wenn sie uns verständlich werden sollen. Wir müssen sie gedanklich begreifen, die ihnen entsprechenden Begriffe finden. Dadurch wachsen wir erkennend erst in die volle Wirklichkeit hinein. Würden wir uns willentlich des Denkens ganz enthalten, blieben uns die Wahrnehmungen völlig unverständlich. Wir befänden uns außerhalb der Realität in einem träumerischen, herabgedämpften Bewußtsein.
Blitzschnell und ohne besondere Anstrengung geschieht die Verbindung von Wahrnehmen und eigenem Denken gegenüber den gewohnten und vertrauten Dingen des Alltags. Wenn es sich jedoch um neue Wahrnehmungen handelt oder, wie in der Wissenschaft, Naturphänomene oder soziale Probleme in ihren tieferen Zusammenhängen erforscht werden sollen, ist eine starke eigene Gedankenanstrengung notwendig, um die zum Verstehen führenden Begriffe selber aufzufinden. Haben wir sie erfaßt, erleben wir uns darin in einem hellwachen Bewußtsein.
Aus den Medien nehmen wir, vermittelt durch Worte, hörend oder lesend Gedanken in uns auf, die andere gedacht haben, die also nicht unsere eigenen Gedanken und Erkenntnisse sind. Diese von außen hereinkommenden Begriffe sind aber, obwohl sie ihrer inneren Natur nach Begriffe sind, für uns Wahrnehmungen. Das bedeutet, wir müssen sie, wie andere Wahrnehmungen auch, erst mit unserem eigenen Denken begrifflich durchdringen, um sie zu verstehen.
Dessen ist man sich im allgemeinen nicht bewußt. Denn bei akustischen, optischen, Geschmacks- oder Geruchs-Wahrnehmungen z.B., erleben wir unmittelbar, daß sie der gedanklichen Durchdringung bedürfen. Gedanken dagegen haben, weil sie eben Begriffe sind, bereits den Anschein begrifflichen Verständnisses, obwohl sie noch nicht wirklich verstanden sein können. Das sind sie erst, wenn wir sie "hinterfragt", also den Zusammenhang ihrer Entstehung denkend nachvollzogen haben, aus dem sie als Ergebnis hervorgegangen sind.
Der Verständnisanschein, den die wahrgenommenen Begriffe an sich tragen, verführt dazu, sich mit ihrer Aufnahme zu begnügen und nicht weiter über sie nachzudenken. Man nimmt sie wahr und glaubt sie zu verstehen. Doch das ist eine Illusion. Damit sind wir prinzipiell in der gleichen Lage wie bei den anderen Wahrnehmungen, bei denen wir auf das Nachdenken verzichten würden: Wir befinden uns ihnen gegenüber in einer Art träumendem, herabgedämpf-

tem Bewußtsein. Denn diese Begriffe sind uns in Wirklichkeit dunkel; wir haben sie und die Realität, auf die sie sich beziehen sollen, nicht mit dem Licht unseres eigenen Denkens durchdrungen.
Die Bereitschaft, diese Gedanken als eigene zu übernehmen, wird noch durch die weitverbreitete Obrigkeits- und Autoritätshörigkeit verstärkt. Vor dem, was ein Regierungsmitglied, ein professoraler Wissenschaftler oder promovierter Arzt sagt, steht das eigene Denken der meisten Menschen immer noch ehrfürchtig still.
Damit ist das von den Medien erzeugte Gruppenbewußtsein der meisten Menschen gekennzeichnet, das die öffentliche Meinung ausmacht. Ihr Bewußtsein wird von außen mit vorgefertigten Begriffen gespeist, die sie wie eigene in ihren Begriffsschatz aufnehmen, ohne sie aber selbst gedanklich durchleuchtet zu haben. Danach bilden sich dann ihre Einstellungen. Und es hat den Anschein, und sie leben auch in dem Glauben, daß sie selbst es seien, die aus Überzeugung denken und handeln. In Wahrheit werden sie aber durch die aufgenommenen Begriffe und Vorstellungen irgendwelcher Autoritäten gelenkt. Sie sind nicht Herr ihres eigenen herabgedämpften Bewußtseins.
Und sie handeln im Grunde nicht selbst. Ihr Wille geht Wege, die von ihrem eigenen Denken und damit von ihrem eigenen Ich nicht gedeckt und verantwortet sind. Denn dieses ist stillgelegt, nicht aktiv, ausgeschaltet. Sie handeln gedankenverloren wie lebendige Automaten auf ein von außen in sie hineingesendetes Signal. Die Individualität des Menschen gibt sich gewissermaßen insoweit auf und wird zum Bestandteil einer lenkbaren Masse.

Verstärkende Wirkung durch Lügen

Nun kommt aber noch etwas ganz Wichtiges hinzu, was die Menschen innerhalb des Gruppenbewußtseins der öffentlichen Meinung zusätzlich tief beeinflußt: die systematische, von autoritativer Seite immer erneut wiederholte Lüge. Diese hat als Mittel der öffentlichen Meinungsbildung ein Ausmaß erreicht, wie es in der Geschichte der Menschheit wohl noch nie der Fall gewesen ist.
Vor den staatlichen, kirchlichen, wissenschaftlichen Autoritäten steht bei den überwiegend noch immer autoritätsgläubigen Menschen das eigene Denken von vorneherein in "Hab-Acht-Stellung". Gehen von ihnen aber noch permanent Lügen aus, werden die Menschen in eine noch größere Illusion geführt als die gewöhnlichen Einseitigkeiten, die partiell ja noch wahr sein können.
Der Arzt Dr. Thomas Külken wies in einer Rede auf verblüffende Erkenntnisse der Psychologie hin.
"Die moderne Psychologie hat Experimente gemacht, gut geprüfte Experimente, welche zeigen, mit wie erschreckend einfachen Mitteln man unser Bewußtsein unselbständig machen kann und wehrlos gegenüber Lügen und Täuschungen. - Am Anfang eines solchen Experiments stellt der Versuchsleiter den Teilnehmern eine Behauptung vor, die unwahr ist - und er erklärt ihnen, warum sie falsch ist.
Dann aber wird im weiteren Verlauf diese unwahre Behauptung ständig positiv wiederholt. Und es stellt sich heraus: je öfter die Unwahrheit wiederholt wird, um so mehr gewinnt sie bei den Teilnehmern an Glaubwürdigkeit. Und das noch Unglaublichere ist, daß das auch dann funktioniert, wenn die Versuchspersonen vorher über den Trick aufgeklärt werden."
In seinem Buch "Psychologie der Massen" schreibt Gustav Le Bon:
"Die reine, einfache Behauptung ohne Begründung und jeden Beweis ist ein sicheres Mittel, um der Massenseele eine Idee einzuflößen. Je bestimmter eine Behauptung, je freier sie von Beweisen und Belegen ist, desto mehr Ehrfurcht erweckt sie. ... Napoleon sagte, es gäbe nur eine einzige ernsthafte Redefigur: die Wiederholung."
Dadurch entsteht nicht nur der Glaube an eine Lüge. Die ständig von offizieller Seite gebetsmühlenartig und wie selbstverständlich wiederholten Lügen in der Öffentlichkeit verstärken

noch in besonderer Weise die Herabdämpfung des Bewußtseins zu einem dumpfen Kollektiv-Bewußtsein. Der Mensch wird wie von einer Art magischer Wirkung der Lüge ergriffen, in seinem eigenen Denken gelähmt und in einen noch tieferen Traumzustand gegenüber der Wirklichkeit versetzt.
Zur Natur des Traumes gehört es, daß die Traum-Bilder keine Realität abbilden und wir selber keinen Einfluß auf sie ausüben können.
Sie sind in vieler Beziehung unwahr, wir halten sie aber im Traumzustand für wahr, denn es fehlt uns hier die Möglichkeit zwischen Wahrheit und Unwahrheit zu unterscheiden, das Geträumte auf seinen Wahrheitsgehalt zu überprüfen.
Wenn nun den Menschen das gewöhnliche Bewußtsein zu einem passiven Gemeinschafts-Bewußtsein herabgedämpft wird, in dem sie von oben geführt werden, sind sie dauerhaft autoritativ erzählten Vorstellungs-Bildern ausgesetzt, auf die sie selber keinen Einfluß ausüben und bei denen sie nicht zwischen Wahrheit und Unwahrheit unterscheiden können.
Sie sind nicht in der Lage, die durch systematische Propaganda autoritativ eingeflößten Lügen anzuzweifeln; sie können sie absolut nicht hinterfragen, egal, welche Lüge ihnen auf diese Weise eingeimpft wird. Sie werden unzugänglich für jeden Zweifel - und wehrlos gegenüber allen weiteren Lügen.
Demgegenüber gibt es nur die einzige Möglichkeit, aktiv und kraftvoll das eigene Denken in Gang zu setzen und dadurch aus dem kollektiven Traum in das individuelle kritische Bewußtsein hinein zu erwachen.

Demokratie wird zur Farce

Die propagandistische Verfälschung der Wirklichkeit, der Wahrheit, hat noch eine tiefere Dimension, auf die Hannah Arendt bereits in einem Essay Ende der 1960er-Jahre hingewiesen hat. Sie schreibt da: "Wenn die modernen Lügen sich nicht mit Einzelheiten zufrieden geben, sondern den Gesamtzusammenhang, in dem die Tatsachen erscheinen, umlügen und so einen neuen Wirklichkeitszusammenhang bieten, was hindert eigentlich diese erlogene Wirklichkeit daran, zu einem vollgültigen Ersatz der Tatsachenwahrheit zu werden? …"
Lügen über Einzelheiten lassen sich leicht aufdecken. Wenn aber der große Gesamtzusammenhang erlogen ist, sind die Menschen in einer Gefangenschaft, aus der sie durch die Korrektur einzelner Tatsachenlügen nicht befreit werden können. Der irreale Gesamtzusammenhang bildet den großen Berichterstattungsrahmen der Medien, und alle tatsächlichen oder vermeintlichen Fakten, die in diesen Rahmen passen, werden dem Publikum übermittelt, alle entgegenstehenden Fakten werden entweder ignoriert oder diskreditiert. So bildet gegenwärtig die Mär von einem Killervirus, der Ursache einer alle bedrohenden pandemischen Infektionskrankheit sei, einen solchen Gesamtrahmen.
Ein wichtiges Mittel der Herrschenden und ihrer Medien, das Bewußtsein der Menschen durch einen unwahren Gesamtzusammenhang in die Irre zu führen, ist die Geschichtsfälschung, die vor allem aus einseitiger, verzerrter oder erfundener Darstellung besteht, in der andere wesentliche Aspekte verschwiegen werden. Sie versetzt die Menschen in eine illusionäre Vergangenheit und auch Gegenwart.
Denn da sich alles Leben in der Zeit entwickelt und das Gegenwärtige an das Vergangene anschließt, können wir nur im Verfolgen der aus der Vergangenheit kommenden Entwicklungslinie Aufschluß darüber gewinnen, wie der Weg sinnvollerweise in die Zukunft weiterführt. Das Leben in der Unwahrheit kann auf Dauer nur zu weiteren Katastrophen führen.
Die offizielle Geschichtsschreibung der beiden Weltkriege, wie sie auch von Politik und Medien verbreitet wird, bietet ein reiches Anschauungsmaterial und ist auf diesem Blog in zahlreichen Artikeln thematisiert worden (vgl. Inhaltsverzeichnis - Westlicher Imperialismus).
George Orwell, der vor 70 Jahren mit nur 47 Jahren starb, machte in seinem 1949 geschriebenen Buch '1984' deutlich, daß das Löschen, Verzerren, Verwerfen und Entwerten von Ge-

schichte und historischer Erfahrung eine zentrale Dimension der "Gedankenkontrolle" darstellt. Und er formulierte eindringlich: "Wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft, wer die Gegenwart beherrscht, beherrscht die Vergangenheit."
Orwell malte die propagandistischen Techniken der Täuschung, durch die wir desinformiert, belogen, mit Halbwahrheiten abgespeist oder durch die Unterdrückung von Nachrichten im Unklaren gelassen werden. Aldous Huxleys brachte bereits in seinem 1932 erschienen Buch "Brave New World" den anderen Aspekt, daß wir durch propagandistische Techniken zerstreut, vom Wesentlichen abgelenkt, mit Belanglosigkeiten überflutet, mit Pseudoproblemen beschäftigt, mit Unterhaltungs-Angeboten aller Art bei Laune gehalten werden. Beide Aspekte ergänzen sich und sind heute tägliche Realität geworden.
Der verstellte und erlogene Gesamtzusammenhang hat tiefgehende Auswirkungen auf den Menschen. Er lebt ja in einer großen Illusion, in einer irrealen Welt und nicht in der Wirklichkeit. Die Wahrheit ist nicht ersetzbar. Das hat Folgen, die Hannah Arendt so beschreibt:
"Das Resultat ist keineswegs, daß die Lüge nun als wahr akzeptiert und die Wahrheit als Lüge diffamiert wird, sondern daß der menschliche Orientierungssinn im Bereich des Wirklichen, der ohne die Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit nicht funktionieren kann, vernichtet wird. … Konsequentes Lügen ist im wahrsten Sinne des Wortes bodenlos und stürzt Menschen ins Bodenlose, ohne je imstande zu sein, einen anderen Boden, auf dem Menschen stehen könnten, zu errichten."
Die propagandistische Verfälschung der Wirklichkeit führt den Menschen in eine Welt der Täuschung. Die Lüge lebt davon, daß sie sich in das Kleid der Wahrheit hüllt und sich als diese ausgibt, d.h. die Substanz ihres Seins für sich in Anspruch nimmt. Der Mensch, der ihr verfällt, glaubt sich daher in der Wahrheit, und all sein Reden und Handeln fließt aus ihrer Gewißheit. Denn die Wahrheit ist das Lebenselement der menschlichen Seele, in dem sie nur dauerhaft leben kann und das ihr allein die Sicherheit des Seins verleiht. Ohne sie fällt sie ins Bodenlose.
Wenn ein breites Lügennetz zur Illusion eines ganzen Wirklichkeits-Zusammenhangs gewoben ist, geht dem menschlichen Orientierungssinn die Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit abhanden, ohne die er nicht funktionieren kann. Der Mensch wird, wenn er nicht vollkommen unsensibel geworden ist, hier und da dumpf empfinden, daß etwas nicht stimmt, wird auch die eine oder andere Lüge vermuten, aber er hat in einem flächendeckenden Propagandafeld kaum die Möglichkeit, zu den gesamten Tatsachen der vollen Wirklichkeit vorzudringen.
Das aber bedeutet, daß die Bürger einer Demokratie nicht mehr urteilsfähig sind. Um die umfassende Information und Erkenntnis des Bürgers zu garantieren, sind im Grundgesetz die Grundrechte der Informations- und der Meinungsfreiheit verankert. Doch "Meinungsfreiheit", schrieb Hannah Arendt, "ist eine Farce, wenn die Informationen über die Tatsachen nicht garantiert sind." Dann kann sich der Mensch kein Urteil mehr bilden, das in der Wahrheit, in der Wirklichkeit gegründet ist. Nur darauf kann aber eine Gesellschaftsform freier, selbstbestimmter Menschen basieren. Die heutige totale Lügenpropaganda von Politik und Mainstream-Medien hat die Demokratie bereits von innen beseitigt.
Die demokratischen Organisationen und Abläufe wie Wahlen, Abstimmungen im Parlament etc. bleiben zur Täuschung als hohle Kulisse bestehen, aber alle Staatsgewalt geht in Wahrheit gar nicht mehr vom Volk als dem Souverän, sondern von den Herrschenden aus, die den Bürger urteilsunfähig machen, indem sie ihm die Urteilsgrundlagen der Wirklichkeitserkenntnis entziehen und ihm die "rechten" Urteile liefern.
Für sie kommt es gar nicht darauf an, die bestehenden demokratischen Organisationsformen zu beseitigen. Es genügt und ist viel effektiver und unbemerkbarer, das zentrale Agens der Demokratie, die Erkenntnismöglichkeit und Selbstbestimmung der Bürger aufzuheben, die

den Organen der Demokratie zugrunde liegen und ihnen erst ihren Sinn und ihre Legitimation verleihen.
Die Bürger sind nicht mehr die Souveränen, die aus eigener Erkenntnis entscheiden, sondern Entmündigte, Marionetten, die nicht mehr eigene Erkenntnisse und Ziele über ihre Repräsentanten realisieren, sondern aus einer einsuggerierten Schein-Wirklichkeit die Absichten und den Willen der Herrschenden ausführen, indem sie immer wieder deren Vertreter, die vorgeben die Vertreter des Volkes zu sein, in die Machtpositionen einer sich ständig erneuernden Oligarchie "wählen". Die Herrschenden und ihre medialen Lautsprecher sind heute die größten Feinde der freiheitlichen demokratischen Ordnung.
Insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist der derzeit wirkmächtigste Feind der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes und Förderer einer totalitären Oligarchie. Er gehört als Verfassungsfeind aufgelöst.
Und es ist geradezu ein Hohn, wenn sich die Altparteien als demokratische Parteien bezeichnen. In einem funktionierenden Rechtssystem wären sie als verfassungsfeindliche Vereinigungen längst verboten worden. Doch sie haben sich alle drei Staatsgewalten zur Beute gemacht.
Damit sind die primären Ziele einer demokratischen Erneuerungsbewegung von unten bezeichnet.

Das Verhältnis zur Wahrheit

Aber die andere Seite ist, daß nicht nur viele Politiker, Wissenschaftler und Journalisten ein gebrochenes Verhältnis zur Wahrheit haben. Die große Masse könnte nicht so leicht der propagierten Lüge verfallen, wenn das natürliche Wahrheitsgefühl der Menschen noch intakt wäre, aus dem bei geringstem Zweifel das Bestreben aufsteigt, aufzuklären, wie es sich in Wirklichkeit verhält. Das Verantwortungsgefühl für die Wahrheit, für sie einzutreten, auch wenn es Nachteile bringen kann, ist in großem Maße geschwunden und in der Bequemlichkeit der dumpfen, materialistischen Lebensgewohnheit erstickt.
Das äußert sich schon darin, wie bedenkenlos aus Vorurteilen über andere gesprochen und geurteilt wird, ohne im Geringsten die Pflicht zu empfinden, es vorher auf seinen Wahrheitsgehalt zu überprüfen, so daß man nur dasjenige weitersagt, von dem man sich aus eigener Erkenntnis überzeugt hat, daß es wahr ist.
Wie wenig wird diese innere Verpflichtung der Wahrheit und der Integrität und Würde des anderen Menschen gegenüber heute empfunden! Jeder (mich eingeschlossen) muß sich da an die eigene Nase fassen und eine Aufmerksamkeit auf seine eigenen Gedanken entwickeln, so daß man ständig überprüft, von welcher Qualität das ist, was da in mir aufsteigt.
Eine kleine Anekdote um den großen griechischen Philosophen Sokrates möge das verdeutlichen, wobei es nicht darauf ankommt, ob sie wirklich authentisch überliefert ist; es kommt mir auf den Inhalt an.
Ein Mann rannte auf Sokrates zu. "Sokrates, Sokrates! Weißt Du, was ich gerade über einen Deiner Schüler gehört habe?" "Warte einen Moment", sagte der Philosoph. "Bevor Du mir davon erzählst, möchte ich, daß Du einen kleinen Test machst, den ich 'die drei Siebe' nenne."
"Die drei Siebe?"
"Ja. Bevor Du aussprichst, was Du sagen willst, prüfe es.
Das erste Sieb ist die Wahrheit. Hast Du absolut sichergestellt, daß es wahr ist, was Du mir erzählen willst?"
"Äh, na ja, nein … ich hab eigentlich nur davon gehört."
"Aha, Du weißt also nicht, ob es wahr ist oder nicht.
Laß uns zum zweiten Test kommen. Das Sieb der Güte. Ist, was Du mir über meinen Schüler erzählen willst, etwas Gutes?"
"Nein, im Gegenteil."
"Aha, Du willst mir also etwas Schlechtes über meinen Schüler erzählen, obwohl Du nicht

weißt, ob es wahr ist."
Der Mann zuckte die Schultern. Er wirkte inzwischen etwas betreten.
Sokrates fuhr fort: "Vielleicht besteht das, was Du mir sagen willst, ja den dritten Test. Das Sieb der Notwendigkeit. Ist, was Du mir mitteilen möchtest, notwendig?"
"Also … nein, nicht wirklich."
"Wenn es weder wahr ist, noch gut oder notwendig, warum solltest Du es mir dann überhaupt erzählen? So belaste Dich und mich nicht damit."
Der Mann verstummte, er schämte sich und ging fort. Er hatte verstanden.<<
Das Internetportal "heise online" berichtete am 7. Februar 2022 (x1.071): >>**Was die Querdenker eint**
Georg Schuster
Überlegungen zur außerparlamentarischen Opposition, die derzeit im Angebot ist
Der Präsident des Verfassungsschutzes Thomas Haldenwang hat sich Gedanken über eine Zukunft der radikaleren Segmente der Querdenkerbewegung gemacht: Er "hält es für denkbar, daß staatsfeindliche Extremisten, die derzeit gegen die Coronamaßnahmen mobil machen, sich nach dem Ende der Pandemie ein neues Thema suchten - dies könnte die Klimapolitik sein. Die Pandemie sei 'nur der Aufhänger' für diese radikalisierte Szene. Ob das jetzt Corona ist oder die Flüchtlingspolitik."
... Für seinen Job braucht Haldenwang keine Theorien. Er sieht vielmehr bürokratisch über alle Ursachen von Protest hinweg, macht sie unerheblich und nimmt ihn als ein potentielles Ordnungsproblem, das zu observieren ist.
Es wäre also fehl am Platz, von ihm Auskünfte darüber zu verlangen, ob Teile der Querdenker "nur nach Aufhängern" suchen, warum die austauschbar sein sollen, wieso sich andere Teile daran anhängen etc. Deshalb der Versuch einer Antwort auf die Frage, was diese neue Protestbewegung ausmacht und verbindet.
Zweckbündnis
Aus der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015/16 ist sie nicht hervorgegangen, gleichwohl sind Migrationsgegner in ihr präsent. Sie spielen aber im linken esoterischen Abschnitt und in der bürgerbewegten Mitte des Spektrums der Pandemie-Proteste eine geringere Rolle als an seinem rechten Rand.
Was die Bewegten zusammengebracht hat, ist ihre Lesart der offiziellen Pandemie-Politik. Bei der geht es der Sache nach um den Widerspruch, der den Staat umtreibt, wenn er der Ökonomie zu ihrem Nutzen schaden muß, indem er zeitweise der Volksgesundheit den Vorrang einräumt.
Die Maßgabe dafür ist ein funktionierendes Gesundheitswesen, auf das ein moderner Kapitalismus angewiesen ist. Stockungen bei Arbeit und Erwerb, die dafür in Kauf zu nehmen sind, haben in dieser Wirtschaftsweise zur Folge, daß die vielen Leute in Existenznöte geraten, deren Einkommen über das Monatsende nicht hinausreichen.
Weitere Einschränkungen der Bürger, damit die Beschränkung des Geschäftslebens in Grenzen gehalten werden kann, kommen hinzu. Dies führen Querdenker und andere aber nicht auf dieses System zurück, sondern deuten die Lage als eine Mißachtung, die der Staat ihrem Recht auf Freiheit, Freizeit und Ansteckung entgegenbringt.
Sie sehen darin eine politische Agenda, die mit Gesundheit selbstredend nichts oder wenig zu tun habe. Darüber werden sich Esoteriker sogar mit Identitären einig, und die Bewegten verständigen sich auf Zweckbündnisse, die ein Auge nach rechts oder links zudrücken.
Das Freiheitsverständnis der Querdenker
Trotz ein paar rauher und häßlicher Sitten in ihren Reihen betonen die Querdenker, daß sie der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft entstammen - und dies zu Recht. Die Freiheit, die sie meinen und die sie verbindet, ist der Widerhall dessen, was der demokratische Rechtsstaat

unter diesem Titel proklamiert und ins Werk setzt. Lauter Konkurrenzbürger treiben sich unter seiner Obhut herum, deren gegensätzliche Interessen er im Namen dieses hohen Werts als Rechte bewilligt.
Folglich nehmen auch demokratische Untertanen für ihre widerstreitenden Anliegen den Titel in Anspruch. Kein Wunder, daß Impfgegner glauben, mit dem Ruf "Mein Körper, meine Freiheit, mein Recht!", der kein Virus beeindruckt, alles Nötige gesagt zu haben.
Neben der falschen Sicherheit, in der sie sich damit wiegen, übersehen sie allerdings, daß der Staat ihnen die private Sorge um ihre Gesundheit normalerweise zwar gerne zuschiebt (und dies für Normalverdiener, denen dazu die Mittel fehlen, mit einer Zwangsversicherung bezahlbar macht).
Im Fall einer Epidemie aber, wo die Infizierten selber zu einer Krankheitsursache werden, überlässt er die Gesundheit nicht dem persönlichen Ermessen, sondern verpflichtet es auf seine Prioritäten. Daran wird im Prinzip ersichtlich, was die Querdenker nicht oder ganz anders sehen wollen, wenn sie die Freiheit für ein naturgegebenes, den Staat bindendes Recht halten.
Von wegen: Es ist die ideologische Fassung seiner Konzessionen, mit denen er die kapitalistische Gesellschaft beherrscht und verwaltet.

Herrschaftskritik

Auch die Opposition, die die Corona-Proteste entfalten, ging bei den demokratischen Verkehrsformen in die Lehre, mit dem sie sich anlegen. Deutsche Bürger sind es, wie andere Völkerschaften auch, gewohnt und werden darin angeleitet, sich die diversen Unzufriedenheiten, an denen im Kapitalismus kein Mangel herrscht, ziemlich eintönig zurechtzulegen.
Sie deuten sie als politisches Versagen oder Vergehen einer Staatsführung gegenüber dem bürgerlichen "Naturrecht" auf eine gute Herrschaft. Anleitung findet diese legitime Regierungskritik durch oppositionelle Politiker und Parteien, die mit der Vereinnahmung von Unzufriedenheit einen Führungswechsel bewerkstelligen wollen.
In diesem Bemühen werden auch Inhalte und Forderungen hervorgebracht, die sich die staatsbürgerliche Kritik in ihrem Verlangen nach einer besseren Regierung gegebenenfalls einleuchten läßt. Das alternative Versprechen, mehr Demokratie zu wagen und mehr für Umwelt, sozialen Ausgleich oder die Rechte der Nation zu tun als die amtierende Mannschaft, ist deren Ablösung per Stimmzettel oft zuträglich.
Dies, wenigstens aber der Druck auf die Regierung zum Einlenken, erscheint gelegentlich so dringlich, daß sich Teile des Wahlvolks als Protestbewegung formieren. Die Rufe der Gelbwesten "Macron Demission!", die französische Impfgegner erneut skandieren und deren kanadische Übersetzung bei impfunwilligen Lkw-Fahrern "Trudeau got 2 gor!" heißt, drücken dieses Prinzip aus. Die inzwischen historische Parole "Merkel muß weg!" soll nach ihrer deutschen Besonderheit hin etwas näher betrachtet werden.
Sie steht für eine Opposition, die zunächst von rechts kam, aber auch auf linken Wegen erreicht werden kann, und die sich von keiner der etablierten Parlamentsparteien mehr repräsentiert sieht. Das kam ohne deren Beiträge nicht zustande.
Die Merkel-Kabinette aus Christ- und Sozialdemokraten haben schon in ihrer Zusammensetzung gezeigt, daß das, was für Deutschland wichtig ist, was "wir schaffen müssen", keine Alternative kennt. Zuvor schon hatte die Koalition unter Schröder bewiesen, daß rote und grüne Parteien, Stichwort Hartz-Gesetze, genauso regieren können wie schwarze.
Auch die grüne Opposition zählte sich seither zu den Anwälten der nationalen "Sachzwänge" und wurde dazu gezählt. Selbst die Linkspartei ringt unverdrossen um diese Anerkennung. Eine politisch radikalisierte Unzufriedenheit bekommt also etliche Anhaltspunkte für die Deutung, ihr Recht auf bessere Herrscher werde ihr durch diesen parlamentarischen Gleichklang seit Jahr und Tag verwehrt.

So nahm eben eine neue außerparlamentarische Opposition ihren Lauf, bei der ein paar rechte Alternativvorschläge für Deutschland mehr Gehör finden.
Zu der ausgebliebenen Beheimatung dieser Sorte von Protest hat die Corona-Politik noch einen spezifischen Beitrag geleistet und damit die Empörung über die "Alternativlosigkeit" befördert. Denn Leute, die die Besonderheiten der Pandemie und ihrer Abwehr bis dahin verpassen, daß sie eine Naturkatastrophe nur als Regierungsversagen wahrnehmen, bekommen auch die Seite der staatlichen Maßnahmen in den falschen Hals, die sich der zwingenden Logik der Virusbekämpfung verdankt.
In der darauf bezogenen Einmütigkeit der etablierten Parteien bei der Gesetzgebung, demonstrativ auch im Wahlkampf - und jetzt bei der Impfdebatte - finden sie den endgültigen Beweis für ihren trostlosen Befund: Ein Kartell von "Systemparteien", das auch nach der Wahl in neuer Zusammensetzung der alten Agenda folge, sei der Grund aller Übel und müsse politisch überwunden werden.

Neue "Aufhänger" der Querdenker

Es soll hier nicht ausgeführt werden, wie sich die Überzeugtheit von einem Manöver der Mächtigen auch die passenden Theorien zulegt.
Vielleicht nur dieser Hinweis an die naserümpfenden Kritiker von "Verschwörungsnarrativen": Daß Merkel eine "Corona-Diktatur" errichtet haben soll, halten sie mit Recht für absurd. Daß aber der Kollege Xi Jinping genau das tut, nämlich unter dem Vorwand einer Virusbekämpfung die Parteimacht zementiert, steht als seriöse Überlegung in der Zeitung.
Was den Wechsel der Protestthemen betrifft, so herrscht hier keine Willkür in der Suche nach neuen "Aufhängern" (s.o.). Wenn, dann ist die beschriebene Sorte Herrschaftskritik dafür gut. Im Fall des Übergangs vom Thema Migration auf die Pandemie ging das ungefähr so: Der Sache nach begleitete die Merkel'sche "Willkommenskultur" den Versuch, die europäische Flüchtlingspolitik unter deutsche Regie zu stellen und mit der Grenzöffnung einen entsprechenden Handlungsbedarf hervorzubringen.
Gegner dieser "Kultur" bemängelten Gutmenschentum auf Steuerzahlerkosten. Oder sahen darin das Gebot "Sozial geht nur national!" mißachtet, weil sie die kapitalistische Konkurrenzgesellschaft mit einem patriotischen Gemeinschaftswerk verwechseln und sich durch die Abwehr und Schlechterstellung von "Fremden" schon gut bedient sehen.
Der Protest beruhigte sich, ohne belehrt worden zu sein, als mit dem mangelnden Erfolg des deutschen Ordnungsanspruchs auch sein humanitärer Seitenarm versiegte und die Elendsmigration wieder bleiben kann, wo sie herkommt.
Wer von hier aus den Übergang auf die Corona-Politik gemacht hat und sie als "Plandemie" bezeichnet, gibt zu erkennen, daß er ihren Grund schon wieder bei einer schlechten Herrschaft angesiedelt sieht, die dem Volk Schaden zufügt. Gleiches auch dann, wenn die Kritik der Energie- und Klimapolitik auf den Vorwurf heruntergebracht wird, der behauptete Klimawandel sei entweder eine Übertreibung oder die Deutschen würden schon wieder, wie bei den Flüchtlingen, für ein Problem abgezockt, das andere verursachen.
Der Klartext der mitregierenden Grünen z.B., die mit postfossiler deutscher Spitzentechnik Zukunftsmärkte erobern und die Verbraucherpreise daran beteiligen wollen, bleibt dieser Sicht verschlossen.
Ob Teile der Querdenker, wie der Verfassungsschutz befürchtet, diesen Schritt gehen oder sich dazu anstiften lassen, wird man sehen. Aktivisten und Gefolge gibt es in dieser Bewegung allemal, für dieses Verhältnis ist aber die inhaltliche Übereinstimmung maßgeblich. Die Behauptung, Corona sei nur ein "Aufhänger", übergeht nicht nur das.
Sie bestreitet dieser Opposition den politischen Charakter und mutmaßt entweder einen leeren destruktiven Vorsatz oder erklärt sie zum Indiz einer "Anomie" und "Bindungslosigkeit", die sich die falschen Führer sucht. Diese Übergänge in die Psychoanalyse der Bewegung wären

allerdings ein neues Thema.<<

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 11. Februar 2022 (x1.126/…): >>**Intellektuelle Prostitution und Demagogie - Von Ursprung und Wesen des herrschenden Journalismus**

"Noch ein Jahrhundert Zeitungen - und alle Worte stinken."

(Friedrich Nietzsche, 1882)

Der Journalismus hat einen ungeheuren Einfluß auf das Bewußtsein der Menschen, auf ihr Denken, Urteilen und Verhalten. Im Bunde mit den Herrschenden ist er ein allmächtiges Instrument, die Bevölkerung eines Landes für die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ziele folgsam zu machen - und sei es zum Kriege. Die beiden Weltkriege des vorigen Jahrhunderts z.B. wären ohne die Medien in der Hand der Regierungen nicht möglich gewesen. Neben den politischen Kriegstreibern trifft die gleiche verbrecherische Schuld die willfährigen Journalisten, die das "Menschenmaterial" erst dafür zubereitet haben. Auch in der gegenwärtigen Corona-Krise erleben wir in breitem Maße ihre verruchten Manipulationen des Bewußtseins der gutgläubigen Menschen.

I. Vom Ursprung des Journalismus

Der Medienwissenschaftler Norbert Bolz hat in dem 2-Monats-Magazin "Cato" Nr. 6 vom Oktober/ November 2021 wesentliche Aspekte des modernen Journalismus geschildert und sie schon bei dem Renaissance-Publizisten Pietro Aretino ausgemacht, den er als den ersten Journalisten bezeichnet. Ein Historiker habe diesen den Cesare Borgia der Literatur genannt. Man könne auch sagen, so Bolz, Aretino habe literarisch das verwirklicht, was Machiavelli politisch gedacht habe. Der Schweizer Kulturhistoriker Jacob Burckhardt habe von diesem Urvater der Journalistik ein prägnantes Bild entworfen. Er habe das Geschäftsmodell der modernen Publizistik begründet: Jenseits von Gut und Böse, also jenseits der Moral, sich ausschließlich der Ausmünzung seiner rhetorischen Fähigkeiten zu widmen.

"Alles, was geschieht", so Bolz, "steht im Dienst seiner rhetorischen Virtuosität. Alles, was er schreibt, zielt auf die schnelle, originelle Formel. Es geht ihm deshalb nicht mehr um Studium und Bildung, sondern nur noch um rasche Informations-Verarbeitung.

Aretino selbst hat es so formuliert: 'Es kommt darauf an, schnell zu arbeiten und selbständig zu schaffen; alles, was man sonst redet, ist Geschwätz.' Und man könnte geradezu von einer Ironie über die sokratische Ironie sprechen, wenn er die Wissenschaft seiner Unwissenheit preist, la szienca della mia ignoranza."

Insofern bestätige schon der erste Journalist alles, was Nietzsche später gegen den Journalismus vorgebracht habe - und das seien im wesentlichen die Urteile und Vorurteile, die auch heute noch das Bild von den Medien bestimmten: "hastigste Kenntnis und Ausnützung des Ephemeren (der Kurzlebigkeit, hl), ja des Augenblicklichen". Für Nietzsche definiere sich der Philosoph geradezu als der absolute Gegenspieler des Journalisten, dieses "Sklaven der drei M: des Moments, der Meinungen und der Moden".

"Doch das Souveränitätspotential, das in diesem Plötzlichkeitsstil liegt, hat Nietzsche verkannt. Nicht Sklaverei, sondern intellektuelle Prostitution ist das wesentliche Charakteristikum des Urjournalismus. Und tatsächlich findet sich bei Aretino schon eine kühle Selbstreflexion des Journalisten in der Hure.

Wenn man die Gespräche des 'göttlichen' Pietro Aretino, die Ragionamenti des Divino liest, wird rasch klar, daß die Kurtisane und die Kupplerin seine Rollenmodelle sind. Was den Journalismus nämlich mit der Prostitution verbindet, ist die souveräne Schauspielerei."

Ohne Meister und Vorbild, stolz darauf, nur sich selbst nachzuahmen, erschreibe sich Aretino Wohlstand und Weltruhm. Der Schriftsteller werde zum Freibeuter und lasse ein neues Genre entstehen: den Enthüllungs-, Skandal- und Sensationsjournalismus, der mit Schocks und öffentlichen Denunziationen arbeite.

Zum erstenmal werde hier die Publizität als Waffe des Einzelnen erkennbar. Aretino stilisiere sich als Condottiere (Söldnerführer) der Feder, der mutig gegen Autoritäten auftrete und unerschrocken den Kampf mit der Heuchelei aufnehme. Sein Ton sei dabei stets zynisch und obszön. Und gerade die Obszönität diene ihm als Deckmantel eines Angriffs auf religiöse und politische Autoritäten.
"Er sah sich mit Kaisern und Päpsten auf Augenhöhe. Und mit seinen Satiren hielt er sie in Schach, denn wie Klaus Thiele-Dohrmann es in einer Geschichte des Enthüllungsjournalismus am Beispiel Aretinos so schön formuliert: 'Blöße mindert Größe'. Die entzaubernde Enthüllung der Prominenz ist seither ein Kennzeichen des Skandaljournalismus. ... Er beherrschte nicht nur die öffentliche Meinung, sondern betrieb auch schon Imagepflege, eine Marketing seiner selbst - und dazu gehört ganz wesentlich, wie Aretino selbst in seinen Gesprächen sagt, 'die Kunst des Schmeichelns und Speichelleckens'."
Diesen neuen Typus des Intellektuellen könne man sich auch durch einen scharfen Bildkontrast verdeutlichen, wenn man etwa den Tod des Begründers des Renaissance-Humanismus, Petrarca, in seiner Studierstube 1374 mit dem Tod Aretinos 1556 vergleiche, wie ihn Anselm Feuerbach auf einem berühmten Bild verewigt habe - bei Wein und Obszönitäten:
So bestätige die Gestalt des Aretino in idealtypischer Weise die Einschätzung von Max Weber (1864-1920), daß die Journalisten zu einer Paria-Kaste gehörten, die gesellschaftlich immer nach ihren übelsten Vertretern beurteilt werde - und zwar gerade weil sie mit den "Mächtigen der Erde" verkehrten, "oft allgemein umschmeichelt, weil gefürchtet".
Norbert Bolz weist mit einem ironischen Unterton darauf hin, Max Weber habe allerdings in seinem Vortrag "Politik und Beruf" auch eine gewisse Ehrenrettung des Journalismus vorgenommen. Er vergleiche da die geistige Leistung eines guten, nämlich gleichsam auf Kommando produzierten und sofort wirksamen Zeitungsartikels mit der Arbeit eines Gelehrten. Es sei eben keine Kleinigkeit, so Weber, "über alles und jedes, was der 'Markt' gerade verlangt, über alle denkbaren Probleme des Lebens, sich prompt und dabei überzeugend äußern zu sollen".
Gerade darin erweise sich, fügt Norbert Bolz an, die journalistische Laufbahn als Königsweg zur berufsmäßigen Politik.
Denn in der Tat gebärden sich die Politiker wie allwissende Gelehrte. Sie leben in der Anmaßung, aus ihrer Weisheit heraus wie in einem Obrigkeitsstaat alle Lebensgebiete der Menschen - das Wirtschafts- und das gesamte geistige Leben mit dem zentralen Bildungssystem - von oben reglementieren zu müssen und dadurch die Freiheitsrechte der dort tätigen Fachleute aufzuheben.
In dieser permanenten Anmaßung befindet sich auch der Journalist, der durch seine Kumpanei mit den Herrschenden das Volk ständig in der Illusion befestigt, diese autoritäre Bevormundung sei Demokratie.
Auch dies bestätige die Gestalt des Aretino, schließt Norbert Bolz: "Der Journalist ist der moderne Demagoge."

II. Organisierte Zerstörung der geistigen Empfänglichkeit

Die Stimme eines journalistischen Insiders möge das Vorangehende ergänzen. Michael Klonovsky, in der DDR aufgewachsen, hat nach der "Wende" zunächst freiberuflich als Journalist gearbeitet, u.a. für Die Zeit, arbeitete 24 Jahre als Redakteur des Focus und schied 2016 aus dem Mainstream-Journalismus aus. Er gehört zu den wenigen Journalisten, die der eigene Betrieb nicht blind, sondern sehend gemacht hat. Auf hoher Reflexionsstufe brachte er auf seiner Webseite "acta diurna" radikal und schonungslos das Wesen des modernen Journalismus auf den Punkt. Seine Charakterisierung sei hier ohne Kommentar angefügt:
"Journalismus ist die organisierte Zerstörung der geistigen Empfänglichkeit der dem Journa-

lismus ausgesetzten Bevölkerung. Von nichts Ahnung haben und über alles mitreden, das ist Journalismus. Das bißchen Investigative, das bißchen Schweinerei aufdecken ist angesichts der Schweinerei, die der Journalismus insgesamt verkörpert, absolut nebensächlich.
Die Medien zerren alles in ihr virtuelles Kolosseum, wo die Medienvertreter von ihren Schreibtisch-Logenplätzen herunterschauen und den Daumen heben oder senken. Meistens senken sie ihn. Journalisten müssen zwanghaft alles beurteilen, das heißt kritisieren, weil sie ihre eigene Niedertracht sonst nicht aushielten, sie müssen alles mit ihrem eigenen Schmutz besudeln, alles Originelle ist Journalisten verdächtig, alles Geistige wird von ihnen verachtet und verhöhnt.
Dazu noch der typisch deutsche Drang zur Kollektivmeinung! In Deutschland wird seit Jahrzehnten die Deutsche Einheitsmeinung gepflegt, sei es die nationalsozialistische, realsozialistische oder freiheitlich-sozialdemokratische, immer muß die gerade herrschende gegen jedermann durchgesetzt werden, sogar in einem Drecksblatt wie *V.I.P.*!
Wenn heute in Deutschland ein Journalist schreibt, ein Autor sei umstritten, dann meint er das als Synonym für anrüchig, dabei ist Umstrittensein das mindeste, was man von einem Autor erwarten sollte.
Ich könnte niemals schlecht über jemanden schreiben, über den alle schlecht schreiben, einer muß ja die Gegenposition einnehmen, sonst kann sich keine intellektuelle Spannung aufbauen, wenn ich einen Leitartikel lese, baue ich innerlich sofort die Gegenposition auf, denn wo kein intellektuelles Feld existiert, gibt es kein Denken. Deutsche Journalisten lieben die Einheitsmeinung, je feiger, primitiver und denkfauler sie sind, desto größer ihre gespielte Entrüstung über Abweichler. Durch ein deutsches Journalistengehirn gequetscht zu werden, ist das Schlimmste, was einer Wirklichkeit passieren kann."<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 10/22" berichtete am 4. März 2022 (x1.387/…):
>>**So bleiben sie doch treu**
"Kampf gegen Rechts": Bundesinnenministerin Nancy Faeser plant, das Beamtenrecht zu verschärfen / AfD-Mitglieder im Visier
Jörg Kürschner
Es war eine klare Ansage im Willy-Brandt-Haus. "Ein besonderes Anliegen wird mir sein, die größte Bedrohung, die derzeit unsere freiheitliche demokratische Grundordnung hat, den Rechtsextremismus, zu bekämpfen", kündigte Nancy Faeser bei der Vorstellung der neuen Kabinettsliste Anfang Dezember an. Zwei Tage später hielt sie ihre Ernennungsurkunde als Bundesinnenministerin in den Händen. Bis Ostern will die SPD-Politikerin einen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus vorlegen, der "jahrelang verharmlost worden" sei.
Zuvor, am kommenden Dienstag und Mittwoch, will das Kölner Verwaltungsgericht darüber verhandeln, ob das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD als Verdachtsfall oder gesichert rechtsextremistische Bestrebung einordnen und beobachten darf. Ein weiteres Verfahren dreht sich um die Einordnung des "Flügels" als Verdachtsfall beziehungsweise als gesichert rechtsextremistische Bestrebung. Dabei wird auch die Frage nach der Vereinbarkeit von Parteimitgliedschaft und Beamtenstatus berührt (siehe Infokasten).
"Kein Interesse an unkritischer Beamtenschaft"
Geplant ist eine Reform des Disziplinarrechts. Faesers Kurs ist klar. "Wir werden Verfassungsfeinde schneller aus dem öffentlichen Dienst entfernen. Extremisten haben in Behörden nichts verloren". Im Visier hat die Ressortchefin die AfD insgesamt, insbesondere aber deren Politiker Björn Höcke und Jens Maier, auch wenn sie diese nicht direkt nennt, nur von "prominenten Fällen" spricht. Zur Erinnerung: Der thüringische AfD-Landes- und Fraktionschef hat früher als Geschichtslehrer in Hessen gearbeitet, der Heimat Faesers. Würde Höcke die Politik an den Nagel hängen, hätte er als beurlaubter Beamter ein Rückkehrrecht in den hessischen Staatsdienst.

Maier hatte im vergangenen Herbst den Wiedereinzug in den Bundestag verpaßt und will nun als Richter in die sächsische Justiz zurückkehren. Höckes außerparlamentarische Aktivitäten können mit nachrichtendienstlichen Mitteln, also etwa durch Abhören des Telefons, überwacht werden. Maier wird vom Verfassungsschutz des Freistaates als Rechtsextremist eingestuft. In Bayern führt die Landesregierung eine Liste extremistischer Organisationen, auf der die Junge Alternative (JA) verzeichnet ist.
Faeser bewegt sich bei der Änderung des Disziplinarrechts auf rechtlich schmalem Grat. Das Grundgesetz verlangt von Beamten Verfassungstreue. Wer keine Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten, kann aus dem Beamtenverhältnis entlassen werden. Als schärfste Disziplinarmaßnahme kann sogar das Ruhegehalt aberkannt werden.
Bei allem politischen Eifer der Ministerin dürfte eine "stille" Parteimitgliedschaft als eine Form der Meinungsfreiheit kaum für einen Rausschmiß ausreichen, legt doch das Bundesbeamtengesetz fest, "Ernennungen sind nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung ohne Rücksicht auf …. politische Anschauungen … vorzunehmen". In einem noch von Faesers Amtsvorgänger Horst Seehofer (CSU) anläßlich der Einstufung der AfD als "Prüffall" in Auftrag gegebenen Gutachten heißt es zudem, "Staat und Gesellschaft können an einer unkritischen Beamtenschaft kein Interesse haben". Nur eine aktive Betätigung in einer Partei oder Organisation verbunden mit öffentlichen verfassungsfeindlichen Äußerungen könnte demnach eine Entlassung rechtfertigen.
Ein Beispiel: Der hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) entschied 2018, daß allein die Teilnahme an einer die Asyl- und Flüchtlingspolitik kritisierenden Versammlung einschließlich des Tragens eines Transparents mit der Aufschrift "Asyl macht uns arm" für sich genommen nicht ausreicht für die Annahme, es fehle an der Bereitschaft, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzustehen.
Erst weitere Aktivitäten wie die Teilnahme an Demonstrationen mit Neonazis belegten nach Ansicht des Gerichts Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers. Die Innenministerin dürfte das Urteil kennen, hat sie doch bis zu ihrer Ernennung als Rechtsanwältin in Frankfurt am Main gearbeitet.
Während Beamte auf Lebenszeit nicht so einfach entlassen werden können, gestaltet sich das Verfahren bei Bewerbern einfacher. Weil nicht Gerichte entscheiden, sondern häufig politische Vorgaben in Behörden das Vorgehen prägen können. Konkret: Darf ein Bewerber beim Einstellungsgespräch nach der Mitgliedschaft in der vom Verfassungsschutz möglicherweise als "Verdachtsfall" eingestuften AfD gefragt werden, ohne daß irgendwelche Hinweise auf ein verfassungswidriges Verhalten des Anwärters vorliegen?

Polemik gegen etablierte Parteien verfassungsfeindlich?

Das Seehofer-Gutachten verneint dies bezogen auf die AfD sowohl als "Prüffall" wie auch im "Verdachtsfall". Denn die "Zugehörigkeit eines Beamten zu einer Partei oder Organisation, deren Verfassungsfeindlichkeit nicht festgestellt wurde, die aber von den Verfassungsschutzbehörden als Prüffall oder Verdachtsfall behandelt werden, ist beamtenrechtlich ohne Relevanz", heißt es in dem Gutachten des Innenministeriums.
Die neue Bundesinnenministerin könnte sich über die Expertise ihres Vorgängers hinwegsetzen oder deren Fehlerhaftigkeit begründen. Dabei steht sie unter Druck von der SPD zugeneigten Verbänden, denen es in ihrem "Kampf gegen Rechts" nicht selten an rechtlichem Tiefgang mangelt. Kein einfaches Unterfangen für die Juristin Faeser, ist doch die Grenze zur umfassenden, politisch anrüchigen Gesinnungsprüfung, die auch Seehofers Gutachter gezogen hat, nicht weit.
Allerdings hat sich in den vergangenen Jahren die Tendenz verstärkt, bereits polemische Kritik an den etablierten Parteien als Beleg für verfassungsfeindliche Zielsetzungen zu werten. So

verweist der Staatsrechtler Dietrich Murswiek darauf, daß in Verfassungsschutzberichten sogar die Kritik am Wahlverfahren der Bundesverfassungsrichter als Anzeichen für eine extremistische Zielsetzung ausgelegt worden ist. Die Reform des Disziplinarrechts, soviel scheint sicher, dürfte bald die Gerichte beschäftigen.

Verfassungsschutz und AfD

Am kommenden Dienstag und Mittwoch findet vor dem Verwaltungsgericht Köln die mündliche Verhandlung über mehrere Klagen der AfD gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) statt. Unter anderem geht es um die Frage, ob die Partei als Verdachtsfall oder gar als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingeordnet und beobachtet werden darf. Beim BfV ist man sicher, dies bejahen zu können.

Unmittelbar nach dem Austritt Jörg Meuthens legte die von der Behörde beauftragte Anwaltskanzlei (JF 5/22) in einem der JUNGEN FREIHEIT vorliegenden Schriftsatz an das Gericht weitere Belege dafür vor, warum die AfD "tatsächliche Anhaltspunkte" für gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen biete und eine Einstufung als Verdachtsfall rechtmäßig sei. Dabei handelt es sich vor allem um Aussagen Meuthens über "rechtsextremistische und totalitäre Tendenzen" sowie "völkisch-nationalistische Positionen". Setzt sich das BfV vor Gericht damit durch, würde dies den Druck auf Beamte, die AfD-Mitglied sind, deutlich erhöhen.

Schon vor Jahren legte der Staatsrechtler Dietrich Murswiek in einem Gutachten dar: Ein Beamter, der Mitglied in einer vom Verfassungsschutz beobachteten Partei bleibt, verletzt seine Verfassungstreuepflicht nicht, "sofern er sich für eine verfassungsmäßige Ausrichtung der Partei einsetzt und sich von den verfassungsfeindlichen Bestrebungen innerhalb der Partei distanziert".

Disziplinarmaßnahmen habe ein Beamter dann nicht zu befürchten. Dies gelte jedenfalls, "solange verfassungsmäßige Kräfte innerhalb der Partei die Oberhand haben". Jedem Beamten, Soldaten oder Angestellten im öffentlichen Dienst sei daher "dringend geraten", sich im Falle der Beobachtung seiner Partei durch den Verfassungsschutz "von verfassungsfeindlichen Kräften innerhalb der Partei entschieden abzugrenzen und sich für eine verfassungsmäßige Ausrichtung der Partei einzusetzen". (vo)<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/22896" berichtete am 24. Juni 2022 (x1.150/…): >>**Wie Medien gekauft / geschmiert sind**

Berichterstattung über einen aktuellen Krieg - Informationen bezüglich Corona - News über einen amerikanischen Präsidenten: So unterschiedlich die Themen auch sein mögen, die Berichterstattung der Leitmedien deckt sich weitgehend. …

Es ist bekannt, daß vor allem die Printmedien laufend Abonnenten verlieren. Weniger Abonnenten heißt aber auch entsprechend weniger Einnahmen! Warum die Zeitungen dennoch weiter ihre Arbeit tun und sie ihre Ausgaben noch mit neuen Rubriken erweitern können, ist Inhalt dieser Sendung.

Praktisch alle Medien gehören Stiftungen oder sogar deren Gründern. Bekannte Namen sind die Bertelsmann Stiftung oder die Axel Springer Stiftung.

Wenn ein Medienhaus mit seinen Journalisten nicht mehr selbständig, sondern von "Fremdgeldern" abhängig ist, wird es mit großer Wahrscheinlichkeit nicht gegen die Überzeugungen seines Geldgebers, noch negativ über seine Stiftung berichten. Ein Beispiel dazu: Das deutsche Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" bekam 2018 von der Bill & Melinda Gates Stiftung 2,5 Millionen Dollar gespendet und im Oktober 2021 nochmals 2,9 Millionen.

Der zuletzt erwähnte Betrag wurde von der Stiftung bezahlt, um im "SPIEGEL" ein Gemeinschaftsprojekt zu verwirklichen durch eine neue Rubrik "Globale Gesellschaft". Unter anderem wurden Themen wie Frauenrechte, Verhütung, Klimakrise samt ihren Wechselwirkungen erörtert. Mit den Spenden konnte Bill Gates erreichen, daß gewisse Themen in seinem Sinn

journalistisch aufgearbeitet wurden und durch die Zeitschrift großflächig unter das Volk kamen.
Natürlich wurde irgendwann bekannt, daß DER SPIEGEL Geld von der Bill & Melinda Gates Stiftung erhalten hatte und er mußte sich rechtfertigen. Das Medienhaus behauptete, seine Arbeit weiterhin vollkommen unabhängig zu tun und es weiterhin möglich sei, kritisch über Bill Gates zu berichten. Allerdings ist festzustellen:
Als im Zuge des Epstein-Skandals, bei dem es darum ging, daß Jeffrey Epstein Minderjährige selbst mißbrauchte und zur Prostitution gezwungen hatte, um sie seinen reichen und mächtigen Freunden, Partnern und Kunden zuzuführen, sickerte durch, daß auch Bill Gates enge Kontakte zu Epstein gepflegt hatte. Obwohl gleichzeitig über ihn selber Belästigungsversuche gegenüber Frauen per Presse bekannt wurden, war DER SPIEGEL bemüht ihn reinzuwaschen. Der Kontakt zu Epstein sei lose gewesen, nichts sei bewiesen.
Interessant, denn DER SPIEGEL behandelt sonst Vorverurteilte bei MeToo nicht zimperlich, nur schon bei Belästigungsvorwürfen werden vermutete Täter sofort an den medialen Pranger gestellt. Nicht so Bill Gates! Zur Erklärung: Unter Hashtag MeToo (Ich auch) läuft eine Kampagne auf Twitter, auf der Millionen von Frauen weltweit sexuelle Übergriffe auf sie öffentlich gemacht haben oder über sexuelle Gewalt diskutieren.
Auf einer kleinen Übersicht sehen Sie nun in der Vergangenheit gezahlte Gelder an Medienhäuser von der Bill & Melinda Gates Stiftung. Dabei sei erwähnt, daß jeder andere Philanthrop wie Soros, Rockefeller und wie sie noch alle heißen, durch ihre Stiftungen oder Nichtregierungsorganisationen ebenfalls den Medien Gelder zukommen lassen. Da diese aber keine detaillierten Angaben dazu machen, können diese leider nicht aufgelistet werden.

Gelder an Medienhäuser von der Bill & Melinda Gates Stiftung

An wen - Wieviel - Wann - Zweck …
Zuwendungen an den SPIEGEL: 250.000 Euro während 2016 bis 2018 für globale Nachhaltigkeitsziele im Projekt "Expedition ÜberMorgen" und weitere 175.000 Euro über zwei Jahre für das journalistische Flüchtlingsprojekt "The New Arrivals".
Im Jahr 2018 bekam dann die Zeitschrift zweieinhalb Millionen Dollar ohne daß die Stiftung einen Zweck nannte. Scheinbar haben sie ihre Arbeit gut gemacht!
Insgesamt 2 Millionen 280 Tausend Euro, verteilt auf drei Jahre, bekamen sie dann zweckgebunden für die Rubrik "Globale Gesellschaft".
Weitere 2,9 Millionen Dollar sind im Oktober 2021 auf das Konto des SPIEGELS geflossen.
Auch andere namhafte Zeitungen wurden mit Spenden versehen:
An die englische Tageszeitung "The Guardian" insgesamt 14 Millionen Dollar seit 2011 zweckgebunden für das Thema Globale Gesellschaft.
Vier Millionen Dollar 2013 an die spanische Zeitung "El Pais" für das gleiche Thema.
An "Le Monde" zusammengerechnet vier Millionen seit 2014.
Die englische Rundfunkanstalt BBC erhielt mehrmals Finanzspritzen von insgesamt 50 Millionen Dollar seit 2005.
Marginal scheint die Überweisung an den US-amerikanischen Fernsehsender CNN. Sie war einmalig und betrug 3,6 Millionen Dollar im Jahr 2020.
Bis Juni 2020 können dann noch Beiträge an verschiedenste Medien in der Höhe von zusammengerechnet 250 Millionen Dollar ausgemacht werden.
Die Praxis zeigt, daß die Aussage "Wes Brot ich eß, des Lied ich sing" für die Medienhäuser nicht nur stimmt, sondern die Zusammenhänge noch weitgreifender sind. Tatsache ist, daß die verschiedenen Stiftungen, denen die einzelnen Medienhäuser gehören, untereinander auch noch vernetzt sind. Im Westen sind das vor allem transatlantisch Denkende, die mit ihren Netzwerken den politischen Kurs vorgeben.

Diese mehrheitlich deutschen Führungskräfte aus Politik, Wissenschaft und Medien glauben an eine globale Führungsrolle der USA und bringen dieses amerikanische Gedankengut sozusagen über den Atlantik nach Europa. Das Ergebnis ihres Handelns war und ist ganz Europa vom politischen Kurs der USA zu überzeugen und sie so auch für die NATO auf Kurs zu behalten. Und da praktisch jeder Chefredaktor der Leitmedien in einem der verschiedenen transatlantischen Netzwerke eingebunden ist, wird in allen europäischen Zeitungen die gleiche Meinung über eine Sache berichtet. Das geht soweit, daß wir Europäer weitgehendst amerikafreundliche Nachrichten zu hören bekommen und Rußland entsprechend in ein schlechtes Licht gerückt wird.
So wird in den westlichen Medien Rußland immer wieder heftig kritisiert, weil es 2012 ein "Gesetz über ausländische Agenten" eingeführt hat. Unter "ausländischen Agenten" sind auch politisch tätige Nichtregierungsorganisationen, die vom Ausland bezahlt werden, gemeint. Rußland will dabei ausländischen Einfluß auf seine Innenpolitik verhindern.
Ohne genauer auf den Inhalt einzugehen, kann diese Kritik insofern als inhaltslos bezeichnet werden, da Rußland dieses Gesetz zum Teil mit gleichen Begriffen von den USA abgeschrieben hat. Dort besteht es schon seit 1938 und trägt den Namen: "Foreign Agents Registration Act."
Das nachgeahmte russische Gesetz ist jedoch bei gleichen Verstößen weit weniger streng. Sowohl die Bußen wie auch die Gefängnisstrafen für gleiche Zuwiderhandlungen sind geringer. Das aber erzählen die westlichen Medien nie, wenn sie wieder einmal über das russische Agenten-Gesetz herziehen.
Diese Beispiele zeigen glaubhaft auf, daß unsere Hauptmedien vielseitig beeinflußt werden: Von außen durch die sogenannten Philanthropen und Stiftungen und von innen durch die Chefredakteure, die fast ohne Ausnahme einem transatlantischen Netzwerk angehören, welche die Aufgabe haben, proamerikanisches Gedankengut in Europa zu verbreiten.
Falls Sie lieber Zuschauer, dieses Thema noch ausführlicher interessiert, so finden Sie den Inhalt dieser Sendung in dem neu erschienenen Buch von Thomas Röper "Inside Corona".
…<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 1. Juli 2022: >>**Genug GEZahlt: Warum ich ARD/ZDF liebte und heute hasse**
Von *Jürgen Elsässer*
So war datt mal ...
Aus gegebenem Anlaß: Argumente gegen die Staatsmedien - von einem ARD/ZDF-Nostalgiker, der heute die Schnauze voll hat.
Keine Frage: ARD und ZDF haben uns viele schöne Jahrzehnte geschenkt. Tempi passati - die Nostalgie schmeckt zartbitter.
Wer denkt nicht an das Traumschiff und die Schwarzwaldklinik, an Praxis Bülowbogen und Einer wird gewinnen, an Tatort und Derrick, an die Hitparade mit echten deutschen Schlagern und die Sportschau mit echten deutschen Mannschaften?
Auch für die politische Bildung wurde etwas getan, und zwar recht ausgewogen von links mit Report und Panorama, von rechts mit dem ZDF-Magazin. Das sozialdemokratische Urgestein Günter Gaus steuerte unvergleichliche Interviews bei. Die Gesprächsrunden, die noch nicht Talkshows hießen, lebten von kantigen Politikern wie Willy Brandt und Franz Josef Strauß, und keine dämliche Moderateuse ging dazwischen, wenn sie rauchten und rauften.
Auch die großen Stars waren deftig unkorrekt, aber nie obszön: Rudi Carrell zog einmal vor Alice Schwarzer in einer Talkshow einen BH aus der Jackentasche und wischte sich damit die Stirn ab. Harald Schmidt witzelte augenzwinkernd über Neger und Polen. Schimanski war die wandelnde Querfront, er polterte wie ein Roter mit dem Kohlekumpel gegen Ausbeuter und Politiker und nagelte wie ein Rechter Kinderschänder und Mafiosi ganz ohne Haftbefehl und

Staatsanwalt an die Wand; zwischendrin verführte er Frauen oder lag Tanner heulend in den Armen.
Bei Alfred "Das Ekel" Tetzlaff saßen die Eltern aus der Kriegsgeneration und die 68er-Kinder gemeinsam vor der Mattscheibe und lachten wechselweise über die deftigen Sprüche des Rechtsauslegers gegen die Sozis - oder über die Tolpatschigkeit des Kleinbürgers im Feinripp-Unterhemd. So wurde die Nation mit Bildung und Unterhaltung vor dem Fernseher zusammengeführt, und dafür haben wir, die Bürger dieser Nation, auch gerne gezahlt.
Versöhnen statt spalten: das war die Devise der Öffentlich-Rechtlichen in der guten alten Zeit. Heute gilt das Gegenteil: Es wird politisch korrekt gegen unliebsame Bevölkerungsgruppen getrommelt. Waren die Leidtragenden in den vergangenen Jahrzehnten vor allem sogenannte Rechte - die im Bundestag in Gestalt der AfD immerhin die zweitgrößte Oppositionspartei stellen! -, so geht es seit 2020 zusätzlich gegen Querdenker und Impfskeptiker, seit 2022 gegen Putin-Versteher und andere Friedensfreunde.
Als Faustregel kann gelten: Wen die Grünen als Feindbild ins Visier nehmen, den hetzen auch die Staatsmedien. Kein Wunder: Umfragen unter Journalisten haben ergeben, daß deren erdrückende Mehrheit mit der Baerbock/Habeck-Bande sympathisiert.
Wie in vielen anderen Bereichen - Familien-, Energie- oder Geldpolitik - gilt auch für die Medien: Die guten alten Zeiten werden nicht zurückkommen. Der Staat, in der Bonner Republik im Großen und Ganzen Garant des Allgemeinwohls, ist zur Kampfmaschine gegen das Volk geworden - er will es ausbeuten, umerziehen und am liebsten ganz abschaffen. Das früher hoch geschätzte Publikum hat nichts mehr zu melden, die abstürzenden Einschaltquoten sind den Propagandisten völlig egal: Der Michel soll fressen, was man ihm vorsetzt, und dafür auch noch bezahlen. Freiwillig werden die Eliten die Massenverblödungswaffen nicht aus der Hand geben.
Millionen laufen mittlerweile den Staatsmedien davon, Hunderttausende verweigern die Zwangsabgabe. Um allen Mut zu machen, sich dem Umerziehungs-TV zu entziehen und die Knechtschaft zu brechen, hat COMPACT die Spezial-Ausgabe "Genug GEZahlt - Argumente gegen die Staatsmedien" gemacht - ein unerläßliches Kompendium für alle, die freie Menschen sein wollen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 7. Juli 2022: >>**Bücherverbrennung 2.0: Mediengigant gegen Elsässer**
Von *Jürgen Elsässer*
Sind das die letzten Tage für Jürgen Elsässers Autobiographie "Ich bin Deutscher - Warum ein Linker zum Patrioten wurde"? Ein Mediengigant fordert per Abmahnung, den Verkauf des Buches zu unterlassen und die Restauflage "zum Zwecke der Vernichtung" herauszugeben. Meinem Verleger wird mit einer "Haftstrafe bis zu drei Jahren" gedroht. Wer noch ein Exemplar ergattern will, bevor vielleicht schon nächste Woche der Justizhammer zuschlägt, muß sich unbedingt beeilen.
Schreck in der Morgenstunde. Mein Verleger unterrichtete mich heute früh, daß ein Schreiben mit einer Abmahnung eingetroffen ist, das sich gegen meine Autobiographie "Ich bin Deutscher - Warum ein Linker zum Patrioten wurde" richtet. Dieses Buch erschien im Kleinverlag dtw-buch, hat aber innerhalb kürzester Zeit - es ist seit Anfang Mai erhältlich - schon einige Wirkung und super Absatz erzielt.
Unter anderem meldete sich Armin Pfahl-Traughber, der alte Haudegen des Inlands-Geheimdienstes, Anfang Juni mit einer Rezension in der Antifapostille Endstation Rechts mit den üblichen Injurien zu Wort. Irgend jemand im Regime muß parallel nach Wegen gesucht haben, wie man mein Buch vom Markt schlagen kann. Nicht daß sich noch mehr Menschen "vom Linken zum Patrioten" entwickeln ...

David gegen Goliath

Die aktuelle Abmahnung gegen meinen Verleger wird betrieben von einem Giganten, der Anwaltskanzlei Dentons Europe LLP, Teil eines weltumspannenden Netzwerkes. Auf Wikipedia liest man dazu: "Dentons ist nach der Zahl der Anwälte die weltweit größte international tätige Wirtschaftskanzlei. Mit mehr als 10.000 Berufsträgern ist sie an über 175 Standorten in 79 Ländern vertreten und berät in allen Fragen des Wirtschaftsrechts. In Europa ist Dentons in 17 Ländern mit insgesamt 28 Standorten vertreten; in Deutschland in Berlin, Frankfurt, München und in Düsseldorf.

Daneben verfügt die Kanzlei über Büros in Afrika, Asien, Australien sowie Nord-, Mittel- und Südamerika." Die Anwälte handeln im Auftrag eines anderen Giganten, nämlich der "dtv Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG", in ihrer Darstellung "einer der größten unabhängigen Publikumsverlage im deutschsprachigen Raum": "Unsere Mandantin bringt rund 70 Prozent aller Neuerscheinungen als Erstveröffentlichung heraus", und "ist regelmäßig auf den Spitzenplätzen der Bestsellerlisten vertreten".

Elsässers Biographie

Warum treten zwei Goliaths gegen David, meinen kleinen Verleger, an? Warum drohen ihm die Anwälte sogar - das ist der erste Hammer - "mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren"? Vordergründig geht es darum, daß der Konzern "dtv Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG" sein Markenrecht durch die Firma "dtw-buch GmbH" verletzt sieht, man befürchtet eine "Verwechslungsgefahr". Das ist skurril genug - und offensichtlich konstruiert. Im Zweifelsfall könnte das Problem, wie bei ähnlichen Rechtsstreitigkeiten anderer Verlage, durch Retuschen und Schwärzungen leicht aus der Welt geschafft werden.

Bücherverbrennung 2.0

Daß es in Wahrheit nicht um "Markenrecht" und "Verwechslungsgefahr", sondern knallhart darum geht, eine oppositionelle Position, einen oppositionellen Verlag und einen oppositionellen Autor vom Markt zu vertreiben, mundtot zu machen und zu ruinieren, zeigt eine Passage aus der von meinem Verleger geforderten Unterlassungserklärung:

"Die Schuldner, jeder einzeln, sind verpflichtet, noch vorhandene Waren … zurückzurufen und an die von der Gläubigerin beauftragten Rechtsanwälte Dentons Europe LLP, Turn- und Taxis-Platz 6, 60313 Frankfurt am Main, zum Zwecke der Vernichtung herauszugeben. … Ein Entschädigungsanspruch besteht nicht."

Das ist die moderne Form der Bücherverbrennung. Nicht mehr uniformierte SA, sondern Anwälte in Nadelstreifen vernichten die Bücher unliebsamer Autoren. Der Totalitarismus ist der gleiche!

Die Frist zur Abgabe der Unterlassungserklärung läuft diesen Freitag (8. Juli) ab. ich bin mit meinem Verleger übereingekommen, daß wir uns dieser totalitären Selbstverstümmelung NICHT unterwerfen werden.

In der Folge müssen wir damit rechnen, daß schon zu Wochenanfang von der Gegenseite eine Einstweilige Verfügung beantragt wird, mit der der Vertrieb meiner Autobiographie verboten und die Restexemplare vernichtet werden sollen. Rein juristisch gesehen ist der Antrag der Gegenseite lächerlich und chancenlos. Doch in der BRD wird schon lange nicht mehr rein juristisch geurteilt, sondern politisch - es geht darum, die freie Meinungsäußerung abzuschaffen und Opposition mundtot zu machen, vor allem COMPACT, Elsässer und nun eben auch den kleinen dtw-buch-Verlag.

Im schlimmsten Fall könnte das Urteil zur Vernichtung meiner Autobiographie schon am kommenden Dienstag (12. Juli) ergehen. …

Unsere Anwälte sind in der Spur, eine Schutzschrift ist bestellt - aber ob wir damit im augenblicklichen BRD-Meinungsklima etwas erreichen, ist verdammt unsicher.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 8. Juli 2022: >>**Krieg gegen COMPACT: Auch Geschichtsausgabe bedroht**

Von *Jürgen Elsässer*

Offensichtlich eine konzertierte Kampagne: Innerhalb von einem Tag gleich zwei juristische Überfälle auf COMPACT. Zwei erfolgreiche Publikationen sollen verboten werden - der Schaden für uns geht in die Zehntausende. Wer die kriminalisierten Produkte vor einem etwaigen Verbot nächste Woche noch bekommen will, muß sich sputen …

Die erste Kriegserklärung gegen COMPACT kam am gestrigen Donnerstag schon vormittags. Ich berichtete sofort hier auf dieser Webseite über die Abmahnung gegen den Verleger meiner Autobiographie "Ich bin Deutscher. Wie ein Linker zum Patrioten wurde". Er soll eine Unterlassungserklärung unterzeichnen und sich verpflichten, das Buch komplett vom Markt zu nehmen und alle Restexemplare "zum Zwecke der Vernichtung herauszugeben. … Ein Entschädigungsanspruch besteht nicht."

Stichtag für die Abgabe der Unterlassungserklärung ist HEUTE, 8. Juli 2022. Doch mein mutiger Verleger wird sich der Erpressung nicht beugen, nichts unterschreiben. Die Gegenseite, ein Mediengigant und die weltgrößte Wirtschaftskanzlei, dürfte dann eine Einstweilige Verfügung beantragen, die im schlimmsten Fall schon am Dienstag wirksam werden könnte. Eine Auslieferung können wir also nur noch bis kommenden Montag (11. Juli) garantieren, bis dahin brauchen wir Ihre Bestellung, oder es könnte zu spät sein ... Das heißt: Wer noch ein Exemplar von "Ich bin Deutscher" ergattern will, muß sich unbedingt beeilen.

Gestern Abend kommt dann der zweite Hammer: Per Email erhielten wir eine weitere Abmahnung, dieses Mal gegen COMPACT-Geschichte "Babylon Berlin. Historische Hintergründe der großen Kult-Serie". Auch diese Ausgabe wird von einem kompletten Verbot bedroht, Stichtag für die Abgabe unserer Unterlassungserklärung ist der kommende Dienstag (12. Juli).

Absurde Vorwürfe

Vorwand für die Abmahnung ist die Behauptung der Produktionsfirma von "Babylon Berlin", durch die Verwendung von Fotos aus der Kultserie hätten wir ihr Copyright verletzt. Dabei ist es gang und gäbe, daß die Presse Filmfotos verwenden darf, wenn sie über den jeweiligen Film bzw. die jeweilige Serie berichtet - eine einfache Google-Suche ergibt hunderte von Zeitungsartikeln mit Fotos der Serie und mindestens zwei Bücher: "Babylon Berlin", Michael Töteberg (Herausgeber), Kiepenheuer & Witsch 2020 … und "Das große Filmlexikon zu 'Babylon Berlin': Orte, Personen, Ereignisse von Claus Bernet (Autor), David Avramoff/Alan Nothnagle (Herausgeber), books on demand 2020 …

Nichts anderes als über die Serie zu berichten haben wir in COMPACT-Geschichte "Babylon Berlin" gemacht: Die Ausgabe bietet eine Inhaltsangabe aller bisherigen Staffeln, stellt die Hauptdarsteller und die Drehorte vor und ergänzt dies durch historische Hintergründe, die man der Serie nicht entnehmen kann, etwa über den damaligen Berliner Polizeipräsidenten, Horst Wessel und die Finanziers der Nazi-Bewegung, die sogenannte Schwarze Reichswehr und die Rüstungszusammenarbeit Berlin-Moskau zum Unterlaufen des Versailler Vertrages, über Straßenkämpfe SA/Kommunisten.

Autor vieler Hintergrundartikel ist COMPACT-Historiker Jan von Flocken, viele Jahre lang Edelfeder bei "Welt" und "Focus" (bevor er zu unbequem wurde).

Wie absurd die Abmahnung ist, zeigt allein der Umstand, daß uns sogar der Titel unserer Ausgabe "Babylon Berlin" verboten werden soll, obwohl beide Begriffe nicht dem Copyright unterliegen KÖNNEN, da es sich um Städtenamen handelt.

Daß es bei der Verbotsdrohung gegen den COMPACT-Titel im Kern nicht um Copyright-Fragen, sondern um einen politisch motivierten Zensurvorstoß geht, zeigt sich auch ganz offen im Schreiben der gegnerischen Anwälte: "Die Produkte Ihres Verlages dienen und bedienen

eine politische Strömung, die unsere Mandantin ausdrücklich ablehnt. Durch die Nutzung des Titels und der Fotos für Ihre Zwecke rücken Sie unsere Mandantin in das Umfeld einer Szene, deren Auffassung und Inhalte den Überzeugungen unserer Mandantin grundlegend widersprechen." Da liegt der Hase im Pfeffer: It's politics, stupid!

Ziel: COMPACT "die wirtschaftliche Existenzgrundlage zu entziehen"

Im schlimmsten Fall wird auch unser Geschichtsheft "Babylon Berlin. Historische Hintergründe der großen Kult-Serie" ab Mitte nächster Woche per einstweiliger Verfügung verboten werden. Auch hier gilt: Wer die Ausgabe noch ergattern will, muß sich beeilen. …

In beiden Fällen - sowohl beim zu befürchtenden Verbot meines Buches wie von "Babylon Berlin" droht die Gegenseite uns weitere Kosten an, sogenannte Schadensersatzansprüche.

Das BRD-Regime hat sich offensichtlich zum Ziel gesetzt, COMPACT zu ruinieren. Dieses Ziel war schon im Dezember 2021 durch Michael Götschenberg, sogenannter ARD-Experte für Terrorismus und Sicherheit, in Bezug auf die verschärfte Beobachtung von COMPACT durch den Inlandsgeheimdienst ganz offen formuliert worden:

"Zunächst gehe es auch darum, den Machern die wirtschaftliche Existenzgrundlage zu entziehen." (Deutschlandfunk, 14.12.2021) Bisher ist das Regime mit den Angriffen gegen COMPACT komplett auf die Nase gefallen: Ein Verbot ist ohnedies nicht möglich, selbst Vorstöße, die Zeitschriftengroßhändler einzuschüchtern und COMPACT aus den Kiosken zu drängen, sind gescheitert.

Nun versucht man es offensichtlich mit Verbotsvorstößen gegen einzelne Produkte. Das gab es letztes Jahr schon in Bezug auf die COMPACT-Spezialausgabe "Antifa. die linke Macht im Untergrund". Das damalige Beispiel zeigt: Die juristischen Attacken - es gab meines Wissens mindestens acht Verfahren - haben COMPACT nicht geschwächt, sondern stärker gemacht - weil Sie, lieber Leser, zu uns gestanden sind und unseren Mut zur Wahrheit unterstützt haben. Darum bitten wir Sie auch jetzt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 8. September 2022:

>>**Freiheit für Oliver Janich! Hier ist sein letzter Artikel**

Von *Jürgen Elsässer*

Seit 17. August ist Oliver Janich in Haft auf den Philippinen - festgenommen nach einem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft München, die ihm "Haßverbrechen" im Internet vorwirft, also Gedankenverbrechen in der Orwell-Diktion. Er kann nicht kommunizieren, alle Nachrichten über seine Situation stammen aus seinem Umfeld. Demnach wird er korrekt behandelt, aber er sitzt in einer Massenzelle mit einigen Schwerverbrechern …

Sein Schicksal ist ungewiß. Das Interesse in Deutschland an diesem Journalisten hat dramatisch abgenommen. DAS WOLLEN WIR NICHT ZULASSEN. Es kann nicht angehen, daß wir zuschauen (vielmehr: wegschauen!), wie einer der wichtigsten deutschen Dissidenten, seit vielen Jahren ein unerschrockener Kämpfer für die Wahrheit, in einem feuchten Loch in den Tropen verschimmelt.

COMPACT kämpft für die Freilassung von Oliver Janich. Hier zur Erinnerung der letzte Artikel, den er in Freiheit geschrieben hat, und zwar für die aktuelle Septemberausgabe von COMPACT-Magazin. Der Text macht deutlich, mit welchen Leuten sich Janich immer wieder kritisch angelegt hat - und warum ihn der Tiefe Staat so sehr haßt. Oliver, wir bleiben dran!

Auf den Spuren von Pedo-Peter (aus: COMPACT-Magazin 9/2022)

_ von *Oliver Janich*

Anfang August überfiel das FBI das Anwesen von Donald Trump in Florida. Der historisch einmalige Vorgang wird noch skandalöser, weil die US-Behörden die Familie des amtierenden US-Präsidenten schonen - obwohl es schwerwiegende Hinweise auf Straftaten gibt.

Hunter Biden mag sich. Er filmte sich bei jeder Gelegenheit. Der Sohn von US-Präsident Joe Biden scheint eine Art Video-Tagebuch über sein ganzes verko(r)kstes Leben geführt zu ha-

ben. Einer der Clips, die im Juli geleakt wurden, zeigt ihn - oder einen Kerl, der ihm verdammt ähnlich sieht - mit Fluppe im Mundwinkel, wie er mit einer Frau darüber streitet, wieviel Kokain sie gekauft haben. Die Kamera zeigt erst auf ihn und dann auf die Waage, auf der die Drogen liegen.
Das Filmchen ist Teil neuer Enthüllungen, die im Juli Furore machten. Unglaublich, aber wahr: Auf Twitter wird Hunter Biden teils sogar gefeiert für die Videos. Er sei eine "Legende", heißt es dort mehrfach. Das ist besonders interessant, weil man getrost davon ausgehen kann, daß es sich dabei um Linke handelt, die ansonsten einen Nervenzusammenbruch kriegen, wenn jemand das falsche Pronomen benutzt.
Das liegt aber auch daran, daß die wirklich brisanten Videos nicht auf Twitter laufen. Anonyme Nutzer des Massage-Boards $4chan$ hatten behauptet, Hunter Bidens iCloud Konto gehackt zu haben. Das Board erlangte Berühmtheit, weil dort der angebliche Geheimnisträger Qanon seine ersten Posts verfaßte. Aber selbst den Betreibern von 4chan wurde die Sache zu heiß, und sie löschten die meisten Inhalte.
Grund: Es sollen auch Aufnahmen dabei sein, die Hunter Junior beim Sex mit Minderjährigen zeigen. Jeder, der solche Aufnahmen verbreitet oder herunterlädt, verstößt gegen die Gesetze zur Kinderpornographie. In der Tat wäre es Aufgabe der Justiz, solche Aufnahmen zu sichern und strafrechtlich zu verfolgen.

Neues zum Laptop aus der Hölle

Diese Nachsichtigkeit gegenüber den Bidens wäre nichts Neues: Wie wir heute wissen, ist das FBI bereits seit Dezember 2019 im Besitz von Hunter Bidens "Laptop aus der Hölle" (NTV), ohne daß irgendeine Anklage erhoben worden wäre. Auch die Schweizer "Weltwoche" bekam eine Kopie der Daten des Rechners.
Es sind "217 Gigabyte an Firmendokumenten, E-Mails und privaten Foto- und Filmaufnahmen, viele davon pornografischen Inhalts", so die "Weltwoche" am 26. April 2022. "Sie dokumentieren einen schwer drogenabhängigen Sohn des damaligen Vizepräsidenten, der auch dank der Macht und dem Einfluß seines Vaters millionenschwere Deals abschloß."
Auch der Hinweis der Russen, daß Hunter Biden in die Finanzierung von Biowaffenlabors in der Ukraine involviert ist, wird durch die Laptop-Auswertung erhärtet. Keine geringere als die "New York Post" schrieb im März, daß die entsprechenden Vorwürfe von US-Geheimdienstlern als Kriegspropaganda abgetan würden, räumt aber ein:
"Die neue Behauptung Rußlands, daß der Investmentfonds des ersten Sohnes an der Beschaffung von Geld für Biolaborprojekte in der Ukraine beteiligt war, ist jedoch korrekt. Dies geht aus E-Mails hervor, die Hunter Bidens Geschäfte in der Ukraine betreffen und die zuerst von der "Post" erhalten wurden ..."
Weiter heißt es: "Rosemont Seneca Technology Partners investierte 500.000 Dollar in das Erregerforschungsunternehmen Metabiota in San Francisco und sammelte weitere Millionen über Firmen wie Goldman Sachs ein. Dies geht aus den E-Mails hervor, die auf dem Computer gefunden wurden, der im April 2019 in einer Reparaturwerkstatt in Delaware aufgegeben wurde, als Joe Biden für das Präsidentenamt kandidierte. Metabiota stellte Hunter Mitarbeiter für ein ‚wissenschaftliches Projekt' mit Biolaboren in der Ukraine vor, von Burisma, dem ukrainischen Gasunternehmen, bei dem er Vorstandsmitglied war, wie aus den E-Mails hervorgeht." …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 10. September 2022: >>**Politische Verfolgung: Opposition in Handschellen**
Von *Daniell Pföhringer*
Auf dem Papier herrschen in Deutschland Demokratie und Meinungsfreiheit. Gerade am Umgang mit Dissidenten kann man jedoch ablesen, daß dies in der Realität oft ganz anders aussieht. In unserer neuen Spezial-Ausgabe "Politische Verfolgung - Ausgelöscht. Weggesperrt.

Totgeschwiegen" zeigen wir, wie Oppositionelle unter fadenscheinigen Gründen vom BRD-Regime verfolgt und zur Strecke gebracht werden sollen.
Wieder ein politisches Urteil: Am vergangenen Mittwoch ist der bekannte Islam-Kritiker Michael Stürzenberger vom Amtsgericht Hamburg zu einer Haftstrafe von sechs Monaten ohne Bewährung verdonnert worden. Das Urteil bezieht sich auf eine Kundgebung der Bürgerbewegung Pax Europa am 8. Oktober 2020 in Hamburg. Stürzenberger kritisierte damals in einer Rede den politischen Islam und seine Greueltaten.
Obwohl der 57-Jährige in seiner Ansprache klar zwischen brutalen islamistischen Gewalttätern und friedlichen Muslimen differenzierte, sahen die Hamburger Richter den Tatbestand der Volksverhetzung nach § 130 StGB erfüllt - eine Art Gummiparagraph, der ausschließlich "gegen Rechts" Anwendung findet und deswegen laut dem früheren Vorsitzenden Richter am Landgericht Hamburg, Günter Bertram, sogar als verfassungswidrig bezeichnet werden kann. Das Urteil gegen Stürzenberger ist in erster Instanz gefällt worden, der Islam-Kritiker wird Berufung einlegen.

Querdenker hinter Gittern

Der Fall Stürzenberger ist nur das jüngste Beispiel einer gewaltigen Repressionswelle, die derzeit über Oppositionelle und Meinungsdissidenten hereinbricht. In unserer druckfrischen Spezial-Ausgabe "Politische Verfolgung - Ausgelöscht. Weggesperrt. Totgeschwiegen" haben wir die wichtigsten und erschreckendsten Fälle dokumentiert - und zeigen, wie politisch Andersdenkende in der angeblich so demokratischen und freiheitlichen Bundesrepublik kriminalisiert, aus der Öffentlichkeit verbannt oder ins Gefängnis gesteckt werden.
Ein weiterer Fall, den wir in COMPACT-Spezial "Politische Verfolgung" nachzeichnen: Ende Juni 2022 wurde Michael Ballweg, der Gründer von Querdenken-711 und Organisator der großen Berliner Corona-Demos vom August 2020, inhaftiert. Wohnung und Geschäftsräume des IT-Unternehmers wurden durchsucht, Arbeitsmittel, Vermögenswerte und sogar das Auto beschlagnahmt.
Zuvor war sein Versuch, ein neues Konto zu eröffnen, bei Dutzenden von Banken fehlgeschlagen. Ballweg hatte Anfang Juli vor, seine Weggefährten im ganzen Bundesgebiet aufsuchen, um mit ihnen das weitere Vorgehen zu koordinieren. Dank des Verfassungsschutzes, der Querdenken-711, die Keimzelle der Bewegung, seit 2021 beobachtet, muß das Regime Wind davon bekommen haben. Also schlug es zu, zog den Stuttgarter unter einem Vorwand aus dem Verkehr.

Investigativ-Journalist in Haft

Ein weiteres Beispiel, ebenfalls in COMPACT-Spezial "Politische Verfolgung" nachzulesen: Oliver Janich. Der Investigativjournalist, der für Focus Money und andere große Publikationen arbeitete, wanderte schon vor Jahren auf die Philippinen aus, baute sich dort mit seiner Lebensgefährtin eine neue Existenz auf, betrieb unablässig Aufklärungsarbeit, zuletzt hauptsächlich über Telegram, denn seine anderen Social-Media-Kanäle wurden gelöscht oder permanent zensiert.
Doch auch das Exil schützte den bekannten Truther am Ende nicht. Philippinische Behörden exekutierten im August 2020 einen deutschen Haftbefehl, nach dem Janich verschiedene Vergehen vorgeworfen werden - unter anderem eine nachweislich satirisch gemeinte Aussage. Auch hier muß man davon ausgehen, daß dies lediglich ein Vorwand ist, um eine reichweitenstarke und innerhalb der Opposition einflußreiche Stimme mundtot zu machen.
Die Liste verfolgter Dissidenten läßt sich beliebig fortsetzen: Das reicht von kritischen Medizinern wie Sucharit Bhakdi, Bodo Schiffmann oder Stefan Hockertz über mißliebige Journalisten, Verlage und Medienunternehmen wie Ken Jebsen oder COMPACT, politische Organisationen wie die Identitäre Bewegung bis zu Künstlern wie Michael Wendler, Lisa Eckhardt, Nena oder Uwe Steimle. Letztere bekommen oftmals (noch) nicht die volle Knute des Sy-

stems zu spüren, sondern werden mit subtileren Methoden (Stichwort: Cancel Culture) aus der Öffentlichkeit verbannt. Im Resultat nimmt sich das kaum etwas. Mit welchen miesen Tricks dabei gearbeitet wird, können Sie in COMPACT-Spezial "Politische Verfolgung" nachlesen.

Ausweitung der Kampfzone

Die Repressionen werden weiter zunehmen: Mit dem Vorwurf der "Delegitimierung des Staates" hat das Regime die Kampfzone erheblich erweitert. Die Folgen könnte bald jeder zu spüren bekommen, der gegen die Herrschenden auch nur ein bißchen aufmuckt.

"Delegitimierung des Staates" - das atmet den Ungeist des berüchtigten Boykotthetze-Paragraphen der DDR-Verfassung von 1949: "Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militärischer Propaganda sowie Kriegshetze ... sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches." Der heuchlerische Nachsatz: "Die Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze."

Wer Demokrat war und wer nicht, und wo die Grenze zwischen angeblicher "Haßrede" (so die heutige Bezeichnung) und legitimer Meinungsäußerung verlief, entschied das SED-Regime - so wie heute das BRD-Regime. In beiden Fällen nannten oder nennen sie sich die Herrschenden Demokraten, während Kritiker kurzerhand zu Antidemokraten erklärt werden.

In unserer druckfrischen Spezial-Ausgabe "Politische Verfolgung - Ausgelöscht. Weggesperrt. Totgeschwiegen" geben wir den drangsalierten, gecancelten und inhaftierten Oppositionellen eine Stimme und zeigen auf, unter welchen Vorwänden und mit welchen Methoden alternative Journalisten, Protestler, Wissenschaftler, politische Aktivisten und Künstler in der Bundesrepublik mundtot gemacht und aus dem Verkehr gezogen werden.

COMPACT-Spezial "Politische Verfolgung" ist ein flammendes Plädoyer für die Meinungsfreiheit - und eine scharfe Anklageschrift gegen die Schergen des Regimes und ihre politischen Hintermänner.<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 10. September 2022 (x1.245/…): >>**Politische Massenpropaganda**

Gustave Le Bon schuf mit seiner Forschung über Massenpsychologie die Grundlage für die Propaganda-Werkzeuge, mit welchen das offizielle 9/11-Narrativ verbreitet wurde.

Von *Michael Günther*

Gustave Le Bon, der als einer der Begründer der Massenpsychologie gilt, war überzeugt: "Die Masse denkt in Bildern!" Politische Massenpropaganda leistet hier Erstaunliches. Wir erinnern uns alle noch an "Nine Eleven" und an die unglaubliche Verschwörungstheorie der Bush-Regierung, die den Ablauf des New Yorker Massenmordes am 11. September 2001 erklären sollte.

Eine recht phantasievolle Darstellung der erschütternden Geschehnisse wurde damals in endlosen Wiederholungsschleifen der höchst beunruhigten Weltöffentlichkeit präsentiert; eine umfassende Verschwörungstheorie, die von Washington und New York ausgehend über die westlich bestimmten Massenmedien mittels eines unaufhörlichen Bildersturms in die Köpfe der Weltbevölkerung förmlich eingehämmert wurde.

Nach diesem Bildersturm und der Wiederholung des immer gleichen Narrativs glaubte zumindest die westliche Welt an eine unerhörte, absolut unglaubliche Geschichte: Eine kleine, allenfalls 20-köpfige Horde fanatischer Araber habe sich dazu verschworen, das hochgerüstete 260-Millionen-Volk der Vereinigten Staaten von Amerika zu überfallen, so hieß es allen Ernstes aus Washington.

Die amerikanische Regierung lieferte damals zu dieser permanent wiederholten Behauptung eine weitere Erklärung, die ebenfalls bei näherer Sichtung ziemlich verwunderlich erschien: Ein Dutzend islamistischer Fanatiker hätten im Auftrag des Chefs des "Weltterrorismus",

Osama bin Laden, und seiner bis dato nahezu unbekannten, global operierenden Terrororganisation Al-Qaida fast zeitgleich drei Verkehrsflugzeuge gekapert.
Diese seien, nach Absolvierung dreier fehlerfreier Kontinentalflüge, im Sekundentakt ins Pentagon und in die New Yorker Twin Towers gestürzt worden, welche daraufhin beide fachgerecht in sich zusammenbrachen, als handele es sich um einen höchst unrealistischen Hollywood-Katastrophenfilm der 80er-Jahre.
Die wirklich einmalige organisatorische, technische und fliegerische Meisterleistung des einzelnen arabischen "Terrorteams" wurde in den Medien kaum gewürdigt oder allein damit erklärt, daß einer der Täter - von dem man a priori annahm, er sei an dem 9/11-Massenmord beteiligt gewesen - zuvor in den USA einen dreistündigen Flugkurs in einem Cessna-Kleinflugzeug absolviert hatte.

Kleine Ursache, große Wirkung!

Im Nachhinein schob die amerikanische Regierung dann auch noch die Information nach, eine vierte Verkehrsmaschine sei ebenfalls am 11. September von einem islamistischen Terrorteam gekapert worden, höchstwahrscheinlich um sie ebenfalls in das World Trade Center, dessen Kernstück die Twin Towers sind, zu stürzen; diese Maschine sei aber glücklicherweise durch den tollkühnen Widerstand eines Piloten bereits unterwegs zum Absturz gebracht worden.
Das mächtige World Trade Center, einstmals höchstes Gebäude der Welt, stürzte dann allerdings trotzdem ein, möglicherweise weil es mit dem mutigen Widerstand des Flugpiloten und seiner Passagiere nicht gerechnet hatte.
Drei Flugstunden, drei Meisterflüge; zwei Flugzeugeinschläge, drei perfekte Gebäudeeinstürze, auf die jeder Sprengmeister stolz hätte sein können. Und die British Broadcast Company (BBC) hatte sogar in weiser Voraussicht der Geschehnisse den Einsturz des dritten Gebäudes, des WTC 7, gemeldet, 30 Minuten bevor der Einsturz dann tatsächlich erfolgte.

Wunder über Wunder!

Die Regierungsversion der Erklärung jener Vorkommnisse um Nine Eleven wurde gelegentlich als hanebüchener Unsinn bezeichnet. Insbesondere wurde angezweifelt, daß eine global operierende Welt-Terrororganisation namens Al-Qaida hinter den Anschlägen gesteckt hatte, zumal wenig dafür sprach, daß diese Organisation überhaupt ein selbstständiges Dasein fristete.
In der Tat ist die Regierungserklärung George Bushs und anderer Repräsentanten der US-Eliten zu Nine Eleven widersprüchlich, lückenhaft und dubios. Sprengstoffexperten, Flugkapitäne, Architekten, auch Angehörige der Opfer wurden hellhörig; Kriminologen und Kriminalisten wunderten sich, wie sparsam die US-Regierung mit der Herausgabe belastbarer Fakten umging.
Nichtsdestotrotz hat sich diese Erklärung der Bush-Regierung durchgesetzt und hielt zur Rechtfertigung eines "Global War on Terror" (deutsch: globaler Krieg gegen den Terror) her, der vor der Weltöffentlichkeit stets mit dem 9/11-Massenmord begründet wurde.
Kriegerische Angriffe auf insgesamt zwölf Staaten und Staatsgebiete der Welt wurden durch Nine Eleven legitimiert, ebenso der US-Drohnenkrieg gegen den Weltterrorismus, der global geführt wurde, ohne Rücksicht auf nationale Grenzen oder völkerrechtliche Bestimmungen zu nehmen.
Die Amerikaner schienen nach Nine Eleven jeden Begriff von Verhältnismäßigkeit verloren zu haben - aber die Weltöffentlichkeit schwieg sich darüber aus. Man bedenke: In all den Jahren vor und nach dem Ereignis vom 11. September und sogar im Jahr 2001 selbst waren weit mehr amerikanische Bürger beim Umgang mit ihren eigenen Schußwaffen gestorben als infolge terroristischer Angriffe der islamischen Welt.

Was kann Massenpropaganda leisten?

Gustave Le Bon, der französische Massenpsychologe und Revolutionsforscher des ausgehenden 19. Jahrhunderts, hatte sich anläßlich seiner Analyse von Kriegsereignissen und Revolutionssituationen dieser Fragestellung gewidmet. Denn Propaganda ist nichts anderes als organisierte, zielorientierte massenpsychologische Überzeugungsarbeit. Antwort gab er in seinem Buch "Psychologie der Massen".

Le Bons zentrale These ist: Emotionalisiert man die Menschen, die propagandistisch manipuliert werden sollen, in extremer Weise, glauben sie nahezu alles, was nimbusbefrachtete Autoritäten ihnen vorgeben; vor allem das Vernunftwidrige erscheint ihnen dann glaubwürdig.

Die Wirkung der mediengestützten Propagandamaschinerien auf das Unbewußte ist enorm: Je größer die Lüge, die politische Manipulatoren ihren emotionalisierten Adressaten auftischen, desto wahrscheinlicher findet sie auch Glauben im Geist des Kollektivs und stiftet dort unbewußt eine gewisse soziale Einheit.

Die Grundgedanken der Adressaten von großen Propagandalügen könnte man so formulieren: Etwas so Verrücktes kann man einfach nicht frei erfinden! Was alle glauben, kann nicht ganz falsch sein! Was die Autoritäten uns sagen, muß doch wohl stimmen! Nie würde ein Staat es wagen, in so großem Maßstab die Völker der Welt zu täuschen und zu belügen!

Unter den Opfern solcher massenpsychologischen Suggestionen entwickelt sich Gustave Le Bon zufolge so etwas wie eine Katastrophensolidarität, die durchaus als angenehm und hilfreich empfunden wird. Denn angesichts von psychischem Terror und allgemeiner Verunsicherung ist die unbewußte Sehnsucht nach Geborgenheit unter Gleichgesinnten besonders ausgeprägt.

Eine Menge vernünftiger, miteinander konkurrierender Individuen verwandelt sich auf diese Weise in einen reflexhaft reagierenden Schwarm, in eine "schafsdumme", dafür aber solidarisch empfindende Masse. Die Manipulierten, einig in den ihnen suggerierten Grundideen und Gefühlen, entwickeln aufgrund dieser Übereinstimmung so etwas wie eine "Gemeinschaftsseele" (Gustave Le Bon).

Die Suggestibilität der Masse

Im Falle von Nine Eleven würde der geistreiche Franzose wohl auch darauf hinweisen, daß eine massenhafte Emotionalisierung der Bevölkerung tatsächlich durch den erheblichen Einsatz manipulativer Massenmedien erzielt worden sei. Die erste Reaktion der westlichen Welt auf den angeblichen Angriff der islamistischen Terroristen auf die USA war in der Tat ein "großer Schrecken".

Die Emotionalisierung der Massen war durch Nine Eleven zweifelsohne gegeben; denn es herrschte kollektive Angst, verbunden mit omnipräsenten düsteren Ahnungen. Dies zunächst im Hinblick auf die erstaunliche Potenz, Organisiertheit, Präzision und Handlungskraft der Täter, dann aber mehr und mehr in Bezug auf die Konsequenzen, weil sich sehr bald die Frage stellte, wen wohl die "heilige Rache" der noch viel potenteren Vereinigten Staaten von Amerika treffen würde?

Da niemand den "berechtigten Zorn" der waffenstarrenden Weltmacht USA auf sich lenken wollte, beeilte man sich also, nolens volens Bekundungen bedingungsloser Solidarität gen Washington zu richten und zu glauben, was man eben ganz offensichtlich zu glauben hatte.

Das Unbewußte wurde zum handlungsbestimmenden Element: Statt erst einmal kritisch zu hinterfragen, ob es sich hier wirklich um einen kriegerischen Anschlag auf die Vereinigten Staaten von Amerika gehandelt hatte, der etwa die Auslösung des NATO-Bündnisfalles zur Folge haben mußte, parierte man, gehorchte dem Willen der Weltmacht USA, indem man amerikanischen Suggestionen von Gut und Böse Glauben schenkte. Glauben und Gehorchen war gewissermaßen dasselbe, denn beides wurde zur Pflicht.

Die Ausschaltung des kritischen Denkens

Die Eigenart der gleichartig denkenden, fühlenden und handelnden "psychologischen Masse" schließt Gustave Le Bon zufolge das kritische Denken aus. Dies bei Ungebildeten und Gebildeten gleichermaßen; die massenhafte Emotionalisierung und Massenintegration ist ein Gleichmacher wie der Rausch - deshalb sprach der Revolutionsforscher Le Bon auch vom "Rausch der Masse".

Die Mittel, aus einer Menge intelligenzbegabter getrennter Individuen eine unkritische, verbundene, geistig inferiore Masse herzustellen, sind ihm zufolge in bestimmten extraordinären politischen Situationen wie Krieg, Aufruhr und Revolution im Prinzip sehr einfach: "Behauptung, Wiederholung, Übertragung".

Dies war im Falle von Nine Eleven präzise der Überzeugungsmechanismus, den die Massenmedien und ihre prestigebefrachteten Sprachrohre bedienten, um die emotionalisierte Bevölkerung auf Kurs zu bringen und jede Kritik auszuschalten. Das Denken, Hinterfragen und Reflektieren wurde durch den suggestiven Mechanismus von Behauptung,

Wiederholung und Übertragung ausgeschaltet. Die gleichförmige, unkritische, millionenfache Wiederholung des ewig Gleichen, begleitet von einem Wochen und Monate dauernden, scheinbar sinnlosen, nie abreißenden, überaus stereotypen Bildersturm, schuf geistige Tatsachen, nahezu unumstößliche Vorstellungen der Massen.

"Nie wieder wird die Welt so sein wie zuvor!"

Wer dieses neue Credo der Unvernunft nicht beflissen nachplapperte und bei jeder Gelegenheit zum Besten gab, wurde gewissermaßen zum Ausgestoßenen der Gesellschaft erklärt. Der kollektive Druck war in jenen Zeiten enorm, die Angst, allein gegen die Supermacht und ihre Verbündeten zu stehen und ausgegrenzt oder vernichtet zu werden, war omnipräsent.

Viele, die diese Vorgänge damals beobachteten und unwillkürlich Teil von ihnen wurden, werden sich gewiß noch an das extreme, fast fiebrig zu nennende kollektive Unbehagen erinnern, das damals, unmittelbar nach den Ereignissen von Nine Eleven, auch die bundesdeutsche Gesellschaft beherrschte.

Vielleicht erinnert man sich auch an Beispiele der "massenhaften Verminderung der Intelligenz" (Gustave Le Bon), verbunden mit der Ausschaltung des kritischen Denkvermögens, wie etwa bei der außerordentlichen Sitzung des Deutschen Bundestages vom 12. September 2001 anläßlich des New Yorker Massenmordes am Tage zuvor:

Die politische Elite der Bundesrepublik Deutschland war plötzlich wie ausgeschaltet, es herrschte nackte Angst. Jeder normale Kindergeburtstag wies mehr Intelligenz, Charakter und kritisches Denkvermögen auf als diese kopflose Veranstaltung "unserer" Abgeordneten und Regierungsvertreter, die allesamt wie die Papageien genau die gleichen sinnlosen Phrasen von sich gaben.

Man traute sich seinerzeit einfach nicht mehr, frei nachzudenken und seine Gedanken offen zu äußern. Und fiel damit, mit Immanuel Kant gesprochen, weit hinter die Aufklärung zurück, in düstere Zeiten des Mittelalters nämlich, weil man den Mut verloren hatte, sich seiner eigenen Gedanken zu bedienen.

So wurde auch das Unglaubwürdige, Abstruse, Widersprüchliche als Wahrheit interpretiert und zum unhinterfragbaren Glaubensartikel der westlichen Welt erklärt. Obwohl einfaches logisches Denken unter Berücksichtigung der Faktenlage dies niemals erlaubt haben würde.

Die suggestible Masse als Spielball der großen Politik

Was war denn bei Nine Eleven wirklich geschehen - oder auch nicht geschehen? Ein "Existential Threat" (deutsch: existentielle Bedrohung) war damals für die USA gewiß nicht gegeben, ebenso wenig ein nationaler Notstand. Allenfalls zwanzig Araber hatten versucht, die USA zu attackieren, wenn dies überhaupt zutreffend sein sollte.

Die Regierung der Vereinigten Staaten wie auch das Wirtschaftssystem waren absolut unbeschadet geblieben, die Kommunikationsnetzwerke funktionierten weiterhin hervorragend, Verwaltungsorganisationen ziviler und militärischer Art arbeiteten in gewohnter Form weiter, die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen erfuhr ebenfalls keinerlei Einbrüche - die Gesellschaft ertrug den nationalen Schicksalsschlag, ohne auch nur im Entferntesten in allgemeines Chaos zu versinken.
Die damalige US-Regierung hingegen hatte nicht etwa die Bevölkerung beruhigt, wie es in solchen Fällen angebracht und katastrophensoziologisch geboten gewesen wäre. Sondern sie hatte in einem fort eskaliert, die Massenemotionen aufgerührt und sie dann einfach nicht mehr zum Stillstand kommen lassen. Dann hatte sie den nationalen Notstand und den NATO-Bündnisfall ausgerufen, fast so, als hätte gerade ein Angriff der gesamten klingonischen Weltraumflotte auf die Vereinigten Staaten von Amerika stattgefunden.
Dies war, aus heutiger Sicht betrachtet, geradezu absurd, da das Ereignis bereits geschehen war und keinerlei Indizien dafür sprachen, daß es sich in naher Zukunft wiederholen würde oder auch nur in fernster Zukunft wiederholen könnte.
Auch die Unterstellung der Faktizität eines überaus gefährlichen, weltweit operierenden, antiamerikanischen Terrornetzwerkes namens Al-Qaida, in dessen Auftrag die vier Terrorteams gehandelt haben sollen, änderte nichts an diesem Grundwiderspruch, zumal es keinerlei Evidenz für solch eine Behauptung gab. Aber Fakten interessieren in solchen historischen Momenten niemanden, denn das Credo heißt nun: "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!" (George Bush).
Dies bedeutete auf suggestiver Ebene zugleich:
Wer uns nicht glaubt, ist gegen uns! Wer zweifelt, ist gegen uns! Wer gegen uns ist, wird vernichtet!
Die suggestive Botschaft, die im Unterton der US-Repräsentanten deutlich zu vernehmen war, hieß nach Nine Eleven: "Die USA wurden angegriffen! Damit haben sie das Recht erworben, den Angriff auf jeden zu durchzuführen, der ihnen in irgendeiner Weise verdächtig erscheint, daran teilgehabt zu haben oder mit diesem Angriff zu sympathisieren."
Die Verschwörungstheorie von Nine Eleven wurde so lange wiederholt, bis sie im kollektiven Geist der westlichen Welt absoluten Glauben fand. Der kritische Verstand der Adressaten war im Moment der "Übertragung" (Gustave le Bon) dieser quasi unhintergehbaren Erklärung einfach ausgeschaltet. Die Botschaft der USA an die Welt wurde so gesehen in den "tiefsten Seelengrunde der Massen eingepflanzt", um es mit den Worten des genialen Franzosen Le Bon zu auszudrücken.
Die Übertragung solch einer Botschaft hat dann stattgefunden, wenn der Empfänger seinerseits die Botschaft reproduziert und sie überzeugend als neuer Absender an andere Empfänger weitergibt.
Alle, die mit der Botschaft konform gehen, gehören nun zur Gemeinschaft der Gläubigen, sie zeigen eine besondere soziale Nähe auf, verhalten sich zueinander in gewisser Weise solidarisch. Alle, die nicht mit ihr konform gehen, werden mental ununterbrochen bearbeitet, bis sie konform gehen, oder sie werden aus der Gemeinschaft der Gläubigen ausgestoßen und demonstrativ feindselig behandelt, zuweilen vernichtet.
Wo erfolgreiche Massendemagogie stattgefunden hat, ist also kein Platz mehr für geistige Toleranz und individualistische Differenzierung: In schnellebigen Zeiten von Krieg, Terror und Umsturz wird im Sinne einer primitiven Freund-Feind-Unterscheidung polarisiert. Und wehe dem, der dagegen opponiert!

Von Gustave Le Bon zu Gabriel Tarde

Hier ging es soeben um Gustave Le Bons Massenpsychologie, um die massenpsychologischen und sozialen Vorkommnisse im Zusammenhang der Rezeption von Nine Eleven, nicht um die

Erklärung des New Yorker Massenmordes am 11. September 2001 selbst. Wozu auch Eulen nach Athen tragen?
In meinem nächsten Artikel wird es wieder um einen Franzosen gehen, um den Soziologen Gabriel Tarde (1843 bis 1904), der eine brillante Theorie prestigegestützter Nachahmungsprozesse geliefert hat, von der heute kaum noch irgend jemand etwas Genaueres weiß. Obwohl Tardes Theorie der Nachahmung praktisch sehr gut funktioniert - sie ist ein handhabbares Werkzeug zur Analyse und Deutung unserer derzeitigen wahnwitzigen Wirklichkeit -, wird sie kaum benutzt.
Ich werde dann mit Gabriel Tardes Theorie unter anderem einen Erklärungsversuch dafür liefern, wie es möglich war, daß eine ursprünglich pazifistische, antifaschistische deutsche Anti-AKW-Partei - Die Grünen - plötzlich Beifall klatschte, als eine faschistische ukrainische Militärjunta das größte Atomkraftwerk Europas, das Saporischschja-Kernkraftwerk, im Südosten der Ukraine am Dnipro gelegen, unter Artilleriebeschuß nahm und damit ein zweites Tschernobyl riskierte.
Ich schließe mit der pazifistischen Einsicht des russischen Freiheitskämpfers und Anarchisten Pjotr Alexejewitsch Kropotkin:
"Die Friedensliebe der Völker ist so groß, daß kein Staat der Welt es bisher wagte, einen offenen Angriffskrieg gegen einen anderen Staat zu führen. Die Herrschenden haben bislang noch jeden Angriffskrieg als Verteidigungskrieg erscheinen lassen".
Michael Günther, Jahrgang 1966, ist promovierter Soziologe und Politologe. Neben langjähriger Berufserfahrung als Lehrbeauftragter und Dozent sowohl mit dem Schwerpunkt Lehre als auch Forschung, war er zuletzt als freiberuflicher wissenschaftlicher Publizist tätig.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 21. September 2022:
>>**Janichs Anwalt fordert: Haftbefehl aufheben!**
Von *S. Hofe*r
Vor einem Monat wurde der Investigativ-Journalist Oliver Janich überfallartig und brutal verhaftet. Jetzt hat sein Rechtsanwalt eine Haftbeschwerde eingelegt. Darin beweist er: die Anklage ist unhaltbar.
Ballweg, Janich, Bhakdi und kein Ende. Im COMPACT-Spezial Politische Verfolgung zeigen wir, wie das Regime Oppositionelle kriminalisiert, wegsperrt, totschweigt und cancelt. Unsere große Anklageschrift gegen das Regime!
Die Endstation globalistischer Cancel-Culture ist das Gefängnis: Oppositionelle, darunter die führenden Köpfe des Widerstands, die durch sozialen Tod (Rufmord, Jobverlust) nicht erpreßbar sind, landen unter fadenscheinigsten Gründen im Knast. Wie konstruiert die Vorwände dabei sind, demonstriert der Anwalt des Investigativ-Vloggers Oliver Janich in seiner Haftbeschwerde.
Kurze Rückblende: Am 17. August wurde Janich in seiner Wohnung auf der Insel Tablas (Philippinen) von einem Polizeitrupp brutal überfallen und verhaftet. Seitdem sitzt er in Abschiebehaft. Grund für die Quälerei: Deutsche Behörden ermitteln gegen den kritischen Journalisten wegen zwei Äußerungen, die er auf seinem Telegram-Kanal getätigt hatte: angebliche Beleidigung eines Linksaktivisten und Aufforderung zu einer Straftat.
Am Dienstag publizierte Janichs Rechtsanwalt eine Nachricht auf Twitter:
In Roschers Haftbeschwerde, die Oliver Flesch jetzt veröffentlicht hat, referiert der Anwalt beide Vorwürfe im Detail - um sie anschließend zu widerlegen. Urteilen Sie selbst. COMPACT-Online gibt das Schreiben unten ungekürzt wieder. Wir laden aber nicht nur Janichs Freunde und Anhänger zur Lektüre. Auch Gegner des Vloggers sollten überlegen, ob sie eine solche Korruption des Rechtsstaates hinnehmen wollen, nur um eine "lästige Stimme" loszuwerden:

Die Haftbeschwerde

Rechtsanwalt Markus Roscher fordert in seiner Haftbeschwerde:

Den Haftbefehl des Amtsgerichts München vom 22. April 2022 aufzuheben oder ihn unter Auflagen außer Vollzug zu setzen.

Begründung: Die Staatsanwaltschaft legt dem Beschuldigten laut Haftbefehl folgendes zur Last:

1) Beleidigung: In einer Audionachricht soll der Beschuldigte Herrn Josef Holnburger mittels einer Telegram-Audionachricht als "Spast" bezeichnet haben.

2) Öffentliche Aufforderung zu Straftaten: Der Beschuldigte habe bei Telegram eine Nachricht gepostet mit dem Inhalt "Hängt Biden. Hängt Soros. Hängt sie alle, verdammt noch mal."

3) Öffentliche Aufforderung zu Straftaten: Wiederum auf Telegram habe der Beschuldigte folgenden Text gepostet: "+++ Eilmeldung: Ein Gutachten, das für das Bundesinnenministerium erstellt wurde, kommt zu dem Schluß, daß es nicht nur zulässig, sondern in der aktuellen Situation sogar geboten sei, sämtliche Regierungsmitglieder im Bund und in den Ländern standrechtlich hinzurichten. Die Gutachter begründen dies mit der 'Schutzpflicht' des Staates für seine Bürger. +++"

Im Haftbefehl wird zu Punkt 2) und 3) festgestellt: Der Beschuldigte tat dies, um dritte Personen dahingehend zu motivieren, eine Exekution des Präsidenten Biden, des amerikanischen Investors Soros sowie der aktuellen Regierungsmitglieder von Bund und Ländern in der Bundesrepublik durchzuführen.

Mangels dringenden Tatverdachts ist der Haftbefehl aufzuheben.

Zu 1) Beleidigung als "Spast"

Bei dem angeblichen Geschädigten Josef Holnburger handelt es sich um einen linken Szene-Aktivisten (Referent des DGB-Bundesvorstandes), der vor allem auf Twitter durch polemische Beiträge auffällt, in denen er ganze Gruppen von Menschen (die er als Verschwörungstheoretiker und rechte Hetzer bezeichnet) beleidigt und verleumdet.

Der Ausdruck "Spast" für Herrn Holnburger war eine direkte Reaktion auf die konstanten und wiederholten Verleumdungen, die er auch gegenüber Herrn Janich ausgestoßen hatte und die allesamt als Beleidigung einzustufen waren. Da diese Beleidigungen sozusagen der ganz normale Umgangston dieses stark linksorientierten Aktivisten darstellten, ging es naturgemäß bei der Auseinandersetzung mit Herrn Holnburger auch nicht sonderlich freundlich zu.

Herr Holnburger unterstellte dem Beschuldigten permanent eine Nähe zu Rechtsextremisten, obwohl mein Mandant zahlreiche Bücher zum Libertarismus geschrieben - und sogar eine libertäre Partei gegründet hatte. Herr Janich lehnt rechte und linke Politik ab, erst recht deren Extreme.

Herr Holnburger unterstellt aber Herrn Janich darüber hinaus, antisemitische Verschwörungstheorien zu verbreiten und von einer jüdischen Weltverschwörung zu reden, ohne diese Vorwürfe mit einem einzigen Zitat zu belegen. Dies ist für Herrn Janich um so ärgerlicher, als er gleichzeitig von echten Rechtsextremen permanent dafür angefeindet wird, sich wiederholt gegen Rassismus und Antisemitismus gewandt zu haben.

In seinem Buch "New World Order exposed" schreibt mein Mandant beispielsweise: "Die Ehe zwischen Juden und Deutschen wurde im Himmel geschlossen und in der Hölle geschieden. Es wird Zeit für eine echte Versöhnung."

Der angeblich geschädigte Herr Holnburger wußte bei seinen Beleidigungen gegenüber Herrn Janich genau, daß es in Deutschland keinen schlimmeren Vorwurf als "Antisemit" oder "rechtsextrem" gibt, so daß er mit einer heftigen Gegenreaktion rechnen mußte.

Die verleumderischen Beleidigungen gegen ihn konnte der Beschuldigte nicht auf sich sitzen lassen und hat sich nachvollziehbarerweise verbal pointiert gewehrt. Hierbei hat er sich einer

eher als flapsig einzustufenden Jugendsprache bedient, in dem er den Begriff "Spast" verwandte. Insbesondere unter Berücksichtigung des bei Twitter inzwischen (gerichtsbekannten) allgemein in der politischen Auseinandersetzung verwendeten barschen Tons (den Herr Holnburger unter seinem allseits einzusehenden Account @holnburger selber verwendet) dürfte ein Beleidigungstatbestand (rechtswidriger Angriff) nicht erfüllt sein.
Hieraus, unter Berücksichtigung dieses Kontextes, eine (einseitige) Beleidigung zu konstruieren, dürfte weder angemessen, noch vom Schutzbereich des § 185 StGB umfaßt sein.
Sollte Herr Holnburger nunmehr diesbezüglich empfindlich geworden sein und sich neuerdings auch selbst einer freundlicheren Sprache, ohne Verleumdungen und Beleidigungen, bemächtigen, nimmt der Beschuldigte dies zur Kenntnis und entschuldigt sich hiermit für die Verwendung des Begriffs als "Spast".
Zu 2) Öffentliche Aufforderung zu Straftaten (Biden, Soros, "alle")
Die betreffende Äußerung stammt nicht von meinem Mandanten. Auf Herrn Janichs Kanal haben mehrere Redakteure in der ganzen Welt Zugriff. Auch auf seinen Rechner im Ressort könnten dritte Personen Zugriff genommen haben. Trotz eigener Recherche läßt sich nicht mehr ermitteln, welcher Redakteur diesen - auch aus Sicht von Herrn Janich geschmacklosen - Post versendet hat.
Herr Janich hat im Übrigen daher unverzüglich nach Kenntnisnahme des Posts veranlaßt, daß dieser gelöscht wurde. Die betreffende Äußerung kann somit höchstens 20 Minuten online gewesen sein. Herr Janich hat sich also definitiv nicht mit dem Inhalt dieses Posts identifiziert, was bereits auch deshalb erkennbar ist, weil andere Posts, die ihm hier vorgeworfen wurden, nicht entfernt wurden.
Im Übrigen sanktioniert § 111 Abs. 1 StGB nur die Aufforderung zu Taten, die im Inland begangen werden sollen, was bei Präsident Biden und Soros, die beide bekanntlich nicht in Deutschland leben oder sich dort nur selten aufhalten, nicht der Fall sein. Schon tatbestandlich kommt daher hier § 111 StGB nicht in Betracht.
Zu 3) Öffentliche Aufforderung zu Straftaten (Regierungsmitglieder hinrichten)
Bei dem dritten Vorwurf hat mein Mandant in satirisch-übersteigerter Weise auf eine Eilmeldung des Focus reagiert, in dem er dessen Wortwahl nutzte, um auf die großen - aus seiner Sicht lebensbedrohenden - Konsequenzen von (Pflicht)-Impfungen hinzuweisen.
In der Focus-Meldung hieß es wie folgt:
"Die juristischen Gutachter werten eine allgemeine Impfpflicht nicht nur als zulässig - sie sei in der aktuellen Situation sogar geboten. Zwar seien mit ihm Eingriffe in Freiheitsgrundrechte verbunden … Dieses beinhalte eine Schutzpflicht des Staates für seine Bürger."
Es handelt sich somit um die satirische "Verballhornung" des betreffenden Focus-Artikels durch meinen Mandanten, als er die durch Gutachten gerechtfertigten Impf-Maßnahmen gleichsetzte mit "Todesurteilen", die ebenfalls durch Gutachten als gut befunden werden könnten.
Die Meinungsfreiheit nach Art. 5 des Grundgesetzes umfaßt eine derartige (drastisch überzogene) Einschätzung. Es ist schon fast boshaft von der Staatsanwaltschaft, die als direkte Reaktion auf die Focus-Meldung erkennbare Äußerung meines Mandanten, als ernstgemeinte Aufforderung an Dritte zu verstehen, Exekutionen durchzuführen, und dies derart aus dem Kontext zu reißen, um einen entsprechenden Vorwurf zu konstruieren.
Auf Telegram kann man auf eigene Posts antworten. Es war also eindeutig ersichtlich, daß sich Herr Janich auf den Focus-Artikel bezog. Es war erkennbar, daß mein Mandant die Tatsache, daß es ein Expertengutachten gab, noch lange nicht als Indiz dafür ansehen wollte, daß hier dadurch Unrecht zu Recht wird.

Mithin handelt es sich bei der Äußerung von Herrn Janich denklogisch auch um eine Kritik, sowohl an Expertengutachten, als auch an standrechtlichen Erschießungen. Der Post sagt also das exakte Gegenteil dessen, was ihm unterstellt wird.
Die drei Vorwürfe gegen meinen Mandanten sind daher zum Teil lächerlich (Beleidigung eines Szene-Journalisten, als Reaktion auf Beleidigungen durch einen Journalisten) oder aber "an den Haaren herbeigezogen". Die Vorwürfe zwei und drei behandeln Zitate die entweder gar nicht von Herrn Janich stammen oder aber aus dem Kontext gerissen wurden.
Der Haftbefehl ist daher aufzuheben.
2. Ein Haftgrund im Sinne des § 112 StPO liegt nicht vor.
Der Haftbefehl vom 22. April 2022 dürfte auch schon deswegen rechtswidrig sein, da zu keinem Zeitpunkt eine Fluchtgefahr (§ 112 Abs. 2 StPO), auf die sich der Haftbefehl stützt, bestanden hat.
Insbesondere besteht und bestand deshalb keine Fluchtgefahr, da mein Mandant zu keinem Zeitpunkt flüchtig war und auch keinen Anlaß hatte wegen des hiesigen Vorwurfs "unterzutauchen". Er ist in den Philippinen ordentlich gemeldet und er ist dort familiär gebunden. Herr Janich lebt mit seiner Verlobten, die inzwischen auch ein Kind von ihm erwartet, in seinem oben erwähnten Ressort zusammen. Er möchte die Geburt des gemeinsamen Kindes in Freiheit erleben.
Es wäre für die Staatsanwaltschaft und den Ermittlungsbehörden jederzeit ein leichtes gewesen, Herrn Janich in den Philippinen zu erreichen. Da die Ermittlungsbehörden über die Telegram-Kanäle des Beschuldigten auch ihre Informationen zu den Vorwürfen bezogen, hätten sie eigentlich genau wissen müssen, daß wirklich jedermann, der dort aktiv ist, genau wußte, wo sich das Ressort von Herrn Janich auf den Philippinen befand.
Als Staatsanwaltschaft so zu tun, als ob mein Mandant untergetaucht sei oder sich der Strafverfolgung entziehen wollte, ist daher grob fahrlässig und auch eines Rechtsstaates nicht würdig, wenn hier Vorwände geschaffen werden, um die rechtswidrige Festsetzung eines kritischen Staatsbürgers zu erwirken.
In diesem Zusammenhang wird auf folgenden, meines Erachtens skandalösen, Umstand hingewiesen, mit dem hier die Verhaftung meines Mandanten durch philippinische Behörden erschlichen wurde: Wie oben bereits ausführlich erklärt, lagen die formellen Voraussetzungen für den Erlaß des Haftbefehls gegen meinen Mandanten (hier: Fluchtgefahr) niemals vor. Hinzukam, daß es mit den Philippinnen kein Auslieferungsabkommen gibt.
Wie sich aus der Strafakte entnehmen ließ, bediente man sich daher eines konstruierten Paßvergehens (Benutzung des Passes, um sich der Strafverfolgung zu entziehen), um die philippinischen Behörden dazu zu bewegen, Herrn Janich in Abschiebehaft zu nehmen. Denn der deutsche Haftbefehl ist zunächst einmal (nur) ein Dokument, das aufgrund eines fehlenden Auslieferungsabkommen mit den Philippinen dort nur als Nullum betrachtet wird.
Auslieferungen werden erfahrungsgemäß von den Philippinen in seltenen Ausnahmefällen (Mordvorwurf z.B.) vorgenommen, niemals jedoch wegen Meinungsdelikten. Und natürlich war der Staatsanwaltschaft auch bewußt, daß die drei Vorwürfe gegen meinen Mandanten zum Teil lächerlich oder wie beschrieben zum Teil an den Haaren herbeigezogen sind. Es geht insoweit offenbar nur darum, Herrn Janich als Teil einer immer größer werdenden Opposition gegen massive Übergriffe des Staates Bundesrepublik Deutschland, festzusetzen.
Hierbei sollte die deutsche Botschaft in Manila mitwirken, denn aufgrund des fehlenden Auslieferungsabkommen sollte mit Hilfe des BKA und diverser Ansprechpartner auf den Philippinen "eine Abschiebungslösung" angestrebt werden, wie es sehr "treffend" in der E-Mail von Oberstaatsanwalt Felix Hofmeier (Leiter der Abteilung I des Staatsschutzes bei der Staatsanwaltschaft I) an den BKA-Mitarbeiter Gundlach heißt.

Die Staatsanwaltschaft bedient sich also des BKA, das in den Philippinen aktiv tätig ist(!), sowie der deutschen Botschaft in den Philippinnen, um einen anderen souveränen Staat dazu zu bewegen, auch ohne Auslieferungsabkommen, einen deutschen Staatsbürger aus politischen Gründen mit Hilfe eines aus der hohlen Hand herbeigestümperten, offensichtlich rechtswidrigen Haftbefehls, aus dem Land nach Deutschland zurück zu entführen, um ihn dort einem politischen Schauprozeß auszusetzen.
Im Haftbefehl wurde bewußt falsch vorgetragen, daß sich der Beschuldigte in die Philippinen "abgesetzt" habe und sich dort "verborgen" hält. Er ist nicht unbekannten Aufenthalts, weshalb der fehlerhafte und rechtswidrige Haftbefehl aufzuheben ist.
3. Die Anordnung ist auch unverhältnismäßig.
Der Strafvorwurf (Beleidigung bzw. eine als Aufforderung zu Straftaten umdefiniertes "Meinungsdelikt") ist nicht so schwerwiegend, daß dies eine Haft begründet (Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne) oder zu befürchten ist, daß sich Herr Janich einer Verfolgung entziehen würde.
4. Zum Hilfsantrag:
Der Haftbefehl kann gegen geeignete Auflagen und Weisungen gem. § 116 StPO außer Vollzug gesetzt werden. Der Beschuldigte ist bereit sich in den Philippinen wöchentlich polizeilich zu melden. Auch wäre es möglich, eine angemessene Sicherheit zu leisten.<<
Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 24. September 2022 (x1.172): >>**Die Lämmer zum Schweigen bringen**
Immer präziser werden die Propaganda-Methoden, mit welchen die Massen taub und die kritischen Stimmen stumm gehalten werden.
Von *John Pilger*
Die Rezepte für wirksame Propaganda haben sich über die Jahre und Jahrzehnte bewährt. Was zu Beginn des 20. Jahrhunderts funktionierte, entfaltet heute eine noch immensere Wirkkraft. Exemplarisch zeigt sich dies daran, daß Kriege immer leichter verkauft und ihre wahren Intentionen besser verschleiert werden können. Gleichzeitig verschwinden die letzten Freiräume für herrschaftskritische Journalisten. Der renommierte und preisgekrönte Journalist John Pilger referierte hierzu beim Trondheim World Festival in Norwegen.
In den 1970er-Jahren traf ich eine der führenden Propagandistinnen Hitlers, Leni Riefenstahl, deren epische Filme die Nazis verherrlichten. Wir wohnten zufällig in der gleichen Lodge in Kenia, wo sie einen Fotoauftrag hatte im Gegensatz zu anderen Freunden des Führers.
Sie sagte mir, daß die "patriotischen Botschaften" ihrer Filme nicht von "Befehlen von oben" abhingen, sondern von dem, was sie die "unterwürfige Leere" des deutschen Publikums nannte. Gehörte dazu auch das liberale Bildungsbürgertum?, fragte ich. "Ja, vor allem die", antwortete sie.
Daran denke ich, wenn ich mir die Propaganda ansehe, die heute die westlichen Gesellschaften überschwemmt. Natürlich sind wir ganz anders als Deutschland in den 1930er-Jahren. Wir leben in Informationsgesellschaften. Wir sind Globalisten. Wir waren noch nie so informiert, mehr in Kontakt, besser vernetzt. Oder leben wir im Westen in einer Mediengesellschaft, in der die Gehirnwäsche heimtückisch und unerbittlich funktioniert und die Wahrnehmung nach den Bedürfnissen und Lügen der Staats- und Konzernmacht gefiltert wird?
Die Vereinigten Staaten dominieren die Medien der westlichen Welt. Bis auf eine Ausnahme haben alle Top-Ten-Medienunternehmen ihren Sitz in Nordamerika. Das Internet und die sozialen Medien - Google, Twitter, Facebook - sind größtenteils in amerikanischem Besitz und werden von ihnen kontrolliert.
Zu meinen Lebzeiten haben die Vereinigten Staaten mehr als 50 Regierungen, meist Demokratien, gestürzt oder versuchten, sie zu stürzen. Sie haben sich in demokratische Wahlen von 30 Ländern eingemischt. Sie haben Bomben auf Menschen in 30 Ländern abgeworfen, die

meisten von ihnen arm und wehrlos. Sie haben versucht, die Führer von 50 Ländern zu ermorden. Sie haben gekämpft, die von Befreiungsbewegung in 20 Ländern zu unterdrücken. Über das Ausmaß und den Umfang dieses Gemetzels wird weitgehend nicht berichtet, es wird nicht anerkannt und die Verantwortlichen beherrschen weiterhin das angloamerikanische Politikgeschehen.

Harold Pinter brach das Schweigen

In den Jahren vor seinem Tod im Jahr 2008 hielt der Dramatiker Harold Pinter zwei außergewöhnliche Reden, die das Schweigen brachen.

"Die Außenpolitik der USA", sagte er, "läßt sich am besten wie folgt definieren: Küß meinen Arsch oder ich schlag dir den Schädel ein. So einfach und so plump ist das. Das Interessante an ihr ist, daß sie so unglaublich erfolgreich ist. Sie verfügt über die Strukturen der Desinformation, der Rhetorik, der Sprachverdrehung, die sehr überzeugend sind, aber in Wirklichkeit ein Haufen Lügen sind. Diese Propaganda ist sehr erfolgreich. Sie haben das Geld, sie haben die Technologie, sie haben alle Mittel, um damit durchzukommen, und sie tun es."

Bei der Entgegennahme des Nobelpreises für Literatur sagte Pinter Folgendes:

"Die Verbrechen der Vereinigten Staaten waren systematisch, konstant, infam, unbarmherzig, aber nur sehr wenige Menschen haben wirklich darüber gesprochen. Das muß man Amerika lassen. Es hat weltweit eine ziemlich kühl operierende Machtmanipulation betrieben und sich dabei als Streiter für das universelle Gute gebärdet. Das ist ein brillanter, sogar geistreicher, äußerst erfolgreicher Hypnoseakt."

Pinter war ein Freund von mir und möglicherweise der letzte große politische Weise - das heißt, bevor abweichende Politik gentrifiziert wurde. Ich fragte ihn, ob die "Hypnose", auf die er sich bezog, die von Leni Riefenstahl beschriebene "unterwürfige Leere" sei.

"Das ist dasselbe", antwortete er. "Es bedeutet, daß die Gehirnwäsche so gründlich ist, daß wir darauf programmiert sind, ein Haufen Lügen zu schlucken. Wenn wir die Propaganda nicht erkennen, akzeptieren wir sie vielleicht als normal und glauben ihr. Das ist die unterwürfige Leere."

In unseren Systemen der Unternehmensdemokratie ist der Krieg eine wirtschaftliche Notwendigkeit, die perfekte Verbindung von öffentlicher Subvention und privatem Profit: Sozialismus für die Reichen, Kapitalismus für die Armen. Am Tag nach 9/11 schnellten die Aktienkurse der Kriegsindustrie in die Höhe. Mehr Blutvergießen war absehbar, und das ist gut fürs Geschäft.

Heute haben die profitabelsten Kriege ihr eigenes Markenzeichen. Sie heißen "ewige Kriege" - Afghanistan, Palästina, Irak, Libyen, Jemen und jetzt die Ukraine. Sie alle beruhen auf einem Haufen Lügen. Die berüchtigtste Lüge ist die über die Massenvernichtungswaffen im Irak, die es nicht gab. Die Zerstörung Libyens durch die NATO im Jahr 2011 wurde mit einem Massaker in Bengasi gerechtfertigt, das nicht stattgefunden hat. Afghanistan war ein bequemer Rachefeldzug für 9/11, der nichts mit den Menschen in Afghanistan zu tun hatte.

Die Nachrichten aus Afghanistan drehen sich heute darum, wie böse die Taliban sind - und nicht darum, daß der Diebstahl von 7 Milliarden Dollar aus den Bankreserven des Landes durch US-Präsident Joe Biden großes Leid verursacht. Das National Public Radio mit Sitz in Washington widmete kürzlich Afghanistan zwei Stunden - und 30 Sekunden dem hungernden Volk des Landes.

Auf ihrem Gipfeltreffen im Juni in Madrid verabschiedete die von den Vereinigten Staaten kontrollierte NATO ein Strategiepapier, das den europäischen Kontinent militarisiert und die Aussicht auf einen Krieg mit Rußland und China verschärft. Vorgeschlagen wird eine "dimensionsübergreifende Kriegsführung gegen nuklear bewaffnete Konkurrenten". Mit einem Wort: Atomkrieg.

Dort heißt es: "Die NATO-Erweiterung ist ein historischer Erfolg." Das habe ich ungläubig gelesen.
Die Nachrichten über den Krieg in der Ukraine sind meist keine Nachrichten, sondern eine einseitige Litanei aus Chauvinismus, Verzerrung und Auslassung. Ich habe schon über eine Reihe von Kriegen berichtet und noch nie eine so pauschale Propaganda erlebt. Im Februar marschierte Rußland in die Ukraine ein und reagierte damit auf fast acht Jahre des Tötens und der kriminellen Zerstörung in der russischsprachigen Region Donbass an ihrer Grenze.
Im Jahr 2014 hatten die Vereinigten Staaten einen Putsch in Kiew gesponsert, der den demokratisch gewählten, Rußlandfreundlichen Präsidenten der Ukraine absetzte und einen Nachfolger einsetzte, dem die Amerikaner klar machten, daß er ihr Mann war. In den vergangenen Jahren wurden amerikanische "Abwehrraketen" in Osteuropa, Polen, Slowenien und der Tschechischen Republik installiert, die mit ziemlicher Sicherheit auf Rußland gerichtet sind, begleitet von falschen Zusicherungen, die bis zu James Bakers "Versprechen" an den sowjetischen Führer Michail Gorbatschow im Februar 1990 zurückreichen, daß die NATO niemals über Deutschland hinaus expandieren würde.

Die NATO an Hitlers Frontlinie

Die Ukraine ist die Grenzlinie. Die NATO hat faktisch genau das Frontgebiet erreicht, durch das Hitlers Armee 1941 stürmte und mehr als 23 Millionen Tote in der Sowjetunion hinterließ. Im vergangenen Dezember schlug Rußland einen weitreichenden Sicherheitsplan für Europa vor. Dieser wurde in den westlichen Medien abgetan, verspottet oder unterdrückt. Wer hat seine Schritt-für-Schritt-Vorschläge gelesen?
Am 24. Februar drohte Präsident Wolodymyr Selenskyj mit der Entwicklung von Atomwaffen, falls Amerika die Ukraine nicht bewaffne und schütze. Am selben Tag marschierte Rußland ein - ein unprovozierter Akt von angeborener Infamie, so die westlichen Medien. Die Geschichte, die Lügen, die Friedensvorschläge und die feierlichen Vereinbarungen zum Donbass in Minsk zählten nicht.
Am 25. April flog US-Verteidigungsminister Lloyd Austin nach Kiew und bestätigte, daß es Amerikas Ziel sei, die Russische Föderation zu zerstören - das Wort, das er benutzte, war "schwächen". Amerika hatte den Krieg bekommen, den es wollte, geführt von einem US-finanzierten und -bewaffneten Stellvertreter, einer entbehrlichen Schachfigur. Fast nichts davon wurde der westlichen Öffentlichkeit erklärt.
Der Einmarsch Rußlands in die Ukraine ist mutwillig und unentschuldbar. Es ist ein Verbrechen, in ein souveränes Land einzufallen. Ein Aber gibt es nicht - außer einem.
Die entscheidende Frage ist: Wann hat der gegenwärtige Krieg in der Ukraine begonnen und wer hat ihn angefangen? Nach Angaben der Vereinten Nationen wurden zwischen 2014 und diesem Jahr etwa 14.000 Menschen infolge des Bürgerkrieges des Kiewer Regimes im Donbass getötet. Viele der Angriffe wurden von Neonazis verübt. Sehen Sie sich einen Bericht von ITV News vom Mai 2014 an, bei dem der erfahrene Reporter James Mates zusammen mit Zivilisten in der Stadt Mariupol vom ukrainischen Asow-Bataillon (Neonazis) beschossen wird.
Im selben Monat wurden Dutzende russischsprachige Menschen in einem von faschistischen Schlägern belagerten Gewerkschaftshaus in Odessa lebendig verbrannt oder erschlagen, das von Anhängern des Nazi-Kollaborateurs und antisemitischen Fanatikers Stepan Bandera belagert wurde. Die New York Times bezeichnete die Schläger als "Nationalisten".
"Die historische Mission unserer Nation in diesem kritischen Moment", so Andrij Bilezkyj, Mitbegründer des Asow-Bataillons, "ist es, die weißen Rassen der Welt in einen finalen Kreuzzug für ihr Überleben zu führen, einen Kreuzzug gegen die von Semiten geführten Untermenschen."

Seit Februar versucht eine Kampagne selbst ernannter "Nachrichtenwächter", - zumeist von den Amerikanern und Briten in Verbindungen mit den Regierungen finanziert -, die Absurdität aufrechtzuerhalten, daß es in der Ukraine keine Neonazis gibt. Airbrush-Bearbeitung, die einst mit Stalins Reinwaschung in Verbindung gebracht wurde, ist zu einem Instrument des Mainstream-Journalismus geworden. In weniger als einem Jahrzehnt wurde ein "gutes" China wegretuschiert und ein "schlechtes" China an seine Stelle gesetzt: von der Werkstatt der Welt zu einem neuen Satan.
Ein Großteil dieser Propaganda stammt aus den USA und wird über Stellvertreter und "Denkfabriken" wie das berüchtigte Australian Strategic Policy Institute, das Sprachrohr der Rüstungsindustrie, und von Journalisten wie Peter Hartcher vom Sydney Morning Herald weitergegeben, der diejenigen, die chinesischen Einfluß verbreiten, als "Ratten, Fliegen, Moskitos und Spatzen" bezeichnet und vorgeschlagen hat, diese "Schädlinge" "auszurotten".
Die Nachrichten über China im Westen drehen sich fast ausschließlich um die Bedrohung durch Peking.
Ausgeblendet sind die 400 amerikanischen Militärstützpunkte, die den größten Teil Chinas umgeben, eine bewaffnete Kette, die sich von Australien über den Pazifik bis nach Südostasien, Japan und Korea erstreckt. Die japanische Insel Okinawa und die koreanische Insel Jejudo sind wie geladene Kanonen, direkt auf das industrielle Herz Chinas gerichtet. Ein Beamter des Pentagons bezeichnete dies als eine "Schlinge".
Seit ich denken kann, wird über Palästina falsch berichtet. Für die BBC gibt es den "Konflikt" der "zwei Narrative". Die längste, brutalste und gesetzloseste Militärbesatzung der Neuzeit ist unerwähnbar.
Die geplagten Menschen im Jemen existieren kaum. Sie sind ein mediales Niemandsvolk. Während die Saudis ihre amerikanischen Streubomben abwerfen und britische Berater an der Seite der saudischen Zieloffiziere arbeiten, droht mehr als einer halben Million Kindern der Hungertod.
Diese Gehirnwäsche durch Weglassen ist nicht neu. Das Gemetzel des Ersten Weltkriegs wurde von Reportern unterdrückt, die für ihr Entgegenkommen zum Ritter geschlagen wurden. Im Jahr 1917 vertraute der Herausgeber des Manchester Guardian C. P. Scott dem Premierminister Lloyd George an: "Wenn die Menschen (die Wahrheit) wirklich wüßten, würde der Krieg morgen beendet werden. Aber natürlich sie wissen es nicht und können es nicht wissen."
Die Verweigerung, Menschen und Ereignisse so zu sehen, wie die Menschen in anderen Ländern sie sehen, ist ein Medienvirus des Westens, so lähmend wie Covid. Es ist, als ob wir die Welt durch einen einseitigen Spiegel sehen, in dem "wir" moralisch und gutartig sind und "sie" nicht. Diese Sichtweise ist zutiefst imperial.
Die Geschichte, die in China und Rußland gegenwärtig ist, wird selten erklärt und selten verstanden. Wladimir Putin ist Adolf Hitler. Xi Jinping ist Fu Manchu. Epische Errungenschaften, wie die Beseitigung der bitteren Armut in China, sind kaum bekannt. Wie pervers und erbärmlich das ist.
Wann werden wir es uns erlauben, das zu verstehen? Die Ausbildung von Journalisten im Fabrikstil ist nicht die Antwort. Genauso wenig wie das wundersame digitale Werkzeug, das ein Mittel und kein Zweck ist, wie die Einfinger-Schreibmaschine und die Linotype-Setzmaschine.
In den zurückliegenden Jahren wurden einige der besten Journalisten aus dem Mainstream verbannt. "Defenestrieren" ist das Wort, das dafür verwendet wird. Die Spielräume, die einst für Außenseiter, für Journalisten, die gegen den Strom schwimmen, für Wahrheitsverkünder, vorhanden waren, haben sich geschlossen.

Der Fall von Julian Assange ist der schockierendste. Solange Julian und WikiLeaks für den Guardian, die New York Times und andere selbstgefällige "Zeitungen von Rang" Leser und Preise gewinnen konnten, wurde er gefeiert. Als der dunkle Staat sich dagegen wehrte und die Vernichtung von Festplatten und die Zerstörung von Julians Glaubwürdigkeit forderte, wurde er zum Staatsfeind erklärt. Vizepräsident Joe Biden nannte ihn einen "Hi-Tech-Terroristen". Hillary Clinton fragte: "Können wir diesen Kerl nicht einfach mit einer Drohne töten?"
Die darauf folgende Kampagne der Beschimpfung und Verunglimpfung von Julian Assange - der UN-Berichterstatter über Folter bezeichnete sie als "Mobbing" - brachte die liberale Presse auf ihren Tiefpunkt. Wir wissen, wer sie sind. Ich betrachte sie als Kollaborateure, als Vichy-Journalisten.

Wann werden echte Journalisten aufstehen?

Ein inspirierender Samisdat existiert bereits im Internet: Consortium News, gegründet von dem großartigen Reporter Robert Parry, Max Blumenthals The Grayzone, Mint Press News, Media Lens, Declassified UK, Alborada, Electronic Intifada, WSWS, ZNet, ICH, Counter-Punch, Independent Australia, die Arbeit von Chris Hedges, Patrick Lawrence, Jonathan Cook, Diana Johnstone, Caitlin Johnstone und anderen, die mir verzeihen werden, wenn ich sie hier nicht erwähne.
Und wann werden die Schriftsteller aufstehen, wie sie es gegen den aufkommenden Faschismus in den 1930er-Jahren taten? Wann werden die Filmemacher aufstehen, wie sie es in den 1940er-Jahren gegen den Kalten Krieg taten? Wann werden die Satiriker aufstehen, wie sie es vor einer Generation taten?
Ist es nicht an der Zeit, daß diejenigen, die 82 Jahre lang in der offiziellen Version des letzten Weltkriegs gebadet haben, ihre Unabhängigkeit erklären und die Propaganda entschlüsseln? Die Dringlichkeit ist größer denn je.
Redaktionelle Anmerkung: *Dieser Artikel ist die überarbeitete Fassung einer Ansprache beim diesjährigen Trondheim World Festival, Norwegen, und erschien zuerst am 7. September 2022 unter dem Titel "Silencing the Lambs - How Propaganda Works" bei Consortiums News. Er wurde vom ehrenamtlichen Rubikon-Übersetzungsteam übersetzt und vom ehrenamtlichen Rubikon-Korrektorat lektoriert.*
John Pilger, gebürtiger Australier, war viele Jahre Auslandskorrespondent und Kriegsreporter und ist heute Autor und Dokumentarfilmer. Er hat zahlreiche internationale Preise gewonnen, darunter die Goldmedaille der United Nations Association. Er ist einer von nur zwei Journalisten, die zweimal zum "Journalist of the Year", der höchsten Auszeichnung im britischen Journalismus, ernannt wurden. Seinen Dokumentarfilm "Cambodia Year Zero" aus dem Jahr 1979 zählt das British Film Institute zu den zehn wichtigsten Dokumentationen des 20. Jahrhunderts. Sein aktueller Film ist "The Coming War on China".<<
Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 5. November 2022 (x1.235/…): >>**Scharfes Schwert**
Die Erweiterung des Paragraphen 130 im Strafgesetzbuch öffnet der Kriminalisierung von mißliebigen Meinungen Tür und Tor.
Von *Ulrich Heyden*
Ohne Vorankündigung verabschiedete der Bundestag vergangene Woche eine Erweiterung des Paragraphen 130 StGB (Strafgesetzbuch), mit dem "Volksverhetzung" bestraft wird. Nun kann nicht mehr nur die Leugnung des Holocaust, sondern auch die "Leugnung von Völkermord" mit einer Haftstrafe geahndet werden.
Es klingt auf den ersten Blick plausibel, daß monumentale Verbrechen nicht ungestraft verharmlost werden sollten. Allerdings macht das Gesetzgebungsverfahren mißtrauisch, das praktisch keine ausführliche Debatte über den Entwurf zuließ. Auch ist mit der Neufassung

des Paragraphen einer Unterdrückung abweichender Meinungen und Erkenntnisse Tür und Tor geöffnet.
Der Begriff "Leugnung" setzt ja voraus, daß es eine unbezweifelbare Wahrheit gebe, die einem de facto allwissenden Gericht bekannt sei. Wendet man das Gesetz etwa auf Berichte über den Krieg zwischen Rußland und der Ukraine an, so wird klar, in welcher Gefahr künftig solche Auffassungen schweben, die das offizielle Narrativ bezweifeln. Es könnte in Zukunft schwierig werden, zu behaupten, daß russische Kriegsverbrechen nicht stattgefunden hätten oder daß die Täter andere gewesen seien - und zwar auch dann, wenn die Kritiker der herrschenden Meinung recht haben.
514 Abgeordnete des Bundestages stimmten am 20. Oktober 2022 in namentlicher Abstimmung für ein von der Ampelkoalition vorgelegtes Gesetz, welches den Meinungskorridor in der Bundesrepublik einschränken wird. Der Paragraph 130 des Strafgesetzbuches, mit dem Volksverhetzung geahndet wird, wurde um einen Absatz erweitert. Die Erweiterung sieht vor, daß Billigung oder Leugnung von Völkermord mit drei Jahren Gefängnis bestraft werden kann. 92 Abgeordnete von den Parteien Die Linke und AfD stimmten gegen die Gesetzänderung. Zwei Parlamentarier enthielten sich.

Das Omnibus-Verfahren

Die Bundesregierung hatte sich entschieden, die Erweiterung des Paragraphen 130 mit einer Änderung des Bundeszentralregistergesetzes zu verbinden.
Die Ankopplung einer Gesetzesänderung an eine andere, sachfremde Gesetzesänderung nennt man Omnibus-Verfahren. Es drängt sich der Eindruck auf, daß die Ampelkoalition dieses Verfahren wählte, um öffentliche Debatten um die Erweiterung des Paragraphen 130 zu vermeiden.
Der rechtspolitische Sprecher der AfD, Stephan Brandner, war der Einzige, welcher im Bundestag vor der Abstimmung mit einem Redebeitrag gegen die Änderung des Paragraphen 130 argumentierte. Er kritisierte, es werde ein Omnibus-Verfahren genutzt, um "unbestimmte Rechtsbegriffe, die niemand richtig einordnen kann", in das Strafrecht einzuführen. Gegenüber dem juristischen Fachmagazin Legal Tribune Online sagte Brandner, die Anwendbarkeit des erweiterten Paragraphen 130 sei im Kontext des Krieges in der Ukraine gegeben, "wenngleich die Unbestimmtheit die Anwendungsmöglichkeiten der Vorschrift weitgehend offenläßt".

Die Öffentlichkeit wurde ausgehebelt

Über die Abstimmung im Bundestag am Donnerstag berichtete einen Tag nach der Abstimmung mit einer Kurzmeldung nur Die Zeit. Am Sonntag - also drei Tage nach der Abstimmung - brachte die taz einen kritischen Artikel. Das Blatt schrieb: "Der Bundestag hat in der Nacht zum Freitag ohne jede Ankündigung das Strafrecht verschärft." Am Mittwoch - also sechs Tage nach der Abstimmung - brachte dann das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) einen Bericht, der ebenfalls kritische Stimmen enthielt.
Es drängt sich der Eindruck auf, daß die Ampelkoalition im Schnellverfahren etwas durchziehen wollte, was in einer öffentlichen Debatte viele für die Bundesregierung unangenehme Fragen aufgeworfen hätte.
Der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Günter Krings sprach gegenüber RND von einem "Hauruckverfahren". Die Umstände seien "ärgerlich wie bedenklich", da es sich um einen wichtigen Straftatbestand handele. Die Union habe dem Gesetzesentwurf dennoch zugestimmt, da die Verschärfung des Paragraphen 130 "in der Sache richtig" sei.
Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Jochen Kopelke, erklärte gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland: "Scheinbar besteht selbst unter den politisch Beteiligten dieser ungewöhnlich eilig zustande gekommenen Gesetzesänderung Uneinigkeit über die

inhaltliche Tragweite der beschlossenen Novelle." Es sei schwierig, rechtssicher eine Grenze zwischen Meinungsäußerung und strafbaren Aussagen zu ziehen. Dies sei besonders für Beamte in Ad-hoc-Situationen eine Herausforderung.

Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren

Was steht nun genau im neuen Paragraphen 130 Absatz 5 StGB, der am Donnerstag vom Bundestag durchgewinkt wurde?

"Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine Handlung der in den §§ 6 bis 12 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art gegen ... Personenmehrheiten oder gegen einen Einzelnen ... öffentlich oder in einer Versammlung in einer Weise billigt, leugnet oder gröblich verharmlost, die geeignet ist, zu Haß und Gewalt gegen eine solche Person oder Personenmehrheit aufzustacheln und den öffentlichen Frieden zu stören."

Während die Holocaust-Leugnung mit fünf Jahren Haft bestraft werden kann, soll die Leugnung von gebrochenem Völkerrecht von nun an mit drei Jahren Haft bestraft werden.

Der Fall Butscha

Es ist offensichtlich, daß eine Ausweitung des Volksverhetzungsparagraphen in der politischen Situation, in der wir heute leben, Handhabe bietet, abweichende Meinungen zum Ukrainekrieg durch Strafandrohung zu unterdrücken.

Denn wer zum Beispiel anzweifelt, daß es in Butscha bei Kiew im März 2022 ein von Rußland organisiertes Massaker an Zivilisten gab und darauf hinweist, daß dieses Ereignis bisher weder von einer unabhängigen Kommission noch von einem Gericht untersucht wurde, setzt sich nach dem neuen Paragraphen der Gefahr aus, als "Leugner" eines Völkermordes für drei Jahre in Haft zu kommen.

Wie die Zeitung Das Parlament ausführte, hat die Ampelkoalition mit dem neuformulierten Volksverhetzungsparagraphen ausdrücklich keinen Gebrauch von der Möglichkeit gemacht, die "Strafbarkeit der Leugnung und der gröblichen Verharmlosung nur auf solche Völkerstraftaten zu beschränken, die von einem nationalen oder internationalen Gericht endgültig festgestellt wurden".

Weiter Spielraum für Anwendung des Paragraphen 130

Die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Canan Bayram, welche die Ausweitung des Paragraphen 130 im Bundestag als Mittel gegen die AfD und deren provokative Grenzüberschreitungen lobte, erklärte gegenüber dem juristischen Magazin Legal Tribune Online, es seien "durchaus Konstellationen denkbar", unter denen die neue Strafvorschrift auch bei Äußerungen zur Anwendung kommen könne, in denen Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine beschönigt wird.

"Jetzt könnte zum Beispiel die Billigung eines der im Rahmen des russischen Angriffskriegs gegen die Gruppe der Ukrainer begangenen Kriegsverbrechens durch Parolen oder Schilder auf einer Versammlung strafbar sein."

Die Rechtspolitikerin der Partei Die Linke, Clara Bünger, die ihre Stellungnahme im Bundestag nur schriftlich zu Protokoll gab, erklärte gegenüber Legal Tribune Online:

"Als Linke sprechen wir uns grundsätzlich dafür aus, die Billigung, Leugnung oder Verharmlosung von Völkermorden und Kriegsverbrechen unter Strafe zu stellen. Allerdings muß auch hier die Schwelle zu einem nach dem Ultima-ratio-Prinzip tatsächlich strafwürdigen Verhalten überschritten werden. Das wäre für uns der Fall, wenn die Handlung entweder eine Drohung, Beschimpfung oder Beleidigung beinhaltet oder aber zu Haß und Gewalt gegen die in § 130 genannten Personen aufstachelt. Der Wortlaut der vorgeschlagenen Regelungen wird diesen Ansprüchen leider nicht gerecht."

Der Linken-Politikerin zufolge ist nach dem aktuellen Wortlaut der Regelungen schon bei einer Billigung des Angriffs Rußlands auf die Ukraine - je nach genauen Tatumständen - eine Strafbarkeit nach der neuen Vorschrift gegeben.

Das Abstimmungsverfahren im Bundestag hat gezeigt, wie wichtig Opposition und kritische Medien sind. Medien als "vierte Macht" im Staat, welche Regierung, Parlament und Justiz kritisch beobachten, existieren fast nicht.
Und die linke Opposition wagt keinen Aufschrei. Sie läßt sich von den Medien domestizieren, anstatt mutig gegen die Aushebelung der Öffentlichkeit zu protestieren und mit klarer Stimme eine Gesetzesänderung abzulehnen, die als Schwert gegen Kritiker eingesetzt werden kann.
Ulrich Heyden, Jahrgang 1954, lebt sei 1992 in Moskau, von wo er als akkreditierter Korrespondent für deutschsprachige Medien wie die taz, Deutschlandfunk, Rheinischer Merkur, Die Presse, Sächsische Zeitung und Die Wochenzeitung (Zürich) berichtete. Zwischen 2014 und 2022 verlor er im deutschsprachigen Raum fast alle Kunden. Heute berichtet er für Rubikon, Nachdenkseiten, Junge Welt, RT DE und auf einem eigenen YouTube-Kanal.
Er ist Mitautor des Buches "Opposition gegen das System Putin", Autor des Buches "Ein Krieg der Oligarchen. Das Tauziehen um die Ukraine", Co-Regisseur des Films "Lauffeuer" über den Brand im Gewerkschaftshaus von Odessa und Autor der Bücher "Wer hat uns 1945 befreit?", "Wie Deutschland gespalten wurde" und "Der längste Krieg in Europa seit 1945". Weitere Informationen unter www.ulrich-heyden.de.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 14. November 2022:
>>**GEZ-Sender gegen Musk: Meinungsfreiheit ist totalitär**
Von *Karel Meissner*
Das ZDF hetzt in der heute-show gegen Elon Musks Einsatz für Meinungsfreiheit, vergleicht ihn mit Goebbels und dessen Rede im Sportpalast. Schluß mit GEZ-Propaganda und Zwangsgebühren. Weitere skandalöse Fälle finden Sie in COMPACT-Spezial "Genug GEZahlt - Argumente gegen die Staatsmedien".
Die Umdeutung dessen, was "links" und was "rechts" ist, wurde um einen weiteren Aspekt bereichert: Die individuelle Freiheit. Früher galten Rechtskonservative als autoritär, die im schlimmsten Falle sogar einen Führer verlangten, während Linke die freie Entfaltung für sich gepachtet haben wollten. Diese Aufteilung ist endgültig passé.
Das belegen aktuelle Bücher wie "Klimarassismus: Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende" von Matthias Quent und Christoph Richter. Laut dem Autoren-Duo übertreiben "Rechte" angeblich die Forderung nach individueller Freiheit gegenüber Einschränkungen, die doch nur dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Beispiel: die Querdenker, die diktatorische Regierungsmaßnahmen kritisierten. Oder Autofahrer, die ihren Motor-Spaß gegenüber dem Klima-Reset durchsetzen wollen.
Kurzum: Freiheitsforderungen sind ab sofort rechts, antisozial und böse. Folglich störte sich kein Mainstream-Medium daran, als auf dem letzten WEF-Forum in Davos die australische "eSafety-Kommissarin" Julie Inman Grant eine "Rekalibrierung (Überprüfung) der Menschenrechte" forderte, darunter auch vom "Freedom of Speech" (Redefreiheit). Soziale Netzwerke haben den ohnehin schon abgeschafft.
Statt dessen hallte ein Aufschrei durch die Wokeness-Blase, als der Unternehmer Elon Musk die Nachrichten-Plattform Twitter übernahm und künftige Meinungsfreiheit versprach. Diese Empörungswelle findet im GEZ-Sender ZDF einen tüchtigen Unterstützer. Ein Tweet der "Satire-Sendung heute-show" trägt die Überschrift: "Dank Elon Musk darf jetzt wieder jeder alles sagen auf Twitter! Totale Meinungsfreiheit!"
Darunter eine Bildmontage: Elon Musk vor einem NS-Aufmarsch, wobei das Hakenkreuz auf den Fahnen gegen den Twittervogel ausgetauscht wurde. Dazu die Frage "Wollt ihr den totalen Tweet?"
- eine Anspielung auf die rhetorische Frage "Wollt Ihr den totalen Krieg?" von Propagandaminister Goebbels im Berliner Sportpalast. Musk gleich Goebbels und Meinungsfreiheit gleich Krieg. So funktioniert staatstreue Satire im 21. Jahrhundert.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/24149" berichtete am 16. November 2022 (x1.178/…): >>**Paukenschlag in Österreich: Erste Chefredakteure müssen zurücktreten**
In Österreich wurden erneut Chat-Nachrichten zwischen Politikern und hochrangigen Journalisten publik. Diese bestätigen einmal mehr, daß Absprachen zwischen Politikern und Medien im großen Stil ablaufen. Für zwei bedeutende Chefredakteure sind die Enthüllungen so sehr belastend, daß sie sich gezwungen sahen, ihr Amt zurückzulegen. …
Kla.TV deckte in der Sendung 'GEKAUFTE MEDIEN - GIFT FÜR DIE DEMOKRATIE' die enormen Verflechtungen zwischen Politik, den Chefredakteuren, Herausgebern und Redakteuren der größten österreichischen Medienhäuser auf. In den letzten Wochen und Tagen bestätigte es sich einmal mehr, daß Absprachen zwischen Politik und Medien im großen Stil ablaufen. Aufgrund der neuesten Enthüllungen mußten die ersten Chefredakteure ihr Amt zurücklegen.
Paukenschlag in Österreich!
Zuerst packte Thomas Schmid aus, der Ex-Generalsekretär des österreichischen Finanzministeriums und ein enger Vertrauter von Österreichs Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz. Am 19. Oktober 2022 legte er in Zusammenhang mit den Vorwürfen der Korruption zwischen Politik und Medien - welche vor einem Jahr zum Rücktritt von Sebastian Kurz führten - ein umfassendes Geständnis ab. 454 Seiten füllt die Niederschrift seiner Aussagen, mit denen er Österreichs Politiker und Medien erneut schwer belastet.
In den letzten Tagen wurden außerdem durch die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft Chat-Nachrichten zwischen Thomas Schmid und hochrangigen Journalisten publik. Sie offenbaren auch von dieser Seite die sehr engen Verbindungen zwischen Österreichs Medienhäusern und Politikern. Für eine gefällige Berichterstattung versprachen Politiker den Redakteuren Geldzuwendungen und begehrte Posten, beispielsweise im ORF.
Wo ist hier die notwendige Distanz der Medien als kontrollierende vierte Gewalt?
Der Inhalt besagter Chats belastet nicht nur den ORF 2-Chefredakteur Matthias Schrom so sehr, daß dieser mittlerweile zurücktreten mußte. Auch Rainer Nowak, der Chefredakteur und Herausgeber der Tageszeitung 'Die Presse sah sich nun gezwungen, von seinem Amt zurückzutreten.
Der Generaldirektor des ORF, Roland Weißmann, versuchte angesichts dieser Ereignisse vorerst zu beschwichtigen: "Die Glaubwürdigkeit der ORF-Nachrichten stehe weiterhin außer Zweifel." Doch die Optik dieser Absprachen ist für den ORF verheerend.
Auch der Leiter der Innenpolitikredaktion des ORF, Hans Bürger, berichtete im September 2022 von einer solchen versuchten Einflußnahme: "Es wird extrem interveniert. Also seit ich im Amt bin und in der "Zeit im Bild" kann ich sagen: Es ist praktisch fast jede Regierung gleich im Versuch, eine bestimmte Berichterstattung herbeizuführen."
Die derzeit in Auswertung befindlichen Chats könnten demnächst auch weitere Medienmacher in Bedrängnis bringen. …<<
Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtete am 25. November 2022 (x1.200/…): >>**Medienpsychologie am Beispiel der US-Polit-Eliten, der EU und Nazi-Deutschland**
"Edward Bernays Medienpsychologie am Beispiel der Polit-Eliten in den USA, Nazi-Deutschland und der EU" von Baron von Wertheim als Podcast vom diesjährigen Forum St. Georg, welches vom 12.-15. Juli stattgefunden hat.
Die Veranstaltungsreihe, in diesem Jahr unter dem Motto "Ein christliches Europa - Unser Weg aus der Krise", bietet immer wieder eine gute Gelegenheit zum akademischen Austausch zu aktuellen Themen in Politik, Gesellschaft und Kultur aus dem Blickwinkel der abendländisch-europäischen und katholischen Tradition.
Wer glaubt, daß die Methoden der Massen-Manipulation, Gehirnwäsche, Indoktrination und Medien-Diktatur neu sind, der muß sich auf die Spurensuche in die Zeit vor dem Eintritt der

USA in den ersten Weltkrieg begeben. Dort haben internationale Machteliten vor mehr als 100 Jahren damit begonnen.
Genau die immer gleichen Eliten arbeiten bis heute mit den immer gleichen Methoden, heute noch verstärkt durch die Social-Media-Bubble. Einzig aufklärende Information, klarer Verstand, klares Bewußtsein und entschiedene Gegenwehr können diese allgegenwärtigen Manipulationen abwehren. Dieser Vortrag stellt eine erste Hilfestellung zur Bewußtwerdung und Bewußtseinsarbeit eines souveränen und manipulationsfreien katholischen Christen dar.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 30. November 2022:
>>**Der große Knall: Degussa feuert Krall**
Von *Sven Reuth*
Der Goldhändler Degussa trennt sich von einem der bekanntesten freiheitlichen Denker im deutschsprachigen Raum. Politische Gründe dürften dafür ausschlaggebend gewesen sein. …
Kaum jemand analysierte in den vergangenen Jahren den Weg in den Abgrund, der mit der Gelddruckerei der EZB beschritten wird, so gründlich und schonungslos wie der liberale Denker Markus Krall. Die Europäische Zentralbank kritisierte er sogar einmal wegen ihrer Niedrigzinspolitik als "Maschinenraum des Völkerselbstmords". …
Nun wurde der streitbare Libertäre von seinem Arbeitgeber, dem Goldhändler Degussa, für den er als Sprecher der Geschäftsführung gearbeitet hatte, freigestellt. Branchenkenner sind sich sicher, daß politische Gründe für diese Entscheidung maßgeblich waren.
Großer wirtschaftlicher Erfolg
Krall galt als Kandidat des im vergangenen Jahr verstorbenen früheren Degussa-Eigners August von Finck junior, der Krall 2019 vermutlich auch gerade wegen dessen politischen Einstellungen geholt hatte. August von Finck junior galt als überzeugter National-Freiheitlicher, der auch großzügige Spenden an die AfD geleistet haben soll.
Der neue Degussa-Eigner August François von Finck soll allerdings mit dem libertären Gedankengut seines Vaters wenig anfangen können, weshalb Branchenkenner sich auch wenig überrascht über die Freistellung Kralls zeigten. An den Degussa-Geschäftszahlen, die unter der Ägide Kralls erwirtschaftet wurden, kann es jedenfalls nicht gelegen haben. Als Manager war Krall nämlich äußerst erfolgreich.
Laut dem letzten verfügbaren Jahresabschluß von 2020 steigerte Krall den Jahresüberschuß von 5,8 Millionen Euro auf 43,3 Millionen Euro. Das entspricht einem Anstieg um mehr als 600 Prozent, obwohl die Umsätze gegenüber dem Vorjahr von 2,5 Milliarden Euro auf 2 Milliarden Euro zurückgegangen waren. Informierte Kreise vermuten, daß August François von Finck das derzeit vor Kraft nur so strotzende Unternehmen nun zu einem günstigen Preis verkaufen könnte.
Auf seinem Twitter-Account entfaltet Krall weiterhin eine rege Tätigkeit. So schrieb er dort unter anderem:
Krall dementierte danach allerdings, daß er sich mit dieser Aussage auf seine eigene persönliche Situation habe beziehen wollen. In Zukunft dürfte der promovierte Volkswirt wieder mehr Zeit für seine publizistische Tätigkeit haben, was zumindest seine zahlreichen Leser erfreuen dürfte.
Wer nicht mit den Wölfen heult, wird aussortiert: In COMPACT-Spezial "Politische Verfolgung" haben wir zahlreiche Fälle dokumentiert. Lesen Sie, wie das Regime Oppositionelle totschweigt, cancelt oder sogar kriminalisiert und wegsperrt. Unser großer Augenöffner, der die BRD-Diktatur demaskiert. ...<<

Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtete am 2. Dezember 2022 (x1.189/…): >>**Polizeistaat Deutschland: Hausdurchsuchungen mit Spezialeinheit und Blendgranaten wegen "Haßrede im Internet"**

Der linke Polizeistaat von SPD-Innenministerin Nancy Faeser schlägt erneut mit voller Härte zu. Ziel waren erneut Regierungskritiker und freiheitsliebende Bürger quer durch das Land. Unter den Vorwänden der Verbreitung von angeblicher "Haßrede im Internet" sowie Volksverhetzung und üble Nachrede wurde bundesweit 90 Wohnungen in 14 Bundesländern von Sondereinsatzkommandos gestürmt und durchsucht!

Blendgranaten gegen Rentner?

In Berlin schrieb etwa die Berliner Zeitung zu den Gestapo-artigen Razzien: "Haß im Internet: Große Polizei-Razzia in Berlin, SEK im Einsatz. Rund 70 Polizisten durchsuchten am Mittwoch mehrere Wohnungen im Stadtgebiet. Der Einsatz war Teil eines bundesweiten Aktionstages gegen Haßpostings."

Wie auf einem Video zu sehen ist, welches der Redaktion zugespielt wurde, gingen die Einsätze mit Waffengewalt von statten. Und das wegen Postings im Internet! Zu sehen ist die Erstürmung der Wohnung eines Rentners mittels Blendgranaten. Die Polizei brüllt den Mann an, die Hände nach oben zu halten. Verwirrt und sichtlich geschockt öffnet der ältere Mann sein Fenster und ergibt sich dem SEK:

Polizei verhöhnt Betroffene auf Twitter

Von Zynismus und politischen Gehorsam zerfressen, verhöhnte die deutsche Polizei ihre potentiellen Opfer auch noch via Twitter. So schrieb man zu den geplanten Hausdurchsuchungen "Klopf Klopf-Witze", postete linke Kampfparolen wie "Haß ist keine Meinung" und schrieb davon, daß man den Opfern das "Angebot von Vernehmungen" unterbreite.

Ähnliche Vorgehen gab es freilich nie und wird es auch nie geben im Zusammenhang mit Haß und Hetze gegen impffreie Menschen und der Diskriminierung und Polizeigewalt, die sie in den letzten Jahren erfahren mußten.

Ex-Bild-Chefredakteur Julian Reichelt kommentierte den Zynismus der Staatspolizei treffend: "Niemand möchte (noch mal) in einem Land leben, in dem eine politisierte Polizei Menschen mit nächtlichem Klopf, Klopf, Klopf droht. 'Haß ist keine Meinung' ist eine linke Kampfparole. Eine Polizei mit Kampfparolen braucht dieses Land nie wieder. Das ist furchterregend."<<

Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtete am 2. Dezember 2022 (x1.191/…): >>**"Zentrale Medienaufsichtsbehörde" als 'Großer Bruder': So plant die EU die Pressefreiheit-Abschaffung**

Mit dem Argument die abnehmende Pressefreiheit in der EU zu retten, plant Brüssel derzeit eine, von Frau von der Leyen angeregte zentrale Medienaufsichtsbehörde, die die Pressefreiheit de facto selbst abschafft. Die EU überzieht Elon Musk, der angetreten ist, die Meinungsfreiheit auf Twitter wiederherzustellen, bereits mit handfesten Drohungen.

Von *David Berger*

Daß man in Deutschland schon seit Längerem Demokratie und Rechtsstaat aushöhlt mit dem Anspruch dadurch die Demokratie zu retten, ist nicht neu. Eine ähnliche Strategie legt nun auch die EU an, die mit einem neuen "Medienfreiheitsgesetz" angeblich die Pressefreiheit in Ländern wie Polen und Ungarn retten möchte.

Medienfreiheit auch in Deutschland in großer Gefahr

Fakt ist: Seit geraumer Zeit - besonders stark zunehmend im Rahmen der Corona-Hysterie und nun des Ukraine-Konflikts konstatieren Studien und Fachleute einen bedenklichen Rückgang der Pressefreiheit in vielen Ländern der EU. Der sog. Rule of Law Report und der Media Pluralism Monitor der EU kommen erstaunlicherweise beide zu dem Schluß, "daß die Freiheit und Unabhängigkeit der Medien in der EU in Gefahr ist."

Dagegen will die Europäische Kommission nun mit dem sog. European Media Freedom Act (EMFA), den von der Leyen bereits 2021 vollmundig in einer Rede an die Nation als Lösung dieses Problems angekündigt hatte, vorgehen.

Auch Polen und Ungarn im Visier

Daß von der Leyen dabei v.a. Länder wie Polen oder Ungarn im Visier hatte, war überdeutlich. Man konnte also bereits ahnen, wie wenig es hier wirklich um Freiheit, vielmehr um zentralisierte Kontrolle und Zensur ging. Ganz abgesehen davon ist solch ein Plan ein gigantischer Tabubruch: Eine zentrale Medienaufsichtsbehörde, die von Brüssel aus auch noch von der nicht gewählten EU-Kommission geleitet wird bricht selbst mit allen Prinzipien der Pressefreiheit.

Nirgends in den Verträgen, die die EU begründen, ist eine solche Kontrolle vorgesehen, ja sie wird abgelehnt:

"Mitgliedstaaten haben das höchstempfindliche Feld der Medienpolitik stets als ihre alleinige Zuständigkeit verstanden. Der EMFA stellt also einen Paradigmenwechsel dar."

Für die EU ist Abschaffung der Pressefreiheit Chefsache

Zutreffend, wenn auch noch verhältnismäßig zurückhaltend äußern sich dazu Helmut Verdenhalven und Philippe Meistermann vom Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV):

"Die EU-Kommission wählt als Reaktion (auf die abnehmende Pressefreiheit in der EU) einen Weg, der das Gegenteil des Nötigen erreichen wird. Statt jenen Staaten, die Medienfreiheit nicht gewährleisten, mit den vorhandenen durchaus scharfen Werkzeugen des EU-Rechts zu begegnen, soll ein Regulierungskorsett für Medien überall in Europa geschnürt werden."

Kurzum: In Brüssel scheint man nach dem Motto zu verfahren: Wenn die Pressefreiheit in vielen Ländern den Bach runtergeht, dann schaffen wir sie doch ganz nach unseren Regeln und unter unserer Regie ab.

EU droht Musk schon jetzt mit Zensur von Twitter

Wie sehr man die Überwachung der europäischen Medien von Brüssel aus forciert, zeigt gut, daß man bei der EU rot sah, als E. Musk Twitter übernahm und ankündigte, dort die Meinungsfreiheit wieder herzustellen: So einfach dürfe er das nicht, für große digitale Plattformen gebe es in Europa ganz bestimmte Regeln, ließ man Musk wissen:

"Als Musk nach seinem Deal verkündete, der Vogel sei befreit - in Anspielung auf das Markenzeichen des Kurznachrichtendienstes - antwortete Breton für die Europäische Kommission unmißverständlich: 'Der Vogel fliegt nach unseren Regeln.' Und diese Regeln, so Breton, gälten für alle Plattformen, die auf dem europäischen Kontinent tätig sein wollten."

Dieser Beitrag erschien erstmalig auf PHILOSOPHIA PERENNIS unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 7. Dezember 2022 (x1.219/…): >>**Kriegsmedien und Medienkriege**

Krieg und Medien standen schon immer in einem besonderen Verhältnis zueinander.

Von *Klaus Wiegerling*

Die Kriegsszenarien, die derzeit die Welt heimsuchen, sind von gegensätzlichen Tendenzen geprägt. Es mehren sich die sogenannten chirurgischen Unternehmungen ebenso wie die barbarischen Entladungen. Der Krieg zwischen Staaten ist längst nicht mehr die Norm kriegerischer Auseinandersetzungen. Kriege finden heute weniger zwischen Nationen als vielmehr zwischen unversöhnlichen ökonomischen und kulturellen Gegensätzen statt, die oft nicht mehr national gedeutet werden können.

Die archaischen, irrationalen Fundamente der kriegerischen Auseinandersetzung scheinen mehr denn je wieder sichtbar zu werden. Clausewitz’ Überlegungen zum Krieg als bloße "Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" scheint angesichts der derzeitigen Kriegsszena-

rien eine sehr europäisch-rationalistische, ja idealistische Idee zur Bändigung archaischer Urgewalten zu sein. Und auch die Beurteilung des Krieges nach seiner ökonomischen Disposition ist bereits ein Ausdruck seiner Rationalisierung.
Mediale Dispositionen haben wohl schon in den ersten kriegerischen Unternehmungen der Menschheitsgeschichte eine Rolle gespielt, insofern jede Form von Waffentechnik, jede Form der organisierten Auseinandersetzung als medialer Ausdruck begriffen werden kann. Medien sind ja Distanzierungsmittel zum Zwecke, Dinge besser in den Blick zu bekommen; und sie sind Orientierungsmittel und damit auch Mittel zur Organisation von Realität, so auch der Realität kriegerisch handelnder Gemeinschaften. Dennoch hat diese mediale Disposition in der Gegenwart eine gewandelte Bedeutung.
Kriege sind selbst mediale Ereignisse geworden: massenmedial und medientechnologisch.
Daß Kriege immer schon mit Weisen propagandistischer Artikulation verbunden sind, ist keine neue Erkenntnis, ebensowenig, daß mediale Techniken, also Beschleunigungs- und Verbergungstechniken, Informations- und Kommunikationstechniken wesentlich die Strategien des Krieges prägen. Neu aber ist, daß Kriege heute selbst mediale Ereignisse geworden sind, und dies in einem doppelten Sinne. Kriege sind zum einen massenmediale und zum anderen medientechnologische Ereignisse.
Die massenmediale Berichterstattung ist ein unabdingbarer Teil der Kriegsstrategie geworden. Nationale und internationale Berichterstattung muß für eigene strategische Ziele genutzt werden.
Dies artikuliert sich im Kampf um Massenmedien, also um Rundfunkanstalten etwa, aber auch in der Steuerung und Manipulation von Medien, die dem eigenen Zugriff unzugänglich sind. Manipulation und Steuerung spielen im übrigen auch in pluralistischen Gesellschaften mit kaum kontrollierbaren Presselandschaften eine Rolle. Geheimdienste versorgen die freie Presse mit manipuliertem Material, mit manipulierten Bildern und inszeniertem Filmmaterial, das als dokumentarisch gelten soll.
Zum anderen aber sind Kriege zu medialen Ereignissen geworden, insofern sich die moderne Kriegstechnik mehr denn je auf Medien- bzw. Informationstechnologien stützt. Das heißt natürlich nicht, daß kriegerische Handlungen ihren blutigen Endzweck verloren hätten. Aber in strategischen Überlegungen verschwindet dieser Endzweck hinter anderen Überlegungen.
Wie mache ich mein Flugzeug für das Radar, wie meine Waffenproduktionsanlagen für die gegnerische Aufklärung unsichtbar, wie steigere ich die Präzision meiner Waffen, wie kann ich die gegnerische Kommunikation stören oder verunmöglichen, dies sind die entscheidenden Fragen moderner Militärstrategien.

Information Warfare als neues strategisches Feld

Unter dem Begriff Information Warfare bildet sich hier ein neues strategisches Feld heraus. Das Charakteristikum dieser die weltweite Vernetzung von Rechnersystemen nutzenden Strategie ist, daß sie keinen Unterschied mehr zwischen einer strategischen Handlung zu Friedenszeiten und einer Handlung in Kriegszeiten macht.
Information Warfare findet immer statt. Man plaziert Computerviren in fremden Rechenanlagen, die jederzeit aktiviert werden können, manipuliert Datenströme, Bilder, Stimmen, versucht in gegnerische Rechner einzudringen. Information Warfare läßt auch kaum mehr Unterscheidungen zwischen kriegerischen und geheimdienstlichen Handlungen zu. Militär- und Wirtschaftsspionage, die informatische Kontrolle und Manipulation von potentiellen Gegnern und Freunden vermischen sich.
In vielerlei Hinsicht nähern sich kriminelle, geheimdienstliche und militärische Strategien an. Als Urheber kriegerischer Handlungen können also längst nicht mehr allein Staaten, Ethnien oder weltanschauliche Gruppen ausgemacht werden. Datenmaterial zur Information über die

Kräfteverhältnisse des potentiellen Gegners wie Satellitenbilder lassen sich längst auch auf dem freien Markt erwerben.
Dies bedeutet, daß zunehmend der Organisationsgrad und die Logistik einer kriegführenden Partei gegenüber der waffentechnischen Ausstattung an Bedeutung gewinnen. Noch immer ist der Endzweck einer kriegerischen Handlung auf die Möglichkeit der konkreten Schwächung, Verletzung oder Zerstörung des Gegners gerichtet. Klar ist aber auch, daß informatorisch gesehen zunehmend Paritäten zwischen ungleichen Gegnern hergestellt werden können. Das alles bedeutet:
1. Krieg und Medien standen schon immer in einem besonderen Verhältnis. Medien distanzieren und verschaffen Orientierung in der Welt.
Der Krieg ist in gewisser Hinsicht ein distanzierendes Ereignis. Man distanziert den Feind in doppeltem Sinne, man läßt ihn hinter sich als vernichtet oder unterworfen und man hält sich ihn vom Leib. Auch verschafft der Krieg in gewisser Hinsicht Orientierung. Die gegenwärtige Rede vom Krieg gegen den Terrorismus oder vom Heiligen Krieg kann als dezisionistische Äußerung verstanden werden.
Wir sind eben das, was der Feind nicht ist, selbst wenn wir das Gleiche tun, die gleichen Mittel wie der Feind anwenden, dann tun wir das aus anderen Gründen und mit anderen Zielen. Die eigene Identität wird also am Feind ausgerichtet. Der Krieg verschafft Orientierung, insofern er mir meinen Standort in der Welt klar macht, meine Zugehörigkeit und meinen Wert.
2. Moderne mediendisponierte Kriege werden nicht mehr erklärt, sondern finden zunehmend immer statt.
Zwischen Krieg und Frieden gibt es flüssige Übergänge. Friedensabkommen bedeuten nicht mehr als laue Absichtsbekundungen. Eine strenge Scheidung zwischen kriegerischer Handlung und Rüstungshandlung ist kaum mehr möglich. Mediendisponiert sind Kriege, insofern sie sowohl waffentechnisch als auch strategisch von apparativen Medien getragen sind, und insofern Kriege von Medien propagandistisch begleitet werden bzw. eine informelle Begleitung zur Beeinflussung bzw. Manipulation von Freund und Feind benötigen.
3. In der modernen Kriegsführung kommen in besonderer Weise die mediale Disposition des Menschen zum Ausdruck und eine besondere Tendenz in der Medienentwicklung.
Der Mensch ist insofern medial disponiert als er eine Neigung hat, seine Wirkfähigkeit medial auszuweiten. In diesem Willen zur Wirkung artikuliert sich freilich auch eine Tendenz, diese Wirkung rücksichtslos durchzusetzen. Die Tendenz moderner apparativer Medienentwicklungen deckt sich tatsächlich weitgehend mit traditionellen kriegerischen Strategien. Der Bessere ist der Schnellere, der Präzisere, der Konzentriertere, der am wenigsten Verortbare. Dies wird insbesondere in solchen modernen Strategien sichtbar, die auf die Nichtverortbarkeit von Waffensystemen setzen, beispielsweise beim Tarnkappenbomber.
Dem potentiellen Gegner muß jede Aufstellung und jede Einstellung verunmöglicht werden. Der ideale Angreifer ist nicht verortbar, er ist überall und kann jederzeit zuschlagen. Man sieht, diese strategischen Ideale decken sich absolut auch mit den Strategien von Terroristen.
In gewisser Weise stehen Kriegsmedien und Medienkriege in einem komplementären Verhältnis. Gerade in unserem Zeitalter der multimedialen Verschaltung wird dies deutlich.
Von einem Organisationszentrum aus können Kriegsmedien entwickelt oder verbessert und gleichzeitig ein Medienkrieg geführt werden. Medienkriege benötigen immer selbst schon eine mediale Disposition.
Im Krieg um Aufmerksamkeit gibt es keine scharfe Zäsur zwischen militärischer und ziviler Handlung. Der Krieg um Aufmerksamkeit wird dabei von den Medien auch selbst und ohne militärischen oder patriotischen Auftrag geführt. Immer wieder geht es um die Gratwanderung zwischen notwendiger Berichterstattung und dem Gieren nach sensationellen Bildern, wobei sich fatale Verstrickungen zwischen Berichterstatter und Kriegführenden ergeben.

Ich denke an den häufig diskutierten Vorfall an der 'Snipers-Allee' in Sarajewo, wo ein Junge, der von einem Kamerateam Geld für einen Zickzacklauf erhielt, tatsächlich bei seiner gewagten Unternehmung auch angeschossen wurde. Im Kampf um sensationelle Bilder und Berichte werden konkurrierende Informationsunternehmen, freie Berichterstatter usw. selbst zu Kriegsparteien, die zum ökonomischen Zweck Kooperationen mit Kriegsparteien eingehen und unter Umständen sogar Konkurrenten gefährden. Eine Art Söldnermentalität ist im Gewerbe der Kriegsberichtserstattung nicht selten anzutreffen.
Im Verhältnis von Krieg und Medien wird ein Zug im Militärwesen sichtbar, der keine scharfe Zäsur zwischen militärischer und ziviler Handlung mehr zuläßt. Organisierte Gemeinschaften, die als Kriegsparteien bestimmt wurden, bilden sich zunehmend jenseits neuzeitlicher nationaler Verfassungen aus. Mafiosische Gemeinschaften wie ökonomische Kooperationen, religiöse wie weltanschauliche Gemeinschaften werden als Kriegsparteien wohl an Bedeutung gewinnen.
Die Staatengemeinschaft wird hart zu arbeiten haben, um ihre regulative Funktion noch wahrnehmen zu können. Vielleicht werden wir uns aber bald nach mehr nationalstaatlicher Regulierung zurücksehnen, weil sie uns wesentlich für die Humanisierung der Welt erscheint.
Redaktionelle Anmerkung: Erstveröffentlichung: feinschwarz.net. Gekürzte, vom Autor durchgesehene Fassung des Artikels: Kriegsmedien und Medienkriege - Zum Verhältnis von Krieg und Medien. In: Grimm, Petra / Capurro, Rafael (Hg.): Krieg und Medien - Verantwortung zwischen apokalyptischen Bildern und paradiesischen Quoten? Stuttgart 2003, 43 - 56. Die Zweitveröffentlichung unter dem Titel "Kriegsmedien und Medienkriege" wurde von Milieu übernommen.
Klaus Wiegerling ist Philosoph am Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) in Karlsruhe.<<
Die politische Webseite "NachDenkSeiten" berichtete am 13. Dezember 2022 (x1.340/…):
>>**Die gezielte Beeinflussung – ein brisantes Buch über Methoden politischer Propaganda**
Die Meinungsmanipulation hält die Menschen im Griff. Fast jeder hat eine Meinung, aber es fragt sich, wie sie zustande kommt. Dabei spielen die Medien eine Hauptrolle, sie bestimmen, was wie gewußt wird. Wer sie besitzt, hat die Deutungshoheit und verfügt über die eigentliche Macht im Staat. Aber von ausschlaggebender Bedeutung ist, wer die Manipulatoren manipuliert beziehungsweise lenkt.
Eine Buchbesprechung von *Wolfgang Bittner*.
Nun registrieren wir schon seit langem das, was der Herausgeber der NachDenkSeiten, Albrecht Müller, in seinem Buch "Glaube wenig, Hinterfrage alles, Denke selbst" in Vermeidung des Begriffs der Gleichschaltung aus der Nazi-Zeit "Gleichrichtung" genannt hat. Zeitweise ist zu bemerken, daß fast alle Medien zum selben Thema dieselben Meinungen vertreten, oft sogar wortgleich, wobei die verwendeten Begriffe offensichtlich vorgegeben sind.
Nicht selten scheint es so, als bezögen Redaktionen, aber auch Politiker und Politikerinnen, ihre Informationen von dubiosen "Service-Agenturen", die Regierungspropaganda betreiben, zumeist übereinstimmend mit US-amerikanischen Interessen. Sehr deutlich wurde das in letzter Zeit bei Kommentaren zu Rußland, China, Iran, Syrien, Venezuela und insbesondere bei Berichten von der "Kriegsfront" in der Ukraine.
Das alles ist von den Bürgern, den Medienkonsumenten, nur schwer zu durchschauen, vielen ist überhaupt nicht bewußt, daß sie in ihrer Meinungsbildung manipuliert werden. An dieser Stelle setzt auch das soeben erschienene Buch "Moderne Propaganda. 80 Methoden der Meinungslenkung" an. Der Autor Johannes Menath (29) ist Chemieingenieur, nach eigenen Angaben parteilos, und hat zusammen mit Freunden eine "Agora-Initiative" gegründet (Agora

war der Marktplatz im antiken Athen), in der politische Themen diskutiert werden. Daraus entstand 2021 ein schmaler Band mit dem Titel "Handbuch der öffentlichen Meinung", der in Insiderkreisen Aufsehen erregte.
In dem nun erschienenen Buch geht Menath genauer auf Methoden der politischen Propaganda, also der "gezielten Beeinflussung unseres Denkens, Fühlens und Handelns" ein. "Das Repertoire an Methoden ist enorm, die Meinungslenkung als solche bei vielen Formen aber nur schwer zu entlarven", heißt es im Klappentext. Propaganda zu durchschauen und sie damit ihrer "Wirkmacht" zu entziehen, ist ein Anliegen des übersichtlich gegliederten, auch für weniger politisch informierte Menschen gut lesbaren Buches.
In seiner Einleitung schreibt Menath: " Die Massenkommunikation entfesselt mit Hilfe der Instrumentalisierung psychologischer Effekte eine Gewalt, die für denjenigen unsichtbar bleibt, der in ihrem Bann steht." Er stellt die hochaktuelle Frage: "Wie bringt man die Bevölkerung eines Landes dazu, in einen Krieg zu ziehen, den sie eigentlich nicht will?
Wie bringt man sie dazu, ein Ziel zu verfolgen, das gegen ihre fundamentalen Interessen verstößt?" Seine Antwort lautet: "Eine unsichtbare Wolke künstlicher Emotionen, Meinungen, Propaganda kann Weltanschauungen verbreiten. Gehorsam oder Revolutionen erzeugen, Kriegen zum Ausbruch verhelfen und sie beenden, Politiker stürzen – oder zu Staatsoberhäuptern machen."
Im Folgenden stellt Menath 80 Methoden der Meinungslenkung und -bildung vor. Daß er dabei zumeist von wissenschaftlichen Erkenntnissen ausgeht, sich dementsprechend in seinen Ausführungen häufig neutral verhält, wird gleich zu Anfang in den Kapiteln "Framing und "Monopolisierung" deutlich. Zum Beispiel geht er darauf ein, "daß Kriege oft damit begründet werden, man müsse den Menschen des Landes, gegen das man Krieg führt, 'helfen', man müsse ihnen Freiheit und Demokratie bringen".
Obwohl die USA an dieser Stelle nicht genannt werden, ist natürlich völlig klar, wo der "Deutungsrahmen, der hier erzeugt wird", zum Tragen kommt, nämlich in der seit jeher praktizierten Destabilisierungspolitik und der Kriegsführung der Supermacht, von der die meisten Konflikte der vergangenen Jahrzehnte verursacht worden sind.
In gleicher Weise verfährt der Autor, wenn er zur Monopolisierung bestimmter Sachverhalte schreibt: "Wird ein Thema jedoch stets auf ein und dieselbe Art und Weise präsentiert, verleitet das zu dem Schluss, es handle sich um die alleinige Wahrheit, und es suggeriert, daß derjenige doch verrückt sein muss, der eine andere Ansicht vertritt." Dies führe dazu, "daß kritisch denkende Menschen zu Außenseitern abgestempelt werden, sobald sie ihren Standpunkt äußern".
Folglich hielten sich viele mit ihrer Meinung und ihren Erkenntnissen zurück und setzten damit eine "Schweigespirale" in Gang, einen "Teufelskreis aus einseitiger Berichterstattung und immer größer werdender Angst, sich abweichend zum Meinungsmonopol zu äußern". Das unterbinde jeden politischen Diskurs, so Menath. "Die Medien sind zum einzigen Organ geworden, das die öffentliche Meinung bestimmt."
Auch wenn hier nicht der Umgang mit der Corona-Pandemie und dem Ukraine-Krieg thematisiert wird, ist unmittelbar einsichtig, was gemeint ist. Aber die Schlussfolgerung überlässt Menath – ebenso wie beim Deutungsrahmen "Krieg für die Menschenrechte" – den Lesern.
Das kann als Plus des Buches gewertet werden, ermöglicht es doch voreingenommenen Lesern gerade bei diesen umstrittenen Themen zu eigenen Überlegungen zu kommen, eventuell sogar dazu, für sich die gegenwärtige politische Situation zu analysieren – eine bemerkenswerte Strategie, die aufgehen könnte. Der Autor referiert die Methoden der Meinungslenkung, ohne konkret auf die politische Realität einzugehen, doch diese tritt immer wieder unmißverständlich hervor.

Wenn Menath auf die Steuerung der öffentlichen Meinung durch Lüge, Verschweigen oder Inszenierung von Scheindebatten eingeht, gibt er dann doch konkrete Beispiele wie den Eintritt in den Irakkrieg und den Sturz der sandinistischen Regierung von Nicaragua. Er nennt die Reizwörter in der Berichterstattung, die beim Publikum negative emotionale Reaktionen hervorrufen, zum Beispiel "Regime", "Verschwörungstheoretiker", "Gutmensch" oder "Wutbürger". Widerständige Politiker werden dämonisiert und als "Teufel in Person" dargestellt, so Milosevic, Gaddafi, Saddam Hussein oder Assad, andere werden hofiert.
Wie Protestbewegungen zum Verstummen gebracht werden können, beschreibt Menath in dem Kapitel "Demontage mit Hilfe der Mohawk-Valley-Formel", einer Methode von 1937, um den Willen streikender Arbeiter zu brechen (worauf Noam Chomsky in seinem Buch "Media Control" eingeht):
"Zuerst muß man Propaganda verbreiten, welche die protestierende Gruppe als Feind der Ordnung brandmarkt und zum Außenseiter erklärt. Dann ist ein Kreis aus einflußreichen und prominenten Personen zu bilden, der sich gegen die Demonstranten wendet, während diese gleichzeitig mit massiver Polizeigewalt eingeschüchtert werden. Im nächsten Schritt gründet man eine Gegenbewegung …"
Wem fällt da nicht sofort die haßerfüllte Propaganda gegen die Querdenker-Bewegung ein? Organisatoren und Redner wurden durch Einschüchterung, Rufschädigung und juristischen Druck "ausgeschaltet", einzelne Gruppen durch Unterwanderung gezielt zersetzt. Auf diese Weise gehen Verwaltungsbehörden, Polizei, Justiz und Geheimdienste gegen Bürger vor, die berechtigte, aber von der Obrigkeit nicht akzeptierte Anliegen vertreten.
Auch kritische Autoren und Autorinnen können ohne viel Aufhebens mundtot gemacht werden, indem man sie verschweigt, boykottiert, diskreditiert oder dafür sorgt, daß ihre Bücher im Handel "ausgelistet" werden. Sind sie bereits populär, wird auf ihre "Gefährlichkeit" hingewiesen, anstatt sich mit den Inhalten ihrer Bücher auseinanderzusetzen.
Menath nennt weitere Methoden, die vermehrt eingesetzt werden: Zensur, Desinformation, Diffamierung oder auch "Kanalisierung", indem man "den politischen Gegner dazu bringt, daß er von seinen Kernthemen abrückt, bei Linken etwa weg von der Globalisierungskritik, um sich statt dessen Geschlechterfragen oder dem Umweltaktivismus zuzuwenden …"
Besonders effektiv in der Meinungsmanipulation ist die verdeckte Form von Propaganda durch scheinbar unabhängige Medien, die eine einhellige Meinung präsentieren, zum Beispiel staatlicher oder einflußreicher privater Stellen, was nicht ohne Weiteres erkennbar ist. Damit hat tagtäglich zu tun, wer das Radio anstellt, ins Fernsehen oder in die maßgebenden Zeitungen schaut. Nicht selten wird eine Realität vorgespiegelt, die es nicht gibt. Und das hat dazu geführt, daß viele Menschen aufgrund der Informationsschwemme und Reizüberflutung nicht mehr unterscheiden können, was richtig und falsch, was wahr oder gelogen ist.
Zu dieser gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation greift Menath auf ein Goethe-Zitat zurück: "Niemand ist mehr Sklave, als der sich für frei hält, ohne es zu sein." Er plädiert für Aufklärung und Bildung, "gerade auch in Hinblick auf Faktoren, die unsere Psyche beeinflussen", denn "jede Demokratie ist nur so stark wie das souveräne Bewußtsein der Wähler".
Er betont: "Wer ein Gespür für die Empfindlichkeit von Meinungsbildungsprozessen besitzt und demokratiegefährdenden Tendenzen in seinem Land etwas entgegensetzen möchte, der muß selbst aktiv werden", vor allem "einen Weg zur mentalen Befreiung finden".
Alles in allem hat Johannes Menath ein Standardwerk zur Meinungslenkung verfaßt, dem eine breite Leserschaft zu wünschen ist. Und dem Verleger des zeitgeist Verlags, Thomas Röttcher, ist zu danken, daß er wieder ein durchaus brisantes Buch veröffentlicht hat, was in der Verlagsbranche schon länger keine Selbstverständlichkeit mehr ist.

Johannes Menath, "Moderne Propaganda. 80 Methoden der Meinungslenkung", … Höhr-Grenzhausen 2022, 160 S. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. Dezember 2022: >>**Wisnewski: "Die Diktatur geht weiter!"**

Von *Jürgen Elsässer*

Exklusiv-Interview mit dem Bestsellerautor des Jahrbuchs "Verheimlicht - Vertuscht - Vergessen" zur Ausgabe 2023, die noch vor Weihnachten erscheint …

Herr Wisnewski, Sie haben gerade Ihr neues Jahrbuch "Verheimlicht - Vertuscht - Vergessen" 2023 in die Druckerei gegeben. Das Jahrbuch ist 2007 zum ersten Mal erschienen. Letztes Jahr, Dezember 2021, gab's einen Skandal- nämlich kurz vor Drucklegung eine Razzia bei Ihnen. Im Augenblick ist Razzia das Lieblingswort des Regimes. Müssen Sie auch dieses Jahr unangenehmen Besuch fürchten?

Jeder von uns muß dauernd unangenehmen Besuch fürchten. Bei mir ist auch dieses aus der Luft gegriffene Verfahren noch nicht abgeschlossen. Ich habe seither, seit einem Jahr, seit dieser Hausdurchsuchung, nichts mehr gehört. Außer, daß man hinter meinem Rücken meine Wohnadresse zu recherchieren versucht. Ich glaube auch nicht, daß denen groß geholfen wird bei dieser Frage. Aber daraus ergibt sich, daß hier offenbar noch mal eine Hausdurchsuchung geplant ist. Ich habe hier aber alle erdenklichen Maßnahmen getroffen, die ich aber nicht näher ausführen kann.

Im Jahrbuch 20/21 sprachen Sie in Bezug auf die Corona Maßnahmen von einem globalen 1933. Also eine weltweite Corona-Diktatur. Wie hat sich die Sache 2022 weiterentwickelt?

Man hat gesehen, daß der gesamte Globus einer Befehlsstruktur gefolgt ist. Das habe ich dann diese Machtergreifung genannt, wie 1933.

Ohne eine zentrale Regierung wäre das nicht möglich. Dabei wurden auch alle möglichen demokratischen Mechanismen ausgehebelt. Das war ein globaler Putsch. Man hat dann versucht, die Affenpocken anzuhängen und wollte diese Sache noch verlängern, weil das ein gigantisches Geschäft für die Pharmaindustrie war.

Geschäft ist eigentlich noch zu milde ausgedrückt. Das war eigentlich ein gewaltiger, globaler Raubzug der Pharmaindustrie, der jemals stattgefunden hat. Nun haben wir einen Wechsel in dem Krieg gehabt - nur die Strukturen sind noch erhalten geblieben, die man damals geschaffen hat: Die antidemokratischen Strukturen und Gesetze. Alle möglichen Bestimmungen sind zum Teil erhalten geblieben. Das heißt, auf der abstrakten Ebene hat diese Diktatur nicht aufgehört zu existieren. Auch wenn die Leute jetzt glauben, das alles wäre vorbei. Gar nichts ist vorbei! Sondern, das wird jetzt so weiter gehen mit verschiedenen Verkleidungen.

Ihr Jahrbuch präsentiert regelmäßig "Nachrichten, die nicht in der Zeitung standen". Was ist diesbezüglich in Ihrem neuen Jahrbuch 2023 die brisanteste Nachricht, die nicht in der Zeitung stand?

Das bedeutendste was da drinsteht, ist ein Jubiläum. Nämlich das 75-jährige Jubiläum des Tavistock Instituts. Diesen Namen haben bisher nur wenige Leute gehört.

Sie haben im Jahrbuch gleich zwei Texte zu Tavistock drin, einer trägt die Überschrift "Frankensteins Praxis". Das macht mich neugierig.

Tavistock Institute ist eine zentrale Propagandaeinrichtung Großbritanniens, die eine bestimmte Technologie entwickelt hat, um Menschen zu beeinflussen. Und das entstand im Ersten Weltkrieg schon, wo man festgestellt hat: Moment mal, wenn die Soldaten völlig schokkiert und traumatisiert nach Hause kamen, dann konnte man mit denen machen, was man wollte. Die waren dann unter diesem Schock absolut steuerbar. Kurz: Die idealen Untertanen. Daraus entstand eine Schockstrategie.

Einer dieser Tavistock-Forscher hat auch gefordert, man müsse Schocktruppen aus Psychiatern in die ganze Welt entsenden, um die Leute zu schocken - vor der großen Einführung des

Fernsehens. Heute haben wir statt dieser Schocktruppen das Fernsehen und noch ein paar Schockfiguren wie Drosten, Wieler, Lauterbach und solche Leute, die millionenfach vervielfältigt werden. Mit dieser Schockstrategie, die aus dem Ersten Weltkrieg stammt wird heute noch unsere gesamte Welt beeinflußt und gestaltet.
Ich glaube, das ist eine sehr wichtige Botschaft, weil uns das eine Metaebene gibt. Wir verstehen plötzlich "wieso habe ich plötzlich Angst? Wieso bin ich dauernd schockiert? Wieso bin ich dauern unsicher und weiß nicht, was ich tun soll?". Das liegt an dieser Schockstrategie. Diese Schocks kumulieren zur Zeit. Das heißt, man versucht uns ganz atemlos zu machen, um uns endgültig einzutüten und die globalen Pläne durchzuziehen. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 14. Dezember 2022: >>**Reichsbürger-Razzia: Die Rolle der Medien**
Von *Sven Eggers*
Still und leise rückten schwerbewaffnete Elite-Truppen aus, um Deutschland in letzter Minute vor einem Reichsbürger-Putsch zu retten. Diese Story verbreiten jedenfalls BRD-Medien und lieferten die gewünschten Bilder zur Riesenrazzia am 7. Dezember. Wer aber soll das glauben? Wie Medien tricksen, lügen und manipulieren decken wir in COMPACT-Spezial "Genug GEZahlt" auf. …
Selbst auf tagesschau.de wurde vor einigen Tagen die Frage aufgeworfen:
"Am Morgen der bundesweiten Razzia gegen Reichsbürger waren viele Medien bereits informiert und hatten ihre Berichte vorbereitet. Wie kann das sein?"
Es folgt ein eher peinliches Blablabla zur angeblich guten Recherchearbeit, die Tagesschau & Co. in dieser Angelegenheit angestellt hätten. Das ist natürlich grober Unfug. Bundesdeutsche Massenmedien hatten ganz offenkundig den Auftrag, die behördliche Razzia gut in Szene zu setzten und mit entsprechender Begleitmusik zu garnieren. Zu diesem Zweck war die Journaille informiert und eben auch instruiert worden. Brav lieferten Staatsmedien schließlich zur besten Sendezeit ihre Bilder, einschließlich Sondersendungen.
Meer von Lügen
Es ist erschreckend, wie sehr es bereits zur Normalität geworden ist, daß Medien ihre eigentliche Kontrollfunktion aufgegeben haben. Journalisten schauen den Herrschenden nicht etwa kritisch auf die Finger, sondern schützen die Polit-Cliquen an den Hebeln der Macht, zwangsfinanziert von uns allen.
In einer funktionierenden Demokratie würden Medien objektiv über Geschehnisse in der Region, im Land oder auch in aller Welt berichten und ein Abbild der Wirklichkeit liefern. Das Grundgesetz garantiert das Recht, "sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten". Sich von Staatsmedien am Nasenring durch ein Meer von Ungereimtheiten und Lügen zerren zu lassen, ist gewiß nicht im Sinne der Grundrechte.
Für den Journalisten Stefan Niggemeier (Übermedien) steht jedenfalls fest:
"Es ist offenkundig: Die Presse war auf diese Razzia gut vorbereitet. Sie wußte vorab, wann sie stattfindet und gegen wen sie sich richtet. Sie konnte Fotografen und Kamerateams zu den Orten der Zugriffe schicken und war teilweise schon dabei, bevor sie begannen."
Dieser Umstand ist für den AfD-Bundestagsabgeordneten Gottfried Curio ein Beweis dafür, daß die verantwortlichen Behörden und politischen Instanzen selbst nicht an die Gefährlichkeit der Zielgruppe geglaubt haben. Ansonsten wäre es ja viel zu heikel gewesen, "vorher alles rauszublasen", so Curio. …<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtete am 22. Dezember 2022 (x1.310/…): >>**Die Unfreiheit wird durch Lügen und Unterwürfigkeit etabliert**
"Die Großen hören auf zu herrschen, wenn die Kleinen aufhören zu kriechen."
(Frei nach Friedrich von Schiller)

Der langjährige Chefarzt und Medizinhistoriker Dr. Gerd Reuther machte kürzlich angesichts des gegenwärtig auf allen Ebenen erneut anwachsenden Totalitarismus einerseits auf die sich zwangsläufig fortzeugenden Lügen aufmerksam, mit denen Diktaturen arbeiten müssen, und andererseits auf die kriechenden Helfershelfer sowie die Masse der unterwürfigen Sklaven, ohne die es niemals eine autoritäre Herrschaft geben könnte. Er bringt die Dinge knapp und eindrucksvoll auf den Punkt, so daß hier noch für die weihnachtliche Verinnerlichung davon berichtet werden soll.

"Der erste und bisher gottlob einzige kommunistische Staat auf deutschem Boden", schreibt Dr. Reuther, "hatte vier Feinde: Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Diese Bedrohung teilt der hoffentlich kurzlebige Dauer-Krisen-Staat mit seinem Vorgänger.

Entweder ist es im Sommer nicht heiß genug, um eine stetige Erderwärmung für die Staatsbürger glaubhaft zu machen, oder im Winter zu kalt, um mit der verknappten Energie das Auslangen zu finden. Die wahre Gefahr für die Zeugen des Dauernotstands reicht jedoch tiefer. Die vier Todfeinde sind: die Wahrheit, die Freiheit, die Redlichkeit und die Unbestechlichkeit. Sobald nur eine dieser vier Kardinaltugenden auch nur für kurze Zeit das mediale Tageslicht erblicken darf, ist das Kartenhaus der Lügen einsturzgefährdet."

Man habe Diagnosen erfunden und gefälscht, so der erfahrene Mediziner, um eine Krankheits-Katastrophe heraufzubeschwören, aber die Kliniken seien leerer geblieben als sonst. Man habe Impfungen aus dem gentechnischen Hut gezogen und Infektionsschutz verheißen, aber es gebe immer mehr Kranke und Tote.

Es seien Öl und Gas als Ursachen einer ökologischen Katastrophe postuliert worden, fahre aber derweil Kohlekraftwerke hoch und steigere den Luftverkehr auf ein nie dagewesenes Ausmaß für Krieg und Geo-Engineering. Man predige einen Mangel an allen Ressourcen, aber fliege Millionen von Migranten ein. Die Architekten der "neuen Normalität" seien längst mit ihren Lügen am Ende.

Doch die Umprogrammierung der Köpfe schreite nur solange fort, wie das Schweigekartell mit immer mehr Geld zusammengekauft werde.

"Jede Unwahrheit zwingt zu zwei neuen Lügen. Und die haben bekanntlich kurze Beine. Selbst, wenn man deren Länge durch sehr viel Geld etwas strecken kann. Je mehr Lügen man in die Welt setzt, um so mehr hat man damit zu tun, deren Auffliegen zu verhindern. Diktaturen brauchen sehr viele Lügen und damit auch ein wachsendes Heer von Vertuschern."

Da sich dieses Heer aber nicht selbst ernähren könne, müsse es andere versklaven. Doch wenn sich nicht mehr genug Sklaven finden, sei das System am Ende.

Diese Erkenntnis sei allerdings nicht neu. Vor 500 Jahren habe sie schon der junge französische Denker Étienne de La Boétie in seiner Schrift "Die freiwillige Unterwerfung des Menschen" zu Papier gebracht. Er benenne schonungslos, was autokratische Regimes entstehen lasse und erhalte:

"Der Mensch, welcher euch bändigt und überwältiget, hat nur zwei Augen, hat nur zwei Hände, nur einen Leib; alles, was er euch voraus hat, ist der Vorteil, den ihr ihm gönnt, damit er euch verderbe. Woher nimmt er so viele Augen, euch zu bewachen, wenn ihr sie ihm nicht leiht? Wieso hat er so viele Hände, euch zu schlagen, wenn er sie nicht von euch bekommt? Die Füße, mit denen er eure Städte niedertritt, woher hat er sie, wenn es nicht eure sind? Was könnte er euch tun, wenn ihr nicht die Hehler der Spitzbuben wäret, der euch ausraubt, die Spießgesellen des Mörders, der euch tötet?"

Und er habe für seine Leser auch die Abhilfe, die keinen offenen Konflikt erfordere:

"Seid entschlossen, keine Knechte mehr zu sein und ihr seid frei. Stützt ihr euren Unterdrükker nicht, dann sollt ihr sehen, daß er, wie ein riesiger Koloß, dem man die Unterlage nimmt, in seiner eigenen Schwere zusammenbricht und in Stücke geht."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 22. Dezember 2022:
>>**GEZ-Staatsfunk: Die zwangsfinanzierte Einseitigkeit**
Von *Sven Eggers*
ARD und ZDF lernen nicht dazu. Nach wie vor sitzen in den TV-Gesprächsrunden immer die gleichen Gäste der immer gleichen Parteien. Die AfD findet quasi nicht statt. …
Das Portal meedia.de hat die Gästelisten der einzelnen Talk-Sendungen im öffentlich-rechtlichen Programm - nämlich Anne Will, hart aber fair, Maischberger, Maybrit Illner und Markus Lanz - ausgewertet und eine Rangliste der am häufigsten dort eingeladenen Figuren erstellt. "Sieger" ist Norbert Röttgen. Den bemerkenswert langweiligen außenpolitischen Experten der CDU mußten die Zuschauer satte 21 Mal ertragen. Zumeist durfte er unwidersprochen über Rußland herziehen. Der regierungspolitische Abnicker, Mainstreamjournalist und Merkel-Fanboy Robin Alexander, schaffte es in 19 Fällen in die Sendeformate.
Immer wieder Klingbeil und Kühnert
Auf Platz 3 landet demnach der frühere Antifa-Mitstreiter und heutige SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil, der in 18 Fällen von Anne Will & Co. begrüßt wurde. Im ausklingenden Jahr brachte es SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert auf 17 Einladungen. Er teilt sich Platz 4 mit der kriegsbegeisterten Rüstungs-Lobbyisten Marie-Agnes Strack-Zimmermann von der FDP, die uns die TV-Macher ebenfalls 17 Mal zumuteten. Natürlich waren auch die Grünen präsent. Vorsitzender Omid Nouripour war beispielsweise 15 Male dabei, Robert Habeck 12 Mal.
Vorjahressieger Karl Lauterbach liegt mit 15 Talkshow-Auftritten auf Platz 6. Die SPD konnte im Laufe des Jahres sage und schreibe 134 Genossen in den Talkshows plazieren, CDU- und CSU-Vertreter waren 123 Male vertreten. Die Grünen quasselten in 85 Fällen mit, die Linke in 33. Und was ist mit der AfD, immerhin viertstärkste Kraft bei der letzten Bundestagswahl und in aktuellen Umfragen klar im Aufwärtstrend? Sie wurde zwei (!) Mal eingeladen. Weniger ausgewogen geht es eigentlich nicht. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 23. Dezember 2022:
>>**Paragraph gegen "Haßkriminalität" erweitert**
Von *Karel Meißner*
Eine Antwort auf Elon Musks Liberalisierung von Twitter? Das Kabinett will den Paragraphen gegen "Haßkriminalität" erweitern.
SPD-Chefin Saskia Esken leidet: Auf Twitter herrscht einfach zu viel Meinungsfreiheit. Auf dieser Plattform würden "weitgehend ungezügelt Haß und Hetze, Beleidigungen, Verleumdungen und Lügen verbreitet." Ihr Tipp für superwoke User: wechselt die Plattform, geht zu Konkurrenten. … Außerdem wäre für Esken eine Überprüfung von Twitter durch die EU-Kommission "ein sinnvoller und notwendiger Schritt", wie sie dem Handelsblatt verriet.
Um solche Ausweitungen des Safe-Spaces auf juristische Grundlagen zu stellen, beschloß das Kabinett jetzt eine Erweiterung des Strafgesetzes zur "Haßkriminalität". Dieses Gesetz ist wegen seiner unscharfen Definition von "Haß" eine perfekte Waffe linksgrüner Machthaber gegen Oppositionelle. Mit ihm läßt sich jegliche Kritik zu Haß oder Phobie umdeuten - und damit kriminalisieren.
Die beschlossene Erweiterung "menschenverachtende Beweggründe" betrifft "geschlechtsspezifische" Diskriminierung sowie "gegen die sexuelle Orientierung gerichtete Tatmotive". Damit kann das Strafmaß für Kritik an der LGBTQ-Ideologie erhöht werden. (Ob darin auch die Diskriminierung von Cis-Männern enthalten ist?)
Der "Queer-Beauftragte" der Bundesregierung, Sven Lehmann, brach über diese Gesetzesänderung in Jubel aus:
"Durch die ausdrückliche Aufnahme 'geschlechtsspezifischer' sowie 'gegen die sexuelle Orientierung gerichteter' Motive in den Gesetzestext werden diese in Gerichtsverfahren eher straf-

verschärfend einbezogen und damit besser geahndet. Denn was Schwarz auf Weiß im Gesetzestext steht, findet in der Rechtspraxis mehr Beachtung.
Die ausdrückliche Erwähnung dieser Beweggründe unterstreicht zudem, daß die Staatsanwaltschaft bei ihren Ermittlungen schon frühzeitig solche Motive aufzuklären und zu berücksichtigen hat."
Zur Erinnerung: Diskriminierung wegen Geschlecht ist - ebenso wie bei Religion oder Herkunft - bereits laut Grundgesetz verboten. Der Paragraph gegen Haßkriminalität ist lediglich eine Dopplung, die jedoch einen Mißbrauch zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit ermöglicht.
Die Jagdsaison ist eröffnet: In der COMPACT-Spezial 35: Politische Verfolgung zeigen wir, wie das Regime Oppositionelle kriminalisiert, wegsperrt oder cancelt. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2022 im COMPACT-Spezial Nr. 35 über die ständige Ausdehnung der Volksverhetzungsbestimmungen (x372/44-46): >>**Der juristische Totschläger**
_ von *Manfred Kleine-Hartlage*
Anzeigen wegen Volksverhetzung sind die Einschüchterungskeule gegen jede Opposition. Durch ständige Erweiterungen der Gesetzesbestimmung wurde aus einem klar definierten Verbot ein Gummi-Paragraph, der gegen jeden angewendet werden kann - es sei denn, er beleidigt die Deutschen.
Der Tatbestand der Volksverhetzung (Paragraph 130 Strafgesetzbuch StGB) erfaßt bestimmte Äußerungen mit politischem Bezug. Für einen demokratischen Rechtsstaat sollte es sich von selbst verstehen, sich bei der Bestrafung politischer Äußerungen Zurückhaltung aufzuerlegen, zum einen wegen der erheblichen Abgrenzungsprobleme - wo hört die Kritik auf, wo beginnt die "Verhetzung"?, - zum anderen, weil jeder Meinungsparagraph potentielle Handhaben liefert, die völlig legitime, der Regierung aber mißliebige Opposition mundtot zu machen. Man sollte meinen, die BRD, die wir bekanntlich für den freiesten Staat zu halten haben, der je auf deutschem Boden existierte, sei hier besonders zurückhaltend, habe also auch die liberalsten Meinungsgesetze.
Das deutsche Kaiserreich, das wir uns als den Inbegriff eines undemokratischen Obrigkeitsstaates vorstellen sollen, führte den Paragraphen 130 im Jahre 1872 ein. Bestraft wurde die Aufreizung von Klassen zu Gewalttätigkeiten (und nur dies!) gegeneinander, sofern dadurch der öffentliche Friede gestört wurde. Die Regelung bestand damals aus 33 Worten. Dabei blieb es 88 Jahre lang. Die Adenauer-Republik, die uns als miefiges, reaktionäres Restaurationsregime verkauft wird, unter dem man kaum atmen konnte, änderte den Paragraphen 1960, kam aber immer noch mit 60 Worten aus.
Bestraft wurde nunmehr allerdings auch, "wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder sie beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet". Damit wurde der Tatbestand schon erheblich ausgeweitet, außerdem kam es nicht mehr darauf an, ob der öffentliche Friede tatsächlich gestört wurde, er mußte nur noch ("geeignet ist") gestört werden können.
Willkürstaat BRD
Diese Regelung, die - verglichen mit dem, was folgen sollte - immer noch ziemlich liberal war, hielt nur noch 34 Jahre. Die wiedervereinigte BRD, in die sich 17 Millionen Deutsche mitsamt ihrer DDR in der Hoffnung geflüchtet hatten, von staatlicher Meinungsgängelei frei zu werden, verschärfte den Volksverhetzungsparagraphen erneut, und zwar 1994.
Mit der Neuregelung wurde zum einen die Verbreitung entsprechender Schriften strafbar, und zwar nunmehr unabhängig davon, ob dadurch der "öffentliche Frieden gestört" wurde oder nicht. Vor allem aber wurde das Verbot der sogenannten Holocaustleugnung eingeführt und

zum ersten Mal in der Historie der modernen Demokratie ein bestimmtes Geschichtsbild unter Strafe gestellt. Außerdem wurde der Straftatbestand insofern ausgeweitet, als jeder, der nur irgendwie an der Verbreitung beteiligt war, nunmehr ebenfalls belangt werden konnte. Folglich umfaßte die neue Regelung 290 Worte und war damit fast fünfmal länger als die von 1960.

Nach nur elf Jahren fand man auch diese Regelung nicht mehr scharf genug: Ab 2005 wurde "bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, daß er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt" (Paragraph 130 Abs. 4 StGB), und bereits auf den ersten Blick ist erkennbar, daß die mit jeder Neuregelung zunehmende Tendenz zum Gummiparagraphen auch hier fortgesetzt wurde: Was genau verletzt zum Beispiel "die Würde der Opfer"?

Welche Aspekte des nationalsozialistischen Regimes unterliegen einer Verurteilungspflicht? Nur die mehr oder minder diktatorischen oder auch die Autobahn? Nur die Autobahn oder auch die Müllabfuhr? Wo verläuft die Grenze zwischen historischer "Erklärung", die notwendigerweise auch die Handlungsmotive der Akteure beleuchten muß, und "Rechtfertigung"?

Verschärft und aufgebläht

Die BRD war in der Zwischenzeit unbestritten zum toleranzphrasenreichsten Staat avanciert, der jemals auf deutschem Boden existiert hat, dafür war sein Oppositionstotschlaggummiparagraph 130 mittlerweile bei einem Umfang von 342 Worten angekommen. Diesmal ließ die nächste Verschärfung nur noch sechs Jahre auf sich warten: 2011 trat, und zwar zum Zwecke der "strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit" beziehungsweise zur "Kriminalisierung mittels Computersystemen begangener Handlungen rassistischer und fremdenfeindlicher Art" eine Neuregelung in Kraft, die bereits keine nationale Regelung mehr war, sondern auf der Basis von EU-Beschlüssen und Europaratsabkommen erfolgte.

Von nun an war der Tatbestand der Volksverhetzung nicht mehr, wie bisher, erst dann erfüllt, wenn eine ganze Gruppe "beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet" oder zum Gegenstand von Haß- und Gewaltaufrufen wurde, es genügte bereits, wenn ein Einzelner wegen seiner Zugehörigkeit zu einer solchen Gruppe davon betroffen war.

"Scheißtürke" und "Scheißdeutscher"

Der Rechtsschutz für den Betroffenen wurde dadurch nicht verbessert, denn selbstredend war es schon zuvor als Beleidigung strafbar, jemanden zum Beispiel "Scheißtürke" zu nennen. Volksverhetzung ist aber, anders als Beleidigung, ein Offizialdelikt, das heißt, der Betroffene muß sich selbst weder beleidigt fühlen noch ein eigenes Interesse an der Strafverfolgung haben. Es genügt, daß irgendwer die Beleidigung hört und daraufhin Anzeige erstattet. Die Staatsanwaltschaft muß dann ermitteln und gegebenenfalls anklagen.

Außerdem wird Beleidigung mit bis zu einem Jahr Haft geahndet, Volksverhetzung dagegen mit bis zu fünf Jahren. Es geht schlicht um Meinungszensur, verbunden mit einer Aufforderung an Denunzianten. Man wundert sich geradezu, daß nicht noch Belohnungen für "sachdienliche Hinweise" ausgesetzt werden.

Es erübrigt sich beinahe schon, darauf hinzuweisen, daß "Scheißtürke" als Volksverhetzung strafbar ist, "Scheißdeutscher" aber nur als Beleidigung. Ganz nebenbei sei noch erwähnt, daß das Bundesjustizministerium (damals unter Führung einer Ministerin aus der liberalsten Partei, die je auf deutschem Boden existierte), mir gegenüber noch wenige Monate vor der Gesetzesänderung leugnete, eine solche zu planen (obwohl die Regierung sich längst dazu verpflichtet hatte) und sie ohne große öffentliche Aufmerksamkeit durchs Parlament peitschte.

Für die nächste - und bisher letzte - Verschärfung ließ man sich nur noch vier Jahre Zeit, sie erfolgte im Januar 2015. Nunmehr ist nicht erst die tatsächliche Verbreitung von Inhalten nach

Absatz 2 Nummer 1 und 2 (bei denen es nicht einmal auf die "Störung des öffentlichen Friedens" ankommt) strafbar, sondern bereits der Versuch - der bis dahin straffrei gewesen war.
In seiner aktuellen Fassung ist der Paragraph 130 jetzt bei der stolzen Anzahl von 506 Worten angekommen. Da seine Länge direkt mit dem politisch herbeigeführten Wachstum nichtdeutscher Bevölkerungsgruppen korreliert, dürfte die nächste Verschärfung nur noch eine Frage der Zeit sein.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2022 im COMPACT-Spezial Nr. 35 über die Verschwörungstheorien (x372/80-82): >>**Feldzug gegen die Wahrheitsbewegung**
_ von *Marty McCarthy*
Weil sie die Machenschaften der Globalisten aufdecken, werden sie als Verschwörungstheoretiker diffamiert. Nun will man den sogenannten Truthern den Garaus machen.
Im Jahr 2019 ließ Insider Ben Morgenstern in einem Interview die Hosen runter: Frei von der Leber weg erklärte der Unternehmersohn, dessen Familie vor allem in Afrika geschäftlich tätig ist, daß das Flüchtlingsproblem in Zukunft von Israel gelöst werde.
Doch nicht mit Carepaketen. Nein, ganz anders: Der Mossad, so Morgenstern, habe schon vor Jahren sogenannte Ethnowaffen und genetische Kampfstoffe entwickelt, die speziell auf Araber und Schwarzafrikaner zugeschnitten seien. Diese könnten jederzeit eingesetzt werden. Der inhumane Gedanke dahinter: Man müsse alle vermeintlich IQ-schwachen Menschen - der Interviewte sprach von "nutzlosen Essern" - zügig loswerden, weil sie den Intelligenten und Fleißigen Land sowie Nahrungsmittel wegnähmen.
Diese Denkweise ist unter den globalen Strippenziehern weit verbreitet. Schon auf den berüchtigten Georgia Guidestones wurde nahegelegt, die Bevölkerung des Planeten auf 500 Millionen zu reduzieren - also um 95 Prozent. Das steinerne Monument wurde am 6. Juli 2022 durch einen Sprengstoffanschlag zerstört, die Reste auf Veranlassung des Georgia Bureau of Investigation entfernt. Aus Sicherheitsgründen, wie es heißt. Wer die schweren Granitplatten in die Luft jagte, ist nicht bekannt.
Der Vampirjäger
Aber das sind doch alles Verschwörungstheorien, oder? Weit gefehlt! 1981 veröffentlichte der Journalist Michel Salomon sein Buch *L'Avenir de la Vie* (Die Zukunft des Lebens), in dem mehrere Interviews mit Jacques Attali, damals Berater von Präsident François Mitterrand, abgedruckt sind. Der bis heute bestens mit Hochfinanz und Insider-Kreisen vernetzte Sozialist antwortet in dem Gespräch auf die Frage, ob es möglich und wünschenswert wäre, 120 Jahre alt zu werden: "Zunächst einmal glaube ich, daß in der Logik des industriellen Systems, in dem wir uns befinden, die Verlängerung der Lebensdauer nicht länger ein Ziel ist, das von der Logik der Mächtigen gewünscht wird."
Solange man die Lebenserwartung verlängert habe, "um das Maximum der Rentabilität der Maschine Mensch im Sinne der Arbeitswelt zu erreichen", sei das perfekt gewesen. "Aber sobald man die 60 oder 65 Jahre überschreitet, lebt der Mensch länger als er produziert, und er wird teuer für die Gesellschaft", so Attali. Aus Sicht der Gesellschaft sei es "besser, wenn die Maschine Mensch plötzlich stoppt und sich nicht allmählich verschlechtert". Das klingt noch etwas nebulös, doch dann läßt der Mitterrand-Berater die Katze aus dem Sack. Er sagt: "Euthanasie ist in jedem Fall eines der wesentlichen Instrumente unserer zukünftigen Gesellschaften."
Es ist das Verdienst sogenannter Verschwörungstheoretiker - sie selbst nennen sich Truther -, solche Puzzleteile zusammenzutragen, um sie in einen Gesamtkontext zu stellen, die Punkte zu verbinden, wie man in der Szene sagt. Oliver Janich ist der bekannteste deutsche Vertreter dieser Zunft. Die eingangs erwähnten Begebenheiten stammen jedoch aus dem Buch *Wir töten die halbe Menschheit* von Eileen DeRolf und Jan van Helsing.

Der Mann, der als Pseudonym den Namen des legendären Vampirjägers aus Bram Stokers *Dracula* gewählt hat, heißt eigentlich Jan Udo Holey und wurde 1967 im fränkischen Dinkelsbühl geboren. Bis heute ist er als Buchautor und Verleger aktiv. Einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde Holey / van Helsing durch seinen 1994 veröffentlichten Bestseller *Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert*. Der Folgeband *Geheimgesellschaften 2* erschien 1995.

In seinen Erstlingswerken beleuchtete der Autor die Aktivitäten der Illuminaten, hoher Freimaurerlogen und elitärer Geheimbünde wie Skull & Bones. Zudem beschäftigte er sich mit dem Finanzgebaren der Familien Rothschild, Warburg, Rockefeller und Morgan. Van Helsing erfuhr und berichtete nie Gehörtes über die Hintergründe der Schlacht von Waterloo und wie dieser Sieg über Napoleon den Reichtum des Hauses Rothschild begründete.

Seine Thesen illustrierte van Helsing mit Hintergrundinformationen über die Drahtzieher der bolschewistischen Revolution und des Aufstiegs von Adolf Hitler. Von den Rittern Jerusalems über die dunklen Geheimnisse des Vatikans bis zum Kennedy-Mord, von der Gründung Israels bis hin zur angeblichen Anwesenheit von Außerirdischen wurde nichts ausgelassen. So etwas hatte es vorher noch nie gegeben, den Lesern blieb schlicht die Spucke weg. Beide Bände gingen weg wie warme Semmeln, verkauften sich innerhalb von zwei Jahren gut 160.000 Mal.

Die Volksverhetzungs-Keule

Man muß van Helsing gewiß nicht in allem folgen. Doch wären das alles reine Hirngespinste gewesen, hätte es des einsetzenden Vernichtungsfeldzuges gegen den Verfasser nicht bedurft. Was nach der Veröffentlichung und dem durchschlagenden Erfolg der beiden *Geheimgesellschaften*-Bücher über ihn hereinbrach, erinnert stark an den Film *Fletchers Visionen* mit Mel Gibson:

Der New Yorker Taxifahrer Fletcher gibt ein kleines Heftchen heraus, in dem er seine Theorien veröffentlicht, die mit einer großen Verschwörung zu tun haben. Irgendwann gerät er in eine Verfolgungsjagd und einen Kampf auf Leben und Tod - weil der vermeintliche Psycho eben doch in vielem richtig gelegen hatte und zum Schweigen gebracht werden mußte.

Auch van Helsing hatte mit seinen Büchern wohl in ein Wespennest gestochen - sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland wurde er wegen Volksverhetzung angezeigt. Das führte zur größten Buchbeschlagnahmungsaktion in Deutschland seit 1945. Der Autor wurde ab 1996 mit Verfahren und Anzeigen überzogen, beide Werke wurden bundesweit konfisziert - es kam zu über 50 Hausdurchsuchungen! Daß das Strafverfahren 1998 wegen Volksverhetzung eingestellt und 2001 auch der Beschlagnahmebeschluß aufgehoben wurde, nützte van Helsing nichts: Seine Bücher blieben in Deutschland und der Schweiz auf dem Index.

Erst 2006 gaben die Staatsanwälte die bei den Razzien eingezogenen Bände zurück. Die juristischen Erfolge des sogenannten Verschwörungstheoretikers fanden nach der jahrelangen, breit angelegten Medienhetze gegen ihn dann seltsamerweise - oder besser: typischerweise! - keinen Niederschlag mehr in den Medien. All diese Verfolgungen, das Verbotsverfahren, die Anklageschrift wegen Volksverhetzung und die Identität und Motivation der Anzeigeerstatter verarbeitete der Autor in seinem Buch *Die Akte Jan van Helsing* (1999). Man muß kein Hellseher sein, um zu erraten, daß auch dieses Buch wegen drohender Gerichtsverfahren vom Markt genommen werden mußte.

Die Truther-Ikone

Was Jan Udo Holey in den Neunzigern erfahren mußte, wird momentan an Janich und anderen in Deutschland exerziert. Doch der Krieg gegen vermeintliche Verschwörungstheoretiker ist ein globaler. In den USA sieht sich Truther-Ikone Alex Jones einem regelrechten Vernichtungsfeldzug ausgesetzt. Dem entschiedenen Impfgegner, Klimarealisten und Trump-Anhänger wurden zunächst die Kanäle gekappt, nun überzieht man ihn mit Strafverfahren.

Schon im August 2018 sperrte Youtube seinen Kanal, Facebook, Twitter, Apple (iTunes) und Spotify zogen nach, der Online-Bezahldienst Paypal sperrte ihm den Zugang.
Doch Jones gab nicht auf, suchte sich andere Verbreitungswege und baute sein Internetmagazin *Infowars* zu einer reichweitenstarken Medienplattform aus. Sogar der damalige US-Präsident, der in Jones‘ Sendung zu Gast gewesen war, schaltete sich ein. "Social Media diskriminiert republikanische und konservative Stimmen", twitterte Trump. "Sie sperren die Meinung der Rechten, machen aber nichts bei anderen." Später wurde er selbst auf Twitter gesperrt.
Wegen tatsächlich unbedachter Äußerungen aus dem Jahr 2012 - er behauptete, ein damaliges Schulmassaker mit 26 Toten in Connecticut hätte gar nicht stattgefunden - wurde Jones von einem Geschworenengericht in seinem Heimatbundesstaat Texas Anfang August 2022 zunächst zu 4,1 Millionen Dollar Schadenersatz an die Eltern eines Jungen, der bei dem Blutbad an der Sandy-Hook-Grundschule in Newtown getötet worden war, verurteilt.
Da in US-Zivilprozessen häufig noch ein sogenannter Strafschadenersatz hinzukommt, der als Bestrafung und zur Abschreckung gedacht ist, folgte am nächsten Verhandlungstag der absolute Hammer: Dieselben Geschworenen legten den Strafschadenersatz auf umgerechnet 44,3 Millionen Euro fest. Weitere Verfahren stehen an, doch schon jetzt läßt sich sagen, daß Jones wirtschaftlich ruiniert ist. *Infowars* hat bereits Insolvenz angemeldet.
Tragisch dabei ist: Die nachweislich falschen Aussagen, die Jones zum Schulmassaker in Newton getätigt hat, könnten seine gesamte Aufklärungsarbeit der vergangenen Jahrzehnte - etwa zu 9/11 oder dem Treiben der Eliten im sogenannten Bohemian Grove, das er 2000 in einer Nacht-und-Nebel- Aktion filmdokumentarisch festhalten konnte - in Mißkredit bringen. Und das dürfte - wie auch bei Janich - hinter den juristischen Aktionen stehen.
Gerade jetzt, wo sich viele sogenannte Verschwörungstheorien - etwa im Zusammenhang mit dem Ursprung des Coronavirus oder den gentechnischen Impfungen - als real erwiesen haben, tun die Globalisten alles, um die Aufdecker zu diskreditieren und fertigzumachen. Daß die Strippenzieher dabei alles andere als zimperlich vorgehen, wissen wir dank Jan van Helsing.
*_ Marty McCarthy (*1982) ist Investigativjournalist und schreibt für verschiedene Medienportale in den USA und Europa. Für COMPACT (Ausgabe 8/2020) beleuchtete er mysteriöse Todesfälle von US-Musikern.<<*
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. Januar 2023: >>**Thomas Haldenwang: Der Geheimdienstchef der Linken**
Von *Sven Eggers*
Die Silvesterkrawalle entlarven auch den Verfassungsschutz. Die Schlapphüte jagen Reichsbürger, während Migranten ihr Unwesen treiben. Zufall?
Zum Jahreswechsel ist in der Neuen Zürcher Zeitung ein bemerkenswertes, weil kritisches Porträt des obersten Verfassungsschützers erschienen. NZZ-Chefredakteur Marc Felix Serrao wundert sich dort: "Noch vor wenigen Jahren kannte den Chef des deutschen Inlandsgeheimdienstes kein Mensch. Er war ein Verwaltungsfachmann aus der zweiten Reihe. Heute wird er als Verteidiger der Demokratie gepriesen."
Und dann schießt Serrao scharf:
"Ist der amtierende Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz wirklich ein Verteidiger der Demokratie? Oder dient er anderen Interessen?"
Genau hier setzt das COMPACT-Spezial "Tiefer Staat" an. Haldenwang wird als "Der Schattenmann" vorgestellt. Die Jahre vor seiner Installierung als VS-Chef hatte er treu Vorgänger Hans-Georg Maaßen gedient. Erst nach der Kampagne gegen seinen Chef drehte sich Haldenwang um 180 Grad und präsentiert sich seither als Scharfmacher gegen rechts.
COMPACT-Spezial "Tiefer Staat" erinnert an Haldenwangs Werdegang: "Seinen Posten verdankt er dem Berliner Koalitionstheater: Auf Druck der SPD hatte Innenminister Horst Seeho-

fer (CSU) Maaßen gefeuert, um nicht selbst den Hut nehmen zu müssen. Eigentlich hatte sich Seehofer den Vorsitzenden des Parlamentarischen Kontrollgremiums im Bundestag, Armin Schuster, als Nachfolger gewünscht. Doch Angela Merkel stellte sich quer. Gut möglich, daß der Personalvorschlag eine gekonnte Finte war, um Haldenwang als sicheren Kandidaten in Stellung zu bringen - denn der frühere Bundespolizist Schuster war als CDU-interner Kritiker der Kanzlerin bekannt."

Eifriger Strippenzieher

Sein Berufsleben lang hat sich Haldenwang als Strippenzieher erwiesen und Gefolgsleute an den entsprechenden Schalthebeln plaziert. 1991 war er als Personalreferent beim Innenministerium eingestiegen und konnte dann rasch zum Referatsleiter Laufbahnrecht aufsteigen.

In "Der Schattenmann" heißt es dann weiter:

"Innerhalb des Verfassungsschutzes galt Haldenwang schnell als begnadeter Netzwerker. Die Postenvergabe im Geheimdienst soll er innerhalb kürzester Zeit mitbestimmt und nicht zuletzt treue Gefolgsleute in Positionen geschoben haben. Dieses Geflecht entwickelte sich womöglich seit geraumer Zeit zum heimlichen Machtzentrum der Behörde."

Heute gibt sich Haldenwang als wackerer Kämpfer gegen Reichsbürger und Rechte mit Hang zu den Grünen und zur AfD als Feindbild. Die NZZ bezeichnet Haldenwang als "Geheimdienstchef, dem die Linken vertrauen". Haldenwang hatte sich bei einer öffentlichen Podiumsveranstaltung unlängst verharmlosend, ja geradezu freundlich, über linksradikale Klimaschützer geäußert.

Doppelmoral

Die NZZ: "Wer links ist, dem wird hierzulande viel vergeben. Eine Gruppierung kann die repräsentative Demokratie verächtlich machen, Regierungsmitglieder 'symbolisch' verhaften, das Leben von Verkehrsteilnehmern gefährden und Parteizentralen lahmzulegen versuchen - ihre Wortführer werden trotzdem in Talkshows eingeladen. Täten rechte Aktivisten, was die Anhänger der Letzten Generation und andere selbsterklärte Klimaschützer tun, die Republik stünde Kopf." …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 4. Januar 2023: >>**GEZ-Medien: Das erneute Versagen des Staatsfunks**

Von *Sven Eggers*

GEZ-Medien haben rund um die Silvesterkrawalle wieder getäuscht und vertuscht. Wie 2015/2016 nach den Attacken auf unsere Frauen in Köln. …

In alternativen Medien verbreitet sich ein Clip mit dem Gestotter eines Tagesschau-Reporters, der nach den Gewaltexzessen der Silvesternacht in Berlin und vielen anderen deutschen Städten gefragt wurde: "Wer sind denn die Täter?" Er schwurbelt sodann, "von den Tätern zu sprechen" sei "in solchem Kontext immer ein bißchen schwierig", um dann über "gruppendynamische Prozesse" und "gesellschaftlichen Druck" zu faseln.

Bloß kein kritisches Wort

Wieder verbiegen sich ARD und ZDF, um bloß kein regierungskritisches Wort zu senden, bloß keine Kritik an der aus dem Ruder gelaufenen Migrationspolitik zuzulassen. Irgendwelche Experten dozieren in öffentlich-rechtlichen Formaten ellenlang über "Gruppen" und "Dynamik".

Zu den ganz wenigen Ausnahmen im herkömmlichen Fernsehen zählte zum wiederholten Male RTL-West-Chef Jörg Zajonc. Der hielt fest:

"Ein Großteil der Randalierer sind junge Männer mit Migrationshintergrund, mit ihrem ganz eigenen Weltbild: Sie sind stark, der Staat ist schwach, und sie zeigen es."

Zum Jahreswechsel 2015/2016 hatten ausländische Männerhorden in Köln und anderswo massenhaft Frauen sexuell belästigt und bedrängt. ARD und ZDF berichteten zunächst gar nicht über diese Nacht der Schande. In COMPACT-Spezial "Genug GEZahlt" wird dieser

Skandal minutiös aufgearbeitet.

Gebührenfinanziertes Schweigekartell?

Zitiert wird beispielsweise der ehemalige Bundesinnenminister Peter Friedrich (CSU), der die Nicht-Berichterstattung am 6. Januar 2016 gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland bemerkenswert deutlich kritisiert hatte. Er sprach von einem "Schweigekartell" bei gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Medien. Offenbar gebe es "Nachrichtensperren, sobald es um Vorwürfe gegen Ausländer" gehe.

Und heute? Wieder blocken ARD und ZDF ab, wenn es darum geht, die Geschehnisse rund um die Silvesternacht beim Namen zu nennen. Daß es nicht erneut Frauen erwischt habe, liege lediglich an der Tatsache, daß Frauen sich nicht mehr auf die Straße trauten, legt Ex-Bild-Chef Julian Reichelt den Finger in die Wunde.

Georg Restle, Kopf des WDR-Formats Monitor, warf CDU-Bundestagsabgeordneten Christoph de Vries sogar "blanken Rassismus" vor, weil der im Zusammenhang mit den jüngsten Krawallen politisch korrekte Sprachregelungen bei der Polizei durch den Kakao gezogen hatte. Restle wird in COMPACT-Spezial "Genug GEZahlt" mitsamt seiner Antifa-Vergangenheit enttarnt. …

So bleiben am Ende nur wenige Personen, die sich trauen, Wahrheiten auszusprechen. Ahmad Mansour, deutsch-israelischer Psychologe arabischer Herkunft, faßt zusammen:

"Wenn wir Ausländergewalt nicht als solche benennen dürfen, haben wir ein Riesenproblem. Das ist kein Journalismus, das ist Aktivismus, ein Totalversagen gewisser Medien."

Medienkritiker und Welt-Kolumnist Henryk M. Broder sieht es so: "Die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien ist ein perfektes Beispiel für die deutsche Spezialität, das Offensichtliche nicht zu benennen." …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 11. Januar 2023: >>**Unfaßbar: Steuergelder für Antifa-Kampfsport**

Von *Sven Eggers*

Linksextreme Kampfsportler, gefördert mit Steuermitteln? Klingt absurd, ist aber bittere Realität, wie nun eine Anfrage im Bundestag zu Tage förderte. …

Mit unseren Steuergeldern wird das Antifa-Modellprojekt Vollkontakt - Demokratie und Kampfsport direkt bezuschußt. Das Förderprogramm Demokratie Leben! des Bundesfamilienministerium, die Amadeu-Antonio-Stiftung und die Niedersächsische Lotto-Sport-Stiftung machen’s möglich: Sie schanzen den extremistischen Kampfsportlern reichlich Kohle zu.

AfD hakt nach

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Jan-Wenzel Schmidt wollte es genauer wissen und erkundigte sich im Rahmen einer schriftlichen Frage (Drucksache 20/4962) nach Erkenntnissen, die der Bundesregierung hierzu vorliegen.

Schmidt zu seiner Initiative:

"Die linke Szene hat sich ein Netz von Vereinen geschaffen, um öffentliche Fördermittel für Antifaprojekte im Kampfsport abzugreifen. Dazu gehören offenbar auch Lotto-Gelder, die eigentlich gemeinnützigen Zwecken zugutekommen sollten. Der Verdacht, daß hier Einnahmen aus den staatlichen Lotterien für linke Günstlingswirtschaft mißbraucht werden, liegt auf der Hand."

Die Antwort der Bundesregierung bestätigt ihn. Demnach erhielt das Projekt Vollkontakt in den Jahren 2020 bis 2022 satte 539.614,82 Euro allein aus Mitteln des Förderprogramms Demokratie Leben!, also Steuergelder. Weitere 7.500 Euro flossen an das linke Projekt über die ebenfalls mit unseren Geldern gepamperte Amadeu-Antonio-Stiftung. Darüber hinaus wurden die kämpfenden Linksextremisten mit 31.500 Euro tatsächlich von der Niedersächsischen Lotto-Sport-Stiftung sowie mit 6.000 Euro von der Deutschen Sportjugend gefördert.

Einschlägiges Personal
Bemerkenswert: 468.840,41 Euro hat das Projekt seit 2020 allein für Personalkosten verbrannt. Damit werden mehrere dubiose Experten bezahlt, die tief in Antifa-Strukturen verstrickt sind und es letztlich auf Sportler abgesehen haben, die sich linker Ideologie nicht bedingungslos unterordnen wollen.
Klassisches Beispiel ist Robert Claus, Jahrgang 1983, der sich seit Jahren in der linksextremen Szene tummelt und immer wieder auch einschlägige Vorträge bei anarchistischen und antifaschistischen Kreisen hält. Eine ähnliche Rolle spielt der angebliche Fanforscher Tillmann Gabler. Solche Leute sind die Profiteure der Steuergeldbezuschussung an Linksextreme.
Zuletzt hatte sogar der Verfassungsschutz registriert, daß sich die gewaltorientierte Antifa-Szene zunehmend für den Kampfsport interessiert. Im Jahresbericht der Behörde für 2020 wird die Entwicklung bundesweit als "besorgniserregend" eingestuft.
Demnach nutzen Linksextreme über Kontakte in lokale Kampfsportszenen hinaus deren Veranstaltungen gezielt, um Vernetzungen aufzubauen und sich zu gemeinsamen Aktionen zu verabreden. Die erworbenen Fähigkeiten könnten zudem "gegen politische Gegner oder Vertreter des Staates eingesetzt werden", so die Schlapphüte.
Konsequenzen dieser Erkenntnisse: Keine!
In Compact-Spezial "Antifa - Die linke Macht im Untergrund" erfährt man zur Kampfsportszene: "Inzwischen gibt es neben zahlreichen kleinen Trainingsgruppen mit dem Redore Gym (Halle/Saale), Attitude Sport (Neubrandenburg), Roter Stern Frankfurt (Main), Grapple & Strike (Bremen), 8 Weapons (Leipzig) oder Roter Stern Belgrad zahlreiche professionelle Kampfsportgyms mit eindeutiger Ausrichtung.
Im Hamburger Klub Uebel & Gefährlich fand am 8. Juni 2019 eine Antifa-Fightnight unter dem Label United Struggle mit internationaler Beteiligung statt, ähnliches gab es im Berliner SO36. Zur Politisierung des Sports trägt auch die anonyme Plattform Runter von der Matte bei, auf der nicht-linke Sportler geoutet und diffamiert werden."<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 09/23" berichtete am 24. Februar 2023 (x1.387/…): >>**Menschenjagd mit Totschlägern**
Deutsche Antifa: Monatelang organisierten Linksextremisten Attacken in Budapest / Ungarische Polizei nimmt mehrere Tatverdächtige fest
Martina Meckelein
Deutscher Antifa-Terror als Exportschlager. Dieser Eindruck entsteht, wenn man sich die Bilder und Videos aus Budapest anschaut. Mutmaßlich deutsche Linksextremisten waren an mehreren Menschenjagden in Ungarn beteiligt. Das Endergebnis: blutüberströmte Köpfe, gebrochene Knochen. Die Tatwaffen: Totschläger, Hammer und Reizgas. Die Opfer: Arglose Arbeitnehmer und Touristen. Eine Vorgehensweise, die der Tatbegehung der "Hammerbande" zum verwechseln ähnlich sieht.
Gegen Rädelsführerin Studentin Lina E. und drei ihrer Gesinnungsgenossen wird vor dem Oberlandesgericht in Dresden zur Zeit wegen der Bildung einer Kriminellen Vereinigung nach Paragraph 129 Strafgesetzbuch (StGB) verhandelt. Der Prozeß plätschert seit Monaten so dahin. Um so ungelegener kam da jetzt die Verhaftung deutscher Linksextremisten nach brutalen Jagdszenen auf unschuldige Opfer in Budapest. Spurensuche.
Rückblick: Zum 11. Februar 2023, dem sogenannten "Tag der Ehre", treffen sich wie jedes Jahr seit 1997 Neo-Nazi-Gruppierungen, aber auch die bürgerliche Mitte, in Budapest und gedenken des Kampfes der Wehrmacht, der Waffen-SS und ungarischer Verbände. Am 11. Februar 1945 versuchten die eingekesselten Soldaten einen Ausbruchsversuch gegen die Rote Armee. 70.000 Männer starben. Seit Wochen rufen Linksautonome im Internet Sympathisanten zu Gegendemonstrationen auf. Schon Tage zuvor reisen viele an. Was die unter Gegendemonstration verstehen, nehmen am 10. Februar, also 24 Stunden vor dem Gedenktag Vi-

deokameras im 11. Bezirk in Budapest auf.

Die Opfer wurden hinterrücks angegriffen

Nichtsahnend spaziert Zoltán T., so berichtet ein ungarisches Nachrichtenportal, in Flecktarn dort durch eine Fußgängerzone. Plötzlich wird er von mehreren vermummten Personen hinterrücks angegriffen. Ein Schläger hämmert mit einem Totschläger immer wieder auf dessen Kopf ein. Er bricht unter den Schlägen zusammen. Die Schläge und Tritte prasseln weiter auf das hilflose Opfer, das sich nicht wehren kann, ein. Bevor die feigen Attentäter fliehen, sprühen sie dem schwerverletzten, stark blutenden Mann gezielt Reizgas ins Gesicht.

Auf dem Boden vor dem Laden zeugt eine große Blutlache von der Attacke. Seine Kopfverletzungen müssen mit 20 Stichen genäht werden, erzählte er später dem rechten Nachrichtenportal Pesti Srácok. Zoltán T. vermutet, die Linksextremisten hätten ihn aufgrund seiner Hose in Tarnfarbe für einen Teilnehmer einer der rechten Demonstrationen gehalten. Kurz zuvor habe ihn noch eine junge Frau angesprochen und gefragt, ob er an dieser teilnehme, was er verneint und bekundet habe, noch nie zu dieser Veranstaltung gegangen zu sein.

Bei sieben Tatverdächtigen soll es sich um die Deutschen Clara W. (22), Anna M. (26), Emilie D. (20), Moritz S. (20) und Tobias E. (29) sowie um Ilaria S. (38) aus Italien und eine 42jährige Frau aus Ungarn handeln. Laut Bild-Zeitung stammen die Deutschen aus Sachsen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Die Ungarin, die Italienerin und die Deutschen Anna M. und Tobias E. können festgenommen werden. Nach den flüchtigen Clara Wittkugel und Moritz Schröter fahndet die ungarische Polizei öffentlich mit Namen und Fotos.

Die ungarischen Ermittler gehen davon aus, daß die Linksautonomen in den vergangenen Tagen rund um den Gedenktag vier Anschläge in Budapest verübt haben. Bisher seien acht Menschen, darunter soll ein deutsches Ehepaar sein, verletzt worden, teils schwer. Genau einen Monat zuvor hatten in Erfurt am hellichten Tag Linksextreme zwei polizeibekannte Neonazis auf offener Straße mit Totschlägern, Axt und Pfefferspray angegriffen; eines ihrer Opfer mußte schwer verletzt in die Klinik.

Die Art der Tatbegehung ist schon im Fall der kriminellen Vereinigung um Lina E. bekanntgeworden. Die Frau, die angeblich die Anführerin der linksextremen sogenannten "Hammerbande" sein soll und der seit September 2021 in Dresden der Prozeß gemacht wird. Aber nicht nur die extrem brutale Tatbegehung in Ungarn weist Parallelen zur "Hammerbande" auf. Tobias E., der Name eines der jetzt festgenommenen Tatverdächtigen, läßt aufhorchen.

Denn ein gewisser Tobias E. war ebenfalls an mindestens zwei Überfällen der "Hammerbande" auf eine rechte Kneipe in Eisenach beteiligt. Tobias E., ein ehemaliger Pfadfinder und Erzieher in Berlin-Neukölln, soll unter anderem das Umfeld einer Gaststätte in Eisenach ausbaldowert haben. Der Grund: Sie ist ein Treffpunkt von Rechtsradikalen. Tobias E's Tatbeteiligung wurde im Prozeß durch die Zeugenaussagen des Überläufers Johannes D. untermauert. Der war selbst Mitglied der "Hammerbande", sagte dann aber im Rahmen eines Zeugenschutzprogramms gegen seine alten Genossen aus.

Der Mann hatte einen guten Grund dafür: Eine ehemalige Freundin von ihm, hatte ihn in linken Szenekreisen der Vergewaltigung bezichtigt. Und D. zwitscherte, entgegen dem linken Schweigegelübde, wie ein Vögelchen. Seine Aussagen ermöglichen einen guten Einblick in die Struktur der Bande.

Jahrelanges Kampftraining, sogar noch bis 2021 - da saß Lina E. übrigens schon in Haft. Späher baldowerten sie mögliche Opfer, ihre Wohn- und Arbeitsorte aus, auch ihre Möglichkeit zur Selbstverteidigung wurde eingeschätzt. Überfälle sollten nicht länger als 30 Sekunden dauern. Kontakt wurde über Wegwerfhandys gehalten. Den Opfern sollten schwerste Verletzungen zugefügt werden, der Tod war allerdings nicht geplant, so der Kronzeuge. Eine Schutzbehauptung?

Die Angriffe in Budapest würden bedeuten, daß die Bande um Lina E. durchaus noch aktiv ist. Was wiederum die Frage aufwirft, ob die jetzt angeklagte Frau überhaupt jemals Kopf dieser Bande war? Oder trifft das eher auf ihren angeblichen Verlobten, den untergetauchten Johann Guntermann zu? Und zweitens ist zu fragen, wie es überhaupt möglich sein konnte, daß ein polizeibekannter Linksextremist wie Tobias E. über Grenzen hinweg quer durch Europa touren konnte?

Die Fahnder, wie auch der Verfassungsschutz sollten doch über die Planungen nicht überrascht gewesen sein, immerhin rief die Antifa zu Aktionen gegen Rechte in Budapest seit Wochen im Netz auf. Die ungarische Journalistin Angela Füssy berichtete am 16. Februar dazu auf der Internetseite PestiSrácok.hu, "daß die Antifa-Demonstration seit dem 11. Dezember als Reaktion auf den Tag des Ausbruchs organisiert wurde.

Bei mehreren Gelegenheiten in Österreich - in Wien, Innsbruck und Linz - nahmen Vertreter europäischer Antifa-Gruppen teil und diskutierten über die Ereignisse in Budapest und darüber, wie man die ungarische Hauptstadt nazifrei machen könne. Bisher wissen wir, daß es in Ungarn eine Veranstaltung gab, an der ausländische Antifaschisten teilgenommen haben: am 25. Januar in Budapest auf dem Gólya."

In der linksextremistischen Szene wird der Prozeß um die "Hammerbande" als "Antifa-Ost-Verfahren" bezeichnet. Es gibt sogar eine eigene Internetseite, soli-antifa-ost.org, die akribisch jeden Prozeßtag in Dresden dokumentiert. Am 15. Februar veröffentlichten Linksextremisten auf der Seite einen Text mit der Überschrift: "Solidarität mit den verhafteten Antifschist:innen in Ungarn". Der Grund für ihren publizistischen Einsatz mögen zwei Hausdurchsuchungen sein, die am selben Tag in Berlin durch sächsische und Berliner Polizisten stattgefunden haben. Die stünden, so die Linksextremen, im Zusammenhang mit den Verhaftungen der "Antifas" in Ungarn.

Nicht auskunftsberechtigt - Behörden mauern

Deutsche Sicherheitsbehörden, die wir anfragten, bleiben zugeknöpft: Die Polizei Berlin rät, die Polizei Sachsen anzurufen. In Leipzig wurde schließlich Lina E. im November 2020 im berüchtigten linksextremistischen Stadtteil Connewitz festgenommen. Die Leipziger Polizei rät, das Bundeskriminalamt (BKA) anzurufen. Die würden sich in diesem Fall Presseauskünfte vorbehalten. Das BKA weist schon am Telefon darauf hin, daß es sich grundsätzlich nicht zu laufenden Ermittlungen äußere.

Welchen Sinn dann überhaupt eine Pressestelle im BKA habe, läßt der höfliche Beamte am Telefon unbeantwortet. Die schriftliche Beantwortung unserer Anfrage ans Bundeskriminalamt läßt dementsprechend nicht lange auf sich warten: "Bitte wenden Sie sich mit den Fragen an die Pressestelle der Staatsanwaltschaft Berlin." Anruf bei der Pressestelle der Generalstaatsanwaltschaft in Berlin. Der Pressesprecher bittet ebenfalls um eine schriftliche Anfrage und versichert, daß wir eine Auskunft in Kürze bekommen.

Da heißt es dann: "Wenn es Durchsuchungen aus einem in Budapest geführten Verfahren waren, könnte es sein, daß wir von den ungarischen Behörden im Rahmen der Rechtshilfe, beispielsweise durch eine Europäische Ermittlungsanordnung, um Vornahme der Durchsuchung ersucht worden sind", so die Pressestelle der Generalstaatsanwaltschaft. "Dann handelt es sich aber gleichwohl um einen Vorgang, zu dem wir nicht auskunftsberechtigt sind.

Die Frage der Durchsuchungen in Berlin müßten Sie daher an die zuständigen Kolleg:innen in Budapest richten." Nun, auch die Budapester Behörden ließen bisher alle Anfragen unbeantwortet. Das Schweigen der Behörden scheint also nicht nur eine speziell deutsche, sondern auch eine ungarische Vorgehensweise zu sein.

Ungeachtet dessen wird der Prozeß um die Hammerbande in Dresden fortgeführt. Mit dem Urteil ist im Mai zurechnen, jedenfalls sind bis dahin Verhandlungstage terminiert. Doch ein Prozeß ergibt den nächsten. Die Leipziger Volkszeitung berichtet, daß in einem sogenannten

Folgeverfahren gegen potentielle Mittäter der Hammerbande ebenfalls die Generalbundesanwaltschaft die Ermittlungen führe. Im Fokus stehe Henry A., der in der betreffenden Zeit für die Leipziger Stadtverwaltung gearbeitet haben soll. Aber auch hierzu wollte die Generalstaatsanwaltschaft keine öffentlichen Auskünfte erteilen, so die Zeitung.
Aber auch die Antifa bleibt nicht untätig. Vom 15. auf den 16. Februar entdeckt ein Hubschrauber der Bundespolizei auf einem Kontrollflug mittels einer Wärmebildkamera zwei verdächtige Personen. Sie kauern sich zwischen Gleise in Berlin-Adlershof. Die Beamten können einen Mann und eine Frau, Daniel K. (31) und Eva H. (32), festnehmen, berichtet die Bild-Zeitung.
In einem Rucksack sind zwei Liter Kraftstoff, Kleidung zum Wechseln und auf einem "zweiseitig bedruckten DIN-A-4-Blatt" sind Dutzende von Kennzeichen von zivilen Fahrzeugen der Berliner Polizei. Die beiden polizeibekannten Linksextremisten hatten, so die Zeitung, eingeschaltete Funksprechgeräte dabei.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 10. März 2023: >>**Regierung und Geheimdienst schmieren GEZ-Journaille**
Von *Sven Eggers*
Die Nähe zwischen Staatsmedien und Regierung kommt immer dreister daher. Jetzt wurde bekannt: Ministerien zahlen Mainstream-Journalisten rund 1,5 Millionen Euro. COMPACT-Spezial "Genug GEZahlt" deckt die Rolle geschmierter Schreiberlinge auf.
Nun hat es die Bundesregierung selbst bestätigt: Mainstream-Journalisten erhalten reichlich Kohle, um Gefälligkeitsjournalismus für Kanzler Scholz und seine Truppe umzusetzen. Statt also die Regierung kritisch zu hinterfragen, werden Journalisten von Polit-Versagern mit Geld ruhiggestellt. Kein Wunder also, daß wir seit Jahren in Funk und Fernsehen ausschließlich regierungshörige Hofberichterstattung erleben.
Wirbel um AfD-Anfrage
Es ist eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion, die derzeit mächtig Staub aufwirbelt. Die Bundesregierung bestätigt in der Antwort 200 Fälle seit 2018, in denen Journalisten für insgesamt 14 Ministerien gearbeitet und dafür fette Honorare abgegriffen haben. Etwa 1,5 Millionen unserer Steuergelder sind dafür draufgegangen.
Diese unverschämte Vorgehensweise ist nicht nur skandalös, sondern greift direkt die demokratische Ausrichtung unserer Gesellschaft an. …
"Ausgewogen, objektiv, überparteilich. So sollten öffentlich-rechtliche Medien berichten. Das ist im Rundfunkstaatsvertrag ausdrücklich geregelt. Und tatsächlich ist eine unabhängige Presse Markenkern einer funktionierenden Demokratie. Wann aber waren wir jemals weiter von diesem Idealbild entfernt?"
Zu den Journalisten, die sich mit großem Eifer zu Werbefiguren der Regierung degradieren lassen, zählen auch Promis von ARD und ZDF. Noch als Tagesschau-Sprecherin erhielt Linda Zervakis 12.000 Euro dafür, Ministerien und Kanzleramt gefällig zuzuarbeiten und beispielsweise den Bundeskanzler im Juni 2022 bei einem Auftritt auf einer Messe in Berlin zu interviewen. Gefügig lieferte sie Scholz ein paar inhaltsleere Stichworte.
Hochgedient durch Flachheit
12.000 Euro! Es handelt sich hier um unsere Steuergelder, sollte man sich vor Augen halten. Scholz soll sich die Zervakis auch noch persönlich gewünscht haben. Da werden sich andere Moderatorinnen nun künftig gewiß mächtig ins Zeug legen, um auch bald zu den Ausgewählten zu zählen. Zervakis hatte sich hochgedient durch ihre peinlich-flachen Fragen an Scholz, Baerbock und Laschet im Rahmen des "Triells" zur Bundestagswahl 2021.
Dem Berliner Tagesspiegel paßt die ganze Diskussion ganz und gar nicht in den eigenen antideutschen Kram. Das Blatt heult: "Die AfD tut viel dafür, Medien als 'Systempresse', der öffentlich-rechtlichen Rundfunk als 'Staatsfunk' und den Rundfunkbeitrag als 'Zwangsabgabe' zu

verleumden. Das dürfte auch die Absicht gewesen sein, mit der diese Anfrage gestellt wurde."
Zur Nachhilfe für Tagesspiegel & Co.: Gute Journalisten sollten grundsätzlich kritisch daherkommen. Ihre Aufgaben bestehen darin, aufzudecken, zu recherchieren und zu kontrollieren. Politiker müßten gute Journalisten fürchten und sich schon deswegen besonders bemühen, bloß keine Angriffsfläche zu bieten. So entstünde eine Kontrollfunktion, von der die Gesellschaft insgesamt profitierte.
"Genug GEZahlt" hält demgegenüber fest: "Heute bilden herrschende Volksvertreter und etablierte Medienschaffende eine Mischpoke. Sie versorgen sich gegenseitig mit Informationen, sie starten gemeinsame Kampagnen, sie finanzieren sich, sie schieben sich Posten und Einfluß zu."

Auch BND-Zahlungen an Journalisten

Das hat System. Seit Jahren laden Kanzleramt und Ministerium Journalisten regelmäßig zu "Hintergrundgesprächen" ein. Hier, im trauten Kreis, streuen Politiker exklusive Infos und verschaffen den geladenen Reportern somit Wissensvorsprünge. Diese Zirkel schweißen natürlich zusammen und sorgen für Nähe und Kumpanei. Ein entsprechend gebauchpinselter Redakteur wird sich hüten, kritisch über die hohe Politik zu berichten. Man will ja schließlich wieder eingeladen werden. So entsteht ein Teufelskreis verhängnisvoller Abhängigkeiten. Journalisten mutieren zu Pressesprechern der Politiker.
Daß die Bundesregierung nun direkte Zahlungen an GEZ-Journalisten zugibt, bestätigt ein offenes Geheimnis. Sehr erleuchtend ist, was der Deutsche Bundestag bei der Präsentation der Regierungsantwort an die AfD-Fraktion hinzufügt:
"Nicht enthalten in der Aufstellung sind nach Angaben der Bundesregierung aus Gründen des Staatswohls Honorare, die der Bundesnachrichtendienst (BND) an Journalisten gezahlt hat, weil die Kooperationen des BND 'besonders schützenwert' seien."
Es gab also auch Geheimdienstzahlungen an Medienvertreter! Die Mainstream-Presse am Gängelband des BND? …
Der Ausfall und vor allem die Geheimdienst-Infiltration öffentlich-rechtlicher Medien gefährdet die Demokratie. …<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/25502" berichtete am 22. März 2023 (x1.319/…): >>**AKTE ORF: Korruption und politische Verflechtung im großen Stil**
Nächster Rücktritt innerhalb kürzester Zeit im ORF. Der Grund? Die manipulierte Berichterstattung zugunsten der Politik im großen Stil. Kla.TV blickt in dieser Sendung hinter die Kulissen des ORF! Wie steht es um die gesetzlich verankerte Unabhängigkeit des größten Medienkonzerns Österreichs? Vor der Bevölkerung verheimlichte Geheimabkommen der Regierungsparteien und die hier genannten Fakten zeigen, wie dramatisch es um den ORF tatsächlich steht.
Nächster Rücktritt im größten Medienkonzern Österreichs: ORF-Landesdirektor Robert Ziegler mußte sein Amt zurücklegen. Der Grund? Wieder einmal die manipulierte Berichterstattung im großen Stil zugunsten der Politik! Erst vor kurzem sah sich der ORF2-Chefredakteur Matthias Schrom wegen Korruption und geheimen Absprachen zum Rücktritt gezwungen. Der Vertrauensverlust der österreichischen Bevölkerung gegenüber dem ORF ist groß. Eigentlich müßte doch der ORF als vierte Staatsgewalt derjenige sein, der Korruption und Verfilzungen aufdeckt.
Diese aktuellen Entwicklungen und die Enthüllungen, die seit Jahren die österreichischen Mainstream-Medien insgesamt erschüttern, werden begleitet von einer Abmeldeflut der Bevölkerung von der ORF-Gebühr. Daher sah sich der ORF-Generaldirektor Roland Weißmann im November 2022 gezwungen, vor einer der "größten Finanzierungskrisen" in der Geschichte des Medienhauses zu warnen. Als Ursache für die düstere Prognose führte der ORF-Chef neben der Teuerung und den steigenden Energiekosten die zunehmenden Abmeldungen von der

ORF-Gebühr an.
Vor diesem Hintergrund wird zwischen der Politik und dem ORF gerade ein neues Finanzierungsmodell verhandelt. Der ORF wittert nun ein großes Geschäft und eine Chance, sich gegen die zunehmende Abmeldeflut abzusichern. Aktuell gilt die zukünftige Finanzierung in Form einer Zwangsabgabe für jeden österreichischen Haushalt bereits als beschlossene Sache. Der ORF würde dadurch 700.000 zusätzliche Zahler erhalten.
Argumentiert wird dies von Seiten der Politik und des ORF damit, daß sonst "die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags des ORF nicht mehr garantiert werden kann". Dieser gesetzliche Auftrag ist laut ORF-Gesetz unter anderem wie folgt festgelegt:
Der Österreichische Rundfunk hat bei Erfüllung seines Auftrages … die Sicherung der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung … zu gewährleisten.
ORF-Gesetz, §1 Absatz 3
Unabhängigkeit bedeutet Unabhängigkeit von Staats- und Parteieinfluß, aber auch Unabhängigkeit von … politischen oder wirtschaftlichen Lobbys.
ORF-Gesetz, Öffentlich-rechtlicher Kernauftrag § 4 Absatz 6
Wie steht es um die gesetzlich verankerte Unabhängigkeit des größten Medienkonzerns Österreichs?
Der ORF stellt sich selbst als unabhängig und weisungsfrei dar!
Die ORF-Information ist unabhängig
Wir sind unabhängig
Der ORF handelt unabhängig von politischen Parteien und anderen Interessengruppen und ist ausschließlich seinem Publikum und der Gesellschaft verpflichtet.
Die Realität zeigt jedoch ein völlig anderes Bild. Kla.TV blickt mit der nachfolgenden Untersuchung hinter die Kulissen dieser Selbstdarstellung des ORF!
1. ORF-Generaldirektor
Der Generaldirektor ist als Vorsitzender des ORF gleichzeitig der Informationsdirektor und hat somit großen Einfluß auf die inhaltliche Linie der ORF-Berichterstattung.
Wie sehr von Seiten der Politik auf diese Position Einfluß genommen wird, zeigt ein geheimes Zusatzabkommen der ÖVP-FPÖ-Regierung von 2017, das an die Öffentlichkeit gelangte. Darin wurde detailliert festgelegt, welche Partei welche Spitzenposten im ORF erhält.
Roland Weißmann wurde Anfang 2022 neuer Generaldirektor des ORF. Er galt zuvor als Wunschkandidat der ÖVP und wurde schließlich auch als ORF-Generaldirektor eingesetzt.
2. ORF- Stiftungsrat
Der Stiftungsrat ist das Kontrollorgan des ORF.
Im ebenfalls aufgeflogenen geheimen Abkommen der aktuellen Regierung zwischen ÖVP und den Grünen wurde beschlossen, daß der Vorsitz des ORF-Stiftungsrats künftig von einem GRÜNEN besetzt wird. Genau so kam es dann auch: Lothar Lockl wurde im Mai 2022 neuer Vorsitzender des ORF-Stiftungsrats. Er war zuvor unter anderem Bundesparteisekretär der Grünen und Wahlkampfleiter und Berater des Grünen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen.
Dem Stiftungsrat gehören 35 Mitglieder an. Auch in diesem Gremium wird von Seiten der Politik nichts dem Zufall überlassen. Von den aktuell 35 Stiftungsräten lassen sich 29 eindeutig einer politischen Partei zuordnen.
Die Stiftungsräte sind sogar in sogenannten politischen "Freundeskreisen" organisiert. Diese nennen sich z.B. ÖVP-Freundeskreis oder SPÖ-Freundeskreis und gelten als verlängerter Arm der Parteien. An deren Treffen und Vorbesprechungen nehmen immer wieder auch Mediensprecher und Parteivorsitzende der entsprechenden Parteien teil.
Wie sehr die Stiftungsräte politisch agieren, zeigen beispielsweise die Absprachen zwischen dem ehemaligen Stiftungsrat Markus Braun und dem damaligen Vizekanzler Heinz Christian

Strache.
Markus Braun: Lieber Heinz! Habe gerade gehört, daß ich in den Stiftungsrat einziehen werde. Vielen Dank für deine Unterstützung dafür.
Heinz Christian Strache: Wir verlassen uns auf dich und deine Loyalität!
Markus Braun: Das kannst du auch!!!
Die vor der Bevölkerung verheimlichten Geheimabkommen, deren praktische Umsetzung und die hier genannten Fakten zeigen, wie weit die Parteien in die Personalentscheidungen des ORF eingreifen. Dazu schreibt Verfassungsexperte Heinz Mayer: "Das ist eine klare Verletzung des Bundesverfassungsgesetzes über die Unabhängigkeit des Rundfunks." Auch die politische Besetzung des Stiftungsrates - das Kontrollorgan des ORF - ist eindeutig gesetzeswidrig.
Diese starke Verflechtung zwischen dem ORF und der Politik führte dazu, daß sich eine enorme politische Einflußnahme etablierten konnte. Die Folge davon ist, daß einerseits die Kontrollfunktion des ORF gegenüber der Politik massiv unterhöhlt ist. Anderseits darf sich der ORF auf die Politik verlassen.
So wurde beispielsweise 2018 von Seiten der Bevölkerung auf politischem Weg versucht, die zwingenden ORF-Gebühren zu streichen und diesen künftig einen Riegel vorzuschieben. Das Volksbegehren "ORF ohne Zwangsgebühren" wurde von 320.000 Österreichern unterzeichnet. Trotz dieser großen Unterstützung verschwand es nach einer Debatte im Nationalrat ohne große Beachtung in der Schublade.
Daß die österreichische Justiz in diesem Fall nicht schon längst eingeschritten ist, hat unter anderem - wie aus den geheimen Abkommen der Regierungen hervorgeht - den Grund, daß die Posten an den obersten Gerichtshöfen und die entscheidenden Schaltstellen in der österreichischen Justiz ebenso mit politischen Vertrauenspersonen besetzt werden.
Deshalb braucht es weiterhin neben unabhängigen Medien unbedingt auch unabhängige Gerichte, also ein unabhängiges Volkstribunal, das diese enormen Verflechtungen und diesen gefährlichen Machtmißbrauch gebührend ahndet und verbietet.<<
-Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 29. März 2023: >>**25 Euro GEZ-Gebühr? Jetzt reicht's!**
Von *Sven Eggers*
ARD und ZDF produzieren Skandal auf Skandal - und wollen uns dennoch immer mehr Geld abpressen. Wie können wir uns wehren? …
Um eigene Streaming-Dienste auszubauen, wollen die Öffentlich-Rechtlichen noch mehr Geld von uns. Dabei kassieren die Lügenmedien ja bereits Mondsummen über die Zwangsabgabe ab. Wie aus den entsprechenden Haushaltsplänen hervorgeht, beträgt der Gesamtetat von ARD, ZDF und Deutschlandradio jetzt erstmals über 10 Milliarden Euro. Den Hals aber bekommen sie nicht voll. Bald schon sollen wir statt 18,36 Euro satte 25 Euro bezahlen. ARD-Oberboß Kai Gniffke hat diese Planspiele zuletzt bestätigt.
Zwar können ARD und ZDF den Rundfunkbeitrag nicht selbstständig erhöhen, doch die dafür zuständige Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) nickt erfahrungsgemäß zuverlässig alles ab.
Raffgier statt Demut
Wer gedacht hatte, die Staatsmedien würden nach jüngsten Skandalen etwas demütiger agieren, sieht sich jetzt schon widerlegt. Gerade erst war aufgeflogen, in welchem Ausmaß GEZ-Journalisten geschmiert werden, um Gefälligkeitsjournalismus zu betreiben.
Eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion hatte es an den Tag gebracht: Die Bundesregierung mußte in der Antwort 200 Fälle seit 2018 einräumen, in denen Journalisten direkt für Bundesministerien gearbeitet und dafür fette Honorare abgegriffen haben. Etwa 1,5 Millionen unserer Steuergelder sind dafür draufgegangen.

Ausgewogen, objektiv, überparteilich. So sollten öffentlich-rechtliche Medien berichten. Das ist im Rundfunkstaatsvertrag ausdrücklich geregelt. Und tatsächlich ist eine unabhängige Presse Markenkern einer funktionierenden Demokratie. Wann aber waren wir jemals weiter von diesem Idealbild entfernt?

"Die Aufgaben guter Journalisten bestehen darin, aufzudecken, zu recherchieren und zu kontrollieren. Politiker müßten gute Journalisten fürchten und sich schon deswegen besonders bemühen, bloß keine Angriffsfläche zu bieten. So entstünde eine Kontrollfunktion, von der die Gesellschaft insgesamt profitierte."

Heute aber bilden herrschende Volksvertreter und etablierte Medienschaffende eine Mischpoke. Sie versorgen sich gegenseitig mit Informationen, sie starten gemeinsame Kampagnen, sie finanzieren sich, sie schieben sich Posten und Einfluß zu.

Der traute Kreis

Noch ein Beispiel: Seit Jahren laden Kanzleramt und Ministerium Journalisten regelmäßig zu "Hintergrundgesprächen" ein. Hier, im trauten Kreis, streuen Politiker exklusive Infos und verschaffen den geladenen Reportern somit Wissensvorsprünge. Diese Zirkel schweißen natürlich zusammen und sorgen für Nähe und Kumpanei.

Ein zu solchen Runden geladener Redakteur wird sich hüten, kritisch über die hohe Politik zu berichten. Man will ja schließlich wieder eingeladen werden. So entsteht ein Teufelskreis verhängnisvoller Abhängigkeiten. Journalisten mutieren zu Pressesprechern der Politiker.

Geheime Vorab-Infos

Soeben erst hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe angekündigt, es künftig zu unterlassen, ausgewählte Journalisten heimlich vorab Zugang zu Urteils-Infos zu verschaffen. Die bisherige Praxis war von mehreren Klagen bedroht. Sie sei rechtswidrig und stelle einen nicht zu rechtfertigenden Eingriff in das Recht auf Gleichbehandlung im publizistischen Wettbewerb, so die Gegenargumente.

Jetzt gibt das Bundesverfassungsgericht nach und kündigt leicht verschwurbelt an, auf diese schräge Praxis künftig zu verzichten:

"Im Hinblick auf die in den vergangenen Jahren eingetretenen Veränderungen des Umfelds überdenkt das Bundesverfassungsgericht gegenwärtig seine gesamten Kommunikationsstrukturen und -abläufe."

Das Vorgehen des Gerichts, bestimmte GEZ-Journalisten auf diese Weise zu bevorzugen, war ganz und gar intransparent erfolgt und war im Jahre 2020 ans Licht gekommen.

Immer bei den Mächtigen

Zugegeben: Die deutsche Presse hing auch in früheren Jahren jeweiligen Machthabern am Rockzipfel. Bis zum November 1918 war die schreibende Zunft betont kaisertreu, bis 1933 dann republikanisch, bis Mai 1945 stramm nationalsozialistisch. Auch Honecker und die SED konnten sich bis zum Fall der Mauer auf Sudel-Ede und Genossen verlassen.

Heute aber stecken noch mehr Geld, mehr Technik, mehr Perfidität, mehr Personal und auch mehr Bösartigkeit im Antriebsmotor von Funk und Fernsehen. Medienschaffende überwachen Herrschende nicht, sie begleiten sie nicht, sondern sie schützen sie verbissen. Wer nicht spurt, wird ausgegrenzt, geächtet, entmachtet, bekämpft - je nach Hartnäckigkeit der Verdachtsperson.

Wie zu Angestellten …

Vor einigen Jahren schon hatte Kolumnist und Verleger Jakob Augstein ein einem Beitrag für die Süddeutsche Zeitung beklagt, daß Journalisten und Politiker nicht mehr als Gegner, sondern vielmehr als Partner daherkämen. In Gesprächsrunden hätte beispielsweise Angela Merkel während ihrer Kanzlerschaft zu Reportern gesprochen "wie zu Mitarbeitern einer Abteilung im Kanzleramt".

Augstein legte den Finger seinerzeit in die Wunde: "Und wenn man es sich recht überlegt,

kommt man zu dem Schluß: Ja, so sehen sich mehr und mehr Journalisten auch selbst. Und wenn das so weitergeht, dann braucht man in der Tat keine Journalisten mehr. Dann tun Pressesprecher es auch." Augsteins Fazit: "Wenn Journalisten ihre Unabhängigkeit verlieren, werden sie zu Dienern. Zu Staatsdienern. Solche Journalisten braucht kein Mensch." …<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtete am 31. März 2023 (x1.276/…): >>**Es geht nicht um die Wahrheit - Der Weg des Meinungsterrors in den totalitären Staat**

Im heutigen Parteiensystem ist an die Stelle inhaltlicher Auseinandersetzungen um die Wahrheit und die rechten Wege gesellschaftlicher Gestaltung der politische Kampf um Teilinteressen getreten und um die Macht, sie gegen die Anderen durchzusetzen. Wer widerspricht, wird nicht widerlegt, sondern im parteipolitischen Links-Rechts-Schema polar als extremistischer Demokratie-Feind verortet, um ihn auf diese Weise in der medial verseuchten öffentlichen Meinung persönlich zu diskreditieren, zu isolieren und auszuschalten. -

Doch wer die Erkenntnis-Ebene verläßt und zur Diffamierung parteipolitische Einordnung betreibt, dem geht es nicht um die Wahrheit, sondern mit den Mitteln seelischen Terrors um die Macht.

Das Streben nach Wahrheit

Die Wirklichkeit ist viel größer und umfassender als die schmale Seite, die wir durch unseren gegenwärtigen Gesichtspunkt gerade erfassen. Halten wir diese bereits für die volle Wirklichkeit, leben wir im Vorurteil und in der Illusion. Kommen mehrere Menschen zusammen, kommt objektiv eine Vielfalt von Gesichtspunkten und Aspekten der Sache zusammen. Denn jeder steht biographisch an einem anderen Ausgangspunkt, von dem die Perspektive seines Wahrnehmens und Denkens bestimmt wird.

In einem gemeinsamen Erkenntnisbemühen kommt es darauf an herauszufinden, von welchem Gesichtspunkt der andere spricht, und anzuerkennen, daß dieser ebenso berechtigt und notwendig ist wie der eigene. Falsch sind seine Gedanken nur, wenn sie auch von seinem Gesichtspunkt aus irrtümlich sind. So müssen alle Aspekte einer Sache zu einem Gesamtbild zusammengestellt und daraus Handlungsinitiativen im Interesse des Wohles aller entwickelt werden.

Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: Sozialisten blicken auf den Aspekt der benachteiligten Arbeitnehmer, die für den Profit weniger Kapitaleigentümer ausgebeutet werden, und wollen diese entmachten, indem sie das Privateigentum am Kapital in Gemein-, in Staatseigentum überführen wollen. Liberale haben die unternehmerische Freiheit im Auge, die erst große Leistungen ermögliche und auch ihre Belohnung verdiene. Sozialdemokraten schauen auf den Staat, der die Arbeiter gesetzlich schützen und über Steuern zum Ausgleich ein Sozialsystem finanzieren solle.

Jede Seite hält ihre Beobachtungen und Gedanken für richtig und die damit nicht übereinstimmenden der anderen für falsch, so daß sich die verschiedensten Auffassungen wie monolithische Blöcke gegenüberstehen, zumal die anderen ja nicht als wohlmeinende Erkenntnissuchende, sondern als Gegner um die Macht betrachtet werden.

Selbstverständlich ist die Forderung des Sozialismus objektiv berechtigt, die Ausbeutung der Arbeitnehmer zu beseitigen, die auf einem Abhängigkeitsverhältnis vom Unternehmen beruht, das wiederum aus dem Privateigentum am Unternehmenskapital hervorgeht. Die Forderung der Liberalen nach der unternehmerischen Initiative, die des freien Verfügungsrechts bedürfe, ist aber ebenso berechtigt.

Man muß also eine neue Eigentumsform entwickeln, in der die Ausbeutung der Arbeitnehmer ausgeschlossen wird, zugleich aber die unternehmerische Freiheit und schöpferische Initiative erhalten bleiben. Auch die Forderungen der Sozialdemokraten sind berechtigt, indem Arbeitszeit, Kündigungen, Lohnhöhe etc. an rechtliche Standards gebunden werden. Ja man muß so-

gar noch weitergehen und in der Betriebsverfassung alle Betriebsangehörigen, die unternehmerisch Leitenden wie die übrigen Mitarbeiter, im Verhältnis zum Unternehmen rechtlich auf eine Ebene stellen.
Das Streben nach der Erkenntnis der vollständigen Wirklichkeit muß allen Debatten und Beratungen eines demokratischen Parlaments zugrunde liegen, wenn es ein solches sein soll. Wer dagegen seine eigene Ansicht für die einzige berechtigte hält, auf ihre unbedingte Gültigkeit pocht und daneben keine andere duldet, hat nicht den Willen zur Wahrheit. Es geht ihm in unbewußtem Egoismus um die alleinige Deutungshoheit.
Oder - noch schlimmer - er verfolgt bewußt bestimmte Ziele, die nur erreichbar sind, wenn die eigene Ansicht als die einzig korrekte gilt und dies mit gleichgeschalteten Medien abgesichert wird, aus der Position der parlamentarischen Stärke alle abweichenden Ansichten ignoriert oder dadurch aus dem Feld geschlagen werden, daß man gar nicht auf sie eingeht, sondern denjenigen, der sie äußert, als Kommunisten, Rechtsextremen, Nazi, Demokratiefeind, Rassisten, Antisemiten, Querdenker etc. etc. diffamieren und zum Schweigen bringen will, wobei diese Bezeichnungen beliebig mit diffusen Inhalten gefüllt werden. Damit ist die Auseinandersetzung aus dem geistigen Niveau der gemeinsamen Wahrheits-Suche in die Niederungen der seelischen Gewalt abgesunken.
Das erinnert an die Auseinandersetzung von Halbstarken, bei denen unbequeme Argumente schnell mit geringschätzigen und herabsetzenden Schimpfworten, also mit seelischen Verletzungen des Anderen beantwortet werden, die aus der Position physischer Stärke oft noch in körperliche Schläge übergehen. Es ist im Grunde dasselbe Niveau, nur daß es in der Politik in der Regel bei seelischen Verletzungen bleibt, die aber auch schwere physische existentielle Folgen haben können; zu Schlägereien ist es aber in europäischen Parlamenten auch schon gekommen.
Der peruanische Nobelpreisträger für Literatur Mario Vargas Llosa, der 1987 als Präsidentschafts-Kandidat für drei Jahre in die Politik ging, schilderte seine Erfahrungen so:
"Sie können die hehrsten Ideen haben, aber sobald es an deren Verwirklichung geht, sind Sie Intrigen, Verschwörungen, Paranoia, Verrat und Abgründen an Schmutz und Niedertracht ausgesetzt. Wenn ich eins über den Morbus der Politik gelernt habe, dann dies: Der Kampf um die Macht lockt die Bestie in uns hervor. Was den Berufspolitiker wirklich erregt und antreibt, ist das maßlose Verlangen nach Macht. Wer diese Obsession nicht hat, wird der kleinlichen und trivialen Praxis der Politik angeekelt den Rücken zukehren."

Das Parteiensystem

Parteien (lat. pars = Teil) vertreten von vorneherein weltanschauliche, politische, wirtschaftliche oder kulturelle Teil-Interessen, die sie durch möglichst viele Vertreter im Gesetzgebungsverfahren des Parlamentes und in der Regierung durchsetzen und zu den allein bestimmenden machen wollen. Es handelt sich um organisierte Gruppeninteressen, die primär nicht das Ganze, das Wohl und die berechtigten Interessen aller, sondern Einseitigkeit, Egoismus und Macht eines Teiles im Auge haben.
Sie sind in ihrem Machtstreben auf Konfrontation und Kampf angelegt, was durch das polare Links-Rechts-Schema noch schlagwortartig verschärft wird. Parteien sind daher Feinde eines freien und umfassenden Erkenntnisbemühens um die rechten Wege gerechter Gemeinschaftsgestaltung. Sie sind in Wahrheit Feinde eines offenen Diskurses und damit einer wirklichen Demokratie.
Dies zeigt sich extrem in den heutigen Parlamenten darin, daß eine neue Oppositionspartei wie die AfD von den alteingesessenen Parteien permanent als neonazistische und demokratiefeindliche Partei beschimpft und diffamiert und auf ihre inhaltlichen Argumente überhaupt nicht ernsthaft eingegangen, sondern sie überwiegend keifend ignoriert werden.
Im Parlament Berlins z.B. treibt das solche Blüten, daß stets dann, wenn ein AfD-Abge-

ordneter ans Rednerpult tritt, die anderen Fraktionen ihre Ignoranz und Verachtung dadurch zeigen, daß sie teilweise beginnen, auf ihrem Handy zu tippen, auf dem Laptop zu schreiben, demonstrativ hinausgehen, sich in diskutierenden Gruppen zusammenstellen und dabei z.T. auch auf dem Boden sitzen.
Nicht einmal im Fahrstuhl werde man als AfD-Abgeordneter von den anderen gegrüßt, auch wenn man selbst höflich grüße, so berichtet der Abgeordnete Antonin Brousek, gebürtiger Tscheche und Richter am Amtsgericht: "Das ist eine subtil-primitive Art, wo man eigentlich Schläge durch Ignoranz ersetzt. Manchmal hat man das Gefühl, die würden einem am liebsten ins Gesicht schlagen." Diese Leute "wollen keine Diskussion und lehnen diese ab, weil sie ja davon ausgehen und wissen, daß sie die Weisheit ohnehin mit Löffeln gefressen haben." Er bezeichnete das Parlament als eine Mischung aus "Irrenhaus und Lyzeum".
Deutlicher, arroganter und unverfrorener können die wahren antidemokratischen Gesinnungen dieser Parteivertreter nicht zutage treten. Aus den Parteien wächst der Meinungs- und Gesinnungsterror der heutigen Zeit, der das fundamentale demokratische Grundrecht aller, ihre Auffassung gleichberechtigt geltend zu machen, aggressiv ausschaltet.
Das Parteiensystem hat sowieso schon längst das tragende Funktionsprinzip eines demokratischen Rechtsstaates, die Gewaltenteilung, de facto außer Kraft gesetzt. Die Mehrheitspartei im Parlament beherrscht die Legislative - eine Opposition kann nichts verhindern, sondern nur fürs Fenster reden - wählt und stellt die Exekutive, die wiederum die Verwaltung der Gerichte in der Hand hat, die Richter einstellt, beurteilt und befördert - oder auch nicht.
Alle drei staatlichen Gewalten sind in der Hand ein und derselben Partei oder Koalition, womit die gedachte Demokratie zur Parteien-Oligarchie deformiert ist, die sich durch das Parteien-Wahlsystem stets selbst erneuert.
Der Basler Philosoph Karl Jaspers wies schon in den 60er-Jahren des vorigen Jahrhunderts auf die Wirklichkeit der Parteien-Oligarchie hinter demokratischer Fassade hin, welche die Tendenz zur Diktatur in sich trage, eine Tendenz, die sich gegenwärtig bereits weitgehend realisiert hat.
Dadurch, daß auch die "vierte Gewalt", die großen Medien, gleichgeschaltet und von den herrschenden Parteien und der Regierung zum einseitigen Propaganda-Apparat instrumentalisiert sind, nimmt das Ganze totalitäre Züge an. Durch die flächendeckende einseitige und oft verfälschende Berichterstattung lebt der Bürger nicht in der vollen Wirklichkeit, die freie Erkenntnismöglichkeit des Volkes, des demokratischen Souveräns, wird eingeengt und weitgehend verhindert, so daß es selber gar nicht mehr urteilsfähig ist, sondern folgsam den vorgegebenen Wirklichkeitszusammenhang und die einsuggerierten Urteile übernimmt.
Das bedeutet: Die heutige totale Lügenpropaganda der Mainstream-Medien, insbesondere des staatlichen Rundfunks, hat die Demokratie bereits von innen, in ihrem Kern, beseitigt. Die demokratischen Organisationen und Abläufe bleiben zur Täuschung als hohle Kulisse bestehen, aber alle Staatsgewalt geht in Wahrheit gar nicht mehr vom Volk als dem ursprünglichen Souverän, sondern von den herrschenden Parteien aus.

Der Stellenwert der parteipolitischen Diffamierungen

Vor diesem Hintergrund zeigt sich der Wert der parteipolitischen Einordnung von Kritikern in das Extremfeld des Parteienspektrums: eine primitive, gegen die Integrität und Würde des Menschen selbst gerichtete Kampfmethode einer antidemokratischen Parteien-Oligarchie, die die Ausbreitung einer allgemeinen gemeinsamen Suche nach Erkenntnis der Wahrheit um jeden Preis verhindern will, da dadurch ihre unumschränkte Machtposition gefährdet wird.
Das führt sogar zu der irren Methode, daß allein schon der Kontakt zu jemandem, der vorher als rechtsextrem erklärt worden ist, die Betreffenden ebenfalls dazu macht, so etwa durch die gemeinsame Teilnahme an einer Demonstration, wobei oft der eine gar nichts vom anderen weiß. Selbst ein Gespräch oder ein Vortrag kann ja gerade dem Versuch dienen, die Position

des Anderen aufzuweichen. Eine schuldhafte Verbindung wird auch allein darin gesehen, daß jemand der Erkenntnis eines angeblich Rechtsextremen zustimmt.
Absurd, denn deren Wahrheit wird ja nicht dadurch unwahr, daß dieser sie äußert, sondern nur, wenn sie inhaltlich falsch ist. Es werden gezielt oberflächliche, gedankenleere Assoziationen hergestellt, die einzig der Diffamierung der Menschen dienen und von den Inhalten, ihrer Wahrheit und evtl. Bedeutung für die Gesellschaft ablenken sollen.
Geradezu grotesk wird es, wenn die systemisch und auch vielfach in ihren Methoden Verfassungs- und Demokratie-feindlichen Parteien bzw. ihre Vertreter und Sympathisanten den Kritikern in der Querdenker-Demonstrationsbewegung z.B., die eben auf diese Demokratie-Feindlichkeit hinweisen, Staats-, Demokratie- oder Verfassungs-Feindlichkeit vorwerfen.
Wer wirklich selbständig denkt und nicht wie stromlinienförmig vorgegeben, muß kreuz- und quer denken, um zur Wahrheit zu kommen. "Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom", heißt es treffend. Es ist für die erkenntnisfeindliche Stimmung in der Öffentlichkeit symptomatisch, daß gerade "Quer-Denker" so diffamiert werden.
Es handelt sich um einen allgemeinen Verfall der politischen Kultur, ein Absinken vom geistigen Niveau gemeinsamer Erkenntnisbemühungen um die Wahrheit und die rechten Wege sozialer Gestaltung in die Abgründe persönlicher Niedertracht und seelischen Terrors, die totalitäre Ausmaße angenommen haben.
Dies ist das allgemeine Kennzeichen: Wer den Anderen nicht in der Sache widerlegt und begründet, inwiefern seine Aussage verwerflich ist, sondern statt dessen persönlich diffamiert, offenbart damit, daß es ihm nicht um die Wahrheit geht.

Eindringen in anthroposophische Institutionen

Diese Gesinnungen und Methoden sind zu weiten Teilen auch in das sonstige gesellschaftliche Leben eingedrungen und vielfach zur Gewohnheit persönlicher Auseinandersetzungen geworden. Beispielhaft seien Erscheinungen in der Anthroposophischen Gesellschaft und im "Bund der Freien Waldorfschulen" betrachtet.
Beide sahen sich in der Corona-Krise heftigen Angriffen der Mainstream-Medien gegen die Anthroposophie und die Waldorfschulen ausgesetzt. Erneut flammten Vorwürfe wegen Rassismus und aktuell wegen der Teilnahme zahlreicher Anthroposophen und Waldorfleute an regierungskritischen Corona-Demonstrationen der "rechtsextremen" Querdenker auf, die dort eine treibende ideologische Kraft bilden würden.
In der Vierteljahresschrift "Anthroposophie", Ostern 2022, herausgegeben von der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland, schrieb der leitende Redakteur Jost Schieren, Professor für Waldorfpädagogik an der Alanus-Hochschule Alfter, in einem Artikel "Anthroposophie in der Kritik" zur Abwehr solcher Angriffe:
"Ohne Zweifel gibt es auch unter den Anthroposophen - wie übrigens überall in unserer postmodernen Gesellschaft - eine ´neue Rechte', die als solche in ihren Protagonisten (Beispiele: Axel Burkart, Martin Barkhoff, Caroline Sommerfeld-Lethen, Thomas Meyer) und auch Publikationsorten leicht identifizierbar ist. Für deren krude Argumentation muß Steiners Esoterik herhalten."
Das seien aber Ausnahmen, die "wegen ihrer skurrilen Unzeitgemäßheit auffällig sind, die aber nicht die anthroposophische Bewegung und nicht deren offizielle Institutionen vertreten."
Die "Anthroposophie als System und auch in ihrer öffentlichen Repräsentanz" sei "demokratisch und humanistisch aufgestellt".
Schieren geht also völlig unkritisch auf die parteipolitische Diffamierungs-Ebene ein, welche die von links-grünen Journalisten dominierten Mainstream-Medien vorgeben. In einem beflissen sich anpassenden Streben, wissenschaftlich und gesellschaftlich anerkannt zu werden, das in seinen Artikeln zum Ausdruck kommt, gibt er, mit dem Finger auf einige "neue rechte" schwarze Schafe deutend, den Medien eilfertig Recht, um dadurch um so wirkungsvoller von

sich und der Anthroposophischen Gesellschaft abzulenken.
Da er die Erkenntnisebene verlassen hat, auf der die Anthroposophie eigentlich zu Hause ist, weist er nicht nach, worin die "krude Argumentation" dieser vier Menschen, die sich ihr ganzes Leben mit der Anthroposophie befassen, denn bestehe, die sie - das ist im diffusen Begriff "rechts" ja inbegriffen - zu Faschisten oder Nazis mache, denen gegenüber er das "demokratische und humanistische" Aufgestelltsein der "Anthroposophie als System und auch ihrer öffentlichen Repräsentanz" betonen muß.
Damit zeigt er, daß es ihm auch nicht um Erkenntnis, sondern um infame Diffamierung geht, ob er sich dessen in seinen edlen Vorstellungen bewußt ist oder nicht.
Noch offensiver schwenkt auf die Methoden parteipolitischer Diffamierung der Bund der Freien Waldorfschulen ein, der das November-Heft 2022 der von ihm herausgegebenen Monatsschrift "Erziehungskunst" schwerpunktmäßig dem Kampf gegen "rechts" u.a. auch in den eigenen Reihen widmet, wobei unter "rechts" unmißverständlich rechtsextrem, nationalsozialistisch, verstanden wird.
Unter der Parole "Klare Kante gegen rechts", die seit Jahren wörtlich so von Politikern linker Parteien als Kampfmethode eingesetzt wird, werden auch hier langjährige Anthroposophen namentlich direkt oder durch "Kontaktschuld" rechtsextrem verortet, ohne daß eine erkenntnismäßige Auseinandersetzung mit ihren Auffassungen stattfände. Ich habe mich damit detailliert in einem vorigen Artikel auseinangesetzt.
Während bei dem Prof. Schieren als publizistischem Repräsentanten der Anthroposophischen Gesellschaft die beflissene Anpassung an die öffentliche Meinung und die Gier nach gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Anerkennung das treibende Motiv seines Abfalls in die Ebene menschlicher Niedertracht erscheint, ist der Bund der Waldorfschulen ganz offensichtlich von aktiven Politikern linker Parteien und ihrer Sympathisanten unterwandert, welche die Waldorfschulen von ihrem anthroposophischen Geist ab in eine ganz andere Richtung lenken.
Stephan Eisenhut, Redakteur der zweiten von der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland herausgegebenen Zeitschrift "Die Drei", schreibt immerhin treffend:
"Das berechtigte Anliegen, problematische Ansichten als solche zu kennzeichnen, sollte möglichst konkret und aus der Anthroposophie heraus verwirklicht werden, nicht durch die Einordnung in ein diffuses Rechts-links-Schema."
Damit ist die Erkenntnisebene angesprochen, aus der heraus allein eine menschenwürdige Auseinandersetzung stattfinden kann. Sie setzt Unvoreingenommenheit und ein sorgfältig ausgebildetes Verantwortungsgefühl voraus, nur das zu behaupten, was man als Tatsache selbst überprüft hat.
Rudolf Steiner stellte dafür an die Anthroposophen die höchsten Anforderungen. Er ist ja schon zu seinen Lebzeiten auf das heftigste diffamiert und auch verleumdet worden, da man vor Entstellungen und Fälschungen seiner schriftlichen und mündlichen Ausführungen nicht zurückscheute. Er appellierte an die Anthroposophen nicht nur, dem durch Entlarven der Unwahrheiten entgegenzutreten, sondern in ihren eigenen Mitteilungen selbst die größte Sorgfalt auf Wahrhaftigkeit zu üben:
"… Wenn dasjenige, was ich hier Geisteswissenschaft nenne, in der Welt wirklich durchdringen will, so ist dazu erforderlich, daß ein Boden ehrlichster und aufrichtigster Wahrhaftigkeit für dasjenige, was die Geisteswissenschaft der Welt zu sagen hat, da sei. Und ich habe oftmals darauf aufmerksam gemacht, daß im Kleinsten es notwendig ist von denjenigen, die sich beteiligen wollen an solch einer geisteswissenschaftlichen Bewegung, zu sehen, wie selbst in den unbedeutendsten Worten und in der unbedeutendsten Mitteilung der alltäglichsten Tatsache absoluteste wortgetreue Wahrhaftigkeit herrschen müsse.
Denn dasjenige, was das Nicht genaunehmen mit der Wahrheit in der Alltäglichkeit ist, das hat eine innere Wachstumskraft, das wächst, das hat eine eigene Vitalität, und das wächst sich

dann aus zu diesen Dingen, die eigentlich nicht mehr charakterisiert werden können, weil sie alles Maß des Menschlich-Gemeinen überschreiten, weil in Menschen, die in einer solchen Weise ihre gemeine Verleumdungssucht auf Papier mit Druckerschwärze vervielfältigen dürfen, dasjenige steckt, was unsere Kultur korrupt macht.
Und es ist durchaus eine Wahrheit, dass, solange nicht der Kampf aufgenommen wird in ernstlicher und ehrlicher Weise gegen alles dasjenige, was aus solcher Ecke herauskommt, die Menschheit weiter in die Dinge hineinsegeln wird, die heute nun gründlich wahrzunehmen sind."
Es geht um die Erkenntnisebene, die sachliche Auseinandersetzung auf der Suche nach der Wahrheit. Voraussetzung dafür ist die sorgfältige und genaue Wiedergabe dessen, was der Andere gesagt oder geschrieben hat. Das hat Rudolf Steiner hier im Zusammenhang mit der Wiedergabe seiner mündlichen und schriftlichen Aussagen gesprochen, weist aber auf allgemeine Gültigkeit. Was den Artikel von Jost Schieren und die Artikel in der "Erziehungskunst" kennzeichnet, ist das "Nicht genaunehmen mit der Wahrheit". Es wird entweder überhaupt nicht oder nur verkürzt interpretierend oder entstellend zitiert.
Mit diesen Dingen, die alles Maß des Menschlich-Gemeinen überschreiten, haben wir es heute in breitestem Maße zu tun. Wir befinden uns in sich beschleunigender Fahrt erneut auf der abschüssigen Bahn in totalitäre Verhältnisse, woran sogar Anthroposophen oder solche, die sich so bezeichnen, kräftig mitwirken.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 15/23" berichtete am 6. April 2023 (x1.387/…):
>>**Pranger für Andersdenkende häufen sich**
Endlich wieder denunzieren
Björn Harms
Der einfache Bürger steht heutzutage unter Generalverdacht. Im Westen hat sich ein Wahrheitsregime etabliert, orchestriert von der sogenannten Zivilgesellschaft, üppig finanziert vom Staat, der sich durch die Auslagerung der Verächtlichmachung den Zensurvorwürfen entziehen kann: Die Amadeu-Antonio-Stiftung prangert Andersdenkende mittels einer Antifeminismus-Meldestelle an. Greenpeace erschafft ein Denunziationsportal, bei dem Umweltsünder gemeldet werden sollen. In Nordrhein-Westfallen können ab Sommer "queerfeindliche" Personen, auch wenn diese gegen kein Gesetz verstoßen haben, beim Verein "Queeres Netzwerk" gebrandmarkt werden.
In die Medienberichterstattung greift der "staatlich-industrielle Zensurkomplex" (Henryk M. Broder) sogar aus dem Ausland ein. Die vom US-Außenministerium finanzierte Agentur "Newsguard" versieht mißliebige Medienportale in Deutschland mit einem "Fake News-Stempel". Einer der Leidtragenden der Anschwärzung, die "Achse des Guten", zieht nun vor Gericht.
Wer gibt dieser dubiosen Firma, bei der ein früherer CIA- und NSA-Chef mit im Beirat sitzt, das Recht, in Deutschland über Wahrheit und Lüge zu entscheiden und durch den Schwefelvorwurf "Fake News" Werbekunden zu vergraulen? Die Allzweckwaffe "Desinformation" heiligt die Mittel. Eine inhaltliche Wahrheitsfrage wird im woken Westen überhaupt nicht mehr gestellt. Es geht um die Unterordnung unter das herrschende Narrativ. "Reaktionäre Kräfte" sollen öffentlich gedemütigt, Unentschlossene abgeschreckt werden. Sie stehen der bunten und klimagerechten Utopie nur im Weg.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 15/23" berichtete am 6. April 2023 (x1.387/…):
>>**Streit um staatliche Fördergelder**
Verdeckte Pressefinanzierung: Das Landgericht Berlin stoppt die Kulturzeitschrift "Sinn und Form"
Paul Leonhard
Wie zu tiefsten Regimezeiten lesen Autoren wieder aus ihren zwar schon druckfertigen, aber

wegen eines Verbotes nicht veröffentlichten Texten.
So geschehen am Sonntag im Literarischen Colloquium Berlin. Lutz Seiler, Gisela von Wysocki, Wolfgang Matz, Katharina Winkler, Hans Joas, Kornelia Koepsell, Friedrich Dieckmann, Avrina Jos und Emanuel Maeß waren bereit, am Vorabend des Geburtstages von Peter Huchel, des ersten Chefredakteurs der Zeitschrift Sinn und Form, Texte aus ungedruckten Heften zu lesen und miteinander und mit dem Publikum über die Bedeutung von Zeitschriften im literarischen Leben zu diskutieren.
Vier Tage zuvor stand bereits die wettbewerbsrechtliche Klage gegen die renommierte Kultur- und Literaturzeitschrift Sinn und Form, die aktuell per Gerichtsbeschluß und unter Androhung von einem Ordnungsgeld von bis zu 250.000 Euro nicht gedruckt und ausgeliefert werden darf, im Mittelpunkt einer Diskussion im Literaturhaus Berlin, in der sich Verfassungsrechtler Christoph Möllers, die Zeitschriftenherausgeberin Sieglinde Geisel, der Schriftsteller Durs Grünbein sowie Sinn und Form-Chefredakteur Matthias Weichelt äußerten.
Auch hier ging es um Fragen wie die, ob Kultur und Literaturzeitschriften umstandslos "der Presse" gleichzusetzen sind, ob im publizistischen Bereich stärker auf die Kräfte des Marktes gesetzt werden sollte und ob eine Institution wie die Akademie der Künste berechtigt ist, eine literarische Zeitschrift zu publizieren.
Die Klage gegen zwei Kulturzeitschriften und ein Onlineportal sowie ein bisher ergangenes Urteil des Berliner Landgerichts (Az.: 52 O 64/22) haben durchaus das Potential, an den Grundfesten der Bundesrepublik zu rütteln. Es geht um das Verhältnis von Presse- und Kunstfreiheit zueinander und letztlich um die ganz große Frage, ob der deutsche Staat den in einer existenzbedrohenden Krise steckenden Printmedien finanziell unter die Arme greifen sollte, wie es andere europäische Länder - Österreich, Frankreich, Schweden - in unterschiedlichen Formen längst tun.

Während der Corona-Zeit Unterstützung beantragt

Andererseits sind Zeitschriften beispielsweise für die Sinn und Form-Mitarbeiter keine schnöden Tages- oder Wochenzeitungen, sondern stehen "in der Reihe der Publikationsformen genau in der Mitte zwischen dem dauernden Werk und der vergänglichen Presse". So schrieb der Historiker und Publizist Gustav Seibt anläßlich des 50. Geburtstages in der Ausgabe 2/1999: "Zeitschriften sind ein Ort, an dem die soeben vorfallende Geschichte schon eine überlieferbare Gestalt annimmt, denn sie setzen eine erste Übersicht über das Geschehene voraus.
Sie bringen kleine Werke, Essays und Gedichte, Auszüge aus kommenden Werken, schließlich Dokumente in eine Konstellation, in der sie einander wechselseitig beleuchten. Ihre Lichtquelle ist der gemeinsame Zeitpunkt des Erscheinens, die Aktualität von Monat und Vierteljahr. Zeitschriften landen nicht im Müll, sondern im Bücherregal; dort werden sie zu einem über die Jahre fortgesponnenen Werk."
Demnächst könnte für drei das letzte Stündlein geschlagen haben: neben Sinn und Form, der "dienstältesten Hauspostille des klassischen Humanismus", die bisher allen historischen Umbrüchen getrotzt hat, der vom Auswärtigen Amt finanzierten Zeitschrift Kulturaustausch sowie dem vom Literarischen Colloquium Berlin betriebenen und vom Außenministerium geförderten Onlineportal "LCB diplomatique".
Sie alle hat Frank Berberich, Herausgeber der Kulturzeitschrift Lettre International, im Visier, weil sie durch den Staat finanziert würden. Im Gegensatz zur 1949 vom ehemaligen expressionistischen Dichter Johannes R. Becher gegründeten und seit 1950 unter dem Dach der Berliner Akademie der Künste erscheinenden Sinn und Form war Lettre International, erstmals 1988 mit einer Anschubfinanzierung durch die taz in West-Berlin ins Leben gerufen, bis zum staatlich verordneten kulturellen Corona-Lockdown der sehr lebendige Beweis, daß eine anspruchsvolle Kulturzeitschrift sehr wohl über den Markt, also über Abos und Anzeigen, zu finanzieren ist.

Das änderte sich mit der Pandemie. Wie die Buchbranche beantragte Berberich finanzielle Unterstützung, wurde aber unter Verweis auf den Grundsatz der Staatsferne der Presse abschlägig beschieden. Keine staatlichen Corona-Hilfsgelder also für Lettre International. Der Groll muß schon sehr groß gewesen sein, wenn Berberich daraufhin zur Jagd auf Sinn und Form beziehungsweise die Akademie der Künste blies, hatte diese ihm doch 2010 den Will-Grohmann-Preis verliehen und Lettre International 2018 den Konrad-Wolf-Preis.

Schriftsteller und Künstler protestieren gegen die Klage

Den 74jährigen, einstigen Mitgründer der taz ärgerte mächtig, daß der Mitbewerber schon immer genau das erhielt, was ihm verwehrt wurde. Schließlich finanziert sich die Akademie der Künste als bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts im wesentlichen aus Mitteln des Bundeshaushaltes.

Wenn sie aber mit diesen Geldern ein Kulturperiodikum herausgebe, behindere sie den freien Wettbewerb, was im eklatanten Widerspruch zur verfassungsrechtlich geschützten Freiheit der Presse stehe.

Tatsächlich wird Sinn und Form mit mehr als 330.000 Euro jährlich subventioniert. Die 2.200 Abonnenten zahlen lediglich 45 Euro für sechs Hefte mit mehr als 850 Seiten.

"Marktwirtschaftlicher Erfolg, Leistung, Qualität, Exzellenz werden nicht gewürdigt und honoriert, sondern geradezu bestraft", schreibt der Lettre-Chef. Eine Zeitschrift mit 2.000 Käufern werde mit Geld überhäuft, eine Zeitschrift mit einem Mehrfachen an Käufern ignoriert und blockiert. Die unsubventionierte Zeitschrift sei "dabei perverserweise überdies gezwungen, mit den von ihr gezahlten Steuern Dumpingpraktiken des steuersubventionierten Konkurrenten zu finanzieren".

Letztlich zielt die Klage gegen eine verdeckte Pressefinanzierung durch den Staat, wie dieser sie auch durch ganzseitige Anzeigen von Ministerien oder nachgeordneten Einrichtungen in ihm genehmen Tages- und Wochenzeitungen praktiziert. Nur ist im vorliegenden Fall eine konkrete Ausgabe einer Zeitschrift betroffen, die nicht erscheinen darf, und mit ihr auch jene Autoren, die die Veröffentlichung ihrer Beiträge schon vor Augen sahen, sowie Leser, die sich darauf gefreut haben.

Berberichs Versicherung, es ginge ihm ausschließlich um Wettbewerbsgerechtigkeit und Verfassungskonformität, mochte man ihm nicht so recht abnehmen. Im Gegenteil: Man habe den Eindruck, "als ob es Berberich darum ginge, nicht allein unterzugehen", giftete Akademie-der-Künste-Mitglied Friedrich Dieckmann in der FAZ.

Dazu kommt, daß Berberich schon 2006 im Streit um die vom Literaturfonds mit 300.000 Euro subventionierte geplante Buchmessenausgabe der Zeitschrift Volltext geschrieben hatte: "Wieder greift die Beamtenhand in die öffentliche Schatulle, um den eigenen publizistischen Ehrgeiz am Markt zu befriedigen - nur ein lächerliches Schauspiel."

Berberichs juristische Argumentation sei nicht unschlüssig, eine grundsätzliche Klärung sicher sehr sinnvoll, auch weil es zunehmend schwieriger werde, Kulturzeitschriften, aber nicht nur diese, über den Markt zu finanzieren und am Leben zu erhalten, sagte der Kulturwissenschaftler Ekkehard Knörer, seit 2017 Mitherausgeber der durch eine Stiftung finanzierten, monatlich erscheinenden Kulturzeitschrift Merkur, im Deutschlandfunk.

Von einer Attacke auf die "Vielfalt des literarischen Lebens, das nicht nur marktwirtschaftlicher Logik folgt, sondern auf privates und öffentliches Engagement angewiesen ist", schreibt der Beirat von Sinn und Form. Dem Protest gegen die Klage haben sich Schriftsteller wie Daniel Kehlmann, Ingo Schulze, Kathrin Röggla und Eva Menasse, der Philosoph Peter Sloterdijk, Publizisten wie Helmut Lethen und Rüdiger Safranski und die Schauspieler Ulrich Matthes, Jutta Wachowiak und inzwischen viele andere angeschlossen.

Zumal der Richter die Zielrichtung der Anklage zwar verstand, es aber tunlichst vermied, Richtungsweisendes zur Frage der Staatsfreiheit oder gar zu den grundrechtlich geschützten

Interessen der Akademie der Künste zu urteilen. Statt dessen stellte er lapidar fest, daß der Akademie die Gebührenordnung fehle, die aber in deren Satzung gefordert wird. Und dieses Versäumnis könne sie selbst heilen.
"Damit geht das Gericht der Frage aus dem Weg, ob aus potentiellen Einflußnahmemöglichkeiten des Staates auf bestimmte Presseerzeugnisse überhaupt ein grundrechtsrelevanter (Wettbewerbs-)eingriff gegenüber anderen Presseunternehmen folgt - eine Frage, die durchaus verfassungsdogmatische Kreativität erfordern würde", so Luisa Celine Zimmer, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Humboldt-Universität Berlin.
Zimmer verweist darauf, daß das Wettbewerbsrecht der Einsicht folgt, "daß sich gleichartige Produkte bei gleichartigem Kundenkreis in ihrem Absatz gegenseitig behindern können". Zu simpel erscheine die knappe Anwendung dieses Maßstabs durch das Landgericht:
"Beide Parteien geben eine Kultur- und Literaturzeitschrift heraus, die sich an ein kultur- und literaturaffines Publikum richtet." Die Frage, ob hier tatsächlich um dieselben Personenkreise gerungen wird oder ob es nicht vielmehr um das finanzielle Überleben einer einzelnen Kulturzeitschrift geht, bleibe unter Verweis auf die "geringen Anforderungen an ein konkretes Wettbewerbsverhältnis" durch das Landgericht unbeantwortet.
"Wir haben anno 2005 tatsächlich versäumt, den Erwerb von Heften der Zeitschrift Sinn und Form, die unstreitig "eine Einrichtung der Akademie" ist, mit einer eigenen Erwähnung zu bedenken", räumt Dieckmann in seinem Gastbeitrag in der FAZ ein. Das werde man auf der Mitgliederversammlung im kommenden Mai nachholen: "Wenn die Urteilsbegründung allerdings imaginiert, daß das Gründungsgesetz der Akademie die vorgeschriebenen Entgelte mit dem 'Grundsatz der Kostendeckung' verbunden habe, so ist das Landgericht im Irrtum; von Kostendeckung ist in dem entsprechenden Paragraphen nicht die Rede."
Und Juristin Zimmer faßt in ihrer Analyse das grundlegende Problem in drei Sätze zusammen: "Das Urteil des Landgerichts läßt also mehr offen als es klärt. Wieviel Lettre davon hat, ist ebenfalls unklar. Die Zukunft des kleinen Marktes intellektueller Zeitschriften bleibt damit bis auf Weiteres: ungewiß."
Schon deswegen fordert Dieckmann, daß "ergangene Urteil juristisch zu überprüfen" und "pragmatische Lösungen im Rahmen des Zulässigen und Gebotenen zu finden". Ausdrücklich bezieht er dabei Berberichs "offenbar gefährdete" Zeitschrift Lettre International ein. Diese sei unentbehrlich und könnte "unter derselben Voraussetzung, wie sie für Sinn und Form innerhalb der Akademie der Künste substantiell gegeben ist", einer anderen staatsfinanzierten Kultureinrichtung zugeordnet werden.
Dann aber würde Berberich einräumen, daß Lettre International genauso wie die "Staatszeitschrift" Sinn und Form und die beiden anderen von ihm Beklagten "nicht ohne die künstliche Beatmung durch den Staat überleben" könnte, und ebenso ein "publizistisches Staatsanhängsel" ist, mit dessen Hilfe die "Kolonisierung der Zivilgesellschaft" betrieben werde.
Weitere Informationen auf den Netzseiten: www.lettre.de - https://sinn-und-form.de<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 15/23" berichtete am 6. April 2023 (x1.387/…):
>>**Ein trojanisches Pferd Chinas?**
TikTok hebelt bisherige Social-Media-Regeln aus. Ein Verbot der App steht im Raum
Eric Steinberg / Gil Barkei
Alte weiße Männer, die in Anzug und Krawatte zu deutscher Rapmusik tanzen und dabei Hunderttausende unterhalten: Was klingt wie Satire, ist auf der Plattform TikTok längst Realität. Das Medium hebelt die Verhaltensregeln aus, die einst auf Facebook oder Instagram galten. Für die Social-Media-Teams der Politriege ergibt sich daraus eine ungeahnte Fülle neuer Werkzeuge, einsetzbar als Sympathiegarant oder Shitstorm-Auslöser. Manchem Politiker verhilft das zu unverhofftem Ruhm und Tausenden Klicks, manch anderer wird im Netz zur Lachnummer. Neben den Shootingstars der üblichen Parteien kann vor allem ein Außenseiter

punkten - die AfD.
Dieser Erfolg läßt sich auf TikTok an den Reaktionen in den Kommentaren sowie an Likes und Teilungen messen. Üblicherweise gilt: Je mehr, umso besser. Das ist auch auf der chinesischen Plattform nicht anders. Eines hat sich jedoch geändert: Wurde die positive Zustimmung in den übrigen sozialen Netzwerken noch häufiger über tatsächliche Inhalte generiert, bietet TikTok ein viel leichteres Mittel: Kurzvideos, mit knalliger Musik untermalt, in denen man über den politischen Gegner herzieht.
Bei den Jugendlichen kommt das an. Der CDU-Politiker Uwe Dorendorf hat insgesamt 121.000 Follower und konnte bislang 2,9 Millionen Likes einheimsen. Für Dorendorf, als Mitglied des Niedersächsischen Landtags auf Bundesebene eher unbekannt, ergibt sich so die Möglichkeit, deutschlandweit auf sich aufmerksam zu machen.
Seine Likes gewinnt er mit Videos, in denen er zu Rapmusik tanzt. Dazu prangt der Schriftzug: "Lieber ein Haus im Grünen als einen Grünen im Haus". Oder damit, sich vor ein Wahlplakat der Grünen zu stellen und den im Hintergrund laufenden Tonschnipsel "Oh, riecht nach Opfer" karaoke-ähnlich mitzusprechen. Politische Inhalte lassen sich neben den Provokationen des Gegners kaum finden.

Unbekannte und Diffamierte können plötzlich punkten

Auch Wolfgang Heubisch von der FDP, Vizepräsident des Bayerischen Landtags, kann damit eher selten aufwarten. Seine Kurzclips zielen neben denen aus dem politischen Alltag ebenso darauf ab, den Gegner polemisch zu attackieren - egal ob CSU oder AfD. Die Strategie ist dieselbe: Steife Tanzbewegungen und hippe Popsongs im Hintergrund dienen als Garant für Erfolg. Heubisch sammelt so immerhin stolze 117.000 Follower und 3,6 Millionen Likes hinter seinem Profil.
Doch Vorsicht! Wer sich überschätzt, hat einen echten Shitstorm zu fürchten. Zu spüren bekam das im vergangenen Jahr die FDP-Bundestagsabgeordnete Kristine Lütke. Nach der Abstimmung zur Abschaffung des Paragraphen 219a StGB, postete sie ein Video, das ihr Team zeigt, wie es mit Sonnenbrillen und bunten Lichtern zu dem Song "Short Dick Man" das Ergebnis des Votings feiert. Der Tod von Föten kombiniert mit Partystimmung: Für viele Bürger war das zuviel. Die 40jährige Lütke mußte sich viel Kritik für den geschmacklosen Post gefallen lassen und löschte ihn kurze Zeit später wieder.
Ebenso mit Gegenwind konfrontiert sah sich im März vergangenen Jahres Bundestagspräsidentin Bärbel Bas. Die Sozialdemokratin postete ein Video aus ihrer Corona-Quarantäne, das sie mit dem Rolf Zuckowski-Song "Ich schaff das schon" unterlegte. Statt mit Coolness zu punkten, machten sich nicht wenige über die Politikerin lustig. Ihres Amtes nicht würdig, lautete der Vorwurf von konservativer Seite.
Die AfD macht es besser - oder zumindest auf dem Papier erfolgreicher. Parteichefin Alice Weidel kommt insgesamt auf 176.500 Follower bei 912.000 Likes. Der Fraktionsvorsitzende der AfD in Sachsen-Anhalt, Ulrich Siegmund, erreicht sogar 280.000 Follower und 2,9 Millionen Likes. Das zeigt: Die Regeln der übrigen Medienblase scheinen für TikTok nicht zu gelten.
Hier können nicht nur "böse" anzugtragende Cis-Männer wie Dorendorf oder Heubisch ein neues Publikum erreichen, sondern selbst die unter der Generation Z oft verpönte AfD. Aufmerksamkeit generieren, eine neue Wählerschaft ansprechen, Stimmung gegen andere Parteien erzeugen: All das schafft die Alternative. Doch im Gegensatz zu den anderen Parteien geschieht das nicht nur über die Accounts der Politiker selbst, sondern auch in Form von Fanpages oder scheinbaren Otto-Nomalverbraucher-Konten, die Inhalte erneut aufgreifen. Allein für Weidel existieren über 20 Fanseiten auf der Plattform.
Es sind also nicht nur die Nutzer erfolgreich, die das Mittelmaß zwischen Peinlichkeit und coolem Influencertum erwischen, sondern auch diejenigen mit der größten Anhängerschaft im

Nacken. Bei den Videos, die oft nur wenige Sekunden andauern, spielt die politische Agenda des Protagonisten vorübergehend keine Rolle - Hauptsache, der Spruch ist knackig.
Für die Politiker bedeutet das Sprungbrett und Planke zugleich, für die AfD ist die Plattform sogar Teil der Zukunftsstrategie. Etwas Positives im demokratischen Umgang miteinander wird der Ausverkauf politischer Inhalte durch die Clips vermutlich jedoch nicht mit sich bringen.
Schon jetzt versucht man zudem von politischer Seite gegenzusteuern. Ende Februar verbot zuerst die EU-Kommission die Nutzung von TikTok auf Diensthandys, einen Tag später zog das EU-Parlament nach. Auch auf den Diensthandys ranghoher deutscher Politiker und Regierungsbeamter ist die chinesische App nicht nutzbar, zeigt eine Umfrage des Tagesspiegels. Einzige Ausnahme - allerdings über eine externe Agentur - stellt das Bundesgesundheitsministerium dar, das die Anwendung während der Corona-Pandemie zur Informationsverbreitung gebrauchte.
Kurz zuvor hatten die Vereinigten Staaten und Kanada ein gänzliches Verbot auf Regierungshandys beschlossen. Hauptgrund für die Eingriffe ist vor allem die Befürchtung, daß die Kommunistische Partei Chinas die Plattform als trojanisches Pferd nutzen könnte, um an Daten von Bürgern und Behörden zu gelangen. Nicht ganz unbegründet: Im Dezember mußte der TikTok-Mutterkonzern Bytedance, der die Vorwürfe ansonsten entschieden zurückweist, eingestehen, unerlaubt auf Daten von britischen und US-amerikanischen Journalisten zugegriffen zu haben, um eine angebliche Informationslücke ausfindig zu machen.
Mitte März wurde TikTok-Chef Shou Chew bei einer Anhörung vor dem US-Kongreß stundenlang in die Zange genommen. Ein weiterer Vorwurf dabei: Die App sei außerdem ein Portal "für Drogendealer, die unsere Kinder vergiften". Obwohl Chew die Unabhängigkeit von der chinesischen Regierung beteuerte, steht sogar ein generelles Verbot der App auf dem amerikanischen Markt im Raum, sollte Bytedance nicht alle seine Anteile an einen US-Konzern wie Microsoft oder Oracle verkaufen.
Bereits Ende Februar hatte der Auswärtige Ausschuß im US-Repräsentantenhaus einen entsprechenden Gesetzesentwurf auf den Weg gebracht. Doch die Abwehrhaltung bröckelt bei einigen Politikern - wie der linken Demokratin Alexandria Ocasio-Cortez -, weil sie TikTok selbst erfolgreich für die Ansprache junger Wähler nutzen.

Faeser sieht keine Grundlage für ein Verbot

In Deutschland bereitet die Datensammelwut aus dem Reich der Mitte insbesondere dem Verfassungsschutz Sorgen. "Wenn Sie sich Umfang der Daten, der Metadaten, der Inhalte bei TikTok anschauen auf der einen Seite, und wenn Sie sich dann auch anschauen, welche Einflußmöglichkeiten staatliche Stellen auf solche Unternehmen haben, dann kann das nur Bauchschmerzen auslösen.
Und die habe ich", sagte der Vizepräsident des Inlandsgeheimdienstes, Sinan Selen, Ende März am Rande einer Berliner Veranstaltung zu Spionage, Sabotage und Cyberrisiken für die deutsche Wirtschaft. "Wir sind im Ausmaß dessen, worauf staatliche Stellen, gerade in China Zugriff nehmen können, nicht klar genug - ich glaube, das ist das Kernproblem bei der ganzen Sache."
Dennoch sieht Innenministerin Nancy Faeser (SPD) bisher keine Grundlage für ein Allgemeinverbot und setzt auf verstärkte Aufklärung darüber, daß TikTok eine Firma sei, bei der "die Daten natürlich abfließen können". Zur Vollständigkeit gehört allerdings: Dies kann dank der aufgedeckten angloamerikanischen Überwachungsmethoden auch bei Facebook & Co. der Fall sein.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 16/23" berichtete am 14. April 2023 (x1.387/…): >>**Abweichler aufspüren**

Wie der Staat eine Kultur des Denunzierens und Überwachens fördert

Thorsten Hinz

Sage mir, welche Aktivitäten der Staat fördert und fordert, und ich sage dir, wes Geistes Kind die Inhaber der Staatsmacht sind und was sie aus dem Staat gemacht haben. Die Aufforderung beziehungsweise Einladung an die Bürger lautet: Meldung machen! Zu diesem Zweck stampfen Bund, Ländern und Kommunen immer neue Meldestellen aus dem Boden.

Als meldefähig und -würdig gelten Haßpostings - wobei "Haß" stets "rechts" bedeutet -, Bekundungen von Queerfeindlichkeit, Antifeminismus, Rassismus, Islamophobie. Im Fokus stehen auch Gaststättenbetreiber, die sich der "Mehrwegangebotspflicht" entziehen, und weiterhin Impfskeptiker. Verstöße gegen den Mindestlohn und der Verdacht auf Steuerhinterziehung sind gleichfalls eine Meldung wert. Ministerien, das Bundeskriminalamt, einschlägige Organisationen wie Greenpeace und die Amadeu-Antonio-Stiftung bilden Knotenpunkte des Überwachungsgeflechts, das sich über das Land legt.

Inkriminiert werden also kritische Meinungsäußerungen oder Verweigerungshaltungen gegenüber Maßnahmen und Vorgaben des Staates, die in den Privatbereich, in den Sprachgebrauch und in die wirtschaftliche Freiheit eingreifen. Sogar bei der individuellen Steuerschummelei stellt sich heute die Frage, ob es sich nicht vielmehr um die Wahrnehmung von Abwehr- oder Notwehrrechten gegenüber einem Staat handelt.

Schließlich treibt dieser die Steuer- und Abgabenlast in exorbitante Höhen, um eine dysfunktionale politische Klasse und eine Politik zu finanzieren, die sowohl das Land als auch die Interessen des wertschöpfenden und gesetzestreuen Bürgers vorsätzlich beschädigt. Der wiederum soll diese Politik nicht bloß erdulden, er soll sich mit ihr identifizieren und nach dem Motto handeln: Kontrolliere mit! Überwache mit! Denunziere mit!

Es geht ja nicht darum, akute Gefahren -einen Terroranschlag etwa - abzuwehren. Es sollen Abweichler aufgespürt, kenntlich und unschädlich gemacht werden. "Melden" und "denunzieren" hängen etymologisch eng zusammen.

Das Verb "denunzieren" bedeutet laut dem Wörterbuch der Deutschen Sprache, "jemanden aus niedrigen Beweggründen anzeigen, verraten". Es ist aus dem lateinischen "denuntiare - ankündigen, Meldung machen" entlehnt und wird seit dem 19. Jahrhundert abwertend verwendet. Ein Hoffmann von Fallersleben zugeschriebenes Zitat brachte es auf den Punkt: "Der größte Lump im ganzen Land ist und bleibt der Denunziant!"

Der Lump, der innere Schweinehund, lauert stets in uns, er ist eine anthropologische Konstante, die alle Zeiten und Systeme überdauert. Um trotzdem ein humanes Zusammenleben zu ermöglichen, geben Gesellschaften sich einen Verhaltenskodex, ein informelles Regelwerk, das ihn an die Kette legt.

Sogar die DDR, die mit 90.000 hauptamtlichen Stasi-Angestellten und 190.000 Informellen Mitarbeitern (IMs) in puncto Überwachung weiß Gott Weltspitze war, wagte es nicht, sich offiziell zu ihm zu bekennen. Die Spitzelei war flächendeckend und jeder wußte, daß es sich um eine staatliche Angelegenheit handelte, doch der Spitzel wurde allgemein verachtet.

Spitzel und Denunzianten blühen auf in Obrigkeitsstaaten und Diktaturen. Sie sind das Dementi des Citoyens, des mündigen Staatsbürgers, der dem Machthaber auf die Finger schaut und ihm nötigenfalls widerspricht. Der Denunziant hingegen bestätigt der Macht, sogar dort im Recht zu sein, wo sie den Wahnsinn zelebriert und ihn selber mit Füßen tritt. Mit dem Anschwärzen Dritter glaubt er Teil der Macht zu werden. Dieser Glaube kompensiert die eigene Erniedrigung und sein Defizit an Courage.

Ein Staat, der den inneren Schweinehund zum Tugendwächter und zivilgesellschaftlichen Aktivisten adelt, wird zum Zerstörer menschlichen Anstands und politischer Freiheit. Im Aufruf

von Greenpeace: "Jetzt Meldeheld:in werden", ist die "Lehre" versammelt, die der Homo bundesrepublicanensis "aus der Geschichte" gezogen hat:
Der Blockwart steckt sich die Weiße Rose des Widerstands ins Knopfloch und fühlt sich erneut ins Recht gesetzt. "Wenn jemand aus eurer Familie Nazi-Propaganda auf Facebook oder woanders postet, reportet ihr das doch auch, oder? Antifaschismus ist dicker als Blut", echot es aus dem Netz.
Durch Staatsaktionen wie das "Bundesprogramm Demokratie leben!" wird die moralische Konfusion systemisch. Die Macht- und Propagandaorgane arbeiten unentwegt an der Kolonisierung und Bewirtschaftung des individuellen Gewissens.
Dabei wird jenes informelle Regelwerk ausgeschaltet, zu dessen Normen gehören: ein Gefühl für Fairneß; das instinktive Wissen, daß Verrat und Vertrauensbruch widerwärtig sind und man den Nachbarn nicht vorsätzlich schädigt; und daß man nicht noch nachtritt, wenn der Gegner am Boden liegt. Natürlich werden die stillschweigend kodifizierten Anstandsregeln tagtäglich verletzt, aber solange sie gültig bleiben, verhindern sie das Schlimmste. Leider schreitet ihre Erosion unter den Anfeuerungsrufen aus Politik, Medien, Kirchen und Großorganisationen voran.
Zum Überwachungsapparat gehören auch die etablierten Medien, die seit Jahren als Denunziationsportale agieren. Das bleibt nicht ohne Wirkung. In den Zentralorganen der wachsamen Demokraten quollen die digitalen Leserbriefspalten wegen der Inhaftierung des Querdenker-Gründers Michael Ballweg über vor Häme und Schadenfreude. Die Favorisierung des inneren Schweinehundes führt zu personellen Deformierungen und erschafft eine kollektive Atmosphäre der Mißgunst, Furcht und Heimtücke.
Sie zerstört den öffentlich-politischen Raum, der entweder ein Ort des angstfreien Austausches oder eben ausgelöscht ist. Das atomisierte Individuum, befreit vom sozialen Vorwissen und vorstaatlichen Loyalitäten, soll seine Sinnerfüllung als Informeller Mitarbeiter der grünen Transformation finden.
Die moralische und politische Enteignung geht einher mit der materiellen Beschlagnahme. Das Wärmepumpengesetz zur Klimarettung dekretiert eine Zwangshypothek, die Besitzer wie Mieter in Nöte stürzt. Es soll weder innere noch äußere Schutzräume vor neototalitären Zumutungen mehr geben. Der Staat, der das exekutiert, hat das Zeug zum Ungeheuer.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 16/23" berichtete am 14. April 2023 (x1.387/…): >>**Buntes Anschwärzen**
Meldestellen: Ob Behörden oder Vereine - alle nutzen das gesellschaftliche Denunziantentum mit neuen Systemen. Nie war es so leicht, mißliebige Personen anzuzeigen
Hinrich Rohbohm
In der Kölner Lindenstraße laufen die Fäden der Queer-Szene zusammen. Hier soll sie entstehen, die künftige Meldestelle gegen "Queerfeindlichkeit". Kritiker würden sie dagegen als Denunziationsstelle bezeichnen. Ein Petz-Zentrum, das bei jenen, die das SED-Regime miterlebt haben, finstere Erinnerungen hochkommen läßt.
Doch während sich in der DDR Denunzianten an die Stasi wandten, um Freund, Nachbar, Ehegatten oder sonstwen anzuschwärzen, geschieht das in der heutigen Bundesrepublik bequem von zu Hause. Anonym. Online. Oder telefonisch.
Es sind Portale wie die Meldestelle Antifeminismus/Antigender in Berlin, die Meldestelle gegen Corona-Verstöße in Essen oder die Meldestellen Antimuslimischer Rassismus, Antiziganismus und Anti-schwarzer Rassismus in den Bundesländern Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, die heute jeder Bürger aufsuchen kann, um mögliche Verfehlungen seiner Nächsten anzuzeigen.
Wer in einem Imbiß oder einer Bäckerei keine Mehrwegverpackung bekommt, kann das jetzt bei Greenpeace melden. Schließlich sind Restaurants, Pizza-Service und Co. seit Jahresbeginn

gesetzlich verpflichtet, derartige Behältnisse anzubieten. In Rheinland-Pfalz existiert eine Meldestelle für menschenfeindliche Vorfälle. Selbst in Bayern gibt es eine Meldestelle Anti-LGBTIQ.
Das Problem daran: Keine Polizei und kein Gericht urteilen über die Fälle dieser zu Feinden der Menschheit erklärten Personen und Geschäfte. Das machen vielmehr die neuen Meldestellen, betrieben von dubiosen Vereinen, ausgestattet mit staatlichen Zuschüssen. Wer verbirgt sich dahinter? Was machen die Organisationen mit den ihnen zugetragenen Daten und Informationen? Und welche Konsequenzen hat ihr Handeln für den Angeschwärzten?
Auch die Meldestelle Queerfeindlichkeit in der zentral gelegenen Lindenstraße erhält Zuschüsse vom Land Nordrhein-Westfalen. Trotz der öffentlichen Unterstützung agiert der Betreiberverein Queeres Netzwerk NRW wie ein betroffener Akteur und nicht etwa neutral. Zwei Referenten sollen das Portal betreiben, bezuschußt durch das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration. Eine Referentin ist schon angetreten, die andere Stelle ist noch ausgeschrieben.

Öffentlich finanzierte Referenten tummeln sich hier

In dem Bürogebäude der Meldestelle befindet sich eine Vielzahl an Firmen und Vereinen, eine Anwaltskanzlei, die Aidshilfe. Im Eingangsbereich des Gebäudes fällt vor allem ein Briefkasten auf. Zehn Adressen teilen sich ihn. Allesamt Vereine aus der Queer-Szene. Darunter das Queere Netzwerk NRW e.V. als Betreiber des Meldeportals.
Darüber hinaus Organisationen wie die für lesbische und schwule Selbsthilfe zuständige Arcus-Stiftung, die Queer Academy e.V., die Landeskoordination Trans NRW, die Landeskoordination inter, Schlau NRW, Schlau Netzwerk e.V., die Fachstelle Queere Jugend NRW, Mehr als Queer, Regenbogenfamilien in NRW, Queere Bildung e.V., Queeres Netzwerk Bund, queerhandicap e.V., der Bundesverband schwuler Senioren sowie der IM Landesverband NRW. Alle kooperieren mit dem Queeren Netzwerk NRW.
25 staatlich bezahlte Referenten verbergen sich hinter den Organisationen, die hier ihre Büroräume teilen. Besonders der Verein Schlau, der in Schulen für sein queeres Gedankengut wirbt und die Zweigeschlechtlichkeit des Menschen verneint, gilt als umstritten. Doch ein Blick in die Büroräume der Queer-Netzwerker zeigt: Unter dem Dach der künftigen Meldestelle stehen noch weitaus jüngere Zielgruppen im Fokus.
Die Büroräume der Queer-Vereine befinden sich in einer der oberen Etagen. Dort angelangt huscht eine Frau in engem schwarzen Lederkostüm vorbei. Ein junger Mann versucht schnell, sein Gesicht zu verbergen. Vollbart, Mütze, Sonnenbrille, ebenfalls vollkommen in Schwarz gekleidet, nur nicht in Leder. Eine Aufmachung, in der er locker in einem autonomen Demo-Block mitlaufen könnte.
Am Büro angekommen, öffnet eine Person mit langen Haaren, deutlicher Taille und starkem Bartwuchs die Tür. Die JF ist verdeckt unterwegs, will wissen, welche Köpfe sich hinter den Betreibern des Meldeportals verbergen, und meldet einen konstruierten Fall der Beschimpfung eines Homosexuellen. "Das ist ganz eindeutig Diskriminierung", gibt ihre Baßstimme in Sekundenschnelle zurück. Keine Nachfragen, keine Verifizierung folgen.
Die Bartwüchsige schreibt eine Mailadresse auf. Es ist die einer Fachreferentin, die gleichzeitig freiberuflich als TV-Journalistin und Referentin in der politischen Bildung arbeitet. Chef des staatlich geförderten Queeren Netzwerks NRW ist Benjamin Kinkel. Der war zuvor für die Landeskoordination des Schlau-Projektes verantwortlich, sitzt darüber hinaus auch im WDR-Rundfunkrat.
In den Räumen der neuen Meldestelle liegen zahlreiche Flyer und Handreichungen. Darunter die Handlungsempfehlung für Kita-Fachkräfte. Dort steht: "Vermeiden Sie eine binäre Geschlechtszuordnung. Wenn Sie Kinder dazu auffordern, sich in Gruppen von Jungen und Mädchen einzuteilen, kommen Kinder, die ihr trans-Sein gerade erst entdecken und Kinder,

die sich nicht eindeutig zuordnen, wahrscheinlich in Not."
Auch eine von Schlau e.V. erstellte Handlungsempfehlung für Schulen ist dabei. "Plazieren Sie LSBTIQ wertschätzende Plakate gut sichtbar in der Schule" und "Legen Sie Flyer von lokalen LSBTIQ-Jugendgruppen selbstverständlich unter Informationen für Jugendliche aus", heißt es dort. Zudem sollten Lehrer Bücher und Arbeitsblätter verwenden, die "bestimmte Klischees durchbrechen: Jungs im Haushalt, Mädchen beim Skateboarden".
Das Thema solle zudem in bezug auf Unterricht über Demokratie, Beziehungen, Liebe, Mobbing, Menschenrechte mit eingebettet werden, und es soll sichergestellt sein, daß "ein großer Teil des Kollegiums Fortbildungen zum Umgang mit Diskriminierungen und Rassismus besuchen und sich dadurch handlungssicher fühlen".
Die Angestellte schreibt noch eine andere Netzadresse auf. Ich-zeige-das-an.de ist angesiedelt bei der Landeskoordination Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben, Schwule und Trans in NRW. Dort ist auch der Verein rubicon e.V., beheimatet, der sich auf Antidiskriminierungs-Arbeit und Queer-Beratung spezialisiert hat und der über 30 weitere staatlich finanzierte Mitarbeiter verfügt. Deren Chefin ist Meike Nienhaus, eine Diplom-Sozial-wissenschaftlerin.

Verbindungen zu den Grünen und der Antifa sind offensichtlich

Wissenschaftlich begleitet wird der Aufbau der Meldestelle von der Soziologin Tatiana Zimenkova, Vizepräsidentin für Internationales und Diversität an der Hochschule Rhein-Waal. Die gebürtige Russin studierte an der Universität St. Petersburg, lehrt an der Fakultät Gesellschaft und Ökonomie in Kleve. Gemeinsam mit der ebenfalls den Meldestellen-Aufbau mitbegleitenden Verena Molitor von der Universität Bielefeld sind sie besonders bei den Grünen gerngesehene Gäste, engagieren sich im Bereich "Diskriminierung innerhalb der Polizei für LGBTIQ-Beamtinnen."
Enge Vernetzungen mit der Queer-Lobby und linksradikalen Vorfeldorganisationen sind dabei keine Einzelfälle. Ebenfalls in Nordrhein-Westfalen wird mit dem Segen der Landesregierung der Aufbau einer Meldestelle für antimuslimischen Rassismus sowie Antiziganismus durch einen Trägerverbund der Vereine Interkultur e.V. und Coach e.V. betrieben. Federführend dabei: Der Verbund der sozial-kulturellen Migrantenvereine Dortmund, der mit dem Landesverband der Netzwerke von Migrantinnenorganisationen NRW sowie dem Anti-Rassismus Informationszentrum kooperiert.
In Berlin etwa wird die dort ansässige Meldestelle Antifeminismus von der Antifa-nahen Amadeu-Antonio-Stiftung rund um deren Gründerin und ehemalige inoffizielle Mitarbeiterin der Staatssicherheit Anetta Kahane betrieben. Leiterin der Meldestelle ist Judith Rahner, die auch für das bei der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung angesiedelte feministische Gunda-Werner-Institut tätig ist. Das Bundesfamilienministerium fördert die Meldestelle jährlich mit zwei Millionen Euro.
Neben Greenpeace betreibt auch die Deutsche Umwelthilfe (DUH) ihr eigenes Denunziationsportal. Dort geht es falschparkenden Autofahrern an den Kragen. Die gemeldeten Parksünder werden von der Organisation beim zuständigen Ordnungsamt gemeldet. In der Vergangenheit war die DUH in den Ruf geraten, mittels ihrer Klagebefugnis als reiner Abmahnverein zu fungieren.
Ihr Geschäftsführer Sascha Müller-Kraenner ist ebenfalls eng mit den Grünen verhandelt, war bereits 1990 Bundestagskandidat der Partei, später Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung. Co-Geschäftsführer Jürgen Resch, ein ehemaliger BUND-Funktionär, machte 2007 mit Schlagzeilen auf sich aufmerksam, als bekannt wurde, daß er im Rahmen seiner Tätigkeit mehrmals im Monat per Flugzeug zwischen seinem Dienstsitz Radolfzell am Bodensee und Berlin pendelte. Daß er dafür auf einem der zahlreichen Meldeportale auftaucht, ist jedoch nicht anzunehmen. …<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 18/23" berichtete am 28. April 2023 (x1.387/…): >>**ARD und ZDF: Arroganz der Macht**

Dieter Stein

Die JF-Petition "GEZ-Zwangsgebühren sofort abschaffen" mit 199.000 Unterschriften hat Nachwirkungen. Sie sorgte dafür, daß ich schon in vier Landtagen als Sachverständiger zu Anhörungen geladen wurde. Zuletzt in Schwerin. Es geht um den "Medienänderungsstaatsvertrag", kurz: die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Ein roter Faden, der die Anhörungen durchzieht: Man erlebt hautnah die Asymmetrie zwischen den Managern eines mit jährlich 8,4 Milliarden Zwangsgebühren finanzierten Mega-Komplexes auf der einen und ums Überleben kämpfenden privaten Medien auf der anderen Seite. Ob es Vertreter privater Regionalzeitungen, Radiosender oder Verlagsverbände sind - sie treten fast schon unterwürfig als Bittsteller auf. Sie stehen etablierten Politikern gegenüber, die institutionell und durch persönliche Beziehungen mit Rundfunkgremien und den Sendeleitungen von ARD und ZDF verquickt sind. Man kennt sich, man hilft sich.

Vor dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern war neben dem NDR-Intendanten auch die ARD-Programmdirektorin Christine Strobl geladen. So lebhaft wie noch nie kam es zu einer Diskussion über die politische Schlagseite der Sender. Entschieden stritt Strobl zunächst ab, es werde beispielsweise die AfD bei Talkshows bewußt geschnitten. Das könne gar nicht sein. Statt ARD und ZDF radikal zu reformieren und Zwangsgebühren zu senken, droht die Presseförderung.

Die Redaktionen seien eigenständig bei ihren Einladungen, beteuerte die ARD-Managerin, niemand erzwinge einen Proporz. Ihr konnten Zahlen für 2022 aus dieser Zeitung (JF 7/23) vorgelesen werden, wonach die übrigen Parteien proportional zum Bundestagswahlergebnis vertreten waren, nur die AfD fast komplett boykottiert wurde. Da machte sich dann doch Verlegenheit breit.

Die Arroganz des öffentlich-rechtlichen Blocks wackelt aber trotz RBB-Affäre kaum. Mehrere Ministerpräsidenten deuten sachte an, weitere Erhöhungen der Zwangsgebühren bremsen zu wollen. Wer's glaubt. Nach durchgesickerten ARD-Strategiepapieren soll der Zwangsbeitrag nächstes Jahr auf 20 Euro und ab 2025 auf bis zu 25 Euro steigen. Einsparungen? I wo! Statt dessen will man Hunderte Millionen in die weitere digitale Expansion investieren und eine riesige Streamingplattform aufbauen.

Wer soll ARD und ZDF stoppen? Die FDP fordert jetzt - im Kielwasser der AfD - eine Zusammenlegung von ARD und ZDF und langfristige Senkung der Beiträge. Das kann sie folgenlos tun, da sie nur noch an zwei Landesregierungen beteiligt ist, die für Rundfunkpolitik zuständig sind. Die Lobbyisten pfeifen es von den Dächern: ARD und ZDF bleiben, die Gebühren steigen und dafür werden private Medien über eine staatliche Presseförderung mitsubventioniert. Dazu sagen wir schon jetzt: Nein!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 29. April 2023: >>**Anti-Schweiger-Kampagne: Gegen einen Anti-Woken**

Von *Sven Reuth*

Der Spiegel und die Bild überschlagen sich plötzlich mit Vorwürfen gegen den Schauspieler und Produzenten Til Schweiger. Warum werden diese gerade jetzt hochgekocht? Wenn Sie echte Skandale über das Film-Busineß erfahren wollen, dann lesen Sie die Enthüllungswerke "Der Hollywood-Code" und "Der Musik-Code" von Nikolas Pravda.

Die Bild-Zeitung und der Spiegel überbieten sich seit einigen Tagen plötzlich mit Vorwürfen gegen Til Schweiger. Dieser soll bei den Dreharbeiten zu seinem gerade im Kino laufenden Film "Manta, Manta - zwoter Teil" in einem teils schwer alkoholisierten Zustand Mitarbeiter am Filmset beleidigt haben und schließlich sogar gegen einen Mitarbeiter der Produktionsfirma Constantin Film handgreiflich geworden sein.

Tschirner gegen Schweiger

Außerdem soll Schweiger häufig durch aggressives Auftreten und sexistische Sprüche aufgefallen sein. Schweiger selbst bestreitet diese Vorwürfe. Laut seiner Anwältin sind ihm ein Teil der Vorwürfe "nicht bekannt", ein anderer Teil der Vorwürfe unterstelle "angebliche Sachverhalte, die es nicht gegeben hat."

Aus Sicht Schweigers dürfte nun erschwerend hinzukommen, daß nun eine Kollegin wie Nora Tschirner die Vorwürfe weitgehend bestätigt. Sie sei der Auffassung, daß in dem Spiegel-Artikel über Schweiger "sehr viel stimmt". Bis auf wenige Ausnahmen sei es "für jeden in der Branche seit Jahrzehnten ein absolut offenes Geheimnis, daß diese Zustände herrschen", so die frühere Tatort-Darstellerin weiter.

Was natürlich die Frage aufwirft, wieso von den hochbezahlten und finanziell bestens abgesicherten Schauspielern dann bisher niemand den Mut dazu fand, diese skandalösen Zustände auch mit der notwendigen Schärfe zu kritisieren? Warum ausgerechnet jetzt gerade diese Kampagne?

Keine Sympathie für die Grünen

Offensichtlich geht es auch um den Sturz eines der letzten, auch auf internationaler Ebene anerkannten deutschen Stars, der es noch wagte, auch Auffassungen jenseits des politisch korrekten Mainstreams auszusprechen. Schon 2011 irritierte Schweiger das Kultur-Establishment mit der Forderung nach einem Pranger für Sexualstraftäter.

Zwischendurch nervte Schweiger während des Asyl-Tsunamis 2015 zwar mit "Refugees welcome Gesäusel". Während der Corona-Epidemie fand Schweiger aber wiederum mehrfach deutliche Worte gegen Maskenpflicht und die Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts. Ja, Schweiger beging sogar das aus Sicht des Establishments besonders schwere Verbrechen, auf KenFM und damit auf einen alternativen Medienmacher hinzuweisen.

Anläßlich der Fortsetzung seines "Manta, Manta-Films" zeigte sich Schweiger wieder in Topform und rechnete in herrlich erfrischender Art und Weise mit Klimaklebern ("Vollidioten") und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sowie Grünen-Chefin Ricarda Lang ab.

"Keinen Woke-Film machen"

Das war wohl zu viel. Die deutsche Film-Legende Til Schweiger muß fallen, weil sie sich immer noch nicht an die hierzulande geltende politische Etikette halten will. Zuletzt betonte Schweiger selbstbewußt, daß er aus dem zweiten Teil von "Manta, Manta" bewußt keinen "Woke-Film" habe machen wollen. … Kein Wunder also, daß nun eine giftige Kampagne gegen ihn eingesetzt hat.

Die angeblichen Enthüllungen über Schweiger wirken geradezu lachhaft, wenn man sie mit dem vergleicht, was Nikolas Pravda in den Standardwerken "Der Hollywood-Code" und "Der Musik-Code" enthüllt. Wußten Sie beispielsweise, daß Teile der Psycho-Programme des Geheimdienstes von der Film- und Musikindustrie übernommen wurden? Im Showbusineß wurde die Gehirnwäsche sogar noch perfektioniert. …<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 30. April 2023: >>**Baden Württemberg zahlte 1 Mio. Euro an sog. Journalisten: Dr. Handauf von Hirschhausen ist wieder dabei!**

Die Landesregierung von Baden-Württemberg mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann ("Grüne") an der Spitze zahlte seit 2016 fast eine Million Euro an "Journalisten" - fast zwei Drittel der Gelder davon an Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der AfD-Fraktion im Stuttgarter Landtag vor. Demnach flossen insgesamt rund 930.000 Euro für "verschiedenste Aufträge". Allein der "Wissenschaftsjournalist" und Corona-/Klima-Hysteriker Eckart von Hirschhausen soll laut Medienberichten im vergangenen Jahr 71.400 Euro vom Gesundheitsministerium Baden-Württemberg kassiert haben.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/25962" berichtete am 3. Mai 2023 (x1.311/…): >>**Zum Tag der Pressefreiheit**

Dr. Udo Ulfkotte, Autor und ehemaliger Redakteur der FAZ, macht als betroffener Journalist der Presse massive Vorwürfe. In dieser Sendung zeigt Dr. Udo Ulfkotte auf, wie unfrei die Presse weltweit wirklich ist ...

Wußten Sie, daß mittlerweile nur noch etwa drei globale Agenturen auszumachen sind, durch die nahezu die ganze Welt mit Nachrichten gefüttert wird? Kontrolliert - und nicht selten verfaßt - werden diese weltweiten Nachrichten, gemäß Augenzeugenberichten von Udo Ulfkotte und vielen anderen, durch hohe Militärs, Geheimdienste usw.

"Nun ich bin seit etwa 25 Jahren Journalist und ich wurde dazu erzogen, zu lügen, zu betrügen und der Öffentlichkeit nicht die Wahrheit zu sagen. Aber wenn ich jetzt in den letzten Monaten sehe, wie die deutschen und amerikanischen Medien versuchen den Menschen in Europa den Krieg zu bringen, den Krieg nach Rußland zu bringen, dann ist das ein Punkt, an dem es kein Zurück mehr gibt.

Und ich werde aufstehen und sagen: Es ist nicht richtig, was ich in der Vergangenheit getan habe, um Menschen zu manipulieren, um Propaganda gegen Rußland zu machen, und es ist nicht richtig, was meine Kollegen tun und in der Vergangenheit getan haben, weil sie bestochen werden, um die Menschen zu verraten, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.

Der Grund, warum ich dieses Buch geschrieben habe, war, daß ich große Angst vor einem neuen Krieg in Europa habe und ich möchte nicht, daß diese Situation wieder eintritt, denn Krieg kommt nie von selbst. Es gibt immer Menschen, die dahinterstehen und den Krieg vorantreiben. Und das sind nicht nur Politiker, das sind auch Journalisten. Und ich habe gerade in diesem Buch darübergeschrieben, wie wir in der Vergangenheit unsere Leser betrogen haben, nur um den Krieg zu forcieren, weil ich das nicht mehr will, denn ich habe diese Propaganda satt.

Wir leben in einer Bananenrepublik und nicht in einem demokratischen Land, wo wir Pressefreiheit haben, wo wir Menschenrechte haben. Wenn Sie die deutschen Medien sehen, vor allem meine Kollegen, die Tag für Tag gegen die Russen schreiben, die in transatlantischen Organisationen sind und die von den Vereinigten Staaten unterstützt werden, dies zu tun. Nun, Leute wie ich, ich wurde Ehrenbürger des Staates Oklahoma in den Vereinigten Staaten. Aber warum? Nur weil ich pro-amerikanisch schreibe.

Ich habe pro-amerikanisch geschrieben, ich wurde von der Central Intelligence Agency, von der CIA unterstützt. Und warum? Weil ich pro-amerikanisch sein sollte. Ich habe die Nase voll davon, ich mache das nicht mehr mit. Und so habe ich ein Buch geschrieben, nicht um Geld zu verdienen, nein, es wird mir eine Menge Ärger einbringen, nur um den Menschen in diesem Land, in Deutschland, in Europa und auf der ganzen Welt, einen Einblick zu geben, was hinter den verschlossenen Türen vor sich geht."

Dr. Udo Ulfkotte verstarb am 13. Januar 2017 im Alter von 56 Jahren, angeblich an Herzversagen.

Wer darum die scheinbar vielfältigen Berichterstattungen aufmerksam miteinander vergleicht, muß zu dem Ergebnis kommen: Sie stammen immer und überall aus ein und denselben Grundaussagen. Die ständig hochgejubelte Vielfalt liegt lediglich in den unterschiedlichen Zubereitungsweisen und geschickten Umformulierungen der Journalisten in aller Welt. Die zuvor genannten drei globalen Agenturen aber sind Folgende:

1. Die amerikanische Associated Press (AP) mit weltweit über 4.000 Mitarbeitern. Die AP gehört US-Medienunternehmen und hat ihre Hauptredaktion in New York. AP-Nachrichten werden von rund 12.000 Medien genutzt und erreichen dadurch täglich mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung.

2. Die quasi-staatliche französische Agence France-Presse (AFP) mit Sitz in Paris und ebenfalls rund 4.000 Mitarbeitern. Die AFP versendet pro Tag über 3.000 Meldungen und 2.500 Fotos an Medien in aller Welt.
3. Die britische Reuters in London, die privatwirtschaftlich organisiert ist und etwas über 3.000 Mitarbeiter beschäftigt.
Nun wird sich der Durchschnitts-Schweizer oder -Deutsche sagen: Das hat ja mit unserer Presse nichts zu tun, diese Agenturen haben ja ihren Sitz in Amerika, Frankreich und Großbritannien. Wir haben doch eine vielfältige Presse durch unsere Pressefreiheit. Doch genau darin liegt der größte Irrtum. Wer die Medienberichterstattungen aufmerksam miteinander vergleicht, wird feststellen, daß nahezu sämtliche Medien - auch in der Schweiz und Europa - ein und dieselben Berichte abändern und veredeln, die von genau diesen drei zuvor genannten Agenturen ausgehen.
Fazit: *Dr. Udo Ulfkotte attestierte bereits 2017, wie schlimm es um die Pressefreiheit in Deutschland bestellt ist. Weil die Presse nicht frei berichtet, muß nun das Volk diese Aufgabe übernehmen. Nur die freie Verbreitung verschwiegener Fakten, beendet Manipulation, Lügen und Krieg. Darum seien auch Sie Teil der wirklich freien Presse und verbreiten diese Sendung wo Sie nur können.<<*

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.05.2025
Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen **...** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**
Beispiel: (x372/79) = Politische Verfolgung. Ausgelöscht. Weggesperrt. Totgeschwiegen. COMPACT-Spezial Nr. 35, Seite 79.

x372	Elsässer, Jürgen (Hg.): Politische Verfolgung. Ausgelöscht. Weggesperrt. Totgeschwiegen. COMPACT-Spezial Nr. 35. Werder (Havel) 2022.

Internet

x1.049	https://www.kla.tv - Februar 2022
x1.071	https://www.heise.de/tp/features/Was-die-Querdenker-eint-6351309.html?seite=all - März 2022
x1.126	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/02/11/intellektuelle-prostitution-und-demagogie-von-ursprung-und-wesen-des-herrschenden-journalismus/#more-8426 - April 2022
x1.127	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/01/02/wie-die-propaganda-das-bewusstsein-herabdampft-und-demokratie-zur-farce-macht/#more-8396 - April 2022
x1.150	https://www.kla.tv - August 2022
x1.172	https://www.rubikon.news/artikel/die-lammer-zum-schweigen-bringen - September 2022
x1.178	https://www.kla.tv - November 2022
x1.189	https://unser-mitteleuropa.com/polizeistaat-deutschland-hausdurchsuchungen-mit-spezialeinheit-und-blendgranaten-wegen-hassrede-im-internet/ - Dezember 2022
x1.191	https://unser-mitteleuropa.com/zentrale-medienaufsichtsbehoerde-als-grosser-bruder-so-plant-die-eu-die-pressefreiheit-abschaffung/ - Dezember 2022
x1.200	https://unser-mitteleuropa.com/medienpsychologie-am-beispiel-der-us-polit-eliten-

	der-eu-und-nazi-deutschland/ - Dezember 2022
x1.219	https://www.rubikon.news/artikel/kriegsmedien-und-medienkriege - Dezember 2022
x1.235	https://www.rubikon.news/artikel/scharfes-schwert - Dezember 2022
x1.245	https://www.rubikon.news/artikel/politische-massenpropaganda - Dezember 2022
x1.251	https://www.kla.tv - Januar 2023
x1.276	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/03/31/es-geht-nicht-um-die-wahrheit-der-weg-des-meinungsterrors-in-den-totalitaren-staat/#more-11502 - April 2023
x1.310	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/12/22/die-unfreiheit-wird-durch-lugen-und-unterwurfigkeit-etabliert/#more-10817 - Juni 2023
x1.311	https://www.kla.tv - Juni 2023
x1.319	https://www.kla.tv - Oktober 2023
x1.340	https://www.nachdenkseiten.de/?p=91515 – Januar 2023
x1.387	https://jungefreiheit.de/archiv/ - Juli 2024